DER SPIEGEL

Nr. 39/22.9.03
Deutschland: 3,00 €

4 190700 703007 39



Wer arbeitet, ist der Dumme

PRINTED IN GERMANY

Österreich € 3,20 Schweiz sfr 5,50
BeNeLux 3,50 Dänemark dkr 25,– Finnland € 5,40 Frankreich € 4,00
Griechenland € 4,40 Großbritannien £ 2,95 Hongkong HK$ 50,– Israel NIS 29,90
Italien € 4,– Japan (exkl. Jan) Yen 1.500 Kanada kan$ 6,– Norwegen nkr 40,–
Polen (ISSN 00387452) Zł 19,40 Portugal (cont.) € 4,– Schweden skr 42,– Slowakei Sk 175,–
Slowenien SIT 950,– Spanien € 4,– Spanien / Kanaren € 4,20 Thailand Baht 280,–
Tschech. Republik Kc 145,– Türkei TRL 6.000.000,– Ungarn Ft 1.060,– USA US-$ 7,–
Zypern £ 2,70

www.spiegel.de

Werbeseite

Werbeseite

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

22. September 2003 **Betr.: SPIEGEL-Affäre, SPD, Jahrbuch**

Vor vier Jahrzehnten erschütterte die SPIEGEL-Affäre die Republik – der (gescheiterte) Versuch der Obrigkeit, ein kritisches Magazin mundtot zu machen. Die SPIEGEL-Affäre ging als Zäsur in die Nachkriegsgeschichte Deutschlands ein, als Markstein für die Entwicklung der Pressefreiheit. Anderswo ringen Journalisten immer noch hart und teilweise unter Einsatz ihres Lebens um das freie Wort. So etwa in den Staaten der früheren Sowjetunion. Um den Kollegen dort von den deutschen Erfahrungen zu erzählen, regte der OSZE-Medienbeauftragte Freimut Duve an, eine in russischer Sprache verfasste Darstellung der Ereignisse zu schreiben. Auf Einladung des deutschen Botschafters Hans-Friedrich von Ploetz stellten die Redakteure Martin Doerry, Hans Halter und Jörg Mettke gemeinsam mit Duve vergangene Woche das Buch in Moskau vor, das nun allen interessierten Journalisten kostenfrei zur Verfügung gestellt werden soll. „Nicht um gute Ratschläge zu geben“, so Doerry, „sondern um vielleicht ein wenig Mut im täglichen Kampf um die Pressefreiheit zu machen.“


PAWEL KASSIN

Doerry, Ploetz, Duve, Mettke, Halter

Massenaustritte, schlechte Umfragen, ein ehemaliger Parteichef, der an seiner Rückkehr arbeitet – SPIEGEL-Redakteure spürten den Ursachen der SPD-Krise nach. Im Berliner Reichstag trafen Konstantin von Hammerstein, 42, und Roland Nelles, 31, SPD-Fraktionschef Franz Müntefering, 63, zum SPIEGEL-Gespräch. Der Sauerländer versuchte sich vor einer Touristengruppe, die den Spitzengenossen unter der Reichstagskuppel erkannt hatte, unsichtbar zu machen: „Ich bin es nicht. Ich bin nur ein Doppelgänger“, rief er ihnen zu. Als die SPIEGEL-Redakteure ihn anschließend auf den früheren Vorsitzenden Oskar Lafontaine ansprachen, war indes Schluss mit lustig: „Die Partei braucht ihn nicht“, zürnte Müntefering über den einstigen Weggefährten. Lafontaine zeigte sich derweil bei der Feier zu seinem 60. Geburtstag in Saarbrücken fröhlich-gelassen: „Ich habe mit dem SPIEGEL gute und schlechte Zeiten erlebt“, sagte er Redakteur Horand Knaup, 44, „ich konnte mit beidem gut leben“ (Seite 35).


MARCO URBAN/DE

Hammerstein, Müntefering, Nelles

Mit einer Fülle von Daten und aktuellen Zahlen erscheint im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv) das „Jahrbuch 2004“ vom SPIEGEL. Das reich illustrierte Nachschlagewerk informiert auf 640 Seiten über sämtliche Staaten der Erde und bietet eine Chronik der laufenden Ereignisse. Die im vergangenen Jahr erstmals zusammengestellten Dossiers zu Schwerpunktthemen wurden weiter ausgebaut, und in der neu eingerichteten Rubrik „Preise und Preisträger“ werden all jene Personen benannt und zum Teil auch porträtiert, die eine besondere Auszeichnung erhielten – ob Nobelpreis, Literatur- oder Filmpreis. Erstmals enthalten ist auch eine Terminvorschau auf wichtige Ereignisse des kommenden Jahres. Das SPIEGEL-„Jahrbuch 2004“ ist ab dem 26. September im Handel und kostet 14,50 Euro.



Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

In diesem Heft

Titel

Warum es sich immer weniger lohnt, zu arbeiten und zu investieren 98
Interview mit dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf über die steuerliche Förderung von Haushaltsjobs ... 102

Deutschland

Panorama: Union und FDP wollen Stoiber zum Bundespräsidenten-Kandidaten küren / Deutscher Haftbefehl gegen algerischen Geiselnehmer / Eichels Haushaltsentwurf verfassungswidrig? ... 17
Außenpolitik: Schröders „deutscher Weg“ 22
Wie Schröder und Chirac die europäische Wirtschaft ankurbeln wollen 24
Europa: SPIEGEL-Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, über die unterdrückte Debatte zur EU-Verfassung 28
Parteien: Der SPD laufen die Mitglieder weg ... 32
SPIEGEL-Gespräch mit Franz Müntefering über Oskar Lafontaines Comeback-Versuche ... 35
Männer: Joschka Fischers neuerliche Ehescheidung 38
Welthandel: Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul über das Scheitern der WTO-Konferenz in Cancún 40
Bundeswehr: Wie das deutsche Vorauskommando in der afghanischen Stadt Kunduz einen Einsatzgrund sucht 42
Rechtsextreme: Das Netzwerk der Neonazis ... 44
Atomschmuggel: Wie ein Ex-Diplomat Nordkoreas von einem Mittelständler hoch brisantes Material beschaffen ließ 48
Zeitgeschichte: Die frühen Jahre der RAF-Gründer Andreas Baader und Gudrun Ensslin ... 52
Strafjustiz: Sozialhilfeempfänger wegen Dreifachmordes in Heidelberg vor Gericht 58
Justiz: Hoffnung für zwei deutsche Todeskandidaten in den USA 64

Gesellschaft

Szene: Taubenjagd mit Falken in der Londoner City / Tippfallen im Internet / Schule für Homosexuelle 69
Eine Meldung und ihre Geschichte 70
Intelligenz: Das spezielle Genie der Inselbegabten 74
Ortstermin: Der Bahnhof Zoo vor der Premiere von „Les Misérables“ 86

Medien

Trends: Staatsanwaltschaft prüft Aussagen von Kirch und Kohl / „Bild“-Chef bei der „taz“ 89
Fernsehen: Enie van de Meiklokjes über das Arte-Frauenmagazin „Lola“ / Zeichentrickserie macht einen Hollywood-Tycoon zum Helden 90
Vorschau / Rückblick 91
Verlage: Die Schlammschlacht zwischen Hans Dichand und dem deutschen WAZ-Konzern um die „Kronen-Zeitung“ 92
Fußballrechte: Warum versprach der Kirch-Konzern dem DFB-Präsidenten 30 Millionen Mark? 96

Wirtschaft

Trends: Muss Ackermann wegen Mannesmann-Prozess Konsequenzen ziehen? / DaimlerChrysler und Telekom lehnen Maut-Schadensersatz ab / VW hat mit Ferrari viel vor ... 121
Steuern: Rote Karte für die Fußballmillionäre von Borussia Dortmund 124
Interview mit Finanzminister Eichel über den Missbrauch der Nachtarbeiter-Zulage 126

Schröders Balanceakt bei Bush

Seite 22

Gerhard Schröder sucht diese Woche die Versöhnung mit US-Präsident George W. Bush. Mit „Selbstbewusstsein ohne Überheblichkeit“ will der Kanzler bei der Begegnung in New York das durch den Irak-Krieg zerrüttete Verhältnis kitten – und dabei die Nähe zu Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac nicht preisgeben. Gelingt dem Kanzler der Balanceakt?

Chirac, Schröder

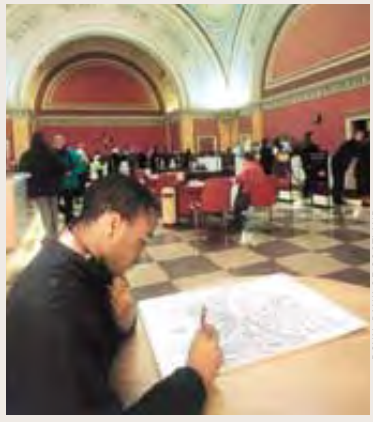


MARKUS SCHREIBER / AP

Prozess wegen Dreifachmordes

Seite 58

Der 52 Jahre alte Sozialhilfeempfänger Karl-Heinz B. hat am Tag vor Heiligabend drei Menschen erdrosselt, weil er sich zum Fest etwas gönnen wollte: mehr Essen, noch mehr Trinken und Rauchen. Er hat die Tat gestanden, unbegreiflich bleibt sie gleichwohl.



ROYAL BANK OF SCOTLAND

Die hilflosen Genies

Seite 74

Sie sind geistig behindert, manche könnten nicht einmal unbeschadet eine Straße überqueren – aber sie multiplizieren mühelos zwölfstellige Zahlen, lernen Fremdsprachen, ohne je eine Vokabel zu vergessen, oder können mit fotografischer Perfektion zeichnen. Wissenschaftler wollen nun das Geheimnis solcher Inselbegabungen ergründen – und damit auch gewöhnliche Gehirne besser verstehen.

Inselbegabter Stephen Wiltshire

Macho im Weißen Haus

Seiten 156, 164

Sie galten als Traumpaar der US-Ostküstenaristokratie: In Wahrheit, so Biograf Robert Dallek, hing bei John F. und Jacqueline Kennedy der Haussegen von Anfang an schief. Der Präsident liebte noch eine Reihe anderer Damen: Der Macho vergnügte sich mit Filmstars, Sekretärinnen und Callgirls. Politisch riskant wurden die Affären jedoch erst, als Gerüchte aufkamen, Kennedy habe Kontakte zu einer angeblichen DDR-Spionin.



CORBIS

Kennedy, Freundin Jacqueline (1953)



AL-DSCHASIRA / SIPA PRESS (L.); KNUT MÜLLER (R.)

Kommandeur Zaman, Leibwächter, Osama Bin Laden

Bin Laden auf der Spur

Seite 146

In der Provinz Kunar, im Grenzgebiet zu Pakistan, soll der afghanische Militärkommandeur Zaman den Terrorboss Bin Laden aufspüren. Doch der „große Scheich“ hat viele Sympathisanten – Attentäter bedrohen den Qaida-Jäger.

Bushs gefährliches Schulden-Spiel

Seite 138

Noch nie hat ein US-Präsident in so kurzer Zeit so viel Schulden gemacht wie George W. Bush, und das könnte sich rächen: Wirtschaftsexperten warnen vor gefährlichen Folgen für die US-Konjunktur. Erstmals erscheint möglich, dass Bushs erste Amtszeit auch die letzte sein könnte.



LARRY DOWNING / REUTERS / ELANCE MEDIA

Bush



PETER SCHINZLER

Müller

Alles Müller oder was?

Seite 130

Molkerei-Multi Theo Müller trickst den Fiskus mit Ansage aus: Weil sein Nachwuchs keine Erbschaftsteuer zahlen soll, will er im November samt Kindern in die Schweiz ziehen. Er sei „durchaus Patriot“, sagt er im SPIEGEL-Gespräch. „Aber so, wie es jetzt läuft, läuft es falsch.“

Der stalinistische Kunst-Chic

Seite 202

Gleich mehrere Museen widmen sich der bisher verpönten Kunst des Stalin-Regimes: Zeichen einer durch die Ostalgie-Welle geweckten Neugierde und der Faszination am totalitären Bombast.

Stepan-Karpow-Gemälde (um 1923)



MUSEUM OF MODERN HISTORY OF RUSSIA, MOSCOW

Handel: Das Versandhaus Quelle ärgert die Autokonzerne 127
Unternehmer: SPIEGEL-Gespräch mit dem Molkerei-König Theo Müller über seinen Plan, vor der Erbschaftsteuer zu fliehen 130

Ausland

Panorama: Uno vermittelt im kolumbianischen Entführungsdrama / Die Todesliste der Hamas 135
USA: Die wachsende Staatsverschuldung gefährdet Bushs Wiederwahl 138
Europäische Union: Prodis Affären-Herbst ... 140
Polen: Berliner Vertriebenenzentrum vergiftet Aussöhnungsklima 142
Schweden: Lindh-Fahnder nehmen Neonazis ins Visier 144
Afghanistan: Sturm auf Bin Ladens Bergfestung 146
Aserbaidschan: Die Allmacht des Alijew-Clans 152
Zeitgeschichte: Historiker Robert Dallek über die Affären des John F. Kennedy 156
Der Präsident und die Deutsche 164

Sport

Rodeo: Brasiliens Bullenreiter – so populär wie Fußballstars 170
Radrennen: Hat ein belgischer Tierarzt Profis mit Dopingmitteln versorgt? 173

Wissenschaft · Technik

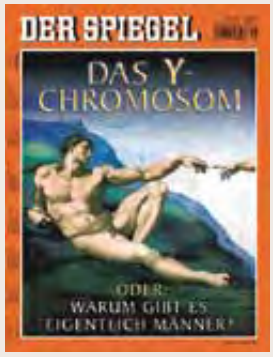
Prisma: Schummeltipps für Ärzte / Weltrekord im Supernova-Entdecken 177
Medizin: Arabische Patienten pilgern in deutsche Kliniken 180
Psychologie: Hyperaktive Kinder auf der Opernbühne 185
Umwelt: Wie schädlich ist das Brummen von Windrädern? 188
Datenschutz: Eine Tarn-Software für Netzsurfer behindert Fahnder 192
Genuss: Fuselöl im Weizenbier 195

Kultur

Szene: Der spektakuläre deutsche Zeichentrickfilm „Till Eulenspiegel“ läuft an / Frankfurter Kunstschau zeigt Kurioses von Andy Warhol 199
Ausstellungen: Mehrere deutsche Museen zeigen die Bilderwelt des Stalinismus 202
Pop: Interview mit Julie Delpy über Kino-Erfahrungen und ihr Debüt als Folk-Sängerin 206
Autoren: Der US-Schriftsteller Don DeLillo und sein neues Werk „Cosmopolis“ 208
Bestseller 210
Literatur: Samuel Beckett reiste 1936 nach Nazi-Deutschland – seine Tagebuchnotizen aus Hamburg werden nun publiziert 212
Journalisten: Der Kritiker und Autor Fritz J. Raddatz beleidigt in seinen Memoiren viele Weggefährten 216
Kino: „Seabiscuit“ – die Geschichte eines legendären Rennpferds 218
Krimis: Bestsellerautor Scott Turow über die Faszination des Bösen und sein jüngstes Buch „Das Gift der Gewissheit“ 220

Briefe 8
Impressum, Leserservice 224
Chronik 225
Register 226
Personalien 228
Hohlspiegel/Rückspiegel 230

TITELBILD: Illustration Rafal Olbinski für den SPIEGEL



SPIEGEL-Titel 38/2003

„Wenn ich mir den Zickenhaufen in 125 000 Jahren vorstelle, frage ich mich doch, ob auszusterben da nicht die größere Gnade ist.“

Egbert Dreben aus Heidelberg zum Titel „Das Y-Chromosom oder: Warum gibt es eigentlich Männer?“

Haarsträubende Theorien

Nr. 38/2003, Titel: Das Y-Chromosom oder: Warum gibt es eigentlich Männer?

„Der Mann“ als solcher ist also eurer Meinung nach zum „Aussterben“ verurteilt? Wegen seines „verrottenden Y-Chromosoms“? So, so! Wisst ihr was? Gegen eine solche biologistische Mental-Diarrhö, gegen diesen sexistischen Schwachsinn, argumentiert ein gebildeter Mensch nicht mehr! Ihr seid intellektuell nämlich nicht mehr satisfaktionsfähig und habt euch für mich aus jeder ernsthaften Debatte verabschiedet.

Berlin — Thomas Schütz

Der amüsante Artikel stellt mit typisch weiblicher Logik und Überheblichkeit die Tatsachen einfach auf den Kopf. Seit Jahrzehnten weiß man, dass der Besitz von zwei Y-Chromosomen den Träger dumm macht. Mit zwei X-Chromosomen verhält es sich ebenso. Das weiß man schon länger, denn alle Genies der Menschheitsgeschichte hatten ein Y- und ein X-Chromosom. Oder ist etwa Sokrates deswegen so berühmt, weil er mit Xanthippe verheiratet war? Das Y-Chromosom benutzt die Eizelle zu seiner Reproduktion. Die Chance der Frauen besteht darin, dass das vom Vater stammende X-Chromosom vom väterlichen Y durch Rekombination etwas aufgepeppt werden kann. Viel hilft das nicht.

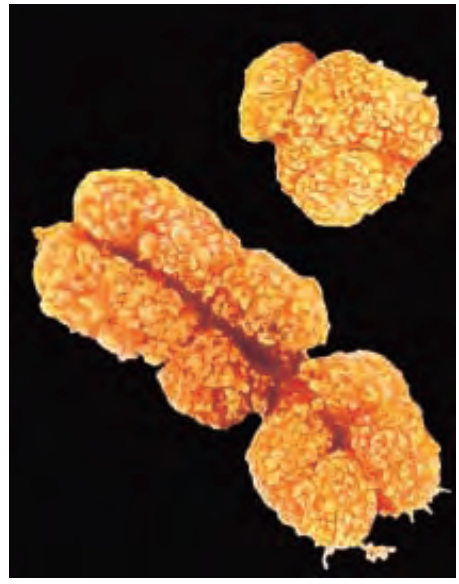
Marburg — Prof. Werner Slenczka

Auf den Gedanken, dass die Natur sich etwas dabei „denkt“, wenn sie das Y-Chromosomen über 300 Millionen Jahre etwas verkleinert, kommt natürlich keiner. Stattdessen gibt es haarsträubende Theorien darüber, dass der Mann gleich morgen Früh ausgestorben ist. Ach übrigens, unser Geschlecht hat Symphonien, die Relativitätstheorie, die Pyramiden erschaffen und ist auf dem Mond gelandet. Dafür habe ich gern sechs Jahre weniger Alzheimer.

Leipzig — Christian Schilde

Und warum es Männer gibt? Trotz der Morde, Schandtaten und der männlichen Minderintelligenz? Ganz „einfach“: Ohne Männer sterben die Menschen aus! Warum? Wer soll denn dann Jobs ausführen wie: Computer installieren, Kisten tragen, verstopfte Rohre reparieren, Tiere schlachten, ausnehmen, grillen, Rasen mähen, Elektrogeräte reparieren. Zwei Prozent der Frauen vielleicht, mehr aber bestimmt nicht!

Münster — Sven Kentrup



Chromosomen des Mannes
Es „schrumpft“ nicht, es spezialisiert sich

Ich glaube, die Frage stellt sich überhaupt nicht, wer in einer Welt ohne Männer „die Spinnen im Schlafzimmer töten“ oder „den Roadster reparieren“ würde. Meiner bescheidenen männlichen Meinung nach würde es gar keine Schlafzimmer oder Autos geben, vielmehr würden die Urfrauen immer noch in der afrikanischen Steppe ums Lagerfeuer sitzen und lange, lange Diskussionen über Gott und die Welt führen.

Neuried — Brono Korenko

Einfach erstaunlich, wie Sie es schaffen, von einem 125 000 Jahre in der Zukunft liegenden Ereignis den Bogen zum Jahr 2003 zu schlagen, um zu belegen, dass der „Untergang“ des Mannes, wenn nicht schon biologisch, dann aber doch soziologisch bereits in vollem Gange sei. Ihr Artikel malt den Alptraum des entthronten Herrschers an die Wand, dass die Frauen bald gänzlich ohne ihn überleben könnten, welch Schrecken! So ist Ihre Titelfrage, warum es überhaupt Männer gibt, rein theoretisch und schlicht eine Strategie, um Mitleid zu erregen und die „Krise“ zu dramatisieren.

Kiel — Maya Bruss

Ich bin gewiss keine Feministin. Aber dieser Artikel ist die geeignete Lektüre, um der zuweilen vom starken Geschlecht zur Schau getragenen Überheblichkeit entgegen zu wirken. Ich habe herzhaft gelacht.

Altenmedingen (Nieders.) — Martina Gerecht

Gesellschaftlich bleibt die Aufgabe, den Interessen und Bedürfnissen beider Geschlechter gerecht zu werden, ohne wie zurzeit einseitig nur das Weibliche zu fördern. Die Natur selbst wird Auswege aus dem weiteren Verfall des Y-Chromosoms finden. Auf das Erfolgsmodell Mann wird sie dabei ganz sicher nicht verzichten.

Frankfurt am Main — Andreas van Almsick

Der Übergang von der biologischen in die technische Evolution ist in vollem Gange – und es wird mit Sicherheit wesentlich weniger als 5000 Generationen dauern, bis der Mensch – egal, ob männlich oder weiblich – sich von seiner sterblichen biologischen Daseinsform verabschiedet hat.

Unterlüss (Nieders.) — Peter Scharfenstein

Als Vater von vier erwachsenen Töchtern verspüre ich überhaupt keine Zukunftsangst. Im Gegenteil: Als noch Überlebender der männlichen Spezies fühlte ich mich schon heute in einer Welt ohne Oberkleriker und diverser Rambo-Regierungschefs erheblich wohler.

Aalen (Bad.-Württ.) — Arthur Löffler



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 23. September 1953

Aufregung um ein avisiertes Informationsministerium Zeichen eines totalitären Staates. **Brieftaubenzüchter manipuliert Wetten** Fast 7000 Mark erschwindelt. **Bayernpartei nach der Wahl** Keine Bundestagsmandate mehr. **Ehemaliger französischer Diplomat löst Skandal aus** Schlüsselroman über deutsche Besatzungszeit in Paris. **„Politik ist Teppichhandel“** Machtwechsel in Marokko. **Premiere von Thomas S. Eliots Stück „Der Privatsekretär“** Londoner Publikum verblüfft. Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de** oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Titel: Schausteller-König Otto Ernst Wilhelm van der Ville

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Unsere Außenministerin wurde von einem Mann ermordet. Es ist allerhöchste Zeit, entweder den Mann, die Macht des Mannes oder das Testosteron endlich von unserem Planeten so schnell wie möglich zu entfernen, Jahrtausende Jahre Männermacht haben unseren Planeten fast total zerstört.

Helsingborg (Schweden) Frank Wiederkehr

Männer mit fehlerhaften Genen drücken natürlich die Gesamtstatistik nach unten. Der Mann mit gesundem X- und Y-Chromosom repräsentiert jedoch weiterhin das starke Geschlecht. So sind gesunde Männer besser in der Lage, Giftstoffe zu verarbeiten, sie sind körperlich stärker und emotional stabiler. Da der Konkurrenzkampf unter Männern mit harten Bandagen (Imponiergehabe wie Alkohol, Rauchen, riskantes Verhalten) gekämpft wird, bleiben viele auf der Strecke. Würden Frauen darin einbezogen, wäre ihre Lebenserwartung deutlich niedriger als die der Männer.

Moers (Nrdrh.-Westf.) Andreas Jaeger

Sie vergessen vollständig, dass aus anthropologischer Sicht das männliche Geschlecht mit der Weitergabe positiver Mutationen über das Y-Chromosom den Entwicklungsfortschritt der Menschheit zum Homo sapiens vom Menschenaffen über den Neandertaler erst ermöglicht hat. Auch Aggressivität, kriminelles Verhalten et cetera resultieren aus der genetischen Dominanz der männlichen Tiere, die für Nahrung, Wildbeute, Verteidigung über zwei Millionen Jahre sorgen mussten, während die weiblichen Tiere („Frauen“) den Nachwuchs betreuten, das Haus hüteten und das mühsam errungene Feuer nicht ausgehen ließen.

Heidelberg Dr. Dieter Theuer
Universitätsklin., Abt. Molekularbiologie

Das Y-Chromosom „schrumpft“ nicht, sondern spezialisiert sich! Es schrumpft so wenig, wie der Mensch schrumpft, der Fett abbaut. Das Y-Chromosom ist die großartige Einrichtung, durch welche die Natur auf dem Weg zum Mann und damit zum Menschen sich selbst überragte und neu orientierte! Im Y-Chromosom durchbricht sie den Modus der bloßen Wiederholung, wie dieser sich im XX-Format darstellt, um sich Neuem zu widmen. Das Y-Chromosom ist der Umschlagsplatz der menschlichen Evolution.

Frankfurt am Main Michail Savvakis

Vom schönen Schein geblendet

Nr. 37/2003, Pflege: Die Alzheimer-WG als Alternative zur Abschiebung ins Heim

Bei der Betreuung von Dementen sollte man bedenken, dass viele von ihnen sehr auf die Lebenspartner fixiert sind. Das Zusammenleben ist oft der letzte Draht in eine nicht mehr verstandene Realität. Auch die Partner wollen sich in vielen Fällen nicht von dem Erkrankten trennen. Der vertraute Wohnraum ist von großer Bedeutung, ein Umzug eine große Belastung. Wohngemeinschaften sind daher nur in Verbindung mit hoch engagierten ambulanten Diensten, entsprechendem Wohnraum sowie der Bereitschaft von Angehörigen, Zeit zu investieren, zu empfehlen. Eine Alternative sind die sehr guten, oft nicht bekannten, teilstationären Betreuungsangebote.

Hamburg Ekkehard Janas

Neue Modelle zur Betreuung und Versorgung von Demenzkranken gibt es überall in Deutschland, fachlich unumstritten und lebensweltorientiert. Doch all diese Modelle bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone, und so manche Dementen-WG macht die Rechnung ohne die Heimaufsicht. Die nämlich meinen, dass eine Dementen-WG eben doch ein Heim ist. Und wenn dann nicht alle Auflagen erfüllt sind, wird eben geschlossen. Rein rechtlich mag das in Ordnung sein, menschlich ist das sicher nicht.

Regensburg Axel Wiechmann
Referent für Alten- u. Behindertenhilfe



JORDIS SCHLÖSSER / OSTKREUZ

Alzheimer-Wohngemeinschaft
In einer rechtlichen Grauzone

Angehörige projizieren oft ihre Vorstellungen auf die Bedürfnisse der Betroffenen und lassen sich allzuleicht vom schönen Schein von Heimen blenden. Da nützt es gar nichts, dass in Berlin ein „Verein für Selbstbestimmtes Wohnen im Alter“, www.swa-Berlin.de, der Qualitätsstandards entwickelt hat, gegründet wurde. Zu erwähnen ist auch noch die zentrale Platzbörse im Haus des älteren Bürgers (Werbellinstraße), die Angebote in Wohngemeinschaften bündelt. Solange jedoch Qualität an nachgeordneter Stelle steht und das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen nur in Ausnahmefällen geachtet wird, so lange wird sich auch das beste Angebot nicht durchsetzen können.

Berlin Marco Huth
Dipl.-Pflegewirt

Nahezu unnötiges Amt

Nr. 37/2003, Bundespräsident: Der Machtkampf um Schloss Bellevue

Der Kandidat sollte mindestens 70 Jahre alt sein, denn mehr als vier Ex-Präsidenten sind aus Haushaltsgründen nicht vertretbar.

Bergkamen (Nrdrh.-Westf.) A. Dockweiler



WOLFGANG KUMM / DPA

Bundespräsident Rau, CDU-Politiker Schäuble
Erschreckender Kontrast?

Dass sich Johannes Rau bereits im Frühsommer 2002 entschieden habe, nicht wieder zu kandidieren, kann ich nicht glauben. Trickreich, wie er sich vor fünf Jahren seinen späten Verzicht auf sein Ministerpräsidenten-Amt in NRW vom damaligen SPD-Chef Lafontaine nur mit der Zusage abhandeln ließ, ihn zum Bundespräsidenten zu wählen, hat er sicher bis zuletzt alle Chancen für seine Wiederwahl ausgelotet. Erst die Wähler in Hessen und Niedersachsen haben ihm Anfang dieses Jahres einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Freigericht (Hessen) Heinrich Harth

Das Bundespräsidentenamt müsste abgeschafft und der zugehörige Apparat auf das minimal Notwendige geschliffen werden. Die Parteien müssen den Besitzstand des Abschiebebahnhofs für pensionswürdige Politiker aufgeben. Dieses Amt ist nahezu unnötig und rechnet sich nicht.

Weinheim (Bad.-Württ.) Matthias Hördt

Sieht man auf die Riege der ins Gespräch gebrachten Nachfolgekandidaten, ist man angesichts der Qualität mit Mark Twain froh: Es ist schon ein großer Trost bei Wahlen, dass von mehreren Kandidaten immer nur einer gewählt werden kann.

Idar-Oberstein (Rhld.-Pf.) Alfred Pfeiffer

Nein, es ist nicht der Rollstuhl; damit kann ich als Angehörige von Gehbehinderten gut umgehen. Es ist dieser erschreckende Kontrast: hier der derzeitige Präsident, voller Witz, Menschenfreundlichkeit und Klugheit. Und dort der penetrant „Wescht“ und „Oscht“ kultivierende Unionspolitiker mit den eiskalten Augen. So einer sollte uns nicht repräsentieren. Das wäre ja fast so eine fatale Lösung wie Stoiber.

München Angelika Boese



RTL

RTL-„DDR-Show“-Teilnehmer*: *Fast so „schön“ wie früher*

Unerträgliche Kitschqualität

Nr. 37/2003, Ost-Boom: Zu Gast im Party-Staat – ein Streifzug durch die Kulissen der Ostalgie, Leander Haußmann über die Showkarriere seiner Heimat DDR

In diesem Land haben Menschen gelebt, deren Vergangenheit jetzt zur Witznummer avanciert und nur noch dazu da ist zu unterhalten. Ich finde es schlimm, dass jetzt nach 13 Jahren der „Ausverkauf“ der DDR zum zweiten Mal stattfindet.

Erfurt — Steffi Böttner

Der Artikel von Leander Haußmann hat mir aus dem Herzen gesprochen! Mir, 27, haben die 14 Jahre im Arbeiter-und-Bauern-Staat mehr als gereicht. Wenn ich heute Frau Witt in FDJ-Bluse oder als Jungpionierin sehe, wird mir übel. Wissen Sie, was es für einen jungen Menschen bedeutet hat, diesen Vereinen nicht beizutreten, sich der Gleichschaltung zu entziehen?! Leider muss ich aber feststellen, dass die Begeisterung für die DDR-Shows nicht nur aus Kreisen kommt, die damals Mitläufer waren. Mir bleibt das unverständlich.

Dresden — André Gröll

Die Ostalgie-Shows sind ja mehr Realityshows der DDR als Realsatire. Kati Witt posiert brav im Pionierdress. Stasi-Informant Klaus-Dieter Kimmel lässt Szenen schneiden. Und im Publikum wird rhythmisch geklatscht. Fast so „schön“ wie früher.

Leipzig — Peter Eichler

Sie bedauern, dass in der ersten DDR-Show bei RTL nicht zu sehen war, wie Katarina Witt mir, dem Darsteller des „kleinen Muck“, das Pionierhalstuch umbindet. Nun ja, das dem Zuschauer vorenthaltene Geschehen kann ich bestätigen und bekenne, dass ich mich nicht gewehrt habe. Zu DDR-Schulzeiten war ich standhafter und trotzte den Versuchen, mich zum Jungen Pionier zu machen – als Letzter in meiner Klasse. Während „Die Geschichte vom kleinen Muck“ noch ohne jede politische Einflussnahme zu Stande gekommen war, sollte der Drehbuchautor Peter Podehl, mein Stiefvater, 1955 das Exposé zum „Tapferen Schneiderlein“ schreiben. Man gab ihm allen Ernstes zu verstehen, aus der Titelfigur des liebenswürdigen Aufschneiders einen Wilhelm Pieck zu machen. Das war zu viel, und wir emigrierten nach München.

Langenhagen — Prof. Thomas Schmidt

Dieses angebliche „Wiederfinden der ostdeutschen Identität“, jenes „Signal Selbstbewusstsein Ost“ ist für mich der Versuch, geschickt von unüberwindlichen Problemen abzulenken, die dieser Staat wirklich hat. Aber wer von denen, die dort laut im Fernsehen über Schwierigkeiten lamentieren, die es mit der Regierung, dem Staatsministerium für Kultur, der Stasi und Spitzeln gab, und die heute Karrieren außer Landes machen, hat sie tatsächlich bis zur Neige ausgekostet, die DDR?

Dresden — Sylvia Kleditzsch

Wenn bei RTL die DDR-Zeit jetzt schön wird oder war, können wir bald auch eine nostalgische Show über zwölf Jahre Drittes Reich sehen, für manche war auch das eine schöne Zeit. Die anderen sind tot, auch die von der DDR. Pfui RTL.

Stockstadt (Bayern) — Tilli Hauck

„… wenn mich einer fragt, wie es war damals, sag ich: Schön, denn ich war jung, und ich war verliebt.“ Der letzte Satz aus dem Film „Sonnenallee“ sagt eigentlich alles. Denn viel mehr war nicht. Die Welt war hinter Eisenach zu Ende. Das Leben endete in der Regel mit Mitte zwanzig im Plattenbau und Drei-Schichten-System im volkseigenem Kombinat. So verliebt und so jung, wie ich damals war, in solch einem System möchte ich heute nicht mehr leben.

Grimma (Sachsen) — Thomas Falke

Man kann sowieso nicht vermeiden, dass sich ein Ossi oder ein Wessi von dem jeweils anderen ein falsches Bild macht. Also kann man das Volk auch da abholen, wo es sich befindet, und das Ostalgie-Bedürfnis bedienen.

Bingen (Rhld.-Pf.) — Petra Rathay

* Mit Henry Maske, Oliver Geißen, Katarina Witt, Thomas Schmidt.

Lieber „Zocken“ als „Daddeln“

Nr. 37/2003, Computerspiele: Die Werbebranche entdeckt den Spielemarkt

Glücklicherweise sind nur diejenigen Computerspiele für Werbung wie von McDonald’s oder Intel anfällig, die in der Gegenwart angesiedelt sind. In die vielen beliebten Fantasy-Spiele, die meist in mittelalterlich inspirierten Szenarien spielen, kann diese Form von Werbung dagegen schlecht integriert werden. Oder soll sich etwa der Held, nachdem er mit Mühe und Not und seiner zweihändigen Streitaxt eine Horde Monster erschlagen hat, zur Regeneration seiner Lebensenergie in eine virtuelle McDonald’s-Filiale zurückziehen?

Frankfurt am Main — Ingo Leschnewsky, Software Developer

Mir ist aufgefallen, dass in allen SPIEGEL-Artikeln über Computer- und Videospiele das Wort „Daddeln“ auftaucht. Dabei kenne ich keinen Menschen, der sich mit Computerspielen auseinander setzt (sprich: sie spielt) und in diesem Zusammenhang jemals dieses Wort benutzt hätte – es ist das gleiche Problem, das die Industrie und ihre Vermarktung mit den Spielern hat, sie sprechen einfach nicht dieselbe Sprache. Wenn Sie also auf der Suche nach Synonymen sind, nehmen Sie lieber „Zocken“ oder bleiben sie beim konventionellen „Spielen“.

Göttingen — Mihai Alevra



Computerspiel-Werbung
Äußerst bedeutsame Industrie

Warum soll gerade dieses Werbemedium unsicherer sein als Fernseh- oder Printwerbung? Ein aktiver Markt neigt dazu, solche Dinge selbst zu regulieren und ein Übermaß zu verhindern. „Unterschwellige Werbung“ zeigt auch die positiven Seiten einer äußerst bedeutsamen Industrie.

Hamburg — Thomas Rings, Fabian Rübner

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Adresse lautet: leserbriefe@spiegel.de

Eine Teilauflage enthält einen Postkartenbeihefter der Firma Dt. Direktbank, Frankfurt, und des SPIEGEL-Verlages, Hamburg, sowie einen Prospektbeikleber der Firma Cosmos Leben, Saarbrücken. In der Heftmitte befindet sich in einer Teilauflage ein achtseitiger Beihefter der Firma Peek & Cloppenburg, Düsseldorf. Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält Beilagen der Firmen Amazon.de, München, Plan International, Hamburg, Giordano, D’Alba, und Waldbusch, Solingen.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

BUNDESPRÄSIDENT

Wunschkandidat Stoiber

Der gemeinsame Wunschkandidat von Union und Liberalen für das Amt des Bundespräsidenten heißt Edmund Stoiber. Das zeichnet sich nach Gesprächen ab, die CDU-Chefin Angela Merkel mit dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle und wichtigen Parteifreunden, darunter Altkanzler Helmut Kohl, geführt hat. Merkel sieht in einer Nominierung Stoibers die Chance, einen allseits anerkannten Bewerber zu präsentieren und sich zugleich eines Konkurrenten um die Kanzlerkandidatur im Jahr 2006 zu entledigen. Zudem hofft die ostdeutsche Protestantin, mit einem Votum für den süddeutschen Katholiken Stoiber ihre Popularität in der CSU und im konservativen Unionslager zu erhöhen – eine wichtige Voraussetzung im Kampf um die Kanzlerkandidatur.



JÖRG SARBACH / AP

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel, der für Merkel eine ähnliche Funktion erfüllen könnte, gilt in der FDP auf Grund seiner Provinzialität als schwer durchsetzbar. Dagegen hat Westerwelle signalisiert, dass die Liberalen eine Kandidatur Stoibers unterstützen würden. „Stoiber ist schließlich nicht Strauß“, sagt ein Vertrauter des FDP-Chefs. Außerdem will Westerwelle Merkel gegen ihren CDU-Rivalen, den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, stärken, weil er die Parteichefin für chancenreicher im persönlichen Polit-Duell mit Bundeskanzler Gerhard Schröder hält. Der Chef-Liberale hat ein gutes Verhältnis zu der Christdemokratin. Er glaubt zudem, die FDP könne sich besser gegen sie als gegen den wirtschaftsliberalen Koch profilieren. Auch Altkanzler Helmut Kohl hat in einem Gespräch mit Merkel zugesichert, eine Kandidatur Stoibers zu billigen, ohne sich allerdings auf den Bayern festzulegen. „Wenn er wollen sollte, kann er es werden“, sagt ein Kohl-Vertrauter. In der Union kursieren bereits Szenarien, wie der bislang unwillige Langzeit-Ministerpräsident verpflichtet werden könnte. So müssten potenzielle Konkurrenten öffentlich zerrieben werden, bis aus der Union ein vielstimmiger Ruf nach Stoiber ertönt. Schon vor der Bundestagswahl im vergangenen Jahr hatte sich der Bayer geziert, bis ihm CSU-Landesgruppenchef Michael Glos erklärte: „Die Kanzlerkandidatur ist keine Privatsache.“



ROLF H. SEYBOLDT / SEYBOLDTPRESS.DE

Kohl und Merkel (2002), Stoiber (im Bayern-Wahlkampf)

AFFÄREN

Informantin muss zahlen

Juristisch ist die „Miles & More“-Affäre, bei der im Sommer vergangenen Jahres mehrere Politiker wegen privater Nutzung dienstlich erflogener Bonuspunkte ins Zwielicht gerieten, jetzt abgeschlossen worden. Das zuständige Gericht in Kassel hat das Strafverfahren gegen eine ehemalige Angestellte des dortigen Lufthansa-Callcenters nach Zahlung von 5000 Euro eingestellt. Der Beschluss ist rechtskräftig. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Frau persönliche Daten von Politikern an die „Bild“-Zeitung weitergegeben hat. EDV-Spezialisten der Lufthansa ermittelten, dass die Mitarbeiterin firmeninterne Angaben von 65 Politikern, darunter von PDS-Star Gregor Gysi und dem Grünen Cem Özdemir, abgefragt hatte.



MARTIN JUNG / DPA

Sahara-Touristen (im Februar)

ALGERIEN

Haftbefehl aus Deutschland

Gegen den Anführer der algerischen Terroristen, die monatelang 32 europäische Touristen als Geiseln hielten, hat ein Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs Haftbefehl erlassen. Abderrassak al-Para wird Rädelsführerschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung, räuberische Erpressung und Nötigung der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen. Para, ein ehemaliger Fallschirmjäger der algerischen Armee, hatte sich in einem Schreiben selbst als „Emir“ der Terrortruppe GSPC bezeichnet, die für das Kidnapping verantwortlich gemacht wird. Die Bundesanwaltschaft wird voraussichtlich in den kommenden Wochen weitere Haftbefehlsanträge gegen Paras Komplizen stellen. 14 Geiseln, unter ihnen 9 Deutsche, waren erst nach Zahlung eines Lösegelds von knapp fünf Millionen Euro freigekommen.



BECKER + BREDEL / ACTION PRESS

Fallschirmjäger-Übung für Afghanistan-Einsatz (im Saarland)



ISOPRESS SENEPART / ACTION PRESS

Rumsfeld

NATO

Kriegsspiel für Minister

Ein „aufregendes Erlebnis“ hat US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld seinen Nato-Kollegen für Anfang Oktober versprochen. Während eines Treffens in Colorado Springs sollen sie die Entscheidungsabläufe für einen Einsatz der geplanten Schnellen Eingreiftruppe (Nato Response Force, Kürzel: NRF) der Allianz durchexerzieren. Das Manöverszenario: eine US-geführte Nato-Intervention im Mittleren Osten im Jahr 2007. Die Europäer reagierten skeptisch: „Minister üben nicht“, hieß es in der Brüsseler Nato-Zentrale, sogar der amerikafreundliche Generalsekretär George Robertson habe Rumsfelds Kriegsspiel als „zu US-lastig“ gerügt.

Einige europäische Partner hegen den Verdacht, dass die USA für NRF-Einsätze jeweils eine „Koalition der Willigen“ innerhalb der Allianz schmieden wollen, womit sie das Nato-Prinzip aushöhlen würden, Entscheidungen nur einstimmig zu treffen. Weil die Eingreiftruppe im Ernstfall zügig losmarschieren müsse, so die Ansicht Washingtons, sollten Länder, die sich an NRF-Aktionen nicht beteiligen wollen – oder wie Deutschland wegen eines Parlamentsvorbehalts nicht gleich können –, auf ihr Vetorecht verzichten. In Colorado Springs, vermuten die Kritiker, wolle der Gastgeber die Ministerrunde probehalber zu einer solchen Mehrheitsentscheidung drängen. Wegen des Grummelns aus Brüssel hat Rumsfeld die zunächst für einen ganzen Tag geplante „Übung“ (Dynamic Response 07) auf etwa fünf Stunden verkürzt und in „Studienseminar“ umgetauft.

Die NRF soll 21 000 Soldaten umfassen, die Bundeswehr will davon rund 5000 stellen. Schon Mitte Oktober sollen die ersten Einheiten einsatzbereit sein.

PDS

Tiefroter Aderlass

In der innerparteilichen Auseinandersetzung können die Reformer um den PDS-Chef Lothar Bisky einen Sieg verbuchen: Traditionalisten wenden sich in großer Zahl von der Partei ab. Die Kommunistische Plattform beklagt in einem Brief an den Parteivorstand, dass „Tausende ehrenwerter, ehrlicher Genossinnen und Genossen nicht aufgehalten worden“ seien. In dem Schreiben nennen die Autoren als PDS-Abgänger den früheren Top-Spion der DDR, Rainer Rupp (Deckname „Topas“), den einstigen Chef der DDR-Grenztruppen, Klaus-Dieter Baumgarten, der wegen der Schüsse an der Mauer zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt worden war, und den einstigen Stasi-Oberst Klaus Eichner. Als Gründe für die Austrittswelle führen die Hardliner die Erklärungen der PDS zur DDR-Geschichte, die Sparpolitik des rot-roten Senats von Berlin und das Agieren von Bisky an.



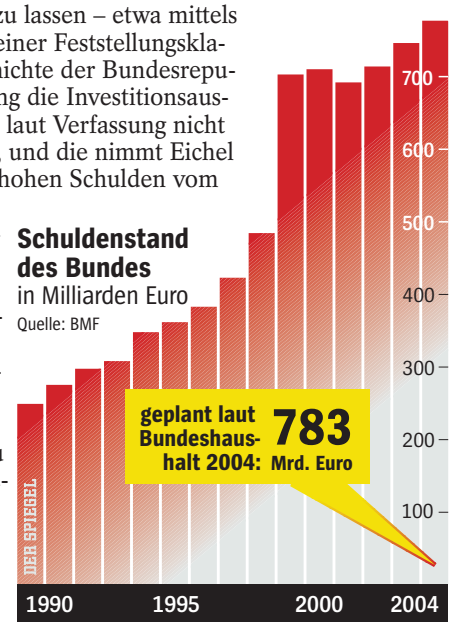
DPA

Rupp alias „Topas“

HAUSHALT

Union erwägt Klage

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag erwägt rechtliche Schritte gegen den von Finanzminister Hans Eichel (SPD) vorgelegten Haushalt für 2004. Juristen prüfen derzeit die Möglichkeit, den Entwurf schon vor seiner Verabschiedung für verfassungswidrig erklären zu lassen – etwa mittels einer einstweiligen Anordnung oder einer Feststellungsklage. Der Grund: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik überschreitet die Neuverschuldung die Investitionsausgaben schon im Haushaltsansatz, was laut Verfassung nicht sein darf. Es gibt nur eine Ausnahme, und die nimmt Eichel für sich in Anspruch. Er will sich die hohen Schulden vom Parlament genehmigen lassen, um eine „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes“ abzuwenden. Dies erlaubt das 1967 beschlossene Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Allerdings hält der Fraktionsvize der Union, Friedrich Merz, diese Begründung für unzulässig – schließlich legt Eichel dem Etat ein eher hohes Wirtschaftswachstum von zwei Prozent zu Grunde. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU, Dietrich Austermann, hofft auf eine rasche Entscheidung: „Wenn das Verfassungsgericht in ein paar Jahren darüber entscheidet, ist niemandem gedient.“



Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

GRÜNE

Comeback für Roth?

Bei den Grünen gilt intern die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Claudia Roth, als Favoritin für das Amt der Parteichefin, das nach Angelika Beers geplantem Rückzug spätestens Ende 2004 neu zu besetzen ist. „Wenn Claudia will, dann wird sie es“, sagt ein Vertrauter von Joschka Fischer. Roth selbst hält die Kandidatur offen. „Sag niemals nie“, erklärt die Abgeordnete.



MARCO URBAN/DE

Roth

PARTEIEN

Schwarz-grüne Biopolitik

Spitzenleute der Union und der Grünen wollen am kommenden Donnerstag in Berlin die Möglichkeiten einer einvernehmlichen Biopolitik ausloten. Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung werden die Vize-Fraktionschefs Maria Böhmer (CDU) und Reinhard Loske (Grüne) eine Debatte mit etwa 20 Teilnehmern moderieren. Dabei sollen „gemeinsame Positionen für die politische und parlamentarische Arbeit geklärt“ werden, so die Einladung. Thema ist das Klonen zu medizinischen Zwecken – die Uno nimmt in diesem Monat Verhandlungen über ein internationales Klonverbot auf. SPD-Politiker sind ausdrücklich nicht eingeladen.

TERRORISMUS

Spur nach Hamburg

Der in Spanien in Haft genommene al-Dschasira-Reporter Taisir Aluni verfügt offenbar über enge Verbindungen in das Umfeld der 11.-September-Attentäter um Mohammed Atta. Der aus Syrien stammende Aluni, den die spanische Justiz verdächtigt, Mitglied der Terrororganisation al-Qaida von Osama Bin Laden zu sein, ist Schwager des Cousins von Mohammed Haydar Zammar, der in Syrien im Gefängnis sitzt und zuvor in Hamburg lebte. Dieser soll die Attentäter für die Ausbildung in den Qaida-Terrorcamps in Afghanistan angeworben haben. Zammars Cousin, der beim Bundeskriminalamt als Zeuge, nicht aber als Verdächtiger geführt wird, war häufig nach Spanien gereist – mindestens zweimal als Chauffeur des Hamburger Terrorverdächtigen Mamoun Darkazanli. Gegen Letzteren ist in Spanien ebenfalls internationaler Haftbefehl erlassen worden. Darkazanli soll Qaida-Mitglied sein. Der aus Syrien stammende Geschäftsmann hat allerdings die deutsche Staatsangehörigkeit und kann daher nicht ausgeliefert werden.



SERGIO BARRENECHEA / AP

Aluni

Nachgefragt

TV-freies Kinderzimmer

„Familienministerin Renate Schmidt fordert Eltern auf, ihren Kindern keinen Fernseher ins Kinderzimmer zu stellen. Sollten Kinder einen eigenen Fernseher haben dürfen?“

		Angestellte, Beamte	Arbeiter	Freie Berufe, Selbständige
ja	26	23	46	20
nein	47	49	33	49
kommt auf das Alter an	23	24	18	22



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 16. bis 18. September; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/ keine Angabe



Partner Chirac, Schröder

AUSSENPOLITIK

Schröders Neue Mitte

Der Kanzler sucht in der Außenpolitik den „deutschen Weg“. Bei seinem Auftritt vor der Uno und dem Treffen mit Präsident George W. Bush will er die aggressive Konfrontation mit den USA beenden. Zugleich strebt er nach einer Balance der Beziehungen zwischen Washington und Paris.

Bernd Mützelburg ist ein ruhiger, besonnener Mann. Der langjährige Diplomat hat als Botschafter in Kenia und Estland gedient, seit einem Jahr ist der Spitzenbeamte wichtigster außenpolitischer Berater des Kanzlers, Gerhard Schröders Condoleezza Rice.

Doch am Donnerstag vergangener Woche war der 59-jährige Souffleur nicht wiederzuerkennen. Blass stürzte er da mit einer Aktenmappe unter dem Arm aus dem zentralen abhörsicheren Konferenzraum des Kanzleramts, im Schlepptau seinen Pariser Kollegen Maurice Gourdault-Montagne, kurz dahinter Dominique de Villepin, den französischen Außenminister.

Es war der Tag der deutsch-französischen Regierungskonsultation in Berlin. Umringt von einem gewaltigen Tross an Hilfskräften und Sicherheitsbeamten, plauderte Gerhard Schröder entspannt mit Jacques Chirac, während Mützelburg wenige Meter entfernt laut aufstöhnte: „Ich weiß nicht, wo mir der Kopf steht.“

Das Kanzleramt, traditionell ein eher behäbiger Apparat zur Kontrolle der Ministerien, wird mehr und mehr selbst zur operativen Einheit. Schröder lässt mit kleinster Mannschaft eigene Ideen entwickeln und Konzepte austüfteln, um im weltweiten Machtpoker zu punkten.

Kaum eine Region, die ihn nicht interessiert. Allein in acht Ländern sind derzeit deutsche Soldaten stationiert. Die außenpolitische Abteilung unter Mützelburg, die rund 20 Beamte umfasst, arbeitet inzwischen am Limit.

Von der Außenpolitik erhofft sich Schröder jenen Glanz, den das innenpolitische Gezerre mit Verbänden und Opposition nicht bieten kann. Zumal es hier vor allem um das geht, was auch das TV-Publikum in den Wohnzimmern versteht – kleine Symbole, große Gesten.

Da die herzliche Umarmung mit dem französischen Staatschef, dort ein kumpeliger Händedruck mit dem Russen Wladimir Putin und zwischendurch der Kanzler in Kabul: Die schusssichere Weste über dem verschwitzten Hemd soll anzeigen, dass sich hier ein Mann bis zum Äußersten engagiert. Da kann die Eröffnungsrede etwa beim Deutschen Städtetag unmöglich mithalten.

Noch formt sich aus den losen Enden der diversen Schröder-Aktivitäten keine konsistente, für jedermann klar erkennbare Außenpolitik. Anders als die früheren Kanzler Konrad Adenauer mit seiner Westbindung, Willy Brandt mit der Aussöhnung gegenüber dem Osten oder Helmut Kohl, der die deutsche Einheit spürbar beförderte, sucht der gegenwärtige Regierungschef immer noch nach festem Grund.

Der Sozialdemokrat, in der Innenpolitik ein Mann der Machtworte, erweist sich, was das Auswärtige anbelangt, eher als Tastender, einer, der sich in jener „neuen Normalität“, die ihm sein Ex-Kulturbeauftragter Michael Naumann attestierte, einzurichten bemüht. Er will zum Nutzen der größer gewordenen Bundesrepublik ein „Selbstbewusstsein ohne Überheblichkeit“ verkörpern – doch bisher dominieren vor allem die Fragezeichen:

Wie viel Freundschaft mit Frankreich verträgt das deutsch-amerikanische Verhältnis? Könnte ihn jene innereuropäische Nähe, auf die Schröder derzeit so viel Wert legt, weltweit und dann auch auf dem Kontinent womöglich isolieren?

Was wird aus den gleichermaßen schwierigen wie wichtigen deutsch-britischen Beziehungen? Wo liegen angesichts steigender Euro-Skepsis in England und einer ausgeprägten Antikriegsstimmung in Deutschland die Felder künftiger Gemeinsamkeit? Sollte man ohne London überhaupt den Ausbau der europäischen Instanzen forcieren, wo doch jeder EU-Konvent die Drift zwischen Festland und Inselreich befördert?

Und dann erst der komplizierte Umgang mit den USA, jener sturen und oft selbstverliebten Weltmacht, ohne die weder Nato noch Uno überleben können.

So schroff wie bisher kann es nicht weitergehen, das weiß auch Schröder. Ein Zurück zur alten deutsch-amerikanischen Freundschaft aber wird es kaum geben. Also: Wie viel Distanz verträgt die Beziehung zu den Amerikanern? Wie viel Nähe erfordert eine Politik, die zugleich auch auf Eigenständigkeit bedacht ist?

Gerade im Verhältnis zu Washington ließ der Kanzler bislang die nötige Verlässlichkeit vermissen. Was nach den Terroranschlägen vom 11. September als stramme Amerika-Freundschaft („uneingeschränkte Solidarität“) begann, endete inmitten der Bundestagswahl in abrupter Ablehnung: Deutsche Außenpolitik „wird in Berlin entschieden“, tönte Schröder damals.

Nun sucht er die Annäherung – mit erhobenem Haupt. Selbstbewusst will er dem US-Präsidenten George W. Bush als Partner gegenübertreten, ohne einen anderen – den französischen Freund Jacques Chirac – zu verprellen.

Die wichtigsten Termine auf seinem Weg liegen für Schröder in dieser Woche nur um Stunden auseinander. Um 8.55 Uhr New Yorker Zeit trifft er am Mittwoch im Waldorf Astoria Hotel den mächtigsten Mann der Welt zu einer 40-minütigen Unterredung. Gegen 12.15 Uhr ergreift er im Uno-Gebäude an der First Avenue vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen das Wort.



BERLIN PRESS / ACTION PRESS (L. O.); LARRY DOWNING / REUTERS / E-LANCE MEDIA

US-Präsident Bush: *40 Minuten für den Kanzler*

Vor den Vertretern der 191 Mitgliedstaaten hat er ganze 15 Minuten Zeit – und muss sich deshalb umso intensiver vorbereiten. Nach eingehenden Beratungen, vorweg mit Außenminister Joschka Fischer, gab Schröder seinen Mitarbeitern drei Hauptbotschaften vor, die sie in den Text einarbeiten sollen:

- Das neue Selbstbewusstsein: 30 Jahre nach dem Beitritt zu den Vereinten Nationen will Deutschland eine Stärkung der Uno mit allen Kräften fördern. Als „gleichwertiges Mitglied in der Staatengemeinschaft“ werde man, so der Kanzler, dafür werben, den Sicherheitsrat zu stärken – indem neue Mitglieder in den exklusiven Zirkel aus 15 Ländern aufgenommen werden. Und die Bundesrepublik gern als ständiges Mitglied.
- Die wehrhafte Außenpolitik: Im Sinne eines „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ will Berlin „mehr Verantwortung“ für den Frieden und die Entwicklung ärmerer Staaten übernehmen – vor allem politisch und wirtschaftlich, „militärische Gewalt als letztes Mittel zur Lösung von Konflikten“ aber eingeschlossen.
- Die internationale Kooperation: Als Mahnung an die amerikanisch-britische Kriegskoalition dient der Hinweis Schröders, dass sich die neuen internationalen Herausforderungen durch Terrorismus und staatlichen Zerfall „immer weniger im Alleingang, sondern vielmehr durch internationale Zusammenarbeit“ lösen lassen. Anders als die Amerikaner will er für ein Konzept eintreten, das Militärpolitik, Außenpolitik und die Anstrengungen der Entwicklungshilfe miteinander verbindet.

Mit Bekenntnissen zu internationalen Organisationen weiß sich der Kanzler im Einklang mit seinem Außenminister – und seinen Wählern. Wie stets, wenn Schröder sich seiner Sache nicht sicher ist, beauftragt er die Demoskopen – in diesem Fall ließ er das Allensbacher Institut nachfragen. Dessen Untersuchung ergab, dass etwa 60 Prozent der Bevölkerung die EU, die Uno und die Nato für die besten Garanten der deutschen Sicherheit halten – weit vor den USA, denen das nur 38 Prozent zutrauen.

Auch einen Gegenkurs zu Washington finden die Deutschen nach der vertraulichen Studie im Prinzip in Ordnung. Drei



IVAN SEKRETAREV / AP

Präsident Putin, Premier Blair
Drift zwischen Festland und Inselreich

Teure Luftnummer

Frankreich und Deutschland wollen ein gemeinsames Investitionsprogramm auflegen, für das Italien schon Kopfschütteln erntete.

Gerhard Schröder und Jacques Chirac harmonieren derzeit auch in Friedensfragen. Kaum war Frankreichs Staatspräsident samt seinen Ministern vergangenen Donnerstag am Berliner Flughafen Tegel gelandet, plauderten die beiden Regenten über gemeinsame Visionen. Es gehe darum, „Europa zur weltweit wettbewerbsfähigsten Region zu machen".

Ausgerechnet jene beiden Länder, die schon zum dritten Mal in Folge den europäischen Stabilitätspakt missachten, wollen nun Europas Wirtschaft ankurbeln und „auf der Basis des Stabilitätspaktes die Wachstumselemente betonen und stützen", so Schröder.

So sollen frische Milliarden beispielsweise helfen, den Turbo-Zug TGV auf der Strecke Paris–Frankfurt am Main zu beschleunigen. Gemeinsame „Klimaschutzprojekte in Transformations- und Entwicklungsländern" wollen die beiden anschieben. Sprach Schröder nicht von Wachstumselementen?

Wie soll beispielsweise der „Ausbau des terrestrischen digitalen Hörfunks und Fernsehens" die europäische Wirtschaft stimulieren? Oder welcher Impuls geht vom „Ausbau des Internet der dritten Generation" auf die Industrie aus? Wohl ein eher marginaler. Alles ist jedoch Teil dieses vermeintlichen Innovationsprogramms. Dabei haben die beiden Regierungschefs hehre Ansprüche. Sie wollen nichts weniger als die „Gefahr der Deindustrialisierung" abwenden. Am Ende könnte sich das medienwirksam vorgestellte Innovationsprogramm jedoch als teure Luftnummer erweisen, da die konjunkturelle Wirkung des deutsch-französischen Zehn-Punkte-Plans zu verpuffen droht.

Zwar beteuern Schröder und Chirac unisono, dass sich die neuerlichen Milliardenausgaben nicht auf den Stabilitätspakt auswirken werden, doch auch diese Sicht ist mehr als umstritten. Denn die chronischen Schuldenmacher Schröder und Chirac knüpfen dabei nahtlos an den aberwitzigen Plan an, den der italienische Finanzminister Giulio Tremonti bereits im Sommer vorgelegt hatte. Damals träumte Tremonti davon, bis 2010 jährlich zwischen 50 Milliarden und 70 Milliarden Euro in den Ausbau „transeuropäischer Netze" zu stecken.

Der Italiener verriet auch, wie das milliardenschwere Programm geschickt finanziert werden könne. So schlug er vor, die EU-eigene Europäische Investitionsbank (EIB) einzuspannen. Mit Hilfe neuer Finanzierungsinstrumente, zum Beispiel der Vergabe von langfristigen Darlehen mit zehnjähriger Zins- und Tilgungsfreiheit, könnte das in Luxemburg ansässige Institut private Geldgeber einsammeln – zusätzlich geködert mit der Aussicht auf ansehnliche Renditen durch Tunnelmaut und Autobahngebühren.

Von seinen europäischen Kollegen erntete Tremonti damals nichts als Kopfschütteln. Als ob neue Eisenbahnstrecken der Motor für einen konjunkturellen Aufschwung wären, zumal so fragwürdig über den Umweg der EIB finanziert. Chirac und Schröder ficht die damalige Kritik nicht an. Im Gegenteil:



R.E.A. / LAIF

Hochgeschwindigkeitszug TGV: *Stimulanz der Konjunktur?*

Sie tun es dem Italiener gleich. Auch sie greifen bei ihren Überlegungen auf die EIB zurück und versprechen privaten Investoren verbilligte Kredite. Doch genau hier liegt das Problem. Erstens wissen sie nicht, ob es solche Investoren überhaupt gibt – in der Vergangenheit hielten sich die privaten Finanziers eher zurück. Zweitens will die EIB von subventionierten Darlehen bislang noch gar nichts wissen. So könnten die Kosten am Ende doch über Garantien oder Zuschüsse wieder in den Etats der Regierungen landen – und die Schuldenlast noch weiter aufblähen.

Alexander Neubacher, Janko Tietz

Viertel der Befragten plädierten dafür, dass Europa der eigenen Vernunft folgen sollte, zwei Drittel wünschten sich gar ein europäisches „Gegengewicht" zu Amerika.

Doch in diesem Punkt dürfte der Kanzler über Volkes Stimme hinweggehen. Er will Frieden mit dem amerikanischen Präsidenten – und die Völker sollen dabei zusehen.

Die Kenner der außenpolitischen Szene haben diese Veränderung längst erspürt. „Schröder strotzt vor Selbstbewusstsein – und nicht zu Unrecht", bekräftigt Christoph Bertram, Chef der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Die Amerikaner, so sieht es auch ein hoher Diplomat, „sind im Moment noch ein bisschen mehr an guten Beziehungen interessiert als wir". Um seine umstrittene Außenpolitik nach innen abzusichern, müsse Bush dringend belegen, dass er sich ernsthaft um internationale Unterstützung bemühe.

Aufmerksam und ersichtlich erleichtert sind in Berlin die Entspannungssignale aus Washington registriert worden. So kündigte Bush schon Anfang August auf seiner Ranch im texanischen Crawford aus heiterem Himmel an, er „freue" sich darauf, Schröder für die „robuste" Hilfe aus Germany in Afghanistan zu danken. Bald darauf stellte sein Außenminister Colin Powell in einem ARD-Interview klar, dass man im Irak nur begrenzt mit Berliner Hilfe rechne: „Ich erwarte jedenfalls keine deutschen Soldaten."

Der entscheidende Hinweis allerdings wurde diskret übermittelt. Im Weißen Haus konnten deutsche Besucher von Condoleezza Rice, der mächtigen Sicherheitsberaterin des Präsidenten, einen Satz hören, den sie längere Zeit kaum noch für möglich gehalten hatten: „Unsere Beziehungen zu Deutschland sind die zentralen Beziehungen zu Europa."

Die amerikafreundlichen Briten bleiben von dieser Aussage natürlich ausgenommen – aber auch so wurde sie in der Berliner Regierung als kleine Sensation gefeiert. Immerhin waren es Italiener, Polen und Spanier, die sich mit ihrer bedingungslosen Zustimmung zum Irak-Feldzug als neueuropäische Amerika-Freunde hervorgetan hatten.

Doch Schröder, bis vor kurzem in Washington noch unerwünschte Person, zeigt sich bemüht, seinen Übermut zu dämpfen. Er weiß, dass er seine plötzliche Wertschätzung nicht eigener Leistung verdankt, sondern vor allem dem Unglück der Amerikaner, die sich im Irak in eine unhaltbare Lage gebracht haben und nun verzweifelt nach Partnern suchen.



DPA

Demonstration deutsch-amerikanischer Freundschaft*: *Kleine Symbole, große Gesten*

So desaströs ist die Situation der USA am Golf, dass sich Schröder in einem Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ fast schon generös darstellen konnte: „Es geht nicht um Genugtuung, sondern lasst uns das Problem lösen.“

Er ist sich sicher, dass der US-Präsident die Frage nach deutschen Truppen nicht ansprechen wird. Zu deutlich habe der Kanzler gemacht, so heißt es in dessen Umgebung, dass die Bundeswehr im Irak nichts zu suchen hat. Sollte Bush dennoch fragen, wäre das ein Affront.

Der Gast aus Berlin bietet stattdessen Hilfe auf einem anderen Gebiet an. Die Bundesrepublik sei „in großem Stil“ bereit, irakische Soldaten und Polizisten auszubilden – freilich nicht vor Ort. Auch an der Geberkonferenz Ende Oktober in Madrid wird eine deutsche Delegation teilnehmen.

Schröder geht es bei dem Gespräch mit Bush weniger um das Krisengebiet am Golf. Er will dem Präsidenten die Zusage anbieten, dass sich Berlin stärker bei der Stabilisierung Afghanistans engagiert: mit der Bundeswehr-Mission in Kunduz und einer diplomatischen Vertretung in Herat. Denn für den Kanzler ist die deutsche Rolle in Afghanistan nach wie vor der wichtigste Beitrag zum Kampf gegen den Terror – von dem der Irak-Krieg seiner Ansicht nach nur ablenkte.

Im Kern bedeutet Schröders Annäherung an Bush allerdings auch eine Lockerung seiner Bindungen zu den französischen Freunden – eine unerlässliche Begleiterscheinung, die er aber bei seiner Suche nach einer Neuen Mitte in Kauf zu nehmen gedenkt.

Dass der Kanzler ein fünf Jahrzehnte währendes Grundgesetz deutscher Außenpolitik, sich im Dreieck Bonn–Paris–Washington im Zweifel auf die Seite des großen US-Protektors zu schlagen, außer Kraft gesetzt und sich in einem fundamentalen Streitpunkt mit den Franzosen verbündet hat, soll so behutsam korrigiert werden.

Außenpolitische Experten feiern Schröder bereits als Protagonisten eines völlig neuen Konzepts im Verhältnis zu den USA. Der Erlanger Historiker Gregor Schöllgen glaubt, dass der pragmatische Sozialdemokrat den „wohl radikalsten Bruch bundesrepublikanischer Außenpolitik“ vollzogen und die „Berliner Republik auf den deutschen Weg geschickt“ habe.

Auch Egon Bahr, außenpolitischer Vordenker Brandts und Wegbereiter der Entspannungspolitik, wünscht sich einen unverkrampften Umgang mit dieser Vokabel – „deutscher Weg“ –, die bisher stets als „Sonderweg“ tabuisiert wurde. Wenn der amerikanische Hegemon Unterwerfung verlange, müsse Berlin sich widersetzen.

„Schröder hat den wohl radikalsten Bruch bundesrepublikanischer Außenpolitik vollzogen.“

Aber die tempogeladenen Zeiten scheinen sich ja geändert zu haben, und Frankreichs Staatspräsident Chirac, der mit Schröder im Schlepptau Bush die Stirn bot, zeigt offenbar schon Wirkung. Dass die Deutschen in Zukunft unbeschwert zwischen Paris und Washington pendeln, dürfte kaum in seinem Interesse liegen.

Und so umarmte der große Franzose den deutlich kleineren Kanzler beim Treffen am vergangenen Donnerstag in Berlin nicht nur körperlich. Die deutsch-französische Partnerschaft stelle „die Zukunft unserer Völker und Europas“ dar, schwärmte er lauthals – und bewegte sich umgehend auf seinen deutschen Partner zu.

Nun ist auch Paris bereit, irakische Polizisten und Soldaten in Frankreich auszubilden – unabhängig von der Annahme einer neuen Irak-Resolution im Weltsicherheitsrat. „Wenn der Kanzler diese Haltung bestätigt, wird Frankreich dieselbe Position einnehmen, und zwar aus den gleichen Gründen“, flötete der wendewillige Gast.

Noch vor kurzem hatte der Präsident jede Beteiligung an der Befriedung des Irak abgelehnt – zumindest solange die USA dort das Sagen haben. Doch nach seinem Gespräch mit Schröder und vor dem Meeting mit Tony Blair am Samstag war Chirac sichtlich bemüht, Flexibilität zu demonstrieren. Schließlich trifft auch er sich am Dienstag in New York mit Bush.

Obwohl die französischen Vorstellungen mit den amerikanischen kaum kompatibel sind, will er es nicht noch einmal auf eine totale Konfrontation mit den Amerikanern im Sicherheitsrat ankommen lassen. In realistischer Einschätzung der Lage ist Paris zu dem Schluss gelangt, dass Schröder ihm nicht noch einmal folgen würde.

Und das sicher zu Recht: Der Kanzler hat sich von den rigiden Pariser Vorstellungen bereits distanziert. Außenminister de Villepin hatte keck eine rasche Machtübergabe an die irakische „Übergangsregierung binnen eines Monats“ und Wahlen für das Frühjahr 2004 gefordert – was nicht nur US-Kollege Colin Powell prompt als „total unrealistisch“ zurückwies.

Schröder nutzte die Chance der Kontroverse, um sich flink dahin zu stellen, wo er neuerdings stehen möchte: in der Mitte zwischen Paris und Washington – und er forderte einen „Fahrplan, der realistisch ist und niemanden überfordert“. Ralf Beste, Konstantin von Hammerstein, Romain Leick

* US-Präsident John F. Kennedy, Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt, Bundeskanzler Konrad Adenauer 1963 in Berlin.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Das tangiert die Grundfesten“

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, über die geplante europäische Verfassung, seinen Dissens mit dem Kanzler und die Debatte um die Menschenwürde in Zeiten der Biomedizin



JOACHIM E. ROETTGERS / GRAFFITI

SPIEGEL: Herr Verfassungsgerichtspräsident, wir möchten gern mit Ihnen über den Entwurf der europäischen Verfassung diskutieren. Aber die Frage ist, ob wir das überhaupt dürfen.

Papier: Warum nicht?

SPIEGEL: Der Kanzler sagt, wer jetzt noch an der Verfassung herummäkele, der riskiere, dass alles platzt.

Papier: Der Verfassungsvertrag bedarf nach dem Grundgesetz der Zustimmung der gesetzgebenden Organe. Zu sagen, das, was da bisher entstanden ist, sei nur noch abzunicken und durchzuwinken, tangiert schon die demokratisch-parlamentarischen Grundfesten.

SPIEGEL: Die knapp 500 Artikel des neuen Vertrags für Europa beanspruchen Verbindlichkeit für fast 500 Millionen Bürger. Wenn die alle demokratisch beteiligt werden sollen, wird das nie was.

Papier: Der Entwurf für den Verfassungsvertrag ist im Auftrag der Regierungskonferenz erarbeitet worden, und es ist klar, dass dies nicht anders gehen konnte. Auch das Grundgesetz ist von einem Konvent entworfen worden, dann aber noch mal sehr eingehend vom Parlamentarischen Rat diskutiert worden. Bei dem Papier des Konvents handelt es sich um einen Entwurf, auf dessen Fundamente die inhaltliche Debatte in den Mitgliedstaaten und vor allem in deren Parlamenten folgen müsste.

SPIEGEL: Joschka Fischer verlangt eine Ratifikation ohne größere Debatte. Glauben Sie wirklich, dass da ein Parlamentarier der Regierungskoalition den Mut hat, aufzustehen und Verbesserungsvorschläge zu machen?

Papier: Ich meine aber, das Parlament müsste sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigen und Änderungswünsche, sofern solche bestehen sollten, bei der anschließenden EU-Regierungskonferenz einbringen – durch die Vertreter der Bundesregierung. Ich will damit gar nicht erst dazu Stellung nehmen, ob solche inhaltlichen Änderungen tatsächlich erfolgen sollten.

SPIEGEL: Wäre ein Volksentscheid über die Verfassung eine Alternative?

Papier: Ohne eine Grundgesetzänderung wäre das nicht möglich. Schon die jetzt geltenden parlamentarischen Spielregeln bieten eine hinreichende demokratische Legitimation. Man muss vor allem überlegen, ob ein Referendum in dem Stadium, in dem wir uns jetzt befinden, nicht ein Bündel Ressentiments hervorbringt, die schließlich zur Ablehnung führen.

SPIEGEL: Sie meinen, das Volk würde sich dagegen wehren, eine Verfassung von oben verordnet zu bekommen?

Papier: Die Ressentiments könnten sich in erster Linie gegen vorangegangene Integrationsschritte richten – beispielsweise gegen den Euro –, die gar nicht mehr zur Diskussion und Entscheidung anstehen.

SPIEGEL: Was läuft schief, wenn die neue Verfassung feierlich den „Willen der Bürgerinnen und Bürger“ zu einer gemeinsamen Zukunft verkündet – und die Bundesregierung kann sich nicht mal trauen, die Bürger nach ihrem Willen zu fragen?

Papier: Mich beunruhigt, dass die Diskussion um die europäische Integration in Deutschland, aber vielleicht auch in anderen Staaten der EU weitgehend an der öffentlichen Meinung vorbeigeht. Das hat dazu geführt, dass die Bevölkerung dem mit einer gewissen Gleichgültigkeit oder Ablehnung begegnet.

SPIEGEL: Vielleicht liegt es daran, dass die Materie zu kompliziert ist.

Papier: Die Diskussionen über mindestens ebenso bedeutsame Integrationsschritte in Europa fanden überwiegend in politischen

Hans-Jürgen Papier

kritisierte immer wieder einen Bedeutungsverlust der Parlamente und deren „Selbstentmachtung“. Neben seiner akademischen Laufbahn – der gebürtige Berliner hat seit 1992 einen Lehrstuhl für Deutsches und Bayerisches Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität München – leitete Papier unter anderem die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR. 1998 wurde das CSU-Mitglied zum Verfassungsrichter gewählt, seit April vorigen Jahres ist Papier, 60, Präsident des höchsten deutschen Gerichts.



OLIVIER MORIN / AFP

EU-Konventspräsident Giscard d'Estaing*: *„Ein Entwurf, dem eine Debatte folgen müsste"*

Zirkeln und Kreisen der Fachbürokratie statt. Die eigentliche öffentliche Debatte setzte immer erst dann ein, wenn die Grundsatzentscheidungen schon gefallen waren und das zuständige Parlament nur noch in toto zustimmen konnte, wenn es nicht einen politischen und juristischen Schaden hinterlassen wollte.

SPIEGEL: Hätte man nicht auch den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts vorher mal fragen müssen, was er von der neuen Verfassung hält?

Papier: Ich hätte mir schon gewünscht, bei der Klärung der Grundsatzfragen in den Meinungsaustausch einbezogen zu werden. Natürlich wurden wir mit der Zeit von deutschen Konventmitgliedern und von Kollegen vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg informiert, die offenbar besser eingebunden waren. Zu konkreten Gesetzentwürfen nimmt das Bundesverfassungsgericht allerdings keine Stellung.

SPIEGEL: Welchen Rat hätten Sie den Europa-Politikern denn gegeben?

Papier: Persönlich hätte ich mir eine klarere Kompetenzabgrenzung gewünscht. Es gibt viele Bereiche, in denen sich die Zuständigkeiten zwischen den Nationalstaaten und der EU überschneiden – zum Beispiel im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, des Umwelt- und Verbraucherschutzes.

SPIEGEL: In Konfliktfällen gilt das Subsidiaritätsprinzip: Von allem, was die einzelnen Staaten genauso gut oder besser können, muss Brüssel die Finger lassen.

Papier: Ob das Subsidiaritätsprinzip das wirklich erreicht, wird sich zeigen. Im Übrigen könnte es zu einem Wettlauf der Normierungen und damit zu einer neuen Regelungsflut kommen.

SPIEGEL: Geplant war das Gegenteil.

Papier: Ein Mitgliedstaat kann sich ja nur dann gegen europäische Initiativen zur Wehr setzen, wenn er geltend machen kann, er könne es genauso gut selbst regeln. Um das zu beweisen, macht er möglichst schnell möglichst viele Gesetze.

SPIEGEL: Und Brüssel, um das Gegenteil zu beweisen, macht noch schneller.

Papier: Am Ende ist jeder Lebensbereich bis ins Letzte geregelt. Denken Sie nur an die Absicht der Kommission, mit Werbeverboten bis ins Detail zu regeln, welche Reklame beispielsweise im SPIEGEL gemacht werden darf.

SPIEGEL: Und wenn Brüssel einfach Kompetenzen an sich zieht? Können wir uns dann bei Ihnen beschweren?

Papier: Das ist ein potenzieller Streitpunkt. Wer darf darüber entscheiden, ob die in der Verfassung gezogenen Zuständigkeitsgrenzen der EU gewahrt sind oder ob sie überschritten wurden? Der Europäische Gerichtshof meint: er allein. Wir meinen: letztlich die nationalen Gerichte, also in Deutschland das Bundesverfassungsgericht. Das ist nicht abschließend geklärt.

SPIEGEL: Also, wohin wenden wir uns?

Papier: Für Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips gilt: Bundestag oder Bundesrat können – wenn die Verfassung in Kraft tritt – von der Bundesregierung verlangen, Klage gegen eine Brüsseler Regelung beim Europäischen Gerichtshof zu erheben.

SPIEGEL: Oh Gott, der Bundesrat auch?

Papier: Das ist durchaus ein Entgegenkommen an die Vorstellungen der deutschen Bundesländer. Die aktuelle Föderalismusdiskussion in Deutschland, die eine gewisse Entflechtung von Bund und Ländern betrifft, sollte allerdings hier nicht aus den Augen verloren werden.

SPIEGEL: Die Opposition, soweit sie die Mehrheit im Bundesrat besitzt, bekommt noch ein Blockadeinstrument.

Papier: Es sollte nicht so sein, dass die Hemmnisse unseres Föderalismus damit weiter gesteigert werden. Es bedürfte ohnehin einer gesetzlichen Umsetzung, unter

* Am 3. September im Europaparlament in Straßburg mit EU-Kommissionspräsident Romano Prodi (l.).

Die Verfassung für Europa

ist fast fertig. Vom 4. Oktober an werden sich die europäischen Regierungschefs in Rom treffen, um den Entwurf des Konvents zu beschließen. An dem fast 500 Artikel umfassenden Werk soll nach dem Willen von Kanzler Gerhard Schröder möglichst nicht mehr gerührt werden. Wer einzelne Regelungen des raffinierten Kompromisses zwischen Brüsseler Kompetenzen und der Macht der Mitgliedstaaten wieder aufmache, warnt Außenminister Joschka Fischer, riskiere, dass „er den Sack nicht wieder zubekommt". Der deutsche Verfassungsgerichtschef meldet dagegen Bedenken an.



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

Regierung im Bundestag*: *„Weitgehend an der öffentlichen Meinung vorbei“*

Umständen einer Grundgesetzänderung. Hierbei wären gesamtstaatliche Belange hinreichend zu berücksichtigen.

SPIEGEL: Die letzte Entscheidung darüber, was Parlament und Regierung in Deutschland Brüssel überlassen müssen, liegt praktisch in Luxemburg beim Europäischen Gerichtshof. Darf man so viel Souveränität außer Haus geben?

Papier: Wenn die Kompetenz-Kompetenz, die Herrschaft über die Zuständigkeiten, an die EU abgegeben würde, wäre das nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Grundgesetz unvereinbar. Dann würde die EU selber ein Staat. Aber noch sind die Mitgliedstaaten Herren der Verträge – auch die Europäische Verfassung würde daran nichts ändern.

SPIEGEL: Gleichwohl ist der mit der Verfassung verbundene deutsche Verlust an staatlicher Selbständigkeit erheblich.

Papier: Es werden wohl einige neue Kompetenzen der Union geschaffen. Aber auch die neue Verfassung kann ihrerseits nicht durch die Union selbst, sondern nur durch einen Vertrag der Mitgliedstaaten selbst geändert werden.

SPIEGEL: Eine Verfassung ist nur so gut wie das Gericht, das ihre Einhaltung überwacht. Ist der Europäische Gerichtshof dazu überhaupt in der Lage?

Papier: Zweifellos – im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Verfahren. Zum Schutz der Gemeinschaftsgrundrechte gibt es jedoch keine Klageart, die mit unserer Verfassungsbeschwerde vergleichbar wäre.

SPIEGEL: Es gibt eine EU-Grundrechtecharta, aber die Bürger können sich darauf nicht berufen?

Papier: Jedenfalls nicht mit einer Verfassungsbeschwerde an den Europäischen Gerichtshof. Das wäre schon technisch gar nicht zu bewältigen, bei fast 500 Millionen Bürgern in der Europäischen Union. Ich hielte es für denkbar, die Sicherung der europäischen Grundrechte insoweit den nationalen Gerichten anzuvertrauen, in Deutschland also dem Bundesverfassungsgericht. Die Letztverantwortung des Europäischen Gerichtshofs wäre durch Vorlagepflichten zu gewährleisten.

„Ich möchte davor warnen, die Menschenwürdegarantie in zu kleiner Münze zu prägen.“

SPIEGEL: Ist denn sichergestellt, dass Menschen nicht irgendwann in die Kompetenzritzen des Grundrechtsschutzes fallen – zum Beispiel, wenn, wie vorgesehen, im gemeinsamen europäischen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ Staatsanwälte und Polizei über die Grenzen der nationalen Rechtsordnungen hinweg agieren dürfen?

Papier: Grundsätzlich habe ich da keine Bedenken. Die gegenseitige Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen, beispielsweise Haftbefehlen, folgt aus der Anerkennung einer Europäischen Wertegemeinschaft – daraus folgt auch ein Vertrauen in die Justiz und die Rechtsstaatlichkeit der anderen Mitgliedstaaten.

SPIEGEL: Nach Regelungen, die bald kommen sollen, muss die Justiz Deutsche etwa an Polen oder Griechenland ausliefern – selbst wenn ihnen Taten vorgeworfen werden, die in Deutschland gar nicht strafbar sind. Ist das mit dem deutschen Grundgesetz zu machen?

Papier: Dies ist unter den Voraussetzungen des Artikels 16 Absatz 2 Grundgesetz ausdrücklich zugelassen. Damit soll verhindert werden, dass Deutsche im Ausland Straftaten begehen und sich dann einfach durch Ausreise der Verfolgung entziehen. Im Übrigen gilt dies auch umgekehrt für die Vollstreckung deutscher Haftbefehle.

SPIEGEL: Deutsche Strafrechtsprofessoren warnen, der hohe rechtsstaatliche Standard der deutschen Justiz könnte ruiniert werden, wenn hier plötzlich Entscheidungen des Amtsgerichts Palermo gelten.

Papier: Das ist sicher überspitzt. Gleichwohl ist zu befürchten, dass die Praxis von bald 25 verschiedenen europäischen Strafrechtsordnungen allzu unterschiedlich sein dürfte. Darum muss man wohl, bei aller Anerkennung ausländischer Justizakte, einen rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechenden Mindestschutz sicherstellen.

SPIEGEL: Im gemeinsamen „Raum der Sicherheit“ soll Brüssel ja auch eigene Polizeikompetenzen, etwa bei der Terrorabwehr, bekommen. Muss man befürchten, dass sich hier ebenfalls die etwas rabiateren Methoden anderer EU-Partner zu Lasten des relativ liberalen deutschen Grundrechtsniveaus durchsetzen?

Papier: Es wird nach dem Verfassungsvertrag einen geschriebenen Grundrechtskatalog auf Gemeinschaftsebene geben, der weitgehend den deutschen Freiheitsrechten entsprechen dürfte. Im Übrigen strebt die Europäische Union den Beitritt zur Menschenrechtskonvention an, so dass auch deren Menschenrechte gelten würden. Es ist in der Grundrechtecharta überdies vorgesehen, dass das Schutzniveau der Konvention und der jeweiligen nationalen Verfassungen nicht unterschritten werden darf.

SPIEGEL: Die einzige deutsche Bestimmung, die wörtlich vom Grundgesetz in die europäische Verfassung übernommen worden ist, ist zugleich die wichtigste: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Nun gibt es ausgerechnet unter den Erfindern der wuchtigen Garantie, den deutschen Verfassungsrechtlern, Streit, ob man das im modernen Europa so uneingeschränkt stehen lassen kann. Wird die Menschenwürde jetzt antastbar?

Papier: Das ist sicherlich unzutreffend. Man sollte hier nichts aufbauschen. Die fundamentale Verfassungsnorm des deutschen Grundgesetzes wird mit Fragen konfrontiert, die sich zu Zeiten ihrer Entstehung nicht stellten: Sind therapeutisches Klonen, Stammzellforschung, Eingriffe am Embryo mit der Menschenwürde vereinbar? Es geht nun darum, die Menschenwürde-Garantie



JOACHIM E. RÖTTGERS / GRAFFITI

Papier, SPIEGEL-Redakteure*
„Mindestschutz sicherstellen“

* Oben: Innenminister Otto Schily, Außenminister Joschka Fischer, Bundeskanzler Gerhard Schröder; unten: Dietmar Hipp, Thomas Darnstädt im Beratungszimmer des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe.

angesichts der neuen Herausforderungen in die Zeit hineinzuinterpretieren.

SPIEGEL: Sie sind Mitherausgeber des führenden Grundrechtskommentars „Maunz-Dürig“, dessen soeben erschienene Neuinterpretation der Menschenwürde in die Zeit hinein unter Verfassungsrechtlern Furore macht: Danach reicht der Schutz der Menschenwürde in manchen Bereichen nur so weit, wie nicht andere Ziele vorgehen. Sehen Sie das auch so?

Papier: Das Bundesverfassungsgericht hat immer die Auffassung vertreten, dass andere Grundrechte mit konkurrierenden Werten der Verfassung abgewogen werden müssen und eingeschränkt werden können – nicht aber die Menschenwürde. So weit sie reicht, darf sie in keinem Fall angetastet werden.

SPIEGEL: So weit sie reicht. Ihr Kollege, der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde, wirft den Modernisierern vor, sie ruinierten die stolze Garantie, indem sie aus Rücksicht vor den Erfordernissen der neuen Zeit die Menschenwürde einfach umdefinierten, so dass Randbereiche des Lebens nicht mehr darunterfallen.

Papier: Ob der Begriff der Menschenwürde zum Beispiel auch auf das Leben im Reagenzglas, auf einzelne Zellstrukturen und deren Veränderung anzuwenden ist, kann nicht allein nach der Entstehungsgeschichte der Norm beantwortet werden. Bei der Biomedizin wird sicherlich auch nach anderen Interpretationsmethoden zu fragen sein, etwa nach der systematischen Stellung, dem Wechselspiel mit anderen Normen im Grundgesetz und dem Sinn und Zweck der Vorschrift.

SPIEGEL: Hat nicht Böckenförde Recht, wenn er befürchtet, dass eine Definition der Menschenwürde im Licht moderner Notwendigkeiten diesen Grundwert der Verfassung unter Nützlichkeitsvorbehalt stellt?

Papier: Ich möchte davor warnen, die Menschenwürdegarantie in zu kleiner Münze zu prägen. Ich plädiere dafür, die Menschenwürde zuverlässig, exakt und, wenn Sie so wollen, eng zu interpretieren, dann aber in ihrer Absolutheit abwägungsfrei zu schützen.

SPIEGEL: Machen wir einen Test: Die Polizei sieht die Chance, durch milde Folter einen Terrorverdächtigen dazu zu bringen, das Ziel des nächsten Anschlags zu nennen, und so viele Menschen vor dem sicheren Tod zu retten. Darf sie?

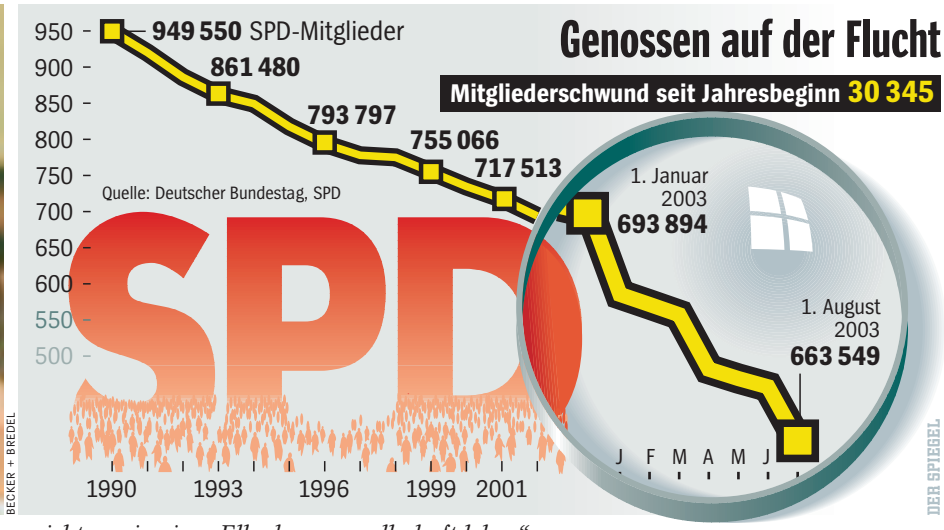
Papier: Auf keinen Fall. Jede Form der Folter ist für mich unvereinbar mit der Garantie der Menschenwürde.

SPIEGEL: Meinen Sie, die anderen Europäer im gemeinsamen „Raum der Sicherheit“ sehen das genauso?

Papier: Im Verfassungsentwurf steht: Die EU ist eine Wertegemeinschaft.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.





Sozialdemokrat Lafontaine: *„Die Menschen wollen nicht nur in einer Ellenbogengesellschaft leben“*

PARTEIEN

Der Oskar-Bazillus

Vertrauenskrise in der SPD: Die pragmatische Regierungspolitik provoziert an der Basis allergische Abwehrreaktionen. Vor allem die „Generation Willy“ wendet sich ab.

Wenn es nach SPD-Chef Gerhard Schröder geht, soll ein ehemaliger Fließbandarbeiter von Ford, Sohn eines Kfz-Mechanikers, in den nächsten Tagen Parteigeschichte schreiben. Sein Name: Heiko Maas, heute Landesvorsitzender der Sozialdemokraten im Saarland. Von ihm erwartet der Kanzler, Oskar Lafontaine zu stoppen – wenn möglich, schon in dieser Woche.

Denn Maas, der nach seiner Zeit in der Produktion zum Juristen umschulte, ist derzeit der einzige Genosse, der ein Comeback des ewigen Schröder-Rivalen verhindern könnte. Er müsste nur endlich, so bedeutete ihm der besorgte SPD-Generalsekretär Olaf Scholz, sein Zaudern aufgeben und die Spitzenkandidatur der Saar-SPD für die Landtagswahlen im September nächsten Jahres an sich reißen.

Nur so lasse sich der auf den Wiedereintritt in die große Politik spekulierende Ex-Bundesvorsitzende („Ich fühle mich fit wie ein alter Schlachtgaul – wenn ich die Trompeten höre, fange ich an unruhig zu werden“) in die Schranken weisen.

Am 8. November steht ein Landesparteitag an, auf dem sich, so fürchten die Berliner Genossen, Lafontaine nur zu gern zum Herausforderer des amtierenden CDU-Regenten Peter Müller krönen lassen würde. Maas, drängt die Parteispitze, soll sich deshalb vorher selbst unmissverständlich erklären – an ihm vorbei werde sich der Oldtimer schwerlich nach oben pushen können.

Seinen 60. Geburtstag nutzte der frühere SPD-Chef für eine vernehmbare Rückmeldung an die Front. „Die Menschen“, rief Lafontaine am vergangenen Dienstag im Rathaus von Saarbrücken, „wollen nicht nur in einer Ellenbogengesellschaft leben“ – mit Verve warb der Jubilar für die von seiner Partei kaum noch vertretenen alten Werte.

Der Oskar-Bazillus hätte in der SPD des 21. Jahrhunderts keine Chance, wäre nicht die Stimmung an der Basis ähnlich nostalgisch geprägt. Den neuen Zeiten sieht der Durchschnittsgenosse eher ängstlich entgegen, und die Politik des Agenda-Kanzlers wird bestenfalls erduldet.

In einer repräsentativen Forsa-Umfrage unter etwa 1000 SPD-Mitgliedern zählten fast drei Viertel aller Genossen den Begriff „Demokratischer Sozialismus“ zum Traditionsbestand der mehr als 140 Jahre alten Partei, der auch im Zeitalter globaler Finanzmärkte gepflegt werden sollte. Immerhin 36 Prozent der Befragten wünschen sich ihren Oskar auf die Bundesbühne zurück.

Diese Sehnsucht nach ihrem unrühmlich geflüchteten Sinnstifter breitet sich vor allem dort aus, wo Spitzenkräfte wie Schröder und dessen Superminister Wolfgang Clement die Immunabwehr geschwächt haben. Es gibt keine Symbolthemen, die das Herz der Genossen erwärmen könnten – ein als schmerzlich empfundenes Manko, wie selbst Generalsekretär Scholz einräumt: „Wir müssen uns Visionen zutrauen. Es muss Zeiten geben, wo die Partei auch über den Tag hinaus diskutieren kann.“

Doch Programmdebatten, seit jeher eine Lieblingsbeschäftigung der SPD, sind vom Kanzler nicht erwünscht. „Wenn Parteien langfristige programmatische Aussagen machen, ist das deren Sache. Regierungspolitik ist eine andere Angelegenheit“, beharrte der Vorsitzende am vergangenen Montag im Fernsehen. Nur Altmeister Helmut Schmidt klang noch unversöhnlicher: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, lautete dessen schroffes Verdikt.

Kann es da verwundern, dass diese Absage ans Gemüt der Partei einen wie Lafontaine zusätzlich zur Rückkehr ermuntert? „Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, dass Pragmatismus allein zum Erfolg führt“, ließ sich der Rivale denn auch prompt in Richtung Berlin vernehmen und schwelgte absichtsvoll im Pathos. Die SPD habe nicht nur die Aufgabe, „die Asche zu bewahren – sie muss auch die Glut am Brennen halten“.

Wohlklingende Sprüche, die an der Basis geliebt werden. Auf Schröders nüchterne Sanierungsarbeit reagieren die Genossen dagegen erkennbar lustlos. Parteiaustritte gab es zwar schon in den Vorjahren – aber das Tempo, in dem Genossen nun ihre Mitgliedsbücher zurückgeben, hat sich anno 2003 verdoppelt.

Bis zum 30. Juni verließen so viele Genossen die SPD wie im gesamten Vorjahr. Eine derart wuchtige Absetzbewegung registrierte die Partei zuletzt in den frühen Fünfzigern, als Kurt Schumacher die eigene Truppe mit scharfen Attacken gegen Adenauers Amerika-Politik und seinem Festhalten an staatlicher Wirtschaftslenkung zielsicher ins Abseits geführt hatte.

Erst mit dem historischen Konvent von Godesberg, der im November 1959 die Westintegration und die soziale Marktwirtschaft anerkannte, endete der Aderlass – und eine Blutzufuhr begann, die nach dem Machtantritt des zur Ikone aufsteigenden Willy Brandt ihren Höhepunkt erreichte. Allein in den viereinhalb Jahren seiner Amtszeit traten rund 500 000 An-

Werbeseite

Werbeseite

hänger in die SPD ein – ein Zuwachs, den keine sozialdemokratische Leitfigur vor und nach ihm übertraf.

Unter Schröder hat sich die Gegenbewegung, die bereits mit dem Verlust der Kanzlerschaft Helmut Schmidts begann, enorm beschleunigt. 775 000 Mitglieder zählte die Partei, als er vor fünf Jahren über Helmut Kohl triumphierte – im Spätsommer 2003 sind es gerade noch 663 000. Eine Analyse der Berliner Parteizentrale ergab, dass vor allem die „Generation Willy“ der SPD den Rücken kehrt. In Nordrhein-Westfalen, wo laut Herbert Wehner die „Herzkammer der Sozialdemokratie“ liegt, gibt es seit Anfang September mehr CDU- als SPD-Mitglieder.

Auf dem Schreibtisch des Generalsekretärs Olaf Scholz landen täglich Protestbriefe wie jener des Genossen Bernd Herrmann aus dem ostdeutschen Wittenberg: „Man muss zu Visionen und Überzeugungen stehen, und wenn sie in dieser Partei keinen Platz mehr haben, so muss man sagen, das war es.“

Auch Abgeordnete und Funktionäre werden mit zum Teil ausführlich begründeten Kündigungsschreiben überschwemmt. Im Rheinland erklärte ein altgedienter Genosse seinen „sofortigen Austritt“ – ironisch „verbunden mit meinem ‚Dank‘ an den Bundeskanzler und die rheinische Frohnatur Ulla Schmidt für ihre dem Stimmvieh verordneten sog. ‚sozial gerechten Reformen‘“. Und post scriptum fügte der verärgerte Parteigänger an: „Für diese Herrschaften habe ich tatsächlich mal Plakate geklebt!!!“

Wie trist die Stimmung an der Basis ist, zeigte sich in der vergangenen Woche auch auf einer Regionalkonferenz in Stuttgart. Der Esslinger Kommunalpolitiker Andreas Koch attackierte da den „chaotischen Politikstil“ der Bundesregierung und ließ darüber hinaus seiner Verbitterung freien Lauf: „Jeden Tag wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben, bis sie am Ortsschild tot zusammenbricht.“

Hektisch ergriffene Notmaßnahmen konnten der Partei bisher nur wenig helfen. Im saarländischen Saarlouis etwa telefonierte der Unterbezirksvorsitzende Roland Henz den Aussteigern eine Zeit lang hinterher – bis sich sein Einsatz herumsprach und die Kündigungsschreiben danach einen Zusatz enthielten: „Anrufen zwecklos!“

Der Aderlass hat längst auch finanzielle Folgen. Bereits im Juli beschrieb die Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier im Parteivorstand die Situation als äußerst ernst: „Es bleibt dabei, dass rund 40 Prozent eines Jahreshaushalts fehlen.“

In vielen Bezirken wurden schon vor der Austrittswelle Büros geschlossen und Geschäftsstellen zusammengelegt. In Hannover zum Beispiel ist kaum noch Geld für den bevorstehenden Europa-Wahlkampf vorhanden. In Berlin heißt es in einem Strategiepapier, die Mitgliederentwicklung habe „schwer wiegende Auswirkungen auf den Haushalt des Landesverbandes“.

Angespannt blickt die Parteispitze in diesen Tagen vor allem nach Saarbrücken. In der Heimatregion Oskar Lafontaines könnte der Frust in eine akute Bedrohung für Gerhard Schröder umschlagen, weshalb man im Kanzleramt und in der Parteizentrale heikle, aber keineswegs mehr unrealistische Szenarien durchspielt. Den Landtagswahlen 2004 im Saarland folgen drei Wochen später Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen – wo der Ministerpräsident Peer Steinbrück mit einer Reform-Rhetorik ganz im Sinne des Bundeskanzlers regiert.

„Was wäre“, fragt ein erfahrener Parteistratege, „wenn das Modell Lafontaine im Saarland Erfolg hat und das Modell Steinbrück in NRW nicht?“ Wie wirkt es sich aus, wenn die Reformpolitik à la Schröder abgestraft wird und sich die Sehnsucht nach Verteilungsgerechtigkeit im alten Stil durchsetzt? Mitgliederbegehren, Sonderparteitag und der Streit um die Agenda 2010 wären dann womöglich nur ein harmloses Vorspiel gewesen.

Während die Parteispitze ein Comeback Lafontaines zu verhindern sucht, feiert der in aller Seelenruhe seinen Geburtstag. Mehr als hundert Gäste hatte der Polit-Pensionär zu seinem privaten Fest geladen, an 15 Tischen wurden die Getreuen platziert, an seinem eigenen unter anderem die neuen Freunde Gregor Gysi und Peter Gauweiler. Auch einige Parteilinke aus seiner aktiven Zeit waren gekommen, Detlev von Larcher, Ottmar Schreiner und Andrea Nahles.

Doch die von manchen Genossen gewünschte Aufbruchstimmung, befand ein Teilnehmer, ließ zumindest an diesem Abend noch auf sich warten. „Irgendwie hing die Melancholie des Geächteten über allem.“

JAN BERG, HORAND KNAUP

Die SPD und der Schwund

Umfrage unter SPD-Mitgliedern

„Welches sind Ihrer Meinung nach die Gründe für den Mitgliederschwund der SPD?“

	gesamt	Funktionäre	Gewerkschaftsmitglieder
Gerhard Schröders Regierungspolitik	37 %	38	41
das altbackene SPD-Parteiprogramm	16 %	13	13
Parteien sind generell unpopulär und out	38 %	41	35

„Den Begriff ‚Demokratischer Sozialismus‘ im SPD-Parteiprogramm halte ich für …?“

	gesamt	Ostdeutschland	Gewerkschaftsmitglieder
überholt, er sollte gestrichen werden	22 %	21	19
SPD-Tradition, er sollte gepflegt werden	74 %	71	78

Forsa-Umfrage für den SPIEGEL vom 17. und 18. September 2003; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“



CHRISTIAN LEHSTEN / ARGUM

SPD-Wahlkämpfer (bei München): *Triste Stimmung an der Basis*



MARCO URBAN DE

Sozialdemokrat Müntefering
„Ja, ich bin normal“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Die Partei braucht ihn nicht“

SPD-Fraktionschef Franz Müntefering über die Comeback-Versuche Oskar Lafontaines, den mühsamen Reformprozess und seine Kritik an der Bürgerversicherung

SPIEGEL: Herr Müntefering, wir dachten, wir beginnen mit einem angenehmen Thema …

Müntefering: Wo soll das enden?

SPIEGEL: … mit den Comeback-Versuchen von Oskar Lafontaine. Der sagte vorige Woche bei der Feier zu seinem 60. Geburtstag: „Politik braucht Inhalte und nicht nur Klamauk und Medienzauber.“ Richtig oder falsch?

Müntefering: Das stimmt. Das muss er berücksichtigen.

SPIEGEL: Er sagte auch: „Die SPD muss sich wieder an traditionellen Werten wie der Mitmenschlichkeit orientieren und nicht am Pragmatismus.“

Müntefering: Da hat er aber eines nicht verstanden: Zu Mitmenschlichkeit gehört auch Pragmatismus. Für die Partei insgesamt kann ich versichern, dass die drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität bei uns nicht zu kurz kommen.

SPIEGEL: Es gibt nichts mehr, was Sie mit Lafontaine verbindet?

Müntefering: Nein.

SPIEGEL: Es ist gut möglich, dass Lafontaine doch noch Spitzenkandidat für die saarländische Landtagswahl 2004 wird. Und dann?

Müntefering: Seine Rückkehr wäre für die Partei an der Saar eine schlechte Entwicklung. Ich glaube, dass dort die nächste Generation ranmuss. Heiko Maas macht schon jetzt als Landesvorsitzender die Kärrnerarbeit. Ich hoffe, dass er die Funktion des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl für sich in Anspruch nimmt.

SPIEGEL: Ihr Problem ist doch, dass Lafontaine der SPD-Basis eine sozialdemokratische Vision vermitteln kann, während die Koalition sich offenbar im Klein-Klein der Agenda 2010 verheddert.

Müntefering: Ich kann keine Vision bei ihm erkennen. Ich lese manchmal seine Kolumnen. Da ist viel Eitelkeit im Spiel, die Lust am Wichtigsein. Was ich von ihm mitbekomme, ist nicht visionär, sondern eine sehr kleinkarierte Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik. Ich ziehe daraus keine Erkenntnisse, die für uns als Partei besonders wichtig wären. Seine moralische Erhebung finde ich geradezu abstrus und angesichts dessen, was er nach seinem Rücktritt mit seinen ewigen Querschüssen vorgeführt hat, lächerlich. Die Partei braucht ihn nicht.

SPIEGEL: Aber er spricht vielen Mitgliedern aus der Seele, etwa wenn er den französischen Sozialisten Jean Jaurès frei zitiert: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Asche zu bewahren, sondern die Glut am Brennen zu halten.“

Müntefering: Jedes Jahr gibt es eine Veranstaltung, wo man das sagen kann. Aber nur von großen Worten und philosophischen Sprüchen kann man nicht lange leben.

SPIEGEL: Sie wollen die Gesundheitsausgaben kürzen, das Arbeitslosengeld, die Rente. Was ist sozialdemokratisch an der Agenda 2010?

Müntefering: Der Mut, Dinge zu erneuern und den Fortschritt unter veränderten Bedingungen zu suchen. Sozialdemokratie war immer die Bewegung, die an Fortschritt geglaubt und für Fortschritt gekämpft hat, wohl wissend, dass nichts von dem, was man schon erreicht hat, sicher ist – nicht die Demokratie, nicht der Wohlstand, nicht die Arbeitnehmerrechte.

SPIEGEL: Viele Ihrer Mitglieder scheinen in diesem Kampf den Mut zu verlieren. Dieses Jahr hat es schon über 27 000 Austritte gegeben. Warum?

Müntefering: Manche werden nicht fertig damit, dass sie bestimmte Positionen verändern müssen, die wir über Jahre für richtig und wichtig gehalten haben. Ich kann das nachfühlen. Denn eigentlich bin ich exemplarisch für das, was in der Partei stattfindet. Positionen, die ich noch bis ins letzte Jahr hinein hatte, habe ich verändert, weil ich glaube, dass es moralisch und ethisch verantwortbar ist. Es muss klar sein: Wir helfen den Schwachen. Aber die SPD wurde nicht primär gegründet, um Verteilungsgerechtigkeit zu organisieren. Unser Kernwert ist immer die Freiheit gewesen.

SPIEGEL: Ihre Wandlung in Ehren. Aber es gibt sogar in Ihrer Fraktion Widerstände gegen jedes einzelne Vorhaben. Bei internen Abstimmungen gab es Nein-Stimmen gegen den Gesundheitskompromiss, gegen die Hartz-Gesetze.

Müntefering: Wenn man ein Gesetz in erster Lesung einbringt und einzelne Abgeordnete Kritik anmelden, bedeutet das nicht, dass geklärt wäre, wie sie sich in zweiter und dritter Lesung verhalten. Die Regel ist: Wenn sich die Mehrheit der Fraktion für eine Haltung entschieden hat, stehen am Ende alle dazu. Das, hoffe ich, wird auch diesmal so sein. Ich vertraue da auf die individuelle und die kollektive Ver-

Das Gespräch führten die Redakteure Konstantin von Hammerstein und Roland Nelles.



JOCKEL FINCK / AP

SPD-Spitzenpolitiker*: *„Kernwert ist immer die Freiheit“*

nunft. Wichtig ist jetzt, dass die Union nach der Bayern-Wahl mit ihren taktischen Spielchen aufhört und ihre Verantwortung wahrnimmt. Frau Merkel hat keinen Gestaltungswillen. Das ist dort eine Truppe der Zögerer und Verzögerer.

SPIEGEL: Die Erfahrung lehrt, dass das Wort „Nachbesserung“ die Kernbotschaft der Koalition ist.

Müntefering: Das ist ungerecht. Denn wir haben mehr angepackt als viele andere vor uns. Für das, was wir jetzt machen, hätte man normalerweise zwei bis drei Legislaturperioden gebraucht. Im Übrigen: Was meinen Sie mit Nachbesserung? Die Bürgerversicherung?

SPIEGEL: Danke für die Vorlage. Zum Beispiel.

Müntefering: Zunächst einmal: Die Gesundheitsreform, die wir jetzt machen, ist richtig …

SPIEGEL: … wenn sie auch, wie viele in Ihrer Koalition selbst sagen, nicht ausreichend ist.

Müntefering: Wir haben uns vorgenommen, auf dem Parteitag im November über die mittelfristige Perspektive für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme insgesamt zu reden. Das ist in Ordnung. Aber ganz gleich, was dort herauskommt: Ich bin sicher, dass auch in Zukunft die Krankenhäuser nicht „Bürgerhäuser“ heißen. Meine Krankenkasse wird wahrscheinlich auch in Zukunft „Deutsche Angestellten Krankenkasse“ heißen und nicht „Bürgerkasse“. Ich halte das Thema Bürgerversicherung noch keineswegs für beschlussreif.

SPIEGEL: Sie sind also gegen die Bürgerversicherung?

Müntefering: Wenn Sie die Vorschläge der Grünen meinen, dann muss ich sagen: Mit dieser Grünen-Versicherung kann ich nicht übereinstimmen.

SPIEGEL: Bei den Grünen wird über eine Bürgerversicherung diskutiert, in die alle Deutschen einzahlen – also auch Selbständige und Beamte. Dabei sollen Miet- und Zinseinnahmen zur Berechnung der Beitragshöhe einbezogen werden. Was stört Sie daran?

Müntefering: Wenn alle drin sind, haben auch alle Anspruch. Und wenn man die Beitragsbemessungsgrenze nicht anhebt, sondern bei etwa 3500 Euro belässt, belastet man gerade die unteren Einkommensgruppen. Dann müsste zum Beispiel ein Rentner, der eine Mietwohnung besitzt, plötzlich höhere Krankenkassenbeiträge bezahlen.

SPIEGEL: Es gibt deshalb Vorschläge, die Bemessungsgrenze auf 5100 Euro anzuheben.

Müntefering: Ob man damit durchkommt, bezweifle ich. Damit läuft man Gefahr, das Äquivalenzprinzip zu verletzen. Dieses besagt, dass es eine Relation geben muss zwischen dem, was man einzahlt, und dem, was man herausbekommt. In der Krankenversicherung hat aber derjenige, der von 5100 Euro 7,5 Prozent Krankenversicherungsbeitrag bezahlt, keinen anderen Anspruch als zum Beispiel ein Mini-Jobber. Da wird es nicht lange dauern, bis jemand vor Gericht zieht und sagt: „Da stimmt doch etwas nicht.“

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich eine Bürgerversicherung vor?

Müntefering: Wir müssen vor allem darüber sprechen, wo im bestehenden System weitere Möglichkeiten liegen zu sparen. Abgesehen davon: Ich bleibe lieber beim Wort „Krankenversicherung“ – darum geht es, und das bietet auch eine feste Orientierung für die Menschen.

SPIEGEL: Die SPD ist derzeit auf Niederlagen programmiert. Wie wollen Sie verhindern, dass es bei den 13 anstehenden Wahlen im kommenden Jahr weiter bergab geht?

Müntefering: Wir gewinnen im Handeln. Die Konkurrenz ist im Moment nicht aus eigener Kraft stark, sondern unser Problem ist, dass die Leute an dem zweifeln, was wir tun. Viele warten auch ab und wissen noch nicht, was sie davon halten sollen. Wenn im nächsten Jahr die ersten positiven Ergebnisse unserer Arbeit zu sehen sind, werden die Menschen wieder zur SPD zurückfinden. Zweifel sind überwindbar. Das wird mühsam, ist aber zu schaffen.

SPIEGEL: Ist Spaß im Zusammenhang mit Ihrem Job die falsche Kategorie?

Müntefering: Freude daran habe ich schon. „Spaß“ ist von dieser Truppe von Herrn Westerwelle diskreditiert worden; damit will ich nichts zu tun haben. Meine Schuhe sind manchmal durchgelaufen, aber ich habe keine Zahlen darunter. Das Exzentrische wird heute zu schnell belohnt, während das Normale leicht als nicht so gewichtig angesehen wird – was falsch ist.

SPIEGEL: Sie verkörpern das?

Müntefering: Ja, ich bin normal. Ich neige nicht dazu auszuflippen. Wenn es hektisch wird, nehme ich mich eher zurück und werde ruhiger, zumindest nach außen hin.

SPIEGEL: Keine sonderlich originelle Antwort.

Müntefering: Da haben Sie mein Geheimnis erkannt. Das Originelle an mir ist, dass ich ganz und gar nicht originell bin.

SPIEGEL: Herr Müntefering, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Lafontaine schadet

Umfrage unter SPD-Mitgliedern

„Wie sollte sich Oskar Lafontaine Ihrer Meinung nach politisch betätigen?“

	gesamt	Funktionäre	Gewerkschaftsmitglieder
eine größere Rolle in der SPD und in der Bundespolitik spielen	36 %	29	40
politische Betätigung nur im Saarland	25 %	28	22
soll sich aus der Politik ganz heraushalten	39 %	43	38

„Falls Lafontaine wieder politisch aktiv wird, würde das der SPD …“

	gesamt	Funktionäre	Gewerkschaftsmitglieder
nützen	38 %	34	44
schaden	51 %	55	44
weder – noch	11 %	11	12

„Was halten Sie von dem Lafontaine-Gedanken einer engeren Zusammenarbeit der SPD mit der PDS?“

	gesamt	Ostdeutschland	Gewerkschaftsmitglieder
finde ich gut	21 %	29	26
lehne ich ab	73 %	64	68

Forsa-Umfrage für den SPIEGEL vom 17. und 18. September 2003; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „egal“, „weiß nicht“

* Wolfgang Thierse, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Olaf Scholz, Gerhard Schröder auf dem Parteitag am 1. Juni in Berlin.

Werbeseite

Werbeseite

MÄNNER

Langer Lauf zur neuen Liebe

Joschka Fischer ist nicht nur der beliebteste, sondern auch der scheidungsfreudigste Politiker Deutschlands – zeugt das von Verlotterung oder radikaler Romantik?

Der „Bild“-Kolumnist Franz Josef Wagner, dessen tägliche Briefe an Prominente bizarre Wunderwerke einfühlsamer Tiefenforschung sind, überbot sich wieder mal selbst. Im Geiste höherer Dentalphilosophie schrieb der Lebensweise Wagner dem Außenminister: „Ihre Scheidungen sind wie moderne Zahnarztpraxen, wo nüchterne chirurgische Eingriffe an der Tagesordnung sind. Wahrscheinlich sind Sie, Joschka Fischer, so beliebt, weil Sie sagen: ‚Was wehtut, muss raus.‘“

Taugt dieses Motto nicht als Generallösung für die Berliner Politik in diesem Herbst – für die Gesundheitsreform und den Zahnersatz, den Kündigungsschutz und die „Agenda 2010“?



MARC DARCHINGER

Fischer, Gattinnen Nicola (2000, r.), Claudia (1995)
Im Privaten blieb der Realo konsequenter Utopist



J. H. DARCHINGER

Den Anlass für die neueste „Post von Wagner“ hatte die „Bild“-Schlagzeile von Seite eins am vergangenen Donnerstag gleich selbst geliefert: „Joschka Fischer: Heimliche Scheidung“. Wieder einmal hatte Deutschlands Boulevardblatt Nummer eins, dem von Bohlen bis Naddel, von Daniel Küblböck bis Susan Stahnke kein lebenswichtiges Detail entgeht, den Riecher am richtigen Ort: „Familiengericht Frankfurt am Main, 2. Stock … Die vierte Ehe des Vizekanzlers ist Vergangenheit“.

Schöner noch: Die fünfte dräut am Horizont. Denn Fischers Neue, eine 28-jährige Filmstudentin, sei samt ihrer kleinen Tochter bereits in die „Altbauwohnung“ des Außenministers eingezogen.

Das alles weiß man dank der „Freunde des Ministers“ – immer zur Stelle, wenn es darum geht, eine frohe Botschaft zu verkünden: „Er ist so ausgeglichen wie lange nicht mehr“, heißt es da oder auch: „Er hat sein Maß gefunden, seine Mitte zwischen den Extremen.“ Kurz: Er ist „fit wie nie“. Ein Hauch von Kreml-Astrologie weht durch Berlin-Mitte.

Wie konnte es so weit kommen? Seit der ersten Titelgeschichte des SPIEGEL über den „Turnschuhminister“ Fischer vor bald zwanzig Jahren (SPIEGEL 45/1985) hat es der nunmehr 55-jährige Alt-Sponti, Ex-Taxifahrer und Autodidakt von Gnaden zu einzigartiger Popularität gebracht; auch gelegentliche Attacken konnten dieser Heldengestalt der deutschen Politik wenig anhaben. Egal ob er als prügelnder und Brandsatz schleudernder Straßenkämpfer enttarnt oder als frauenverzehrender, wenngleich nicht frauenmordender Epigone von Heinrich dem Achten porträtiert werden soll – stets liegen Bewunderung und Hass, Sympathie und Feindschaft eng beieinander. Seit Jahren schon thront er einsam, hoch oben auf der Beliebtheitsskala der Politiker und beschäftigt die Neugier von Freund und Feind – nicht ohne sie selbst immer wieder zu nähren.

Sein spektakuläres Abspeck-Drama vor fünf Jahren, das als „Mein langer Lauf zu mir selbst“ zum lebensphilosophischen Bestseller wurde, ergriff die unterhaltungssüchtigen Massen ebenso wie die immer neue Geschichte von frischer Verliebtheit, Hochzeit und Trennung. Längst schon ist Adorno-Schüler und Marx-Kenner Fischer nicht nur Gegenstand tief schürfender politischer Analysen, sondern auch Gast in den Spalten von „Bunte“ und „Gala“.

Wenn Fischer mit einer bis dahin unbekannten jungen Frau über einen Flohmarkt schlendert, ist das öffentliche Interesse ebenso groß wie bei seinen meist fulminanten Auftritten auf Grünen-Parteitagen. Als er mit seiner letzten Ehefrau Nicola Leske, 34, beim Bundespresseball 2000 auftrat, konnten die Fotografen und Mikrofonhalter von Privatsendern nur mühsam im Zaum gehalten werden – allzu verlockend war die Aussicht auf Originalkommentare zu den Gerüchten über eine akute Ehekrise.

Fischer hat es immer verstanden, seine Privatsphäre zu schützen – von kleineren Medien-Eruptionen abgesehen. Klar fragen auch seriöse Presseleute nach aktuellem Körpergewicht, heimlichen Sehnsüchten und bisweilen auch nach einer etwaig neuen Liebschaft, aber der Minister antwortet darauf meist nur mit einem bedrohlich klingenden Grunzton. Gegen Illustrierten-Storys über die neue Liaison ging Fischers junge Freundin selbst juristisch vor: Sie wünsche, und das gilt laut ihren Anwälten für Darstellungen in Bild und Wort, „keine Berichterstattung über ihre Person“.

Das öffentliche Staunen aber lässt sich nicht verhindern in einer Mediengesellschaft, die Privates und Politisches nur zu gern vermengt: Was macht der Mann da eigentlich? Müssen die Frauen immer jünger – und schöner – werden (genau wie bei Ralph Siegel, Sky Dumont, Heiner Lauterbach und anderen älteren Herren)?

Ist ’68 schuld am Liebes- und Beziehungschaos, das ja auch dem Bundeskanzler, derzeit in vierter Ehe lebend, nicht fremd ist? Droht hier weiterer Sitten- und Kulturverfall? Und warum muss eigentlich, wie einst bei der Generation der spießigen Eltern, immer gleich geheiratet werden?

Denn von Chaos kann zumindest bei Fischer keine Rede sein. Bevor er eine neue Liebesbeziehung ernsthaft in Angriff nimmt, wird die alte erst einmal aufgeräumt. Die Wissenschaft nennt das „sequenzielle Monogamie“: eins nach dem anderen. Da ist er (Donau-)Schwabe, passionierter Nestbauer – und guter Katholik.

Vor allem aber ist Fischer ein Romantiker, der es immer wieder versucht mit Glück und großen Gefühlen. Politisch ein Realo, ist er im privaten Leben offenbar ein rettungsloser Utopist geblieben, verhaftet in der unberechenbaren Dialektik der Liebe, deren gefährliche Untiefen im Eheversprechen gebannt werden sollen.

Dass er, den sie gern „Verwandlungskünstler“ nennen, bei diesem aufregenden Lebensexperiment selbst immer älter wird, kann er nicht verhindern.

Bei seinen Frauen hat er die Wahl.

Die Nation aber schaut zu – fasziniert, belustigt und ein bisschen neidisch.

REINHARD MOHR

Werbeseite

Werbeseite

WELTHANDEL

„Ende der Doppelmoral“

Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul über das Scheitern der WTO-Konferenz in Cancún, die neue Allianz der Schwellenländer und die Fehler der Europäer

SPIEGEL: Frau Wieczorek-Zeul, war es nicht unverantwortlich, dass die Entwicklungsländer die geplante Reform des Welthandels haben platzen lassen?

Wieczorek-Zeul: So war es ja nicht. Sie haben sich lediglich unter Koordination der Brasilianer als Gruppe organisiert und zu Recht darauf bestanden, dass die Handelsstrukturen gerechter gestaltet werden.

SPIEGEL: Ihr Kollege Wolfgang Clement warf der neuen Süd-Allianz vor, sie habe nur Schlagworte verbreitet statt Vernunft walten zu lassen. Ging es in Cancún also eher um die alte Ideologie vom Süd-Nord-Konflikt als um echte Reformen?

Wieczorek-Zeul: Ich denke, die Regierungen der Entwicklungsstaaten sind es nur leid, dass ihnen seit Jahren versprochen wird, die Agrarsubventionen der Industrieländer würden abgebaut und sie würden einen besseren Zugang zu unseren Märkten bekommen. In Wahrheit hat die finanzielle Förderung der Landwirtschaft in der EU und den USA seit Gründung der WTO im Jahr 1995 sogar noch zugenommen. Wir predigen den Freihandel, und den fordern diese Länder nun ein. Sie wollen nur ein Ende der Doppelmoral.

SPIEGEL: Schwellenländer wie Indien, China und Brasilien sind in vielen Bereichen längst wettbewerbsfähig. Haben sie die ärmeren Staaten nicht nur benutzt, um ihre eigene Handelspolitik der Schutzzölle und der Exportförderung zu verteidigen?

Wieczorek-Zeul: Diese Analyse trifft die Wirklichkeit nicht. Die internationale Gemeinschaft hat sich verpflichtet, bis 2015 den Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, zu halbieren. Ein Drittel aller Armen lebt aber in den Schwellenländern. Deren Schicksal will zum Beispiel der brasilianische Präsident Lula jetzt mit einem Programm zur Hungerbekämpfung verbessern. Dafür muss er aber ausreichende Einkommensmöglichkeiten schaffen, und darum pocht er auf ein gerechtes Handelssystem. Insofern haben alle Entwicklungsstaaten das gleiche Interesse.

SPIEGEL: War es aber nicht völlig unrealistisch, nur Forderungen an den Norden zu richten aber keinerlei eigene Angebote zur weiteren Marktöffnung vorzulegen?

Wieczorek-Zeul: Nein, denn es gibt eine Bringschuld der Industrieländer, ihre Versprechungen aus früheren Verhandlungsrunden einzulösen. Stattdessen wurden neue Forderungen gestellt, um bessere Absatz- und Investitionsmöglichkeiten im Süden zu schaffen. Mit dieser Koppelung fühlten sich die Entwicklungsländer über den Tisch gezogen.

SPIEGEL: Darüber gibt es innerhalb der Bundesregierung offenbar keine Einigkeit. Agrarministerin Renate Künast meint, der Abbau europäischer Agrarzölle zum Beispiel bei Zucker würde nur den brasilianischen Großgrundbesitzern nutzen, die Bauern Afrikas aber benachteiligen, weil sie dann ihren bisher bevorzugten Zugang zum EU-Markt verlieren würden.

Wieczorek-Zeul: Ich kritisiere niemals eine Kollegin öffentlich. Aber aus meiner Sicht ist es falsch, Schwellen- und Entwicklungsländer gegeneinander auszuspielen. Man muss das Handelssystem für alle diese Länder gerechter gestalten. Auch Brasilien muss mehr exportieren können. Wenn gleichzeitig die Baumwollsubventionen wegfallen würden, die weltweit die Preise drücken, wäre auch den zehn Millionen Menschen sehr geholfen, die in Westafrika von der Baumwolle leben. Ich bedaure sehr, dass diese Initiative auf Widerstand der US-Regierung trifft.

SPIEGEL: Auch die Führungsmacht Indien schottet manche Sektoren mit hohen Zöllen ab. Das schadet zum Beispiel den Textilproduzenten in anderen noch ärmeren Ländern.

Wieczorek-Zeul: Ich bin sicher, wenn die Agrarverhandlungen erfolgreich verlaufen wären, hätten sich die Schwellenländer auch bei den Zöllen bewegt.

SPIEGEL: Warum hat denn die EU so wenig angeboten? Bestimmen die Franzosen und ihre Bauernverbände das Verhandlungsmandat der EU-Kommission allein?

Wieczorek-Zeul: EU-Handelskommissar Pascal Lamy hat am Ende durchaus Kompromissbereitschaft in der Agrarfrage gezeigt. Der Fehler war, dafür andere Zugeständnisse zu fordern, wie etwa den Unternehmen aus den Industrieländern Zugang zu Staatsaufträgen in Entwicklungsländern zu verschaffen. Künftig müssen wir diese Themen getrennt verhandeln.

SPIEGEL: Viele Minister aus den Entwicklungsländern haben den Abbruch der Verhandlungen in Cancún wie einen Sieg gefeiert, obwohl sie doch gar nichts erreicht haben. Ist das nicht kurzsichtig und naiv?

Wieczorek-Zeul: Das kommt auf die Perspektive an. Immerhin haben sie erreicht, dass ihre Interessen einer breiten Weltöffentlichkeit verständlich wurden und sie sich dieses Mal nicht haben auseinander dividieren lassen.

SPIEGEL: Das besorgen dafür nun die Amerikaner, indem sie immer mehr bilaterale Verträge mit einzelnen Ländern schließen.

Wieczorek-Zeul: Die Gefahr besteht. Darum sollten wir jetzt schnell die Agrarverhandlungen zum Erfolg führen. Die multilaterale Gestaltung der Globalisierung, wie wir sie ja immer fordern, kann nur funktionieren, wenn die Regeln auch die Interessen der großen Mehrheit, also der Entwicklungsländer, berücksichtigen.

INTERVIEW: HARALD SCHUMANN



THOMAS KOEHLER / PHALANX



ELIANA APONTE / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Ministerin Wieczorek-Zeul (in Brasilien), WTO-Konferenz in Cancún: *„Wir predigen den Freihandel, und den fordern diese Länder nun ein“*

Werbeseite

Werbeseite



KNUT MUELLER

Bundeswehrsoldaten in Kunduz: *„Militärisch Stärke zeigen – oder lächeln und winken?“*



BUNDESWEHR

Einsatz am Swimmingpool

Deutsche Soldaten sollen schon bald im afghanischen Kunduz die Sicherheit garantieren. Ein Spähtrupp fand keinen Hinderungsgrund für den Job in der friedlichen Provinzstadt.

Das Tor zum Flughafen von Kunduz schlägt auf und zu. Es ist windig hier auf der zerbombten und nur notdürftig geflickten Landebahn. Aus der Steppe ragt das Gerippe eines Flugzeughangars empor, das weite Feld dominieren ausgebrannte Panzer, Ruinen und Lastwagenwracks.

Plötzlich fahren weiße Landcruiser auf. Amerikanische Special Forces, Männer mit Bart und Pistolenholster am Oberschenkel, markieren die Landebahn mit signalroten Bojen. Im Hintergrund haben ihre Scharfschützen Stellung bezogen. Sie warten auf die Deutschen.

20 deutsche Militärexperten wollen hier im Norden Afghanistans den geplanten Einsatz der Bundeswehr erkunden. Die Soldaten sollen so bald wie möglich den Militärstützpunkt der Amerikaner in Kunduz übernehmen, voraussichtlich noch dieses Jahr. Bundeskanzler Gerhard Schröder will das Zerwürfnis mit US-Präsident George W. Bush dadurch aus der Welt schaffen, dass sich die Deutschen an den „Provincial Reconstruction Teams“ (PRT) in Afghanistan beteiligen. Das Aufbauprogramm in den Provinzen soll von Soldaten und Zivilisten geleistet werden.

Die Bundeswehr soll auf Zeit für die Stabilität in gleich vier Provinzen sorgen: Kunduz, Badakhshan, Baghlan und Takhar. Die Region im Grenzgebiet zu Pakistan, Tadschikistan und China ist fast so groß wie Bayern und Hessen zusammen. Und: Sie ist eines der ertragreichsten Drogenanbaugebiete Afghanistans.

Der von Oberst Norbert Stier, 50, geleitete Erkundungstrupp soll herausfinden, wie viele Soldaten benötigt werden, welche Waffen, welches Gerät. Vor allem aber soll er abklären, wie die Deutschen von hier schnell wieder herauskommen, wenn alles schief gehen sollte.

Aber was soll hier schief gehen? Die Kleinbusse mit den Spähern passieren auf dem Weg durch die staubige Innenstadt den Bazar, mit bunten Wollbommeln und Blumen geschmückte Pferdekutschen, Frauen in blauen und weißen Burkas, offene Kebab-Bratereien, Schneider- und Schreiner-Betriebe. Dann geht es Richtung Zachel-Road, dort ist das US-Camp.

Hinter den stacheldrahtbewehrten Lehmmauern des Lagers öffnet sich eine friedliche Welt: Rosen blühen, Pfirsichhaine säumen den hinteren Bereich, sogar einen Swimmingpool gibt es hier. Es war die Residenz des Gouverneurs von Kunduz, im nun amerikanisch eingerichteten Diningroom warten Muffins, Kaffee und eisgekühlte Getränke.



KNUT MUELLER

Alltag in Kunduz: *„Das Risiko ist beherrschbar“*

Der Kommandant des Stützpunktes, Oberst Frederick Tawes, 53, ein Internet-Spezialist aus Texas, baut im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums und des US-Außenministeriums Schulen und ein Hospital. Vier militärische PRT gibt es derzeit in den Provinzen von Afghanistan, bis zu zwölf sollen es insgesamt werden. Die Briten sind schon in Masar-i-Scharif, die Kanadier wollen den Raum Ghazni übernehmen. „Wir treten keine Türen ein, werfen die Leute nicht auf den Boden und nehmen niemandem die Waffe weg“, sagt Tawes. „We are the good guys.“

So eindeutig ist das wieder nicht: Im Camp sind zudem amerikanische Special Forces stationiert – und die sollen auch bleiben, wenn die Deutschen kommen. Eine „wilde Truppe“, wie Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in Kunduz übereinstimmend registrieren. „Wir sind Amerikaner und machen Jagd auf Extremisten“, antwortete einer der äußerlich leicht erkennbaren Spezialkräfte auf die Anfrage eines deutschen Helfers. Was genau sie machen, weiß hier niemand.

Das Team aus Germany hat sich inzwischen eingerichtet. Überall stehen Feldbetten, selbst im Besucherraum. Abends gibt es Spaghetti Bolognese, Krabben und die Erfahrungsberichte. Der Arzt war im örtlichen Krankenhaus, um dort die medizinische Versorgung zu prüfen. Der Tropenmediziner berichtet von den Gefahren der Malaria, ein Sprengstoffexperte über die Minenlage. Der Infanterieberater, ein Fallschirmjäger-Bataillonskommandeur aus dem friesischen Varel,

Werbeseite

Werbeseite

der analysieren soll, wie viel Schutz die Soldaten brauchen, fragt: „Wollen wir militärische Stärke zeigen – oder lächeln und winken?“

Tags darauf steht Stier vor einem großen Fußballfeld inmitten der Stadt. Hier könnte das deutsche Feldlager für bis zu 450 Soldaten entstehen. Gleich gegenüber liegt das Hauptquartier des tadschikischen Militärkommandeurs. General Daud, der langfristig eine politische Karriere in Kabul anstrebt, beansprucht die Macht im künftigen Einsatzraum der Deutschen.

Wo die Deutschen auftauchen, werden sie von Kindern umringt: „Hello, how are you?“ Doch selbst beim Gang durch die Gemüsefelder trägt Stier die schwere Splitterschutzweste. Der Stabsoffizier im Einsatzführungskommando bewertet seit zwei Jahren täglich die „Feindlage“ (Militärjargon) für die deutschen Auslandseinsätze. Er sagt, dass Kunduz nur oberflächlich ein sicherer Platz sei: „Jederzeit kann jemand hier im Bazar ein Attentat verüben.“

Die größte Gefahr droht aber von anderer Seite. Kunduz gehört zu den zentralen Transitstationen des Drogenhandels, die Provinz Badakhshan ist einer der größten Opiumproduzenten des Landes. Wer sich hier einmischt, wird schnell selbst zum Ziel. Und wer sich nicht einmischt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, einen Rauschgiftstaat zu stützen.

„Wenn die Sicherheitslage kippt, will ich mit den deutschen Soldaten nicht verwechselt werden“, sagt Stefan Recker, 40, von der Deutschen Welthungerhilfe in Kunduz. Auf seine Baustellen, wo er vor allem Brunnen gräbt, fährt Recker wie die Militärs mit zivilen Toyota-Geländewagen. Von den Amerikanern hatte er sich durch eine schwarzrotgoldene Fahne auf seinen Wagen bisher deutlich unterschieden.

Recker ist derzeit der einzige Deutsche in Kunduz. Er lebt seit einem Jahr hier, beschäftigt 80 Afghanen und versorgt inzwischen Zehntausende mit Wasser. Bedroht wurde der Projektleiter in der 120 000-Einwohner-Stadt noch nie.

Die Fremden, die nun kommen werden, warnt Scharia-Richter Rahmani, 62, von der Mohammed-Halan-Moschee in Kunduz: „Wenn ihr einen Plan habt wie die Russen, werdet ihr auch ihr Schicksal erleiden.“ Die Sowjets hatten versucht, die religiösen Tabus, etwa in der Frage der Emanzipation, aufzubrechen und das Land zu beherrschen. Sie wurden schließlich in einem blutigen Guerillakrieg verjagt.

Nach drei Tagen Recherche sieht Team-Leiter Stier keinen Hinderungsgrund für einen Einsatz im friedlichen Städtchen. Die Kunduz-Mission sei zwar „Neuland“, das Risiko jedoch „beherrschbar“. Auch der Ernstfall hat seinen Schrecken verloren: Die Amerikaner haben den Deutschen für eine Evakuierung Luftunterstützung zugesagt – verfügbar in 45 Minuten.

Susanne Koelbl



DIETHER ENDLICHER / AP

Demonstrierende Neonazis (2002 in München): *Mehr als hundert mögliche Bombenbauer*

RECHTSEXTREME

„Ab in den Untergrund“

Die gewaltbereite rechte Szene wächst seit Jahren. Der Münchner Fall zeigt: Das braune Terror-Potenzial sammelt sich rund um die neonazistischen Kameradschaften.

Das Hobby seines Sprösslings machte Jürgen K. nie ernsthaft Sorgen: Gern und oft streifte der 24-jährige Marcel durchs märkische Gelände, um auf den einstigen Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs nach Militärschrott zu buddeln.

Als Marcel einmal ein rostzerfressenes Blechschild mit der Aufschrift „Panzerabwehr“ anschleppte, sah der Vater „nichts Verbotenes“ darin; der Junge habe „halt ein Faible“ fürs Historische. Auch die scharfen Aufschlagzünder, die K. eines Tages in seiner Garage fand, beunruhigten ihn nicht groß. Schließlich seien das nur „kleine Zünder“ gewesen, die „maximal ’ne Treibladung“ zur Explosion bringen könnten – „absolut nicht gefährlich“ also. „Da krieg ich zehn Euro für“, habe Marcel erklärt – und, Geschäft ist Geschäft, die Sache war erledigt.

Bis vorvergangenen Mittwoch.

Gegen 6.30 Uhr stürmte ein schwer bewaffnetes Polizeikommando das adrette Einfamilienhaus der K.s im brandenburgischen Menkin; der Hobby-Historiker sitzt seitdem streng abgeschottet in München-Stadelheim in Untersuchungshaft. Bei anderen Verdächtigen stellten die Fahnder Zünder, eine Panzergranate, Treibladungspulver sowie drei Selbstladepistolen sicher – eine vierte hatte Marcel K. im Dackel-Zwinger seiner Eltern versteckt.

Die Bundesanwaltschaft vermutet, dass der frühere Skinhead und heutige NPDler einer der Lieferanten war, die jene inzwi-



ALEXANDER KRAUS



BILD ZEITUNG

Inhaftierte Verdächtige Wiese, Marcel K.
„Nur eine Frage des Aufputschens“



schen berüchtigte Terrorzelle um den Münchner Neonazi Martin Wiese mit Waffen für ein Bombenattentat versorgten. Die Gruppe hatte damit, so die Ermittler, einen Anschlag bei der Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums am 9. November geplant, zu der auch Bundespräsident Johannes Rau erwartet wird.

Stück für Stück rollen die Fahnder jetzt ein bundesweites Netz von Kontakten zwischen der Neonazi-Szene und Waffenhändlern auf.

Im mecklenburgischen Güstrow verhafteten sie aus einer Reha-Klinik heraus einen 54-Jährigen, der ein riesiges Arsenal an Waffen bunkerte und den die Neonazis verraten hatten. In Berlin-Marzahn nahm ein Spezialeinsatzkommando einen Militariahändler hoch, den die Rechten ebenfalls angeschwärzt hatten. Bei der Durchsuchung fand das SEK mehrere Handfeuerwaffen und erschoss den Pitbull des Mannes. In Bayern inhaftierten Beamte mehrere mutmaßliche Unterstützer, darunter ein weiteres NPD-Mitglied.

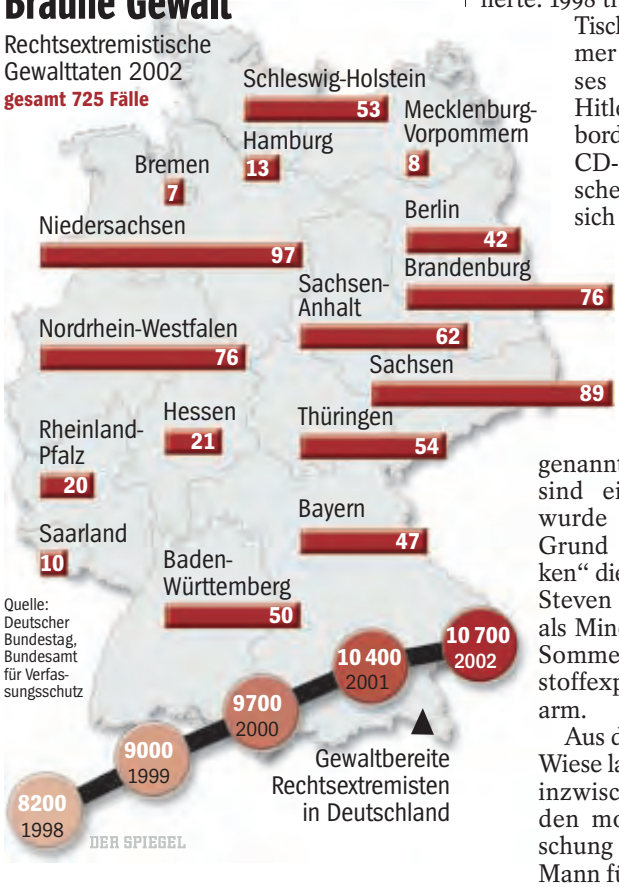


SPIEGEL TV

Steven Z.

Im Schatten des 11. September ist lange unbemerkt eine Gefahr gewachsen, die erst jetzt durch den vereitelten Anschlag und die republikweiten Razzien schlagartig ins Bewusstsein zurückkehrt: die Gewalt von Neonazis. Die Zahl militanter Rechtsextremisten ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen – um fast ein Drittel seit 1998 (siehe Grafik). Die Republik hat sich an rund 20 Brandanschläge jährlich gewöhnt und, wie 2002, an zwei rechte Gewalttaten pro Tag. Die „marodierende ausländer- und minderheitenfeindliche Gewalt“ dürfe nicht aus dem Blick geraten, warnt Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD). Angesichts der „neuen Qualität“ von München räumt Innenminister Otto Schily (SPD) ein: „Mitunter hat man das etwas beiseite geschoben.“

Braune Gewalt



Daran hat auch der vor drei Jahren vom Bundeskanzler persönlich ausgerufene „Aufstand der Anständigen“ nichts ändern können. „Gar keine oder kaum eine Wirkung“ habe Gerhard Schröders Aufruf nach einem bis heute unaufgeklärten Anschlag auf russlandstämmige Juden in Düsseldorf gehabt, klagt der Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz. „Das war ein Strohfeuer, das gleich wieder verglüht ist.“

Im Umfeld der etwa 160 neonazistischen Kameradschaften ist in den vergangenen Jahren eine neue Generation von Radikalen herangereift, die das Know-how und die Bereitschaft für mehr als nur Agitprop hat – neuerdings sogar mit engen Verbindungen ins Rotlicht- und Rockermilieu, die die Ermittler besonders beunruhigen. Ein harter Kern von mehr als hundert Rechtsextremisten, glauben Verfassungsschützer, sei bundesweit potenziell bereit, Bomben zu bauen. Da war es nur eine Frage der Zeit, bis militante Fanatiker anfangen würden, klandestine Anschläge zu planen – so wie jetzt in München.

Die bisherigen Ermittlungen zeichnen von den aufgeflogenen Jungrechten das Bild höchst typischer Szene-Werdegänge. Wiese wuchs im vorpommerschen Pasewalk auf, prügelte sich durch die Nacht, hing an der örtlichen Tankstelle rum. Der Brandenburger Marcel K. scherte sich wie so viele Ostdeutsche eine Glatze, ging zum Bund und fiel der Polizei erstmals auf, als er 1993 auf einem Campingplatz randalierte. 1998 trat der inzwischen arbeitslose Tischler in die NPD ein. Sein Zimmer im Souterrain des Elternhauses schmücken eine schwarze Hitler-Statuette auf dem Fensterbord sowie ein selbst gezimmertes CD-Regal in Form einer germanischen Todes-Rune. Darin finden sich gut drei Dutzend Alben einschlägiger Nazi-Bands wie „Kraftschlag“, „Sturmwehr“ oder „Endstufe“ neben blutrünstigen Samplern wie „SS Division Hitler-Jugend“.

Auch K.s mutmaßliche Komplizen Andreas J., 37, genannt „Juri“, und Steven Z., 24, sind einschlägig bekannt: „Juri“ wurde erst vor drei Monaten auf Grund „schwerer Sicherheitsbedenken“ die Waffenbesitzkarte entzogen, Steven Z., der von einer Karriere als Minenräumer träumte, verlor im Sommer 1998 bei einem Sprengstoffexperiment Hand und Unterarm.

Aus dieser eher dumpfen Szene ist Wiese langsam herausgewachsen, gilt inzwischen als Musterbeispiel für den modernen Neonazi: eine Mischung aus kühlem Demagogen und Mann fürs Grobe. „Das war ein richtiger Anheizer“, erinnert sich der Ex-Neonazi Bernd Meisner*, der zusammen mit Wiese gegen die Wehrmachtsausstellung aufmarschierte. „Der konnte Massen bewegen.“

So wie bei einer NPD-Demo Ende Juni in Schwäbisch-Hall. Es ging wieder einmal gegen die Wehrmachtsausstellung, und Wiese, der stämmige Mann mit rotblondem Bart und Ohrring, der aussieht wie ein irischer Barkeeper, trat an das Mikrofon. „Kameraden“, brüllte Wiese los, „wir können mit unserem bedingungslosen Kampf unsere Landsleute wecken, ihnen zeigen, welche Werte von Bedeutung sind!“ Und dann orakelte der Neonazi düster: Man werde es „allen Ignoranten und pervertierten Deutschen zeigen, welche Macht mit unseren altdeutschen Tugenden

* Name geändert.



YORCK MAECKE / G.A.F.F.

Kundgebung gegen rechts (im Sommer 2000 in Berlin): *„Strohfeuer, das wieder verglüht ist“*

ist“. War das bereits ein Hinweis, es nicht nur bei Demos zu belassen?

Neonazis wie Wiese sind randvoll mit Hass und der Bereitschaft zu Gewalt – zwei Komponenten, deren Mischung brisanter ist als jeder Molotow-Cocktail. „Das kann jederzeit hochgehen“, sagt Aussteiger Meisner. „Das ist nur eine Frage des Aufputschens.“

Hass-Bands, wie sie bei Marcel K. und den meisten Jungrechten im Regal stehen, liefern den Soundtrack zum Gewaltexzess. „Zusammen mit Alk“, sagt Meisner, „gibt das den Kick, wo du jedes Risiko in Kauf nimmst. Dann prügelst du, bis der Arzt kommt.“

Wie Wiese durchlief auch Meisner eine Schulung als Ordner bei Neonazi-Demos, eine Art nationale Putztruppe. Der paramilitärische Unterricht fand in Mecklenburg-Vorpommern statt, auf einem stillgelegten Truppenübungsplatz der NVA unweit von Wieses Geburtsort Anklam. Anfangs wurde die Gruppe in einen stockdunklen Bunker gesperrt und mit Reizgas bedroht – wer Panik zeigte, war unten durch. Mit Blaumännern als Arbeiter getarnt, mussten die Neonazis anschließend stundenlang im Schnee liegen, kodierte Meldeberichte verfassen und Boten schicken. Ausbilder war ein bekannter norddeutscher Neonazi.

Wie schmal der Grat zwischen solchen Schlägerbanden und einer Terrortruppe ist, zeigt der Münchner Fall: Während einer Geburtstagsfeier im Januar 2001 war Wiese unter den Gästen, als ein rechter Mob vor dem Gasthof „Burg Trausnitz“ einen Griechen halb tottrat.

Damals schien die Gruppe lediglich ein weiteres Beispiel für dumpfe Gewalttäter zu sein, die Schlägerei ein Strich in der Polizeistatistik. Der Übergriff wurde nur deshalb publik, weil das Opfer ohne die Hilfe herbeieilender Türken wohl nicht überlebt hätte. „Wenn das Umfeld stimmt“, sagt ein hochrangiger Verfassungsschützer, „gehen Leute wie Wiese eben noch einen Schritt weiter.“

An Nachwuchs mangelt es nicht: Während die mutmaßlichen Terroristen noch in Untersuchungshaft saßen, griff in München ein braunes Dutzend zum Teil volltrunkener Skinheads einen 48-jährigen Amerikaner mit den Worten „He, Nigger“ an; nur eine zufällig vorbeikommende Zivilstreife konnte den Mann retten.



JOERG KOCH / DDP

Beschlagnahmte Waffen in München
„Das System mit nackter und kalter Gegengewalt beseitigen“

Die Gefahr, die von solchen Gruppen ausgeht, haben mittlerweile auch das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz erkannt. Ermittler fordern jetzt den Aufbau einer bundesweiten „Verbunddatei“, in die Bund und Länder die Namen erkannter gewaltbereiter Rechtsextremisten einspeisen. So sollen zu allem entschlossene Jungfaschisten „permanent gescreent werden“, selbst wenn sie keiner bekannten Organisation angehören. Dazu wollen Verfassungsschützer alte Verfahren gegen Waffennarren und Militariahändler durchgehen und auf Verbindungen nach Rechtsaußen abgleichen – erste chemische Untersuchungen in München ergaben, dass die 1,7 Kilo des aufgefundenen TNT keine professionelle Lieferung, sondern leicht verunreinigt waren. Der Sprengstoff soll aus Polen stammen. „Wir müssen auch gegen rechts das ganze Register der Terrorismusbekämpfung ziehen“, drängt ein hochrangiger Beamter. „Sonst kommen wir da nicht hinterher.“

Die Behörden prüfen deshalb auch, ob Teile der Kameradschaften als kriminelle Vereinigungen verfolgt werden können – denn die Neonazis haben offensichtlich aus den Gerichtsverfahren der neunziger Jahre gelernt. Ein Verbot von Gruppen wie der Kameradschaft Süd sei „kaum noch möglich“, klagt auch Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU). „Das setzt eine formale Struktur mit Vorstand voraus, die es so nicht gibt.“ Die neuen rechtsradikalen Truppen, weiß der baden-württembergische Verfassungsschützer Hans-Jürgen Doll, sind „mittlerweile eine Organisierung ohne Organisation“.

So formiert sich weniger eine „Braune Armee Fraktion“, wie sie Beckstein medienwirksam im bayerischen Wahlkampf ausrief, sondern schwer zu kontrollierende regionale Geflechte militanter Kleingruppen. Sie bedienen sich des theoretischen Unterbaus für den bewaffneten Kampf gegen die verhasste Demokratie, der in der Szene seit längerem kursiert. „Überzieht die BRD mit einem Netz aus vielen unabhängigen Zellen, Widerstandsgruppen“, hieß es in einem Pamphlet, das im August 2000 im Umfeld der Kameradschaft Neustadt Weinstraße auftauchte, mit „nackter und kalter Gegengewalt“ solle das „Demokraten-System“ beseitigt werden.

Der Parole „Ab in den Untergrund!“ waren bereits drei thüringische Neonazis gefolgt: Im Januar 1998 tauchten Uwe B., 25, Beate Z., 28, und Uwe M., 30, ab, nachdem sie zwei Attrappen und einen TNT-Sprengsatz in einem Koffer an öffentlichen Plätzen wie in einem Jenaer Stadion deponiert hatten.

Die Rechtsextremisten, nach Polizeierkenntnissen allesamt Kader der Kameradschaft Jena, hatten dafür eine Garage angemietet, in der 1392 Gramm TNT gefunden wurden.

Trotz internationaler Fahndung fehlt von ihnen bis heute jede Spur – seit dem 23. Juni sind die Vorwürfe verjährt.

Conny Neumann, Sven Röbel, Holger Stark

Werbeseite

Werbeseite



TOSHIYUKI AIZAWA / REUTERS / ELANCE MEDIA



KOREA NEWS SERVICE / REUTERS / ELANCE MEDIA

Diktator Kim, Militärparade in Pjöngjang: *„Größte Bedrohung für die atomare Abrüstung“*

ATOMSCHMUGGEL

Die Nordkorea-Connection

Ein ehemaliger nordkoreanischer Diplomat soll der Hintermann eines Aufsehen erregenden Falls von Atomschmuggel gewesen sein, über den das Stuttgarter Landgericht verhandeln wird. Der Koreaner arbeitete einst in Wien – bei der Internationalen Atomenergiebehörde.

Herr Yun, ja, der Dr. Yun aus Nordkorea, sicher erinnern sie sich in Wien noch an den. Der Mann war schließlich 14 Jahre bei der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und für einen Diplomaten aus dem Stalinisten-Staat recht umgänglich. Schlenderte über die Flure des Uno-Gebäudes, scherzte, plauderte mit den Sekretärinnen. Nur wenn es um die Amerikaner ging, verstand er keinen Spaß. Da bebte er vor Zorn und erzählte vom Korea-Krieg: „Viele meiner Verwandten sind damals gestorben, obwohl sie noch Kinder waren.“

Eigentlich war Dr. Yun nur der zweite Mann der Ständigen Vertretung Nordkoreas bei der IAEA. Aber seltsamerweise legte er stets einen solchen Auftritt hin, als wäre er der erste: derjenige, an den man sich wenden musste, wenn sich Nordkorea mal wieder mit den Wächtern des Atomwaffensperrvertrags anlegte. Der Dr. Yun, der mit der „Washington Post“ reden und dem SPIEGEL 1994 ein Interview geben durfte: „Wir haben ein reines Gewissen“, traute sich Yun damals zu sagen. „Unser Land hat weder die Absicht noch die Möglichkeiten, eine Atomwaffe herzustellen.“

Was macht der eigentlich jetzt, der Dr. Yun, haben sie sich in den vergangenen Monaten in Wien gefragt, als sich der Konflikt um Nordkoreas atomare Ambitionen dramatisch hochschaukelte? Und: Warum eigentlich schickt der Diktator Kim Yong Il in diesen Zeiten nicht noch einmal seinen erfahrenen Unterhändler?

Seit ein paar Wochen kennen die Spitzenfunktionäre der IAEA die Antwort: Yun Ho Jin, 58, wird wohl nie wieder zurückkommen. Ihr einstiger Kollege steht im Verdacht, auf so dreiste Weise gegen den Komment der Atomaufseher verstoßen zu haben, wie man es nicht einmal den Nordkoreanern zutrauen wollte.

Der nette Herr Yun soll Hintermann und Anstifter eines Nuklearschmuggels gewesen sein, dessen strafrechtliche Würdigung ab dem 15. Oktober dem Stuttgarter Landgericht zukommt. Hauptangeklagter ist ein alter Bekannter Yuns, der baden-württembergische Unternehmer Hans Werner Truppel, 58. Der sollte ihm Röhren mit einer speziellen Aluminiumlegierung beschaffen, Typ 6061-T 6, hochfest und extrem korrosionsbeständig. Auf den Millimeter exakt gearbeitet mussten die Stangen sein, darauf hatte Yun bestanden.

Die Teile, davon sind Staatsanwaltschaft und Regierung überzeugt, waren wie geschaffen für den Bau von Gasultrazentrifugen, Hightech-Apparaturen, in denen sich Uran zum Bombenstoff anreichern lässt.





HASENPUSCH

Nordkoreanischer Diplomat Yun (r.), Containerschiff „Ville de Virgo“: *Vom Nuklearkontrolleur zum Atomschmuggler?*



DIGITALGLOBE / AFP

Nordkoreanischer Reaktor in Taechon: *Auf beiden Wegen zur Atomwaffe?*

Die 214 Stangen von Yuns Bestellzettel waren am 3. April im Hamburger Freihafen auf den unter französischer Flagge fahrenden Containerfrachter „Ville de Virgo“ verladen worden; als die Bundesregierung davon erfuhr, ersuchte sie das Pariser Verkehrsministerium, das Schiff sofort zu stoppen. Frankreich war behilflich. Vor der Passage durch den Suez-Kanal, im ägyptischen Hafen Damietta, wurde der Container mit der Frachtnummer 4039605 von Bord gehievt (SPIEGEL 28/2003).

Ein entscheidendes Beweisstück in dem Prozess ist ein Gutachten der Urenco, von der die einzige deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau betrieben wird. Die Experten haben die Alu-Stücke untersucht: 22,127 Tonnen, eingeschlagen in Wellpappe. Ihre Rechnung: Aus jeder Stange lässt sich eine Zentrifugenhülle machen. 214 Stück hätten für eine Anlage gereicht, mit der sich in zwei Jahren zehn Kilogramm Uran zum bombentauglichen Stoff anreichern lassen. Für Yun war die erste Ladung nur eine „Probelieferung“, gewünscht waren 200 Tonnen: Je mehr Zentrifugen zur Verfügung stehen, desto schneller gewinnt man den Bombenstoff. Mit 200 Tonnen Aluminium, sagt die Urenco, wären die zehn Kilo innerhalb von zehn Wochen produziert.

Der „Nuklearexperte“ (Staatsanwaltschaft) Yun wird nicht auf der Anklagebank sitzen, die Ermittler wissen nicht einmal, wo er steckt. Die Post, die er Truppel schickte, kam jedenfalls aus der trostlosen nordkoreanischen Kapitale Pjöngjang, später aus dem Apartment 4A-2-207 im Pekinger Atlantic Place, einer Wohnanlage in einem der besseren Stadtbezirke. In den Garagen parken Geländewagen und teure Audi-Limousinen.

Nicht einmal einen Haftbefehl hat die Justiz gegen Yun erlassen. Sie zweifelt daran, jemanden wie ihn erwischen zu können – und wenn, würde er wohl einen Diplomatenpass aus der Tasche ziehen. Aber die Ermittler haben ja Truppel. Und so hart soll es ihn treffen, als wollte die Justiz, die in der Vergangenheit die Krämer des Todes zu oft billig wie Verkehrssünder davonkommen ließ, jetzt gnadenlose Härte demonstrieren.

Gewerbsmäßiger Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz und „versuchte Förderung der Herstellung einer Atomwaffe“ werden dem Diplomingenieur und gelernten Feinmechaniker vorgeworfen; das Auswärtige Amt (AA) hat ihn gleichsam zu einem schweren Störfall für die auswärtigen Beziehungen erklärt. Die „Glaubwürdigkeit“ der Republik, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, wäre, falls sich die Vorwürfe bewahrheiteten, untergraben worden. Doppelt schwer wiege der Fall, so die Diplomaten, weil man bei Diktator Kim Yong Il mit allem rechnen müsse – auch mit dem „Einsatz von Kernwaffen im Konfliktfall“.

In Berlin kennen sie die unschönen Schlagzeilen nur zu gut, die die Geschichte in Fernost und den USA schon gemacht hat. Einen der „ehrgeizigsten Versuche Nordkoreas, an Material für den Bau von Atomwaffen zu gelangen“, nannte die „Washington Post“ den Vorgang. Und im AA fürchten sie die vielen Berichte, die noch folgen werden, wenn im Stuttgarter Justizgebäude ein Gutachter der Wiener Atomenergiebehörde, ein Sachverständiger des Bundesnachrichtendienstes (BND) und ein Diplomat aus eigenem Haus aussagen müssen. Und das alles geschieht, während die USA mit den Unterhändlern des Diktators Kim um die Bewältigung der „derzeit größten Bedrohung für die atomare Abrüstung“ (IAEA-Chef Mohammed al-Baradei) ringen.

Die südkoreanische Regierung, in Schussweite der Brüder im Norden, will nicht bis zum Prozessbeginn warten: Angesichts der „direkten Bedrohung der Sicherheit der Republik Korea“ drängen die Diplomaten die Ermittler, ihnen die Akten zu öffnen. Die deutsche Spur könnte den Expertenstreit lösen helfen, auf welchen Wegen Kim nach der Bombe greift. Dass er Plutonium aus seinem Reaktor in Yongbyon abzweigen kann, ist bekannt.

Aber geht Kim auch den zweiten Weg, den Bau der Uranbombe, für den sich ein Zentrifugenprogramm anbietet? Ja, sagt die CIA, die Pakistaner hätten Baupläne und Prototypen geliefert. Eher nein, sagt der BND. „Um ehrlich zu sein, wissen wir es alle nicht“, sagt David Albright, ein früherer Inspektor der IAEA, der heute das Washingtoner Institut für Wissenschaft und Internationale Sicherheit leitet.

Die Geschichte von Dr. Yun und seinem Truppel ähnelt den vielen anderen Geschichten, wie sich früher der Irak, Libyen und Pakistan an den Exportvorschriften des Westens vorbeimogelten – und so für ihre Waffenprogramme zusammenklaubten, was sie selbst nicht herstellen konnten.



„Schurkenstaaten“ nennen sie die Amerikaner. Ihre Methoden ähneln sich. Scheinbar harmlose Firmen treten auf und verschwinden wieder, sobald sie in Verdacht geraten. Die Nam Chon Gang Corporation des Dr. Yun in Pjöngjang stand bis zu diesem Frühjahr noch nicht auf der schwarzen Liste des Berliner Wirtschaftsministeriums.

Die Yuns dieser Welt suchen sich gern kleine Klitschen im Westen aus, die für sie bei den großen Konzernen ordern. Unternehmer Truppel setzte im Keller seines Einfamilienhauses im schwäbischen Königsbronn Wärmebildgeräte für die Bundeswehr in Stand und vermietete der US-Armee Statisten, die in Manövern Zivilisten auf dem Schlachtfeld mimten.

Als offizielle Empfänger heißer Frachten halten renommierte Firmen her, die bei den Zollbehörden Eindruck machen sollen. Die Alu-Lieferung, das hatte Yun versichert, sei natürlich nicht für Nordkorea, sondern für den chinesischen Flugzeugbauer Shenyang Aircraft: einen 30 000-Mann-Betrieb, der für die Volksarmee



STEVE HOLLAND / AP

Amerikanisch-japanische Enterübung: *„Akt der Piraterie“*

Kampfflugzeuge montiert und mit Airbus und Boeing kooperiert hat.

Yun legte sogar eine nach seinen Angaben von Shenyang stammende Bestätigung vor. Mit Unterschrift und Siegel wurde versichert, dass die Niederlassung im chinesischen Dandong auf das Metall warte, um daraus Gastanks herzustellen.

Alles Unsinn, sagt die Staatsanwaltschaft, und die US-Behörden haben sie in diesem Urteil bestärkt. Die Shenyang-Filiale in Dandong, wo nur noch ein Fluss China von Nordkorea trennt, habe bereits früher als Tarnung für „Umgehungslieferungen“ gedient.

Zwei Millionen Euro Kaution, sein gesamtes Vermögen, hat Truppel der Justiz angeboten, um nach monatelanger Untersuchungshaft nach Hause zu dürfen – abgelehnt. Dabei hat er schon viel erzählt von Yun, den er Ende der achtziger Jahre in Wien kennen lernte und der sich vor drei Jahren wieder bei ihm meldete.

Die Geschäfte liefen glänzend, Yun war ein Anhänger von „Made in Germany“: Pumpen, Gasmasken, Messuhren, Generatoren – 1,3 Millionen Euro Umsatz, schätzt Truppel, brachte ihm die wieder aufgefrischte Bekanntschaft ein. Und alles ganz legal, mit Stempel der deutschen Zöllner. Merkwürdig waren nur Yuns Briefe, die manchmal so anfingen: „Ich will bestimmte Angelegenheiten mit Ihnen nur per Post und nicht telefonisch besprechen. Das ist so, weil Briefe in gewisser Hinsicht verlässlicher sind.“

Dienten also die früheren Geschäfte nur der Vorbereitung auf den einen, den illegalen Deal? Im Frühjahr 2002 orderte Yun das Aluminium 6061-T 6. Daraus lassen sich Fahrradrahmen oder Flugzeugteile formen, aber das Material ist wegen seiner extremen Korrosionsbeständigkeit auch bestens für den Zentrifugenbau geeignet. Die von Yun vorgegebenen Maße entsprachen jedenfalls den Designmerkmalen der Urenco in den siebziger Jahren. Was die Amerikaner als weiteren Beleg dafür nehmen, dass Pakistan Nordkorea geholfen hat. Ein pakistanischer Atomwissenschaftler klaute 1975 die Blaupausen der Urenco.

Truppel wollte liefern, hängte sich ans Telefon und wurde bei der Jakob Bek GmbH in Ulm fündig, einer Tochterfirma des ThyssenKrupp-Konzerns. Die orderte die Rohre bei der British Aluminium Tubes. Yun wurde informiert, kurz feilschte Truppel mit ihm über den Preis. Man einigte sich auf 3,83 Euro pro Kilo. Im September des vergangenen Jahres meldete Truppel beim Hauptzollamt Ulm die Ausfuhr an. Als Empfänger stand die Nam Chon Gang in Nordkorea auf dem Antrag.

Die Sache schien suspekt, der Verfassungsschutz warnte, der Zoll schickte drei Beamte zu Truppel. Der erzählte freimütig von seinem Geschäftsfreund Yun und verstand die ganze Aufregung nicht: Es gehe doch nur um Aluminium. Die Beamten verhängten ein vorläufiges Ausfuhrverbot, Truppel sollte sich beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) um eine Genehmigung bemühen.

Die Behörde ist das Bollwerk, mit dem die Regierung die Exportnation Deutschland vor den schlimmsten Fehltritten schützen will. Was verdächtig erscheint, wird hier überprüft, von Geheimdiensten bewertet und der Regierung gemeldet.

Gastanks für chinesische Flugzeuge, daran glaubten die Sachverständigen im Bafa keine Sekunde. Truppel wurde gewarnt, schriftlich, unmissverständlich. Die Sache sei technisch nicht plausibel, das Ganze rieche nach einer Lieferung für das „nordkoreanische Atomprogramm“. Wehe, wenn er dennoch liefere.

Schnell und hart reagiert, freuten sich die Beamten, Sache erledigt. So sah der Fall im Februar aus – bis das Kanzleramt erfuhr, dass die Fracht auf der „Ville de Virgo“ in Richtung Asien unterwegs war.

Es sei Truppel gewesen, sagt die Staatsanwaltschaft, der sich skrupellos und vorsätzlich über das Ausfuhrverbot hinweggesetzt habe. Hat also der schwäbische Unternehmer, der bis dahin keinen Versuch gemacht hatte, die Zollbehörden über seine Nordkorea-Connection zu täuschen, entschieden, den gefährlichen Deal dennoch durchzuziehen? Ein 87 000-Euro-Geschäft, an dem er, auch nach Berechnung der Staatsanwaltschaft, bescheidene 4000 Euro Profit gemacht hätte?

Truppel erzählt die Geschichte anders: Nach der Warnung von Amts wegen habe er die Ware dem englischen Hersteller zurückgeben wollen; der habe sie aber nicht angenommen. Dann habe sich überraschend die Delta Trading, eine Frachtfirma aus Hamburg, gemeldet und angeboten, sich um den Export zu kümmern. Tatsächlich sorgte die Delta dafür, dass der Container kurz vor dem Auslaufen der „Ville de Virgo“ noch verladen wurde.

Anfangs schien es, als interessierte sich die Staatsanwaltschaft nicht sonderlich dafür, welche Rolle die Delta spielte. Jetzt aber sollen zwei Delta-Verantwortliche, darunter der Geschäftsführer, mit auf die Anklagebank, allerdings nur wegen Beihilfe zur illegalen Ausfuhr. Die Hamburger berufen sich darauf, lediglich eine „Serviceleistung“ erbracht zu haben. Ob Truppel oder die Delta für die Ausfuhr verantwortlich ist, wird im Prozess die entscheidende Rolle spielen. Aber das Urteil in Stuttgart wird nicht die einzige Konsequenz sein.

Die Regierung prüft, wie sie das Außenwirtschaftsgesetz feinjustieren kann. Wenn man sich nicht darauf verlassen könne, dass trotz ausdrücklichen Exportverbots heiße Fracht auch wirklich hier im Land bleibe, müsse durch zusätzliche Bestimmungen die Ware an die Kette gelegt werden. Lieber so, als ständig Schiffe stoppen zu müssen, meinen die deutschen Experten.



Unternehmer Truppel
Post aus Pjöngjang

Gut und schön, sagen die Amerikaner, aber das reiche nicht. Der Vorgang „Ville de Virgo“ wird derzeit gern angeführt, wenn die Bush-Regierung für ihre Proliferation Security Initiative (PSI) wirbt. Schiffe, die verdächtige, für den Bau von Massenvernichtungswaffen geeignete Fracht transportieren, sollen geentert, Flugzeuge zur Landung gezwungen werden. Beim nächsten Mal gibt es vielleicht keinen verständnisvollen französischen Reeder, sagen die Amerikaner.

Faktisch eine Blockade und völkerrechtlich ein fragwürdiges Unterfangen. Geübt wird trotzdem schon. So wie vorvergangene Woche vor der australischen Küste, als Amerikaner und Japaner das Abfangen von Schiffen trainierten. Einer der Hauptadressaten verstand die Botschaft prompt. Pjöngjang drohte zurück: Das sei reine Piraterie und eine Provokation, die einen Atomkrieg auslösen könne.

GEORG MASCOLO

Werbeseite

Werbeseite

ZEITGESCHICHTE

Reise ohne Wiederkehr

Ein neues Buch durchleuchtet die frühen Jahre der RAF-Gründer Andreas Baader und Gudrun Ensslin und bringt bisher unbekannte Details aus dem Leben des Terroristenpärchens ans Licht.



AP

Angeklagte Baader, Ensslin*: *Verschworen bis in den Tod*

Wenn Andreas Baader (1943 bis 1977) ein Auto brauchte, dann stahl er eins. Ebenso hielt er es mit Lederjacken, lila Samthosen und den Seidenhemden. Arbeiten war nicht sein Ding. Andi sei eben, erklärte seine Freundin Gudrun Ensslin (1940 bis 1977), „die Anarchie in Person".

Die deutsche Regierung hielt den Münchner für den „Staatsfeind Nummer 1", noch heute geistert er als Gottseibeiuns durch die Sonntagsreden. Dass es mit Baader ein böses Ende nehmen werde, hatten seine vielen Lehrer – er wechselte die Schulen im Halbjahrestakt – vorausgesehen. Aber auf so spektakuläre Weise? Als Vater der Roten Armee Fraktion (RAF)? Durch Genickschuss im Gefängnis?

Andreas Baader (Codenamen: „Ahab", „Hans") sei, schrieb Gudrun Ensslin („Smutje", „Grete") nichts weniger als das „kollektive Bewusstsein" des „Metropolenproletariats", die „Moral der Erniedrigten und Beleidigten", kurzum: Andreas sei „das Neue: klar, stark, unversöhnlich, entschlossen". Da saß das Pärchen schon jahrelang im siebten Stock des Gefängnisses Stammheim, isoliert von den Mitgefangenen und der Realität, von Hungerstreiks gebeutelt, verzweifelt und größenwahnsinnig zugleich.

Eigentlich wollten die beiden Süddeutschen eine Weltrevolution machen, genauer gesagt anführen. Bis zu ihrem frühen Tod durch Selbstmord – der wie eine Ermordung aussehen sollte – nebelte das Duo die wirklichen Motive ihrer Taten und alle Urszenen des deutschen Terrorismus durch ihren komischen Jargon, durch Parzellierung des Herrschaftswissens und reichlich Desinformation ein. Wichtige Zeitzeugen, vor allem RAF-Mitglieder, starben, bevor sie sich erklären konnten. Andere kamen vor Gericht, mochten aber sicherheitshalber nichts aussagen.

Doch wer sucht, der findet. Die Inkubationszeit des Terrors ist ja noch nicht so lange her. Und einige von denen, die unmittelbar dabei waren, haben Verwandte, und sie hinterließen Manuskripte, Tagebücher, Notizen und Briefe. Man muss die verstreuten Archivarien nur zusammenführen. Der Schriftsteller Gerd Koenen, 1944 geboren, also im besten Alter, als die Revolte 1968 eskalierte, und als Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) auch nahe genug dran, hat die frühen Jahre der Baader und Ensslin, ihrer Partner und Kombattanten durchleuchtet und jetzt niedergeschrieben**.

Als wahre Fundgrube erwies sich für Koenen der vollständig erhaltene Nachlass des Bernward Vesper (1938 bis 1971), eines zu Unrecht fast vergessenen Dichters. Immerhin hat Vesper, bevor er sich wahnkrank und despressiv mit Schlaftabletten in Hamburg das Leben nahm, die weitaus beste Geschichte der 68er geschrieben, „in jeder Zeile ein Meisterwerk", so die Schweizer „Weltwoche". Das Buch heißt „Die Reise", ist von seinem Autor als „Romanessay" klassifiziert worden und in Wirklichkeit eine Autobiografie.

Bernward Vesper war der langjährige Verlobte von Gudrun Ensslin und der Vater ihres unehelich geborenen Sohnes Felix, der im Mai 1967 zur Welt kam. Teils gewollt, teils ungewollt hat Bernward Vesper, der späte Sohn des NS-Großschriftstellers und Führerverehrers Will Vesper, von Anfang an die Radikalisierung der Studentenrevolte mitgemacht, immer dicht dran an Gudrun Ensslin. Vor allem aber hat er die rasch eskalierenden Ereignisse, die labilen Stimmungen und das Procedere der Entscheidungsfindungen in Hunderten Texten festgehalten, viele eigene und fremde Briefe und auch deren Durchschriften aufgehoben – für Koenen eine Fundgrube.

Der Ton unter den Revolutionären war rau. Baader nannte die Frauen der RAF – sie bildeten die Mehrheit der Gruppe – gewöhnlich „alte Fotzen". Gudrun Ensslin, mit der er von 1967 an intim befreundet war, fand am Ende ihres Lebens, dass „Politik" auch der „Weg zu lieben und zu ficken" sei. Gemeinsam terrorisierten Baader und Ensslin im Gefängnis Stammheim ihren Mithäftling Ulrike Meinhof. Die talentierte Journalistin nahm sich – wohl auch deshalb – 17 Monate vor den anderen das Leben.

Baader, jung als „schwieriges Kind" gefürchtet, hat niemals irgendein Examen abgelegt, sogar seine Führerscheine waren gefälscht. Mit 18 Jahren saß er wegen eines gestohlenen Motorrades zum



TAGESSCHAU

Baader-Festnahme 1972: *Lektionen im Wahnsinn*

* Im Kaufhausbrand-Prozess 1968.

** Gerd Koenen: „Vesper, Ensslin, Baader – Urszenen des deutschen Terrorismus". Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 336 Seiten; 19,90 Euro.

Werbeseite

Werbeseite

ersten Mal drei Wochen in Jugendarrest. Später behauptete er, dass er an der Kunstakademie studiere (das war gelogen) oder Schriftsteller sei (auch ein Schwindel). In Wahrheit ließ er sich lebenslang aushalten, erpresste Sympathisanten, klaute oder saß im Knast.

Ulrike Meinhof (1934 bis 1976) war seit 1961 mit dem „Konkret"-Herausgeber Klaus Rainer Röhl verheiratet. Sie galt als die begabteste Journalistin der Republik. Als sie, heimlich Mitglied der verbotenen KPD, 1968 in Ensslins Berliner Wohnung zum ersten Mal mit den „Untergrundkämpfern", der „Stadtguerilla", zusammentraf, war es um sie geschehen. Meinhof radikalisierte sich in atemraubendem Tempo, verfasste erbarmungslose Agitprop-Texte über „Pigs" (Polizisten) und Gewalt: „Der Typ in der Uniform ist ein Schwein … und natürlich kann geschossen werden."



KLAUS LEHNARTZ

Baader bei einem Happening in Berlin (1967)*: *Parfümierter Dandy*

Gudrun Ensslin, die Dritte im Bunde – Pfarrerstochter und von der Hochbegabten-„Studienstiftung des deutschen Volkes" komfortabel gesponsert –, brach von Schwaben in die großen Städte auf. Die schöne junge Frau, intelligent, beredt und für ältere Männer ein Augenstern, geriet rasch in die szenetypische Durchlauferhitzung. Sonnenbrille, Gauloise, dunkle Kajal-Augenringe, heller Lippenstift und nachtschwarze Kleidung signalisierten ihren Widerwillen gegen die deutsche Spießergesellschaft. Sie drehte, weiß und attraktiv, einen „etwas pornografischen Kurzfilm", half der SPD 1965 für zehn Mark die Stunde im „Wahlkontor", versuchte sich an einer germanistischen Doktorarbeit und spann mit ihrem damaligen Verlobten Bernward Vesper die großen Pläne Verlagsgründung, Kinderbefreiung, Widerstand, Weltrevolution.

Mit Bernward Vesper, dem begabten Literaten, war das aber nicht zu machen. Er dröhnte sich mit Haschisch voll und warf Meskalin-Trips ein. Aktiv betrieb er nur die sexuelle Befreiung. Erst als Ensslin und Baader sich fanden, im Juli 1967, brannte die Luft. Gudrun Ensslin verfiel dem parfümierten Dandy, der sich als furchtloser Antiautoritärer und stets kampfbereiter Belmondo-Typ inszenierte. Sie wurden „Bonnie und Clyde", bewaffnet und einander verschworen bis in den Tod.

Allen Gründern der RAF war gemeinsam, dass sie von Anfang an das Elend der ganzen Welt in den Blick nahmen: die Unruhen in Frankreich und Italien, die Krisenherde der Dritten Welt in Afrika, Mittel- und Südamerika, den amerikanischen Vietnam-Krieg – und zugleich Leuchtfeuer sichteten: wahlweise Maos China, Fidel Castros Kuba, den immer währenden Arafat, sogar die Albanische Volksrepublik. Das ging alles ziemlich durcheinander, die intellektuellen Moden wechselten rasch, und so konnte es auch geschehen, dass in Frankfurt am Main 1969 die Parole aufkam: „Baader ans Band!" Der Stadtguerillero sollte Fabrikarbeiter werden, um dem Proletariat ganz nahe zu sein.

So zerrüttet Baaders Lebensumstände auch waren, diese Idee blieb ihm fremd. Wie alle Begründer des deutschen Terrorismus stand auch der ruhelose Rabauke Baader 1967/68 vor den Trümmern seiner privaten Lebensplanung: kein Beruf, kein Einkommen, kein fester Wohnsitz.

Bei Baader, Ensslin und Meinhof waren die Partnerschaften zerbrochen. Alle drei hatten Kinder – Baader eine Tochter (1965 geboren), Ensslin einen Sohn (1967), Meinhof Zwillinge (1962). Alle drei haben ihre Kinder aufgegeben. Der Terrorismus zog die Erwachsenen erst in den Untergrund und dann in den Tod. Sie haben ihre Kinder in Freiheit nicht wiedergesehen, aus eigenem Entschluss. Zumindest Meinhof und Ensslin ist das schwer geworden, von Baader ist eine liebevolle Bindung zu seinem Kind nicht überliefert.

Er liebte nur sich und die „action". Gemeinsam mit Ensslin und zwei Helfern legte er im April 1968 in Frankfurt am Main im Warenhaus Schneider Feuer. Das sollte ein Fanal gegen den Vietnam-Krieg und den Konsumterror sein. Alle vier kamen umgehend in Haft, alle vier waren endlich berühmt. Der Rechtsanwalt Otto Schily (jetzt Bundesinnenminister) übernahm die Verteidigung Ensslins, sein Kollege Horst Mahler (jetzt Deutschnationaler) stand Baader bei. Ensslin hatte sich vom Ex-Verlobten Vesper ausdrücklich eine „hüftlange Lederjacke, vorzugsweise dunkelrot" als angemessene Kostümierung gewünscht und erhalten.

Vor Gericht ging es munter zu. Chronist Koenen: „Der eine Angeklagte trat als Verschnitt aus Fritz Teufel und Bertolt Brecht auf, der zweite spielte im Wesentlichen sich selbst, den Gelangweilten." Andreas Baader, der gescheiterte Künstler, „gab mit bewährter Attitüde den Belmondo oder Brando, nach einem Text von Genet oder Bukowski. Und Gudrun war die Muse und große Liebende, nicht ohne eigene literarische Ambitionen, irgendwo zwischen Lasker-Schüler, Luxemburg oder auch der Sagan". Das Urteil: drei Jahre Zuchthaus für jeden wegen versuchter menschengefährdender Brandstiftung.

Diese Haftstrafe hat Baader und Ensslin weiter radikalisiert, ihre beiden Konfidenten deaktiviert. Baader und Ensslin erklärten dem Staat den Krieg. In ihren großen Zeiten hatte die RAF zwei Dutzend Kämpfer, der Staat stellte ihretwegen Zehntausende Polizisten zusätzlich ein. Die meiste Zeit verbrachte die Bande mit der Geldbeschaffung durch Banküberfälle und Aktionen zur Befreiung von Andreas Baader.

Der war einmal wieder eingefangen worden, weil er in Berlin rigoros die Geschwindigkeitsbeschränkung missachtete, in einem gestohlenen Auto, ohne Führerschein. Beim nächsten und letzten Zugriff der Polizei, am 1. Juni 1972 in Frankfurt, war Andreas Baader mit zwei Helfern zu einem Sprengstoffdepot der RAF unterwegs. Er fuhr einen geklauten, auberginenfarbenen Porsche, mit überhöhter Geschwindigkeit entgegen der Fahrtrichtung. Das war es dann.

„Wir haben dem Kampf", schrieb Gudrun Ensslin aus dem Knast an Bernward Vesper, „das wahnsinnige Element", die „Lektionen im Wahnsinn" hinzugefügt.

HANS HALTER

* Mit dem Kommunarden Rainer Langhans (M.).

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

STRAFJUSTIZ

„Ich bitte um Verständnis“

Ein Geständnis und doch keine Erklärung: In Heidelberg ist der Mann angeklagt, der vor Weihnachten ein Arztehepaar und eine Sprechstundenhilfe erdrosselt hat. *Von Gisela Friedrichsen*

Der Tag vor Heiligabend 2002, Spätnachmittag: Mutter und Tochter kommen erschöpft von den letzten Einkäufen nach Hause. Der Sohn liegt auf dem Sofa. Da klingelt das Telefon. Der Vater, ein Kinderarzt, er ist noch in der Praxis, verlangt seine Tochter zu sprechen. Seine Stimme klingt merkwürdig bedrückt: Sie solle sich ins Auto setzen und ihre Scheckkarte mitbringen. Wie bitte? Der Vater hat doch noch nie um Geld gebeten. Wieso die Scheckkarte? Das muss ein schlechter Scherz sein. Und warum soll ausgerechnet die Tochter fahren? Der Vater drängt: „Nimm jetzt die Karte und komm rüber, das ist ein Notfall.“ Sohn wie Tochter haben nicht die geringste Lust. Also fährt die Mutter, wie es eben so ist, des Weihnachts- und Familienfriedens wegen.

Die Kinder des Arztehepaars Frederking aus Heidelberg sahen ihre Eltern lebend nicht mehr wieder.

Damals überlegten sie, ob der Vater etwa erpresst wurde? „Das konnten wir uns nicht vorstellen“, sagt die Tochter als Zeugin vor Gericht. „Er wusste doch, dass auf meinem Konto nicht viel drauf war.“ Maximal 500 Euro, das macht doch keinen Sinn! Mehr kann man ja an einem Tag mit Karte nicht abheben.

Die Tochter ruft in der Praxis an. Niemand nimmt ab. Der Sohn fährt hin. Niemand öffnet. Die Kinder werden langsam unruhig. Welchen „Notfall“ mag der Vater gemeint haben? Wofür braucht er Geld?

Gegen halb neun holen sie die Polizei. Haus- und Praxistür werden geöffnet. In einem Behandlungszimmer liegen drei Tote – Dr. Udo Frederking, 61, Frau Dr. Astrid Frederking, 66, und die Sprechstundenhilfe Karin Reuther, 24 – mit Handschellen und Kabelschnüren gefesselt, geknebelt, miteinander verschnürt und an Heizkörper gebunden. „Ich ging von einer Strangulation aus“, sagt der Beamte, der als Erster die Räume betreten hatte, als Zeuge.

Vor der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Heidelberg muss sich zurzeit der 52 Jahre alte Karl-Heinz B. wegen dreifachen Mordes, schweren Raubes und schwerer Körperverletzung verantworten. Er ist geständig, das heißt, er hatte, als die Polizei auf ihn kam, bereits ein schriftliches „Geständnis über Mord an Ehepaar Frederking und der Sprechstundenhilfe“ aufgeschrieben. Darin steht: „Geplant war nur ein simpler Raubüberfall.“ Und: „Die drei Toten waren ein Scheiß-, Scheiß-Unfall.“ Was an jenem 23. Dezember, zwei Tage vor B.s Geburtstag, in der Praxis geschehen war und was die Kinder des Arztehepaars wissen wollen, nämlich wie und warum ihre Eltern und die junge Frau sterben mussten – dazu kein Wort.



RONALD WITTEK / AP

Angeklagter Karl-Heinz B.
„Geplant war nur ein Überfall“

In dem schriftlichen Geständnis erklärt B. nur, dass ihm Anfang Dezember der Gedanke gekommen sei, seine „kümmerliche Sozialhilfe“ für „ein besseres Weihnachtsfest mit einem kleinen Raubüberfall auf einen Arzt“ aufzubessern. Denn die letzten fünf Weihnachten seien „sehr, sehr kümmerlich“ gewesen.

Die Kinder Frederking hadern mit dem Schicksal. Ihre Eltern und B. kannten sich nicht, es gab keinerlei Kontakte. B. war nicht von einem Arzt mal falsch behandelt worden. Nichts, was man sich sonst noch vorstellen könnte als Tatmotiv. Die Kinder werfen sich vor, die Mutter nicht begleitet zu haben. Sie fragen sich, was geschehen wäre, wenn einer von ihnen, Sohn oder Tochter, gefahren wäre. Hätte der Täter auch sie getötet? Hätten sie die entsetzliche Bluttat verhindern können? Qualvolle Fragen, die die Kinder ihr Leben lang nicht loslassen werden.

Die Ermittler haben in mühevoller Kleinarbeit den Tatablauf zu rekonstruieren versucht. Sie haben ausgezeichnete Arbeit geleistet, um B. auf die Spur zu kommen. Doch Lücken sind geblieben, die nur er füllen könnte. Mehr als sein schriftliches Geständnis ist von ihm aber auch vor Gericht nicht zu hören: „Ich bekenne, die Tat begangen zu haben. Es war nicht meine Absicht zu töten. Ich wollte eine Raubtat begehen. Wie es dazu kam, weiß ich nicht, weil ich zu betrunken war. Dass ich die drei Personen getötet habe, bedaure ich sehr. Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt nichts mehr sagen werde.“

Die Tat des Sozialhilfeempfängers aus Kelkheim bei Frankfurt am Main macht Angst. Nicht nur den Menschen in Ziegelhausen, einer Wohngegend der besseren Kreise Heidelbergs, in deren Weihnachtsstimmung damals jäh das Böse einbrach. Hätte dieses Böse nicht jedermann treffen können? Kann es jedermann jederzeit und überall vernichten?

Warum hat B. sich einen Arzt ausgesucht? Und nicht einen Geldboten oder eine Bank oder eine Apotheke, einen Supermarkt oder eine x-beliebige Person auf der Straße, von der er ja auch durch Gewaltandrohung Geld oder eine Scheckkarte mitsamt Pin-Nummer hätte erpressen können? Warum hat er seine Opfer gewürgt und erdrosselt? Warum reichte das Fesseln und Verschnüren nicht? War seine Vermummung mit Schal und Sonnenbrille verrutscht? Fürchtete er, an seiner unförmigen



NORBERT FÖRSTERLING / DPA

Tatort Ziegelhausen: *Mühevolle Kleinarbeit der Ermittler*

Werbeseite

Werbeseite

Gestalt – er wog zur Tatzeit um die 145 Kilogramm und war gehbehindert – erkannt zu werden?

In einer Vernehmung antwortete er auf die Frage, wie er denn ausgerechnet auf das Ehepaar Frederking gekommen sei, er habe Ziegelhausen für einen abgelegenen Ort gehalten, wo man ihn nicht kenne und die Polizei nicht so schnell hinkomme. Anfang Dezember sei er mit dem Bus dorthin gefahren und habe sich umgesehen. In der Ortsmitte habe er ein Haus mit drei Arztpraxen gefunden und gedacht, Ärzte seien immer gut für Geld. Die erste Praxis, die ihm auffiel, sei die von Frederking im ersten Stock gewesen. Er habe sich die Telefonnummer aufgeschrieben und später angerufen, ob am Tag vor Heiligabend noch geöffnet sei. Als dies bejaht wurde, habe er einen Raubüberfall ins Auge gefasst.

Er kaufte eine Rolle Seil, Plastikhandschuhe, ein Pfefferspray und drei Paar Handschellen. Wieso drei Paar? Woher wusste er, dass sich am Tattag gegen Abend genau drei Personen in der Praxis aufhalten würden? Hätte er nicht, gerade bei einem Kinderarzt, noch mit Patienten rechnen müssen? Fragen über Fragen.

B. war offensichtlich nicht aufs große Geld aus, denn er hob von zwei Konten der Arztfamilie, deren Geheimnummer er erpresst hatte, gerade so viel ab, wie er auf einmal aus den Automaten ziehen konnte: insgesamt 1000 Euro. Er wollte nicht das ganz große Ding drehen und in die große weite Welt verschwinden. Er wollte nur – wie banal, gemessen an den Folgen – noch etwas mehr trinken, noch mehr essen, noch mehr rauchen als ohnehin. Seinem Sohn gab er 100 Euro, der Tochter spendierte er einen Geschenkkorb. „Den Rest habe ich bis Silvester vor lauter Kummer versoffen und verfressen."

Der Angeklagte gibt an, sich an die Tat nicht zu erinnern, weil er so betrunken gewesen sei. Er habe auf der Fahrt von Mannheim, wo er wohnte, nach Heidelberg eine Flasche Whisky und zwei „Flachmänner" Jägermeister getrunken. Die Tatausführung aber spricht eine andere Sprache.

Er konnte immerhin einen für seine Verhältnisse sorgfältig überlegten Plan verfolgen, er konnte gehen, sprechen, trotz seiner körperlichen Handicaps drei Opfer in seine Gewalt bringen. Er konnte den Kinderarzt zwingen, seine Tochter herbeizuzitieren, er konnte fesseln, knebeln, seine Opfer zur Preisgabe der Pin-Nummern zwingen. Er konnte die Tür der Praxis mit dem Schlüssel von Frau Frederking abschließen, wieder den Bus besteigen, der Fahrer erinnert sich an ihn: alkoholisiert ja, aber keineswegs volltrunken. Und er war in der Lage, nach Mitternacht in Mannheim Geld zu ziehen an Automaten, die nicht von einer Kamera überwacht wurden.

Warum beharrt er auf diesem „Filmriss", den ihm niemand, auch nicht sein Verteidiger Jürgen Laubscher, abnimmt? B. ist

ein immer noch dicker, schwerer Mann, obwohl er in der Haft abgenommen hat. Er sieht älter aus, als er ist, kann sich kaum fortbewegen, was nicht nur an den Fußfesseln liegt, die er auch im Gerichtssaal tragen muss, sondern an der Gicht, die seine Gelenke zerfrisst. Er vermittelt den Eindruck, als erwarte er nichts mehr vom Leben, als habe er sich in einer Erinnerungslücke eingenistet, in der es ihm erspart bleibt, sich mit der Tat auseinander zu setzen. „Das ist seine Art, damit weiterzuleben“, sagt Laubscher, ein Mann mit viel Menschenkenntnis.

B.s Leben weist, außer hohem Alkoholkonsum, nichts extrem Auffallendes auf. Ein Knick in seiner Biografie, von dem aus es nachvollziehbar stetig abwärts ging, ist



REPRO: JÜRGEN MAHNKE / BILD ZEITUNG

Arztehepaar Frederking
Gefesselt, geknebelt, erdrosselt

nicht festzustellen. Er hat Einzelhandelskaufmann gelernt, hat hier und da und dort gearbeitet, hat mal in die Kasse gegriffen, mal unkorrekt abgerechnet, Schulden gemacht. Erfolgreich war er nie, arbeitslos immer wieder. Vor der Tat bekam er um die 650 Euro Sozialhilfe im Monat. Hunger litt er also nicht.

Doch er verwahrloste zusehends, stopfte sich voll mit Süßigkeiten und fettem Zeug, ließ sich täglich voll laufen, verließ seine Wohnung kaum noch und vergrub sich zwischen Riesenmengen Kleidung, die er bei Versandhäusern bestellte. Wahrscheinlich hatte er vor, den gehorteten Müll auf Flohmärkten zu veräußern. Doch dazu kam es nicht.

Er war auch mal verheiratet und hat aus dieser Ehe zwei wohl geratene Kinder. Die Frau war wie er alkoholkrank. Seit 1993 ist er Witwer. Wie die Ehe denn war, will der Vorsitzende Richter wissen. „Höhen und Tiefen“, antwortet der Angeklagte lakonisch.

Was ihn erwartet, darüber kann er sich – bei drei Opfern, die qualvoll starben – keine Illusionen machen. Sowenig ihn das Leid der Kinder Frederking zu berühren scheint, so gleichgültig verhält er sich offenbar zum eigenen Leben. Zumindest äußerlich ist ihm nichts anzumerken. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

JUSTIZ

Gas, Gift – oder lebenslänglich

Seit 13 Jahren sitzen die deutschen Brüder Apelt in US-Todeszellen. Die Bundesregierung kämpft für ihre Auslieferung – aus schlechtem Gewissen?

Eine Szene, wie sie in einem B-Movie vorkommen könnte. „You me marry?“, fragte gleich in der ersten Nacht der Deutsche Michael Apelt die hübsche Amerikanerin Cindy, Tochter eines Psychiatrieprofessors aus Illinois. Sie tat es – in einer Hochzeitskapelle im Zockerparadies Las Vegas.

Zwei Monate später war Cindy Monkman tot, brutal ermordet in der Wüste von Arizona. Die Leiche wies Messerstiche in Brust und Rücken auf, die Kehle war durchtrennt. Tatmotiv: Habgier.

Schnell fiel der Verdacht auf Apelt. Der Mann hatte mit seiner Kurzzeit-Ehefrau Lebensversicherungen über 400 000 Dollar abgeschlossen. Im August 1990 wurden er und etwas später sein älterer Bruder Rudi des grausamen Mordes überführt und zum Tode verurteilt. Seither sitzen die Düsseldorfer im Staatsgefängnis von Arizona im Todestrakt, dessen offizielle Bezeichnung wie eine Vorlesung in Betriebswirtschaftslehre klingt: „Special Management Unit II“.

Schon einmal stand der Termin der Hinrichtung für beide fest – wahlweise durch Gift oder Gas – und wurde kurzfristig wieder aufgehoben. Nun aber, im 14. Jahr hinter Gittern, ist für die Todeskandidaten Lebensrettung in Sicht: In letzter Zeit haben US-Gerichte überraschende Urteile gesprochen, die Phalanx der Todesstrafen-Verfechter scheint zu bröckeln – Hoffnung auch für die Apelts?

Für die deutsche Regierung jedenfalls hat der Fall inzwischen höchste Priorität. Außenminister Joschka Fischer hat sogar seinen amerikanischen Kollegen Colin Powell bereits darauf angesprochen. Im Auswärtigen Amt gilt die Maxime, dass es unter keinen Umständen zu einer Hinrichtung deutscher Staatsbürger kommen darf. Berlin und die Düsseldorfer Staatskanzlei bezahlen den Brüdern Verteidiger, Gutachter und sogar Privatdetektive, ohne davon viel Aufhebens zu machen.

Solche Aktivitäten erhöhen den Druck. Sie könnten allerdings auch als Beleg dafür gewertet werden, dass die Deutschen ein schlechtes Gewissen plagt – wegen des Schicksals von Walter und Karl LaGrand.

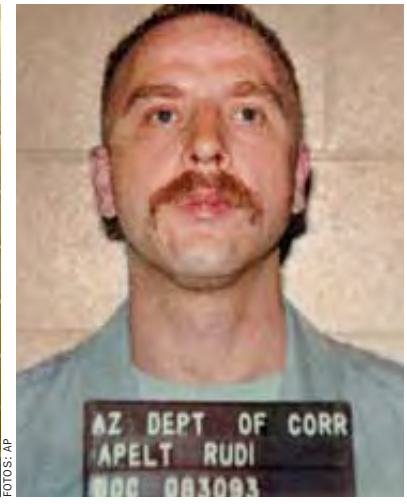
Im Februar 1999 war das Augsburger Brüderpaar in Arizona hingerichtet worden – trotz erheblicher Verfahrensfehler. Die US-Behörden hatten es unterlassen, deutsche Diplomaten über die Verhaftung ihrer Landsleute zu informieren, obwohl die Rechtslage eindeutig war.

Ein gravierendes Versäumnis: Wären Mitarbeiter des zuständigen Generalkonsulats in Kenntnis gesetzt worden, hätten sie Nachforschungen anstellen und vor allem engagierte Strafverteidiger besorgen können. Ihnen wäre es möglicherweise gelungen, entlastende Umstände für die beiden reuigen Täter geltend zu machen.

Wegen dieser Verletzung internationalen Rechts klagte Berlin vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen die Vereinigten Staaten. Die Bundesregierung obsiegte zwar, für die LaGrands kam die Entscheidung freilich zu spät.

Im Fall der Brüder Apelt hat der deutsche Staat bereits einige Versuche unternommen, die beiden Männer vor den Todeszellen zu bewahren. So erließ im März 1995 das Amtsgericht Düsseldorf auf Antrag der Staatsanwaltschaft einen Auslieferungshaftbefehl. Der deutsche Botschafter in Washington ersuchte daraufhin um Auslieferung, obwohl das Generalkonsulat in Los Angeles die Causa Apelt zu den „aussichtslosen 20 Fällen“ bei etwa 130 Todeskandidaten im Staat Arizona gezählt hatte. Entsprechend fiel bislang die Reaktion der US-Behörden aus: Sie lehnten jedes Ersuchen „definitiv“ ab.





FOTOS: AP

Hinrichtungsraum im Staatsgefängnis von Arizona, Düsseldorfer Brüder Rudi und Michael Apelt: *Lebensversicherungen über 400 000*



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

Außenminister Fischer
Geld für Gutachter und Privatdetektive

Der Spruch des Haager Gerichtshofs in Sachen LaGrand brachte wieder Schwung ins Verfahren Apelt. Neue Anwälte sind einer Frage nachgegangen, die die amerikanischen Richter offenbar nie gestellt haben: Sind die Todeskandidaten überhaupt schuldfähig? Die Klärung dieser Frage ist hier zu Lande zwingend geboten.

Dabei hatten die Juristen vor allem Rudi Apelt im Sinn, den älteren der beiden Brüder. Sein Anwalt Dale A. Baich schickte einen Privatdetektiv nach Deutschland mit dem Auftrag, Apelts Biografie zu erforschen. Das Auswärtige Amt ebnete ihm den Weg, das Wiesbadener Bundeskriminalamt wurde eingeschaltet und half, Adressen von Zeitzeugen zu besorgen. Der Detektiv recherchierte im Düsseldorfer Schulamt, im Kreiswehrersatzamt, in einer Schwarzwälder Fachklinik und selbst in einem NS-Archiv, weil es das Gerücht gab, Apelts Vater sei bei der SS gewesen.

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

Nach der Detektivarbeit erstellte der Düsseldorfer Universitätspsychiater Frank Schneider ein Gutachten über Rudi Apelt. 25 Stunden lang befragte er ihn im Gefängnis, erforschte die Familiengeschichte und wertete Krankenunterlagen aus. Das Ergebnis: Apelt leidet an Hirnschäden, die er sich offenbar nach schweren Misshandlungen durch seinen Vater in der Kindheit zugezogen hatte; sein Intelligenzquotient liegt bei 55. Anders gesagt: Der Mann ist schwachsinnig und deshalb möglicherweise schuldunfähig.

Schneiders Gutachten liegt nun beim Obersten Gerichtshof von Arizona. Eine von der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebene Studie kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Falls das Gericht den Expertisen folgt und Rudi Apelt als „geistig zurückgeblieben“ einstuft, müsse es „das Todesurteil aussetzen“, meint Anwalt Baich.

In diesem Sinne hat das höchste Bundesgericht bereits im vergangenen Jahr ent-



ANDREAS THELEN / BILD ZEITUNG

Dollar

schieden: Exekutionen geistig behinderter Täter verstießen gegen die Verfassung, denn die verbiete „grausame und ungewöhnliche Strafen“.

Auch Bruder Michael kann Hoffnung schöpfen. Anfang September erklärte das für Arizona zuständige Bundesappellationsgericht im kalifornischen San Francisco mehr als hundert Todesurteile für nichtig – auch die gegen die Apelts: Nicht ein einzelner Richter, nur eine Geschworenenjury dürfe die höchste aller Strafen verhängen.

Allerdings: Ob eine solche Entscheidung tatsächlich auch im Rückgriff für abgeschlossene Verfahren gilt, wie die Richter in San Francisco meinten, muss vermutlich abschließend das oberste Bundesgericht in Washington entscheiden.

Falls die Todesurteile in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt werden, hätten die Apelts sogar eine Chance, zur Verbüßung in die Heimat überstellt zu werden. „Darauf“, sagt Psychiater Schneider, „bauen sie.“ GEORG BÖNISCH, GISELA LESKE

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite


BEN SMITH

Van Vynck mit Falke Squirt am Trafalgar Square

Was war da los, Mr. van Vynck?

Der britische Falkner David van Vynck, 32, über die Probleme mit Tauben und Touristen in der Londoner Innenstadt

„Hier am Trafalgar Square musste wirklich etwas gegen die Taubenplage unternommen werden. Vor sechs Monaten bekam ich vom Londoner Bürgermeister den Auftrag, meine Falken einzusetzen, um die Tauben zu vertreiben. Das hatten wir vorher schon bei Firmen und Privatleuten erfolgreich praktiziert. Squirt und seine Artgenossen stürzen sich lediglich in die Taubenschar und jagen die Tiere in die Flucht – ohne sie zu verletzen. Schließlich will niemand ein Massaker. Langfristig sind allerdings die Tauben selbst das geringere Problem – viel schlimmer sind die Touristen, die die Vögel füttern. Wir versuchen ihnen klar zu machen, warum sie damit aufhören sollen. Immerhin: Seit meine Falken täglich für sechs Stunden im Einsatz sind, hat sich die Anzahl der Vögel am Trafalgar Square von 5000 auf 400 reduziert. Diese nenne ich ‚smart pigeons'. Sie ignorieren die Raubvögel, weil sie erkannt haben, dass die sie bloß erschrecken wollen und nicht töten."

INTERNET

Geklaute Klicks

Es war ein einfacher Trick, mit dem John Zuccarini, 53, bis vor kurzem im Internet sein Geld verdiente: Internet-Nutzer vertippen sich gelegentlich, wenn sie die Adresse einer Web-Seite eingeben – auf solche Surfer wartete der US-Amerikaner. Falsche Schreibweisen wie etwa harrypottor.com führten dann nicht zu einer Fehlermeldung, sondern auf eine Seite, die Zuccarini vorausschauend registriert hatte. Dort wurden die Surfer mit Werbung bombardiert für Online-Casinos oder Sexseiten. Für jede Werbung kassierte Zuccarini ein paar Cent. Rund 3000 Web-Seiten hatte er registrieren lassen, die Vertipper brachten ihm ein Jahreseinkommen von etwa einer Million Dollar ein. Wer die Werbung ansieht, ist für die Abrechnung egal, deshalb waren Kinder und Teenager besonders leichte Opfer: Sie vertippen sich häufiger. Allein 41 Adressen variierten den Namen der Sängerin Britney Spears, andere Tippfallen waren um die Web-Seite der Teletubbies aufgebaut. Das wurde Zuccarini jetzt zum Verhängnis: Ein neues amerikanisches Gesetz verbietet es, mit irreführenden Internet-Adressen Kinder auf Sexseiten zu lotsen – Zuccarini ist der erste Amerikaner, der sich demnächst deswegen vor Gericht verantworten muss. Er sitzt seit Anfang des Monats in Haft.


AP

Teletubbies

Klüger werden mit:

William Salzman

Der 50-jährige Schuldirektor über seine Schule für homosexuelle Kinder

SPIEGEL: Gerade wurde in New York die Harvey Milk High School eröffnet. Warum braucht die Welt eine solche Schule für schwule und lesbische Kinder?

Salzman: Damit sich diese Kinder endlich sicher fühlen können. In den USA sind schwule Schüler dreimal so stark selbstmordgefährdet wie ihre Hetero-Klassenkameraden. Das reicht uns als Existenzberechtigung für diese Schule. Kinder können ihre Talente nur entfalten, wenn sie sich frei von Druck fühlen.

SPIEGEL: Können Kinder denn schon sicher wissen, dass sie homosexuell sind und nicht nur eine vorübergehende Neigung aus Neugier verspüren?


Salzman

Salzman: Unsere Schüler sind zwischen 14 und 18 Jahre alt. Sie können nur mit dem Einverständnis ihrer Eltern zu uns kommen, und ich weiß, dass sich alle Beteiligten den Schritt gut überlegen. Sollte der eine oder andere Schüler dennoch erkennen, dass sein Schwulsein nur eine Phase gewesen ist, kann er ja wieder gehen. Wir erziehen niemanden zum Homosexuellen.

SPIEGEL: Was lernt man an einer Schule für Homosexuelle?

Salzman: Den ganz normalen Unterrichtsstoff, es gibt ja keine besondere Mathematik für Schwule. Unser Lehrplan unterscheidet sich nicht von dem anderer High Schools, auch nicht im Sexualkundeunterricht. Anders ist nur, dass bei uns keiner wegen seiner sexuellen Neigung physisch oder psychisch belästigt wird.

SPIEGEL: Fördert Ihre Schule nicht die Isolation dieser Jugendlichen?

Salzman: Nein. Meine Schüler fühlen sich nicht schlechter als die einer katholischen oder jüdischen Einrichtung. Nicht das Bekenntnis zu Homosexualität macht den Betroffenen Angst, sondern der Zwang, sie verheimlichen zu müssen. Das erst isoliert sie von der Gesellschaft.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Gensuppe aus Boston

Wie ein Elektriker als Wunderheiler elf Millionen ergaunerte

Es muss im Sommer vor vier Jahren gewesen sein, bei ihrer ersten Begegnung am Starnberger See. Zwei gleich Gesinnte durchschauten einander und wussten: Gemeinsam würden sie Großes leisten.

Annemarie R., Frau Doktor mit heilenden Händen und Titel aus Harvard; Wolfgang B., berühmter Medizinprofessor aus Augsburg – gnadenlose Hochstapler beide, unerkannt bis dato, eine Bekannte stellte sie einander vor.

„Ein fatales Zusammentreffen“, befanden die Richter am Mittwoch vor zwei Wochen im Augsburger Landgericht. Ihr Schmunzeln verbargen sie nur mit Mühe, trotz aller Tragik dieses „außergewöhnlichen Falls“, trotz einer Beute von über elf Millionen Euro.

Seit Anfang der achtziger Jahre blendete Wolfgang B., 47, Laien und Fachwelt mit seinem Wissen und seiner Sprachgewalt: ein Elektriker, der seine Ausbildung zum Krankenpfleger abgebrochen hatte, aus gesundheitlichen Gründen. Jetzt saß B. auf der Anklagebank, kurzatmig, schwitzend und stumm. Er fand nicht mehr zurück in die Rolle des Akademikers, des wohltätigen, überlegenen Arztes.

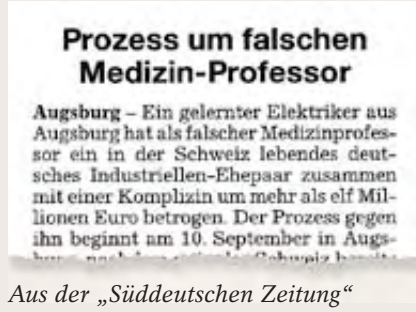
Damals spielte er diese Rolle perfekt, mit der Hilfe von Annemarie R., einer 62-jährigen, seriös wirkenden Dame, angeblich Privatärztin, in Wahrheit Naturheilpraktikerin mit Fernstudien-Diplom. Beschäftigt war R. bei dem kinderlosen Industriellenehepaar Ruth und Gustav J., beide Mitte 80 und schwerreich, beide wie gelähmt aus Angst vor Krankheit und Tod.

Es war im Dezember 1999, als Annemarie R. bei Gustav J. Alzheimer diagnostizierte. Das Ehepaar vertraute ihr blind, seit zehn Jahren betreute sie die beiden in ihrem Tessiner Alterswohnsitz, 5000 Schweizer Franken bekam sie monatlich für ihren „ärztlichen Beistand“.

Die J.s waren entsetzt, doch sie ließen sich trösten: Sie kenne da einen Professor, sagte Annemarie R., einen Spezialisten in „experimenteller Medizin und fortschrittlicher Forschung“, er sei ein berühmter Genforscher, Berater der deutschen Armee und Anwärter auf den Nobelpreis. Ob der nicht mal vorbeischauen solle.

Im Januar 2000 landete Wolfgang B. im gemieteten Helikopter vor der Villa der J.s. Er entnahm Blut, ordnete an, dass Annemarie R. die Probe zur Analyse in ein Genlabor nach Boston fliegen solle. Bargeld wäre hilfreich, 1,5 Millionen Mark.

Wenige Tage darauf verkündete Annemarie R. der geschockten Ruth J. die angeblichen Testergebnisse: Eine Pilzinfektion habe J.s Hirn befallen. Auch habe sich ihr Mann eine Geschlechtskrankheit zugezogen. Nun entwickle man gentechnisch ein Heilmittel.



Prozess um falschen Medizin-Professor

Augsburg – Ein gelernter Elektriker aus Augsburg hat als falscher Medizinprofessor ein in der Schweiz lebendes deutsches Industriellen-Ehepaar zusammen mit einer Komplizin um mehr als elf Millionen Euro betrogen. Der Prozess gegen ihn beginnt am 10. September in Augs-

Aus der „Süddeutschen Zeitung“



STEFAN PUCHNER

Wolfgang B.

Zum zweiten Mal flog Wolfgang B. ein und brachte seine „Gensuppe“ mit. Dass es Kochsalzlösung war, die in Gustav J.s Venen tropfte, ahnten die alten Leute nicht.

Im Februar fand Professor B. „Spuren des Pilzes“ auch in Ruth J.s Blut. Per Vollmacht durfte seine Komplizin 2,1 Millionen Mark vom Konto der J.s in Lugano abheben, eine Hälfte überwies sie sich selbst, die andere ging an B. Ab sofort flossen monatlich mehrere Millionen Mark, insgesamt 22. Manchmal riefen sie ein Taxi, das die Geldbündel vom Tessin nach Augsburg fuhr. Zum Dank spendierte Wolfgang B. dem Fahrer einen Neuwagen. Außerdem kaufte er von seinem Anteil, der vermutlich gut 14 Millionen Mark betrug, eine Villa und ging gut essen bei Starkoch Alfons Schuhbeck. Als der über Geldsorgen klagte, gab Wolfgang B. ihm eine sechsstellige Summe. Angebliche Gegenleistung: einmal kochen für B. und Gäste.

Dann kam der Herbst, Gustav J. wurde nicht nur ärmer, sondern auch schwächer. Er litt nicht an Pilzbefall, nicht an Syphilis oder Alzheimer – sein Blutdruck war zu hoch und hätte dringend behandelt werden müssen.

Ihr letztes Honorar erhielten R. und B. am 4. Oktober 2000. Bekannte der J.s hatten Verdacht geschöpft und herausgefunden, dass Professor B. nirgendwo gemeldet war. Mit letzter Kraft zeigte Ruth J. ihre Peiniger an, obwohl die beteuerten: Der Professor sei untergetaucht im Keller des Münchner Max-Planck-Instituts. Weil er bedroht werde vom japanischen Geheimdienst.

Am 18. Oktober 2000, neun Monate nach seiner ersten Diagnose bei Gustav J. und zweieinhalb Jahre vor dessen Tod, wurde Wolfgang B. in der Schweiz verhaftet, kurz darauf seine Komplizin. In Untersuchungshaft gelang B. ein unüberwachtes Telefonat mit seiner Frau in Bayern: Sie solle das Geld verschwinden lassen. Knapp acht Millionen Mark fanden sich später auf ihren Konten.

Das Gericht von Lugano verurteilte Annemarie R. zu neun Jahren Haft. Bis heute behauptet R., auch sie sei hereingefallen auf den Professor. Wolfgang B. bekam zwei Jahre. Er sei psychisch krank und vermindert schuldfähig, versicherte der Schweizer Gutachter.

Zu wenig, befand man in B.s Heimatstadt Augsburg und verhandelte den Fall erneut, was nur möglich war, weil die Schweiz nicht dem internationalen Doppelbestrafungsverbot untersteht, wonach Bürger aus Schengen-Staaten nicht zweimal für dieselbe Straftat belangt werden dürfen. Die Anklage diesmal: schwerer gemeinschaftlicher Betrug in neun Fällen. Wolfgang B. gestand mit einem Nicken. Er nickte auch, als der deutsche Gutachter von Hypochondrie sprach und dem Zwang, fremde Rollen spielen zu müssen.

B.s Ehefrau, die viele Jahre geglaubt hatte, sie liebe einen Arzt, stützte ihren Mann, der sich erhob, um das Urteil zu hören: sechs Jahre und drei Monate Haft.

FIONA EHLERS

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

INTELLIGENZ

Das gierige Gehirn

Sie sind geistig behindert, aber sie können zwölfstellige Zahlen multiplizieren, perfekt zeichnen oder 30 Sprachen sprechen. „Inselbegabte“ nennen Forscher solche Menschen und wollen das Geheimnis ihrer Genialität ergründen – damit Normalbegabte klüger werden. *Von Ralf Hoppe*

Kim Peek: keine Freunde, keine Kinder, keine Frau, er hatte noch nie Sex in seinem Leben, er weiß gar nicht, was das ist. Er ist 51 Jahre alt. Seine Waden sind dürr wie zwei Stöcke, an einen Führerschein war nie zu denken, sein Vater kutschiert ihn. Kims Hände sind weich, weiß und eiskalt. Er würde in jedem Swimmingpool ertrinken, er könnte keinen Koffer tragen, niemals ein Spiegelei braten. Aber er ist glücklich. Er hat etwas, das alles aufwiegt, mehr wert ist als Sex oder Geld oder etwa Liebe.

Kim Peek hat Antworten.

In der Lobby des Marriott-Hotels von Salt Lake City gibt es einen offenen Kamin, riesengroß, marmorgetäfelt. Morgens um acht werden die Gasflammen angeknipst und züngeln bis Mitternacht akkurat um die Holzscheitimitate. Vor dem Kamin stehen cremefarbene Sessel, und darin sitzen jetzt Kim Peek und sein Vater Francis, ein weißhaariger Herr, mittlerweile 74, mit freundlichem, dabei stets besorgtem Gesicht. Der Kellner bringt zuckerlosen Saft und treibt sogar salzarme Cracker für Kim auf; aber der will weder essen noch trinken, er stöhnt.

Stülpt die Unterlippe vor, ein Speichelfaden hängt daran, er merkt es nicht. Immer wieder versucht er, sich aus seinem Sessel hochzudrücken, immer wieder sackt er zurück, sein Vater redet beschwichtigend auf ihn ein, Kim verschränkt die Hände vor dem Kinn, er wiegt den Oberkörper, schnauft. Vor, zurück, vor, zurück.

„Baaaaah – aaaah …“ Er stöhnt jetzt sehr laut und starrt ins Feuer.

Der Kellner schaut besorgt herüber.

„Fragen Sie ihn irgendwas“, sagt Francis Peek, der Vater, „das beruhigt ihn – zum Beispiel nach dem Wochentag, an dem Sie geboren sind.“

„Kim, ich bin am 26. Dezember 1959 geboren …“

„Samstag“, sagt er, „danke schön, dein Vater, Vater, Vater, Kinder, deine Kinder?“ Er blinzelt durch seine schwere Hornbrille, seine Augen sind klein und rötlich entzündet.

„Er will noch mehr Geburtsdaten“, sagt Francis Peek. Er betrachtet seinen Sohn, besorgt, zärtlich, stolz.

„Okay, Kim, mein Vater wurde im Jahr 1923 geboren, am 16. Juni …“

„Ein Samstag, danke schön.“

„… und mein älterer Sohn am 13. Februar 1996 …“

„Dienstag“, sagt Kim Peek, „und wenn er in Rente geht, 13. Februar 2061, wird es ein Sonntag sein.“ Die Antworten kommen schnell, anscheinend mühelos – und sie stimmen.

„Kim, wie viel ist 4397 mal 8915?“

„Baaaah – aaah – ich rechne nicht gern“, er schnauft, „vielen Dank, drei, neun, eins, doppel-neun, zwei, doppel-fünf, aber uuuuh – ich rechne nicht gern.“ Der Kellner ist leise näher getreten; er wird heute Abend was zu erzählen haben.

39 199 255: Kim Peek hat dieses Ergebnis nicht ausgerechnet, sondern *hervorgeholt*, so als sähe er es. Seine taschenrechnerhafte Fähigkeit, vor allem in der Kalender-Kalkulation, umfasst einen Zeitraum von etwa 4000 Jahren, sie ist unzählige Male getestet und verglichen worden; Kim vertut sich praktisch nie, und er ist viel schneller als ein Mathematiker.



ETHAN HILL

Gedächtniskünstler Peek: *„Danke schön, der 26. 12. 2019 ist ein Donnerstag, danke schön“*



TODD BUCHANAN

Hirnforscher Treffert: *Nervenzellen, einmal erregt, wollen immer weiterfunken*

„Erzählen Sie ihm, wo Sie leben“, sagt Francis Peek.

„Kim, ich komme aus Hamburg, das liegt im Norden von Deutschland …“

„Danke schön, Hamburg: Mitglied der Hanse, 1510 Reichsstadt, 1558 Börsengründung, 1678 die erste Oper, 1871 Beitritt zum Deutschen Reich, 17 Jahre später zum Zollverein, aber vorher, 1842, ein Feuer, nicht so wie hier …“ Er deutet zum Kamin.

„Sondern ein schreck-, schreck-, schreckliches Feuer, es brach aus am 5. Mai 1842 …“

Seine Stimme wird schrill, das Stöhnen setzt wieder ein.

„Welcher Wochentag war das, Kim?“ Sein Vater unterbricht ihn.

„5. Mai 1842, Donnerstag, danke schön.“

Kim Peek ist plötzlich ganz ruhig. „Schöne Flammen hier“, sagt er, „bewegen sich regelmäßig, es ist ein, ein, ein …“

„Ein Muster?“

„Danke schön.“

Er schaut in die Flammen, seine Augen zucken, aber er sieht glücklich aus.

„Kim, wie rechnest du diese Kalenderdaten aus – wie machst du das?“

Er schweigt. Scheint gar nicht zugehört zu haben. Sein Vater antwortet: „Niemand kann das erklären, er am wenigsten – für ihn ist es wahrscheinlich seltsam, dass wir diese Fähigkeit nicht haben. Er speichert Informationen aus etwa 14 Gebieten, neben Kalenderrechnen kennt er auch Geschichtsdaten, Busverbindungen, das Straßennetz in den USA und Kanada, die Telefonvorwahlen, Postleitzahlen, aber er braucht dringend Output, er will gefragt werden …“

„Kim, ich fliege morgen nach Boston …“

„Ah, gut, morgen, Donnerstag.“

Seine Stimme klingt monoton.

„Genau. Von dort fahre ich in einen Ort namens Lovell, bei Fryeburg im Bundesstaat Maine …“

Er unterbricht, schnarrt: „Lovell, von Boston, Logan Airport, die Route 128 nach Norden, bis zur Route 95 nach New Hampshire, vielen Dank, Route 16, 113, die Orte heißen Conway, Fryeburg, Lovell, Vorwahl 207, P-P-Postleitzahl 04051, vielen Dank.“

Francis Peek lächelt. „Sie können alles nachprüfen, es wird stimmen. Er kann auch Baseball-Ergebnisse, etwa 40 Jahre zurück, oder Geografie, afrikanische Städte …“

Der Kellner steht jetzt direkt neben uns, er starrt Kim Peek an wie den menschlichen Routenplaner, wie ein Wunder.

„Sie nennen ihn Kimputer“, sagt Francis Peek genüsslich, „er liest einfach alles, liest bis zu zehn Stunden am Tag. Und sein Gehirn ist ein Lagerhaus. Aber ein sortiertes: Er hat Zugang zu allem, es strengt ihn nicht im Geringsten an.“

Kim starrt in das Kaminfeuer, Francis Peek streichelt die Hand seines Sohns.

„Stimmt’s Kim, du gibst gern Antworten?“

„Morgen ist Donnerstag“, sagt Kim, seine Stimme ist leiernd, „i-i-ich liebe Fragen, ich liebe Antworten, vielen Dank.“

Dr. Darold Treffert hat eine Menge Freunde, vier wohl geratene Kinder und eine charmante Frau. Sie heißt Dorothy, sie spielt konzertreif Klavier und erfüllt das Haus am See von morgens bis abends mit Polonaisen von Chopin und mit Brahms-Sonaten. Nichts fehlt Darold Treffert zu seinem Lebensglück, fast nichts.

Außer einer Antwort. Einer Antwort, Kim Peek betreffend – zum Beispiel.

Treffert ist 67 Jahre alt; bis vor kurzem war er Chef der psychiatrischen Abteilung am St.-Agnes-Hospital in dem Städtchen Fond du Lac, im Bundesstaat Wisconsin, dreieinhalb Flugstunden von Salt Lake City und Kim Peek entfernt. Er ist groß, schlank und immer noch sportlich, und in seinem Arbeitszimmer hängt eine goldene Plakette, die ihn als einen von hundert „Best Doctors in America“ ausweist. Aber es gibt Tage, da sitzt er in seinem Arbeitszimmer, oben im Musikzimmer bearbeitet Dorothy den schwarzen Steinway-Flügel, und er blickt hinaus auf den kleinen Wasserfall auf seinem Grundstück und grübelt, ob er noch ein Buch schreiben sollte – über die Kim Peeks dieser Welt. Behinderte mit einer Inselbegabung, so genannte Savants: Sie sind das Thema seines Lebens.

Er kennt Geschichtsdaten, Flugpläne, Telefonvorwahlen. Er will permanent gefragt werden, weil er so gern Antworten gibt.

Früher sagte man unfreundlich „idiots savants“, also „wissende Idioten“: Leute, die keine Straße überqueren können, aber 26 Sprachen sprechen; die einen Zeichentrickfilm wie „Das Dschungelbuch“ nie im Leben kapieren könnten, aber für einen Zeitraum von etwa 40 000 Jahren den Wochentag errechnen können. Schaltjahre inbegriffen. Menschen, die Mühe haben, ihren Namen zu krakeln, aber das British Museum in allen Details nachzeichnen können.

Treffert hat sie fast 40 Jahre lang studiert, behandelt, gefilmt. Er weiß, dass das Savant-Syndrom oft mit Autismus einhergeht, dass es Männer sechsmal so häufig wie Frauen trifft, dass es nicht mehr als schätzungsweise 100 Savants gibt.

Die Kim Peeks dieser Welt – Treffert findet sie immer noch wunderbar, sie sind so arglos, schutzlos, so weltentrückt und talentiert.

„Savants“, sagt er leise, „zeigen uns die Empfindsamkeit des Gehirns und seine Schönheit.“

Aber wie? Wie zum Beispiel speichert Kim Peek seine unzähligen Antworten, die ihn so glücklich machen? „Das ist die 65-Millionen-Dollar-Frage“, sagt Treffert und blickt aus dem Fenster.

Auch Kim Peeks Biografie hat Treffert minutiös dokumentiert, vor allem die beiden großen Tage in Kims Leben: sein Coming-out und den „Dustin-Tag“, wie Kim sagt, die Begegnung mit Dustin Hoffman.

Sein Coming-out ereignet sich Weihnachten 1962. Bis dahin haben Francis Peek, der erfolgreich eine Werbeagentur in Salt Lake City betreibt, und seine Frau sich damit abgefunden, dass ihr erstes von drei Kindern so alptraumhaft behindert ist.

Kims Kopf ist seit der Geburt um ein Drittel größer als bei normalen Kindern, die Nackenmuskeln können das Gewicht nicht halten, er scheint ständig Schmerzen zu haben und schreit als Säugling, bis er nur noch krächzen kann. Beim Laufen und Sprechen liegt er um Jahre zurück, dafür hat er sonderbare Gewohnheiten wie Papierschnipsel sortieren, und dabei darf man ihn nicht stören, sonst wird er hysterisch.

Am Weihnachtsabend 1962, Tanten und Onkel sind da, Kims Geschwister sagen artig Verslein her, da tritt plötzlich Kim vor. Ohne Warnung rezitiert er die Weih-



CINETEXT

Schauspieler Hoffman in „Rain Man“*
Gesten und Ticks abgeschaut

nachtsgeschichte, Lukas, Kapitel 2, von Kaiser Augustus bis zu den Hirten – und zwar wortgetreu. „Er hatte den Text in der Kirche gehört und abgespeichert“, sagt Francis Peek. „Als ob er uns sagen wollte, hey, Leute, bitte unterschätzt mich nicht.“

Das tun sie nicht. Seine Eltern fördern ihn, versorgen ihn mit Fakten. Bis heute hat Kim etwa 7600 Sachbücher gelesen – Romane sind für ihn völlig unverständlich –, dazu Fahrpläne, Adress- und Telefonbücher, das Allermeiste hat er sich gemerkt, es entspricht dem Inhalt von etwa 190 Umzugskartons voller Bücher. Nebenbei hat er 17 große Kladden gefüllt mit seiner pedantischen, linksgestellten Bleistift-Schrift: Amerikaner, quer durchs Land, mit denselben drei Endziffern ihrer Telefonnummer. Kims Gehirn giert nach Arbeit.

Und es war wohl nur eine Frage der Zeit, bis Hollywood ihn entdeckte.

Kim ist 33, als er dem Drehbuchautor Barry Morrow über den Weg läuft, auf einer Tagung der „National Association for Retarded Citizens“, des amerikanischen Behindertenverbandes. Morrow hat schon eine TV-Serie über einen Behinderten geschrieben, aber so etwas wie Kim hat er noch nie erlebt. Was für ein Mensch! Und welch ein Stoff! Zwei Jahre später liegt das Drehbuch vor, Arbeitstitel: „Rain Man“. Sechs Monate darauf fliegen Francis und Kim Peek erster Klasse nach Los Angeles, zu einer Verabredung mit Dustin Hoffman.

Für die beiden ist es eine Reise ins Märchenreich; für Dustin Hoffman ist es Arbeit. An Kim studiert er Gesten, Ticks, er fühlt sich ein in das Dasein eines Savant. „Bei der Filmpremiere“, sagt Francis Peek, „dachte ich, dass Dustin meinen Sohn besser begriffen hat als ich.“

Am Ende bedankt sich der Oscar-Gewinner mit einer charmanten Wendung: „I may be the star“, sagt er zu Kim, „but you are the heavens.“ Übersetzt heißt das: Ich bin vielleicht der Stern, aber du bist der Himmel.

* Mit Tom Cruise.

Als Schauspieler das Denken und Fühlen eines Savant abzubilden ist eine brillante Leistung. Nur eins ist womöglich noch schwieriger: einen Savant zu *verstehen*. In sein Gehirn zu blicken.

Hirnforscher kennen zwar die Regionen des Hirns und können sie kartografieren; Kortex, Thalamus, Amygdala, Substantia nigra und so weiter. Sie können auch Wüstenmäuse konditionieren oder in Computern neuronale Netze designen, die das Lernverhalten eines Gehirns simulieren. Aber das System als Ganzes bleibt ihnen ein Rätsel. „Uns fehlt das big picture“, sagt Treffert, „trotz 15 Jahren angestrengter Forschung.“

Was man immerhin weiß: dass dieses graue, wattige Organ, durchschnittlich 1300 Gramm schwer, seit 30 000 Jahren fast unverändert, durchsetzt mit chemischen und elektrischen Synapsen, abgefüllt mit Neuromodulatoren wie Dopamin, Serotonin, Acetylcholin und Noradrenalin – dass das Gehirn demokratisch organisiert ist. Wobei es wahrscheinlich eher umgekehrt ist: Demokratie und Staatenbildung als soziale Umsetzung von Hirnstrukturen.

Jedenfalls funktioniert das Gehirn wie ein idealer Staat, mit Checks und Balances, Exekutive und Aufsichtsgremien. Bewusstes Denken ist ein exekutiver Vorgang, mit Planung, Vorbereitung, Kontrolle. Zum Beispiel das Aufstellen einer Einkaufsliste fürs Wochenende: Tee, Brot, Käse.

Dieser Prozess findet vor allem auf der Großhirnrinde statt, vorwiegend auf dem präfrontalen Kortex, in Stirnhöhe. Der Vorgang umfasst Einzelvorgänge wie den prüfenden Blick in den Kühlschrank, den Check-up im Erinnerungsspeicher, wie viel Brot man übers Wochenende brauchen wird; dieser banale Denkvorgang ist in Wahrheit eine große Vernetzungsleistung. Und er ist zudem gefährlich: Denn die Nervenzellen, einmal erregt, haben die Neigung, immer weiterzufunken, sie *wollen* andere Nervenzellen erregen – wollen sich synaptisch verzweigen, Assoziationen bilden, kaskadenweise.

Man notiert „Tee“ und denkt: Was braucht man sonst noch? Vielleicht ein neues Teeservice? Und eine dazu passende Vase, aber in eine Vase gehören Blumen, apropos Blumen, der Garten sieht trübe aus, ein neuer Rasenmäher wäre nicht schlecht, oder kann man den alten reparieren, wo bekommt man eigentlich Zündkerzen für Rasenmäher …? Und so würde, ohne Bremse, das Gehirn immer weiter rattern. „Epileptisch“, sagt der Tübinger Neurobiologe Niels Birbaumer, „der Cortex cerebri will denken, denken, bis er auseinander kracht, bis er explodiert – also muss er kontrolliert werden.“

Diese Denkhemmung läuft über Substanzen, die von Arealen wie Thalamus, Striatum und Nucleus niger ausgeschüttet und über das Basalgangliensystem geleitet werden, wo nochmals sortiert, selektiert, kontrolliert wird. Ein gesundes Gehirn hält sich eine Art Magazinverwalter: Was man benötigt, wird ins Ausgabefach gelegt; mehr nicht. Die Savants hingegen, vermutet man, kennen weder Ausgabefach noch Magazinverwalter, sie leben ständig im Lagerhaus ihrer Erinnerung, umgeben von ihren Schätzen. Zahlen, mathematische Strukturen, Bilder. So lebt Kim Peek – oder auch Stephen Wiltshire.

An einem warmen, sonnigen August-Tag 2001 steigen zwei BBC-Reporter und ein junger Schwarzer mit einer Basecap in einen Hubschrauber. Sie planen ein Experiment: eine Sightseeing-Tour über London.

Die Versuchsperson ist der junge Mann mit der Basecap, Stephen Wiltshire, 29 Jahre alt, geistig zurückgeblieben. Sein Job: aus dem Fenster gucken. Der Hubschrau-



TONY LARKIN / REX FEATURES

Zeichentalent Wiltshire: *Perfekte Bilder, wie ausgedruckt*

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ber steigt auf, knattert über die Innenstadt. Wiltshire sitzt links am Fenster, noch nie hat er London von oben gesehen, aber er kennt die Sehenswürdigkeiten: Da hinten, zählt er mit leiernder Stimme auf, ist die St. Paul's Cathedral, die Themse, die Tower Bridge und so weiter. Sekündlich etwas Neues, ständig wechselt die Perspektive.

Anschließend verfrachtet man Wiltshire auf eine Wiese. Dort steht unter Obstbäumen ein kleiner Klapptisch. Wiltshire kriegt ein großes Blatt Papier, einen Bleistift, einen Filzstift.

Und in den folgenden drei Stunden zeichnet er – ohne ersichtliche Mühe – ein exaktes Luftbild von London. Er beginnt rechts oben und arbeitet sich von der hinteren Horizontlinie nach vorn, schon das ist ungewöhnlich, mit hypnotischem Gleichmut kritzelt die Filzstiftspitze übers Papier, quietschend fügt sich Detail an Detail, Fenster, Türme, Simse, Streben.

Er zeichnet nicht, er druckt das Bild aus.

Der Ausschnitt umfasst eine Fläche von etwa zehn Quadratkilometern mit zwölf Sehenswürdigkeiten, etwa 200 weiteren Gebäuden, alles am richtigen Platz, in der korrekten Perspektive.

Wie bei jedem Menschen waren auch bei Stephen Wiltshire die wahrgenommenen Bilder im Hinterkopf gespeichert, und zwar im visuellen Kortex, einem Rinden-Areal von etwa drei Quadratzentimetern, mit drei bis vier Milliarden Zellen. Während des Hubschrauberflugs sind von der Netzhaut zahllose Einzelbilder dorthin gesendet worden, Stephen Wiltshires Gehirn hat diese Eindrücke mit seinen Gedächtnisaufzeichnungen von London verglichen und mit Hilfe des Hippocampus-Areals zu einem räumlichen Gesamtbild zusammengesetzt. Was Stephen Wiltshire von Normalsterblichen unterscheidet, ist der frappierende Zugriff auf sein Gedächtnis. Er *sieht* dauerhaft, was er gespeichert hat.

Dieser Gedächtniszugang ist nur die Folge, der Nebeneffekt, einer bei jedem Savant unterschiedlichen Behinderung; nicht zu verwechseln mit der Krankheit selbst. Ein Savant-Gehirn kann die unterschiedlichsten Leistungen erbringen: Geschichtsdaten, Verkehrsanbindungen und Kalenderrechnen wie bei Kim Peek, visuelle wie Wiltshire – oder auch sprachliche wie bei Christopher Taylor.

Taylor ist 40 Jahre alt, er lebt in einer beschützten Wohngruppe in einer Kleinstadt im Nordosten Englands. Hier arbeitet er gern im Garten, und freitags setzt er seine graue Lieblings-Pudelmütze auf und marschiert in den Pub, auf ein kleines Guinness, höchstens zwei. Der Pub ist 200 Meter von seinem Wohnheim entfernt, ohne Begleitung würde er sich wahrscheinlich verlaufen, jedenfalls ängstigen. Aber er spricht, liest, schreibt Dänisch, Holländisch, Finnisch, Französisch, Deutsch, Griechisch, Hindi, Italienisch. Außerdem Norwegisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Schwedisch, Türkisch und etwas Walisisch. Er freut sich über Besucher, vor allem, wenn sie ihm eine griechische Tageszeitung mitbringen oder ein polnisches Taschenbuch oder den aktuellen SPIEGEL, dann begrüßt er die Besucher mit röhrendem Jubel: „Wörter, Wörter, gebt mir Wörter!"

Ein gesundes Gehirn kontrolliert seine Erinnerungsspeicher: Was man oft braucht, wird ins Ausgabefach gelegt, mehr nicht.

Woher nehmen die Savants ihre Fähigkeit? Die Frage ist nahe liegend und trotzdem falsch. Hirnforscher fragen anders herum: Warum können wir Normalsterblichen *nicht*, was Savants können?

Schließlich ist der Gedächtnisaufbau bei allen Menschen derselbe, angelegt in der Großhirnrinde, die etwa 100 Milliarden Nervenzellen umfasst, so dass deren Ausleger, die synaptischen Dornen, auf schätzungsweise eine Trillion Kombinationen kommen: eine Eins mit 18 Nullen, ein organischer Mega-Store.

Hier hat alles Platz, was wir erleben: Jeder Tag, jede Szene, jedes Bild, von der Kindheit bis heute, ist gespeichert – die Bilder sind nur nicht abrufbar, sie sind so dicht komprimiert, dass sie unzugänglich bleiben. Das macht Sinn. Um unwichtige von wichtigen – also überlebenstauglichen – Informationen zu trennen, hat das Gehirn im Laufe seiner Evolution vor allem drei Methoden entwickelt.

Wiederholung, Verknüpfung und – vor allem – emotionale Bedeutung: So funktioniert die Markierung wichtiger Bits. Kein Mensch würde sich den Namen seines Flugkapitäns merken, der ihn von Frankfurt nach New York befördert. Doch würde dieser Pilot unterwegs eine dramatische Notlandung hinlegen müssen, auf einem Eisberg, verknüpft mit den Sensationen einer nächtlichen Bergung, würde das Passagiergehirn Tausende von Zellkernen aktivieren, Proteine produzieren, und jedes Mal, wenn man die Geschichte erzählte, würde der Name des Flugkapitäns aufgerufen, das Gehirn würde die Verbindung verstärken, noch im Altersheim könnte man mit der Story Eindruck machen.

Emotionale Bedeutung ist eine clevere Strategie. Die Filterung von Gedächtnis-Bits gewährleistet Auswahl und damit Präzision, trotz ungeheurer Kapazitäten.

Andererseits macht dieser Mechanismus das Lernen mühevoll. Könnte man diesen Filter manipulieren, nach Bedarf dimmen, könnte jeder Normalsterbliche womöglich im Handumdrehen Französisch lernen, mühelos Chopin klimpern, vielleicht ein kreatives Potenzial freilegen.

Zu schade, dass es nicht geht.

Es kann gehen, sagen Wissenschaftler.

Ein normaler Arbeitstag im Leben des Physikprofessors Allan Snyder sieht so aus: gemütlich ausschlafen, dann 1200 Meter Brustschwimmen, und nach dem Frühstück wird gearbeitet bis drei Uhr nachts. Snyder, preisgekrönt und einer der originellsten Forscher Australiens und Direktor des „Centre for the Mind" in Sydney, interessiert sich für praktisch alles auf dieser Welt. Für hoch komplexe Lichtwellenmodelle, Thema seiner Habilitation, ebenso wie für Mode und Imitationsverhalten. Am



SIMON BUCKLEY

Sprachgenie Taylor: *„Wörter, gebt mir Wörter!"*



MICHAEL AMENDOLIA / NETWORK

Hirnforscher Snyder
Lernen von den Insel-Genies

Werbeseite

Werbeseite



RICK FRIEDMAN

Jazz-Wunderkind Savage: *Improvisationen wie in Trance*

meisten aber, seit nunmehr 16 Jahren: für Savants.

Snyder ist ein schlanker, temperamentvoller Mann von Mitte fünfzig. Mit Vorliebe trägt er eine schwarze Kappe, die ihm seine Freundin auf dem Pariser Gare de l'Est geschenkt hat; er ist ein bisschen kauzig, ziemlich fröhlich und, wie sein Mentor, der Neurologe und Bestsellerautor Oliver Sacks, betont, „absolut brillant".

Allan Snyder ist der Mann, der die Genie-Formel sucht.

Seine Vision: dass wir, die Normalsterblichen, von den retardierten Genies lernen sollen. „Savants zeigen uns", sagt Snyder, „wer wir wirklich sind – wer wir sein könnten." Snyders These deckt sich in weiten Teilen mit dem, was auch weltweit renommierte Verhaltensphysiologen und Neurobiologen wie Gerhard Roth oder Manfred Spitzer inzwischen über das Gehirn des Menschen wissen: Die Strategie, sich nur an bedeutende Ereignisse zu erinnern, verhindert den Zugriff auf den vollen Datensatz, auf das, was der Mensch *eigentlich* weiß.

Snyders Problem ist nur: Wie kann man diese Filter und Hemmungsmechanismen reduzieren, ohne die chemisch-elektrische Balance des Hirns zu gefährden? Wer will schon Walisisch sprechen, wenn er dafür Gefahr läuft, behindert zu sein? „Dieses Problem", sagt Snyder, „werden wir lösen."

Vor kurzem haben Snyder und sein Sechs-Mann-Team aus Neurophysiologen, Bio-Ingenieuren und Ärzten ein aufwendiges Forschungsprojekt hierzu beendet. Sie haben ein Jahr lang im Keller der University of Sydney einige hundert Probanden mit „Transkranialer Magnetstimulation" (TMS) behandelt, einer seit einigen Jahren gebräuchlichen Diagnose- und Forschungsmethode, die bestimmte Hirnregionen stimuliert und andere verlangsamt.

Snyders Ziel: bestimmte neuroelektrische Muster zu unterdrücken und dafür andere freizusetzen – und dabei wurden die geistigen Fähigkeiten getestet. Zum Beispiel mussten die Versuchspersonen Katzen und andere Tiere zeichnen, mussten Primzahlen erkennen, Lesetests absolvieren. „Ihre Kreativität", berichtet Snyder, „stieg um 40 Prozent, die Versuchspersonen unter TMS-Einfluss dachten weniger vernunftgesteuert, weniger konzeptuell und in festen Bahnen. Sie hatten besseren Zugriff auf ihre unbewussten Reservoirs."

Können normale Menschen zu perfekten Zeichnern werden oder zu Sprachgenies, wenn man ihr Hirn entsprechend stimuliert?

Er zögert, sagt dann: „Sie waren für einen Moment wie Savants." Und Oliver Sacks, der sich auch selbst unter Snyders Obhut den Stimulationshelm aufsetzte, formuliert es so: „Das Ganze könnte auf eine Sensation hinauslaufen."

Snyder träumt von einer Denk-Kappe, mit der kreatives Potenzial und Lernvorgänge verbessert werden. „Klingt nach Science-Fiction", gibt er zu, „aber wer hätte sich vor 30 Jahren etwas wie das Internet vorstellen können? Außerdem, wenn man etwas Neues macht, sagen alle: unmöglich. Wenn man zeigt, dass es möglich ist, heißt es: ist doch nicht bewiesen. Wenn man es beweist, heißt es: ist alles nichts Neues." Er lacht, er blättert in seinen Testergebnissen, die demnächst veröffentlicht werden sollen, er hat gute Laune.

Noch gibt es keine Snydersche Denk-Kappe zu kaufen, noch fehlt den Hirnforschern das Big Picture vom Gehirn, und noch sitzt Darold Treffert, der Savant-Forscher aus Wisconsin, in seinem behaglichen Arbeitszimmer in Fond du Lac, schaut auf das Wäldchen und den kleinen Wasserfall auf seinem Grundstück, während er eine CD in den Händen hält.

Er hat die CD neulich zugeschickt bekommen, von der Mutter eines Savant, eines kleinen Jungen, der Klavier spielt. Treffert kennt viele Klavier-Savants, sie können Tausende von Stücken auswendig vortragen, aber fast alle spielen hölzern, mechanisch, ausdruckslos. Was Klavierspiel angeht, ist Treffert von seiner Frau Dorothy verwöhnt; er hegt also keine hohen Erwartungen, als er die CD einlegt. Doch dann hält er den Atem an.

Und denkt: wow.

Aufgeregt holt er seine Frau: „Dorothy, das musst du dir anhören." Es ist ein Jazz-Trio: Piano, begleitet von Bass und Schlagzeug. Die rechte Hand perlt über die Tastatur, dazwischen prächtige, auftrumpfende Akkordfolgen, und dann wieder improvisiert der Pianist zart und transparent, wie in Trance.

Die beiden hören zu. „Das ist gut", sagt Dorothy nach einer Weile. „Nicht nur gut, es ist – phantastisch. Wer ist das?"

„Ein Savant", sagt Treffert.

„Das glaube ich nicht", sagt sie.

„Na ja, es ist eigentlich nur ein kleiner Junge", sagt Treffert, „elf Jahre alt."

Und so beschließt Darold Treffert, vielleicht doch noch ein Buch zu schreiben: ein Buch über den kleinen, knochigen, bebrillten Jungen Matt Savage, der das absolute Gehör hat, mit sechs Jahren Klavier spielen lernte und schon mit neun so farbig und leuchtend komponiert und improvisiert, dass Dave Brubeck und Chick Corea ihn zum Jahrhunderttalent erklären.

Vielleicht findet Treffert hier die Antwort, die er sucht.

Er hört die CD, wo er kann, vor dem Frühstück und abends im Auto. Er hört zu und sieht so zufrieden aus, als hätte er die Antwort schon gefunden. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



Theater und Misere

Ortstermin: Wie sich Berlin am Bahnhof Zoo auf das Erfolgsmusical „Les Misérables“ vorbereitet

Am Eingang zur Untergrundbahn stehen nachmittags Gestalten, hager und stonewashed, als wären sie in irgendeine Maschine geraten. Die Passanten schlagen die Augen nieder. Ein gemein aussehender schwarzer Hund neben einem jungen Mann rollt die Augen, in der Luft hängt das Quietschen von Bremsen, Abgas und das Grollen der Fernbahnzüge. Eberhard ist seinem Wesen nach nicht schlecht.

Auch wenn er so aussieht. Mit seinem Zopf aus fahlem, dünnem Haar, der bleichen Haut, die wie ein Trommelfell über den Schädel spannt. „Ich bin auch mal selbständig gewesen“, sagt er. Nur durch dumme Geschichten sei er damals ins Gefängnis gekommen. Man solle sich nicht vom Augenschein täuschen lassen. „Das ist das Geschäftsleben, sag ich mal“, sagt seine Freundin, ein Mädchen mit Baseballmütze und einem Ring im Nasenflügel: „Die Kumpels hier sind innen ganz weich. Man muss sich eben beweisen.“

Die Spinnen-Tattoos am Hals und die Ketten seien mehr so eine Art Verkleidung. Kostüme. Natürlich nicht so schön wie auf anderen Bühnen. Hinter Eberhards Kumpeln ist das Theater des Westens zu sehen, eingerüstet und wegen des Umbaus mit einer Plane verhüllt. Es heißt, dass dort computergesteuerte Barrikaden montiert würden, Drehbühnen und ein ganzes Stadtbild von Paris. Es werde ein prächtiges Theater werden, denn in wenigen Tagen ist Premiere für „Les Misérables“, nach Victor Hugos Roman über einen entlassenen Sträfling, ein armes Mädchen und das Elend der Welt. Eines der erfolgreichsten Musicals der Welt.

Das Mädchen mit der Baseballmütze heißt Nicole. Ihr Gesicht ist leicht gerötet, und die Gesten hinken den Worten ein wenig hinterher. In der Luft um sie ist ein Hauch von Feuchtigkeitscreme. Um den Hals trägt sie einen Beutel in Form eines rosaohrigen Hundes, in dem Feuerzeug, Fahrkarte, Heimausweis und Knast-Entlassungsurkunde liegen: „So was wie mein Glücksbringer“, sagt sie.

Die beiden gehen hinunter zum Bahnsteig und setzen sich vor ein buntes Plakat, auf dem ein Mädchen mit Mütze abgebildet ist. Es schaut bleich in die Welt und ist die Heldin von „Les Misérables“.

Auch sie könnte einiges erzählen, sagt Nicole. Auch sie habe mal eine Arbeit gehabt, als Verkäuferin. Aber Wolle, ihre Liebe, war auf Heroin, und als die Überdosis kam, fünf Jahre ist das her, hatte sie ihn im Arm liegen. „Dann war mir alles egal. Ich bin gleich zum Dealer. Dann kam der Absturz.“

Im Februar hatte sie die fünfte Entgiftung, jetzt sei sie rein, bis auf das bisschen Kiffen, die paar Tabletten und ab und zu mal ein Bier. Dann kommt Ingo, der U-Bahn-Wachmann. „Ich hab eine Monatskarte“, sagt Eberhard. Ingo sagt: „Deswegen kannst du nicht den Monat hier rumsitzen. Du brauchst eine Fahrabsicht.“



NORBERT MICHALKE

Bettler Nicole, Eberhard, Wachmänner: *Echtes Drama, falsches Kostüm*

Weil Ingo sie nicht vor den Plakaten und auch sonst nirgendwo herumsitzen sehen will, sitzt Nicole meist oben am S-Bahn-Eingang. Vor sich ihre Burger-King-Pappbecher und hinter sich das Plakat vom Tierschutzbund: „Kein Platz. Kein Licht. Kein Leben. Wir fordern ein Ende der grausamen Schweinehaltung“.

Im Becher sind nur Kupferstücke.

Abends, sagt Nicole, wenn die Leute aus einer Oper kommen, seien sie am spendabelsten. Vor allem, wenn die Taschentücher noch nass sind. Deshalb freue sie sich auf die Premiere drüben: „Das soll über Elend sein. Armut, aber altertumsmäßig. Weiß nicht, Musical ist nicht so mein Ding.“ Aber gut fürs Geschäft.

Tagsüber ist es schwierig. Heute etwa. Dann kommen Sprüche wie: „Geh doch anschaffen!“ Krass seien die Leute. Oder wenn die Normalo-Touristen aus dem Beate-Uhse-Sexmuseum kommen und glauben, mit einem Scheinchen dürften sie sich alles erlauben bei einem Mädchen, das auf dem Pflaster sitzt. Schon sehr krass.

Aber so miserabel sei die Lage noch nie gewesen, dass sie sich für ein Scheinchen aufgegeben hätte. Mit dem Schnorren kommt sie durch den Tag, und vom Sozialamt gibt es auch noch etwas. Wohnen kann sie im Wohnheim. Natürlich würde sie manchmal gern etwas klauen, wenn es eng wird, mal ein geiles Parfum oder einen CD-Player aus dem Kaufhaus. Das würde man auf dem Bahnsteig schnell los. Wenn nur die Ingos nicht wären.

Manchmal, wenn sie gut aufgewacht sei und beim Schnorren einen Kumpel wie Eberhard neben sich habe und dann mal einen Kiff, mal ein Bier, dann sei sie fast so was wie glücklich. Sagt Nicole. Sie sagt: „Äußerlich sind die Leute voller Goldklunker und Armani. Aber die haben mehr Schulden am Hals als ich. Und eine kaputte Ehe. Und dann Herzinfarkt.“

Solche Sätze denkt sie sich, wenn der Boden im Bahnhofseingang nass ist, keiner ihre Geschichte hören will und im Becher nur Cent-Stücke liegen. Dann denkt sie, ihr genüge, was sie hat. Okay, irgendwann mal eine eigene Wohnung. Und nächstes Jahr vielleicht einen Hund: „Der passt auf einen auf und ist immer da.“ So richtig schlecht sei ihr Leben nicht. „Mal so, mal so. C’est la vie.“

So ist das Leben. Ein Junge, der wegen eines unbedeutenden Vergehens im Gefängnis gelandet ist und als gebrochener Mann den Neuanfang versucht; ein Mädchen, das ohne Verschulden in tiefstes Elend gestoßen wird, aber sich ein reines Herz bewahrt, und zu allem Überfluss ein eifriger Polizist: Am 26. September hat „Les Misérables“ Premiere, gleich hinterm Bahnhof Zoo.

Es ist leicht zu finden.

Alexander Smoltczyk

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

JUSTIZ

Fahnder prüfen Kohl-Kirch-Connection



THOMAS GRABKA / ACTION PRESS

Kirch, Kohl

Die Berliner Staatsanwaltschaft prüft, ob ein Anfangsverdacht für ein Ermittlungsverfahren gegen Helmut Kohl und Leo Kirch wegen uneidlicher Falschaussage vor dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss vorliegt. Ausgangspunkt ist eine entsprechende Strafanzeige eines Rechtsanwalts. Der Hintergrund: Zwischen 1999 und Frühjahr 2002 hatte der Ex-Bundeskanzler über seine Beratungsfirma Politik- und Strategie-Beratung P & S GmbH bei dem Medienunternehmer einen Beratervertrag (SPIEGEL 16/2003). Jährliches Honorar: 600 000 Mark. Doch bei ihren Vernehmungen zur Parteispendenaffäre durch den Untersuchungsausschuss des Bundestags in den Jahren 2000 und 2001, der auch Hinweisen nachging, bei Kirch habe es sich um einen der anonymen Kohl-Spender gehandelt, ließen die beiden die Beratertätigkeit sowie die entsprechenden Zahlungen unerwähnt. Stattdessen sagte TV-Unternehmer Kirch im November 2001 vor den Parlamentariern über Kohl, dem er zu diesem Zeitpunkt schon mehr als 1,5 Millionen Mark für Beratungsleistungen überwiesen hatte: „In geschäftlichen Dingen hat er nie etwas verstanden. Er wollte es nicht verstehen."

VERLAGE

Guerilla mit Gullydeckel

Mit einer ungewöhnlichen Aktion läutet die „Frankfurter Rundschau" („FR") am kommenden Samstag ihren lange erwarteten Relaunch ein: Die erste Seite wird komplett textfrei bleiben, stattdessen wird nur ein Bauzaun mit der Aufschrift „Wir bauen um" zu sehen sein – die eigentliche Titel-Seite folgt auf Seite 3. Vom 30. September an präsentiert sich die „FR" grafisch und inhaltlich generalüberholt: mehr Farbe, Fotos und Info-Boxen, eine sechsseitige Sektion unter dem Titel „FRplus" mit Hintergrundberichten zu einem Tagesthema und ein 48-seitiges Veranstaltungsmagazin inklusive Fernsehprogramm. Seit Jahren war die Blattreform immer wieder geplant und sogar bis zur fertig angedruckten Zeitung vorbereitet worden, jedoch letztlich meist am Widerstand der alten Geschäftsführung gescheitert. Die Anzeigenkrise der vergangenen Jahre brachte die „FR" nahe an den wirtschaftlichen Zusammenbruch, auch publizistisch hat sie an Relevanz verloren. Für den neuen Chefredakteur Wolfgang Storz ist deshalb klar: „Wir müssen jetzt einen großen Schritt wagen und uns neu aufstellen." Zeitgleich mit dem Relaunch startet eine bundesweite Kampagne („Deutlich.Schärfer."), die auch mit ungewöhnlichen „Guerilla-Aktionen" für neue Leser (aktuelle Auflage: 184 000) sorgen will: In Frankfurt am Main etwa sollen Gullydeckel mit der Aufschrift „Wohin fließen die Investitionen wirklich?" versehen werden.



„FR"-Titelseite

PRESSE

Diekmann macht die „taz"

Feindlich übernehmen lässt sich in Zeiten der andauernden Flaute auf dem Medienmarkt nun die Berliner Tageszeitung „taz" – allerdings freiwillig, auf eigene Anregung und nur für einen Tag. Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Blattes haben die Zeitungsmacher ihre „Lieblingsfeinde" eingeladen, am kommenden Freitag im Berliner Redaktionsgebäude an der Samstagsausgabe mitzuarbeiten – allen voran „Bild"-Chef Kai Diekmann, mit dem die „taz" im vorigen Jahr wegen eines satirischen Beitrags zum Thema Penisverlängerung monatelang im juristischen Clinch lag. Diekmann hat zugesagt – wie auch Ex-BDI-Chef Hans Olaf Henkel, Fernsehpfarrer Jürgen Fliege und Ex-Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Springer-Mann Peter Boenisch unterbricht eigens seinen Urlaub. Die Gäste sollen mit dem „taz"-eigenen Redaktionssystem vertraut gemacht werden und selbst Beiträge verfassen, Diekmann will auch Grafiker mitbringen. Nicht alle „taz"-ler waren von der Idee begeistert: Widerstand kam vor allem aus der Kulturredaktion sowie aus dem Verlag, wo noch einige Mitarbeiter der ersten Stunde arbeiten. Ein Zugeständnis an die alternativen Anfänge immerhin wird gemacht: Diekmanns Anspruch auf die Chefredaktion wurde nicht einfach geschluckt, er muss sich ganz basisdemokratisch wählen lassen. Ihren Lieblingsfeinden traut die „taz" offenbar einiges zu: Die Kioskauflage soll am Sonnabend um bis zu 30 000 Exemplare erhöht werden.



SÜDDEUTSCHER VERLAG

Leser der „taz"-Nullnummer von 1978

FRAUENMAGAZINE

„Ich bin kosmopolitisch“

TV-Moderatorin Enie van de Meiklokjes, 29, über ihr Engagement beim Kultursender Arte, für den sie das Frauenmagazin „Lola“ präsentiert



THOMAS MEYER / ACTION PRESS

Meiklokjes

SPIEGEL: Frau van de Meiklokjes, Sie haben beim Musiksender Viva angefangen und bei RTL II gearbeitet. Nun moderieren Sie seit Jahresbeginn beim Bildungsbürgersender Arte mit schöner Resonanz das Frauenmagazin „Lola“. Passt das zusammen?

Meiklokjes: Das passt hervorragend. Ich werde nur oft von den Leuten unterschätzt. Arte wollte damals eine junge frische Frau, die ein Magazin über und für Frauen aus aller Welt moderiert. Da ich, glaube ich, ziemlich kosmopolitisch bin, passe ich da ganz gut.

SPIEGEL: „Lola“ gibt keine Schönheitstipps und keine Nachhilfe in Sachen Emanzipation, sondern zeigt lieber Frauenporträts aus aller Welt …

Meiklokjes: … klar, Tipps, wie Frauen sich schöner machen können, brauchen die heutzutage nicht mehr. „Lola“ hat Dokumentationscharakter, aber keine Ideologie. „Lola“ zeigt, wie Frauen auf der ganzen Welt leben. Wir stellen nicht nur lustige oder verrückte Frauen vor, sondern auch ganz normale. Wir hatten schon Frauen aus Afghanistan, die sich darüber wunderten, dass Männer und Frauen sich in Deutschland auf der Straße küssen. Oder eine Frau, die ihr komplettes Leben nach den fünfziger Jahren ausrichtet.

SPIEGEL: Ist es für die Emanzipationsbewegung nicht ein Armutszeugnis, dass es überhaupt noch Frauenmagazine gibt?

Meiklokjes: Ich finde den Begriff „Frauenmagazin“ schon komisch. Er ist so negativ behaftet, hat etwas Trutschiges. Auf der anderen Seite gibt es ja auch Sendungen mit Fußball oder mit heißen Frauen, die sich auf Autos räkeln. Die Emanzipation ist meiner Meinung nach abgeschlossen, meine Generation ist jetzt der Nutznießer.

SPIEGEL: Hätten Sie auch die Moderation eines Männermagazins übernommen?

Meiklokjes: Wenn ich die Sendung interessant fände, dann ja. Es müsste ein Pendant zu „Lola“ sein: neugierig auf alles Fremde und frei von Klischees.

SPIEGEL: Sie haben sich auch als Schauspielerin versucht – geht Ihr Ehrgeiz in diese Richtung?

Meiklokjes: Ich bin TV-Moderatorin mit Leib und Seele und will das auch bleiben. Aber natürlich hängt es von den Rollen ab; wenn man mir die Hauptrolle in einem Kinofilm anbietet, werde ich mir das in Ruhe ansehen. Ich hab immer Lust, was Neues zu probieren.



COMEDY CENTRAL / COURTESY EVERETT COLLECT.

Szene aus „Kid Notorious“

SERIEN

Moses überm Swimmingpool

Es gebe drei verschiedene Arten, eine Geschichte zu erzählen: „meine, deine – und die Wahrheit“, juxt der Hollywood-Produzent Robert Evans. Wahr ist, dass Evans einst Filmklassiker wie „Rosemary’s Baby“ und „Der Pate“ anschob, dass er mit der „Love Story“-Hauptdarstellerin Ali MacGraw verheiratet war und sich später fast um den Verstand kokste. Wahr ist auch, dass Evans’ saftige Autobiografie „The Kid Stays in the Picture“ in einen grandiosen Dokumentarfilm verwandelt wurde, der 2002 bei den Festspielen in Cannes lief. Jetzt, mit 73, ist Evans sogar zur Hauptfigur einer Zeichentrickserie avanciert. „Kid Notorious“ heißt die Sendung, die am 22. Oktober im US-Kabelkanal Comedy Central startet und in jeweils 30-minütigen Episoden das pralle Leben eines Filmproduzenten zeigt. So zwingt der Cartoon-Evans in der ersten Folge seinen englischen Butler, eine Plexiglas-Brücke über den heimischen Swimmingpool zu bauen, damit der Hausherr in Moses-Manier übers Wasser gehen kann. Die Geschichte sei nicht erfunden – sagt Evans.

TV-Vorschau

Der Fürst von Monaco

Dienstag, 20.15 Uhr, ZDF

Monaco, notierte der Schriftsteller William Somerset Maugham, sei „ein sonniger Ort für lichtscheues Gesindel“. Einst von Piraten gegründet, später von Spekulanten in die teuerste Hochhausschlucht der Côte d’Azur verwandelt, verstecken dort heute Glücks- und Tennisspieler ihre Millionen vor der Steuerfahndung. Damit es dabei streng legal zugeht, wacht über allem Fürst Rainier III., mittlerweile 80 Jahre alt – jener Monarch, der 1956 Hollywoods Lichtgestalt Grace Kelly im Hafen der Ehe fest-



HIPP-FOTO

Fürst Rainier, Ehefrau Gracia (1958)

zurrte und seitdem Klatschjournalisten aus aller Welt zuverlässig Begründungen für schöne Dienstreisen liefert. Sabine Kemper und Iris Toussaint zeigen im ersten Teil ihrer Dokumentation, wie glamourös es einst zuging am Hofe der Grimaldis – schon bevor Prinzen aus Hannover und Akrobaten aus Portugal in die Familie einheirateten (zweite Folge: 30. September).

Der Puppengräber

Mittwoch, 20.15 Uhr, ARD

Ist Ben ein Mörder? Dass der 18-jährige, geistig zurückgebliebene Junge tote Mäuse oder Hühner ins Haus trägt – daran haben sich seine Eltern (Suzanne von Borsody, Bernd Tauber) längst gewöhnt. Doch als in der Gegend junge Frauen verschwinden, während Ben (Sven Hönig) eine auffällige Neigung zu Puppen entwickelt, kommt ein schrecklicher Verdacht auf. Der Fernsehfilm nach dem Kriminalroman von Petra Hammesfahr (Buch: Christoph Busch; Regie: Claudia Prietzel, Peter Henning) kombiniert routiniert bekannte



JÜRGEN THIELE / WDR

Hönig, Borsody in „Der Puppengräber“

Schauermärchen-Klischees; gleichwohl hält der Spannungsbogen bis zum Schluss.

Liebe, Sex und Leidenschaft

Freitag, 22.30 Uhr, 3sat

Hinter diesem phantasielosen Titel versteckt der Kultursender den französischen Spielfilm „L’ennui“ von 1998, der in den deutschen Kinos „Meine Heldin“ hieß – und nicht „Die Langeweile“ wie die Romanvorlage von Alberto Moravia. In „La Noia“ hatte der Erotomane seine Figuren im Rom der sechziger Jahre aufeinander losgelassen; Regisseur Cédric Kahn verlegte die Geschichte ins Paris von heute: Martin (Charles Berling), ein depressiver Philosophiedozent Mitte 30, beginnt eine Affäre mit Cécilia (Sophie Guillemin), 17, von kräftiger Statur und scheinbar schwachem Verstand. Doch es sind Martins Sinne, die – zum Vergnügen des Zuschauers – immer mehr von Geilheit und Eifersucht getrübt werden. Schade nur, dass Kahns hübsch-frivole Komödie gegen Ende ins Manierierte kippt; statt Liebe, Drama und Wahnsinn herrscht dann nur noch – Langeweile.

Out of Edeka

Sonntag, 21.45 Uhr, 3sat

Inmitten des täglichen TV-Gewitters aus „Star Search“, „Exclusiv“ und „Brisant“ wirkt die 90-minütige Dokumentation von Konstantin Faigle über den Edeka-Laden seiner Eltern im schwäbischen Provinzstädtchen Empfingen wie ein langer ruhiger Fluss. Das Leben – ein Laden, ein Leben für den Laden. Fast schon exotisch wirkt dieser ebenso ausführliche wie vielschichtige Rückblick auf eine kleine Welt, in der die Waren sogar noch so etwas wie Heimatgefühl wecken konnten und die Gerüche der voll gestopften Regale bis heute Proustsche Empfindungen der Erinnerung auslösen. Faigle, 32, hat mit großer Liebe und außergewöhnlicher Sorgfalt eine soziologische Milieustudie geschaffen, deren Hauptdarsteller so authentisch sind, dass dem schwäbischen Originalton hochdeutsche Untertitel verpasst werden mussten. Zu Recht erhielt der Autor den Bayerischen Dokumentarfilmpreis 2001.

TV-Rückblick

Deutschland sucht den Superstar

17. September, RTL

„Du hast null Talent zum Singen, du kannst nicht tanzen, und du wirst nie irgendwo erfolgreich Musik machen!“ Wenn Dieter Bohlen, der strafende Donnergott der die eigenen Fähigkeiten ausforschenden Jugend, zum hanseatisch näselnden Urteilsspruch ausholt, dann wirken die derart sensibel zurückgewiesenen Bewerber um den Posten des deutschen „Superstars“ oft am Boden zerstört. Doch auch die anderen Kollegen der Superstar-Jury lassen an Klarheit nichts zu wünschen übrig, wenn sich wieder mal ein Debütant hilflos pressend und krächzend an großen Pophits vergeht. So ist der neue Anlauf der so erfolgreichen Casting-Serie vor allem eine schmerzhafte Freakshow, in der das Mitleid des Zuschauers intensiv beansprucht wird: teils mit den grotesk sich selbst überschätzenden Kandidaten, teils mit der Jury, am meisten aber mit sich selbst. Der infantile Drang unzähliger junger Deutscher, Jennifer Lopez und Daniel Küblböck nachzueifern, ist leider nur selten zum Lachen, sondern löst schwere depressive Verstimmungen vor dem Fernsehgerät aus.



RTL

„Superstar“-Jury





CONTRAST / ACTION PRESS (L.); MICHAEL APPEL / AGENTUR ANZENBERGER (R.)

„Krone"-Patriarch Dichand, Wiener Verlagsgebäude: *„So etwas wie der Kaiser von Österreich"*

VERLAGE

Kampf um die „Krone"

Die Gefechte zwischen dem WAZ-Konzern und dem Wiener Zeitungszaren Hans Dichand um das österreichische Massenblatt „Kronen-Zeitung" eskalieren: Die Deutschen machten Geschäfte mit der Balkan-Mafia, heißt es aus Wien. Nun wollen sich die Essener vor Gericht wehren.

Dienstreisen in den Osten haben für die leitenden Herren des Essener WAZ-Konzerns („Westdeutsche Allgemeine Zeitung", „Westfälische Rundschau") normalerweise nichts Unangenehmes. Im Gegenteil: Auf dem Balkan haben die Medienmanager in den vergangenen Jahren ein stattliches Presse-Imperium zusammengekauft. Man isst gut, man trinkt gut, und – für die knallhart kalkulierenden Ruhrpottler besonders wichtig – die Renditen sind wundervoll.

In Richtung Bulgarien, Serbien und Rumänien starten die WAZ-Männer denn auch meist in gelöster Stimmung. Die Geschäfte laufen prächtig. Und sollte es doch einmal rumoren, hilft das eng geknüpfte Beziehungsnetz von Bodo Hombach weiter: Der WAZ-Geschäftsführer war nach seiner Zeit als Kanzleramtsminister unter Gerhard Schröder und vor Beginn seiner Medienkarriere Balkan-Beauftragter der Europäischen Union.

Bei seiner letzten Reise gen Osten Anfang September konnten indes auch Hombachs diplomatische Erfahrungen nichts richten. Dabei führte der Trip ausgerechnet ins sonst so harmonische Wien, einen der ersten Auslandsstandorte der Essener, der ihnen schon seit Ende der achtziger Jahre als Brückenkopf für ihre verlagseigene Variante der Osterweiterung dient.

Ihr dortiger Geschäftspartner Hans Dichand, mit dem sie seither gemeinsam das Medienkonglomerat Mediaprint und vor allem die „Kronen-Zeitung" führen, empfängt die WAZ-Leute schon lange nicht mehr mit dem berühmten Wiener Charme. Diesmal aber kam es besonders arg.

Die geplante Gesellschafterversammlung konnte gar nicht erst eröffnet werden, weil sich die Dichand- und WAZ-Delegationen nicht einigen konnten, ob der anwesende Notar die Sitzung im sechsten Stock des Wiener Grand Hotels – wie von der WAZ verlangt – auf Tonband protokollieren dürfe. In Deutschland sei das üblich und kein Problem, so Hombach einem Beteiligten zufolge. Man sei aber hier in Österreich, befand die Gegenseite barsch.

Nach 20 Minuten platzte das Treffen. Das Konferenz-Hickhack war indes nur der vorläufige Tiefpunkt eines grenzübergreifenden Streits, der nun schon seit Monaten zwischen den Partnern schwelt und den der inzwischen 82-jährige Dichand danach so knapp wie martialisch kommentierte: „Der Krieg geht weiter."

Tatsächlich zündete der älteste Dichand-Sohn Michael am vergangenen Donnerstag über das Branchenblatt „Der Österreichische Journalist" eine neue Stufe der Eskalation: Die WAZ mache auf dem Balkan Geschäfte mit der dortigen Mafia, behauptet er, „wissentlich, fortgesetzt und im



JENS-ULRICH KOCH / DDP

WAZ-Geschäftsführer Hombach
Lange beide Augen zugedrückt



Das Kronen-Juwel

Eigner und Verbreitung der österreichischen „Kronen-Zeitung“

Kronen Zeitung

WAZ-Mediengruppe **50 %**

Einstieg 1987 mit zunächst 45 % für rund 150 Mio. Euro

50 % Hans Dichand

erscheint seit **April 1959**

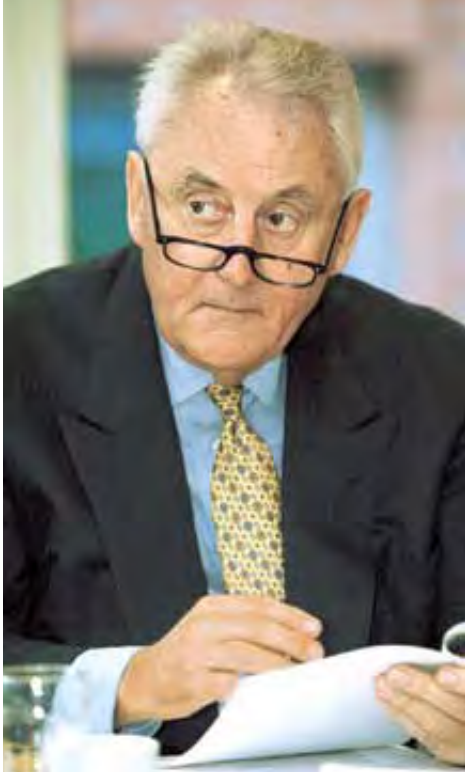
verkaufte Auflage **848 600** Exemplare täglich (1. Halbjahr 2003)

Reichweite **43,1 %** aller Österreicher* (2,91 Millionen Leser)

Gewinn 2002 rund **25** Millionen Euro

*ab 14 Jahre

DER SPIEGEL



JENS DIETRICH / NETZHAUT

WAZ-Gesellschafter Schumann
„Absurd und ungeheuerlich“

großen Stil“. Dichand junior zufolge existiert ein „Geheimvertrag“, über den eine gewisse „Grupo“ an allen WAZ-Geschäften auf dem Balkan beteiligt sei. Besagte „Grupo“ sei „eine Mafia-Vereinigung aus vier Herren“, darunter der WAZ-Geschäftspartner für Kroatien, Ninoslav Pavić. Man wolle nun „die WAZ zwingen, Verträge einzuhalten“ oder sie „schnellstens loswerden“.

In Essen gibt man sich über die Vorwürfe des Dichand-Sprosses fassungslos. „Dieser Angriff ist absurd und ungeheuerlich“, so WAZ-Gesellschafter Erich Schumann. „Wir waren noch nie mit einer derart üblen Verleumdung konfrontiert.“ Laut Schumann wolle man nun „alles ausschöpfen, was rechtlich möglich ist – der Vorgang hat auch eine strafrechtliche Relevanz“.

Einen Geschäftspartner namens „Grupo“ kenne man nicht, heißt es bei der WAZ-Tochter Europapress Holding (EPH), über die die Essener ihr Balkan-Geschäft abwickeln. Auch von einem Geheimvertrag wisse man nichts. „Da es einen solchen Vertrag nicht gibt, muss alles, was dazu kursiert, eine Fälschung sein“, sagt EPH-Geschäftsführer Christoph Rohner.

WAZ-Geschäftspartner Pavić war allerdings im Jahr 2000 tatsächlich wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen für zwei Tage in U-Haft – wurde mangels Beweisen aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst vor wenigen Monaten haben Unbekannte Pavićs Auto in die Luft gesprengt. Der Medienmanager blieb unverletzt und steht seither unter Personenschutz.

Der Mafia-Vorwurf ist bislang der Gipfel im Alpenkrieg um die „Krone“, einer Schlammschlacht um Macht, Millionen und die Meinungsherrschaft im überschaubaren Medienmarkt Österreich, in dem die „Krone“ als größte Zeitung des Landes die mit Abstand wichtigste, lauteste – und oft auch schrillste – Stimme ist. Bei allem Getöse und Gezeter geht es um die schlichte Frage, wer die „Krone“ künftig tragen darf.

Ganz klar: sein Sohn Christoph, 37, und damit die Familie – wenn es nach „Krone“-Mitbegründer Dichand geht. Er will unter allen Umständen die dynastische Lösung und glaubt sich vertraglich dazu im Recht.

Ganz klar: die WAZ, wenn es nach der WAZ geht – und zwar möglichst ohne Dichand senior, der das Blatt bis vor kurzem noch als Chefredakteur, Hauptgeschäftsführer und Herausgeber in Personalunion regierte.

Der Boulevardzeitung gehe es ökonomisch wie publizistisch zunehmend schlechter, argumentieren die Essener. Man wolle und müsse in Wien endlich so mitreden dürfen, wie das einem 50-Prozent-Gesellschafter normalerweise zustehe.

Normal aber läuft auf der Achse Essen–Wien gar nichts mehr. Statt mit dem sprichwörtlichen Schmäh überziehen sich beide Seiten seit Monaten mit Schmähungen.

„Talentlos“ nennt WAZ-Patriarch Schumann den Dichand-Sprössling Christoph, den der Vater im Januar zu seinem Nachfolger als Chefredakteur berufen hatte – für den WAZ-Mann ein „ungeheuerlicher Nepotismus“.

Dichand hingegen polterte gegen „diesen Schumann“, der ja – im titelbegeisterten Österreich („Herr Magister“, „Frau Hofrat“) besonders wichtig – „nur ein Dr. honoris causa“ sei, und hat die Posse im eigenen Blatt zum Politikum erhoben. Schon im Januar durfte sich Wiens Bürgermeister Michael Häupl an prominenter Stelle in der „Kronen-Zeitung“ Luft machen: „Ich habe größtes Interesse daran, dass die größte Zeitung des Landes in österreichischer Hand bleibt.“

Die „Krone“ ist eben nicht einfach irgendeine Zeitung. Hans Dichand ist nicht irgendein Verleger. Und Österreich nicht irgendein Land, sondern vielleicht doch noch ein ganz klein wenig Operettenstaat.

Das bunte Blatt im Kleinformat, das Dichand zusammen mit seinem damaligen Partner Kurt Falk 1959 nach dem Modell der im Jahr 1900 gegründeten „Illustrierten Kronen Zeitung“ wiederbelebte, erreicht mit einer Auflage von derzeit etwa 850 000 Exemplaren täglich knapp drei Millionen Leser. Bei einer Gesamtbevölkerung von acht Millionen ist sie in Sachen Reichweite damit nicht nur die wohl erfolgreichste Zeitung der Welt, sondern gilt auch als Barometer österreichischer Befindlichkeiten.

Seinen Erfolg verdankt das Blatt Dichand zufolge vor allem seiner „Nähe zu den Lesern“ und den dazugehörigen Kolumnen: Von „Hing’schaut und g’sund g’lebt“, wo ein Kräuterpfarrer Lebenshilfe erteilt, über die ganzseitige „Tierecke“ und die Bibel-Exegesen des St. Pöltener Bischofs Kurt Krenn bis hin zur Sex-Kolumne, die den Österreichern schon mal das Für und Wider des Cunnilingus erklärt.

Doch diese ganz besondere Melange aus Herz-, Bauch- und noch tiefer gelegten

G'schichterln ist weit davon entfernt, unpolitisch zu sein. Mindestens genauso berüchtigt wie die „Krone"-Kolumnen sind ihre Kampagnen.

In den Achtzigern mobilisierte das Blatt Zehntausende gegen den Bau des Donaukraftwerks Hainburg – letztlich mit Erfolg. Rechtspopulist Jörg Haider verdankt seinen fulminanten Aufstieg auch der „Krone" – und spürte es schmerzlich, als die ihn wieder fallen ließ. Als ein Afrikaner in Abschiebehaft umkam, bezog Dichands Posaune eindeutig Position – für die Sicherheitskräfte und gegen „Humanitätsdilettanten".

Selbst rechtsextreme Tendenzen sind keine Seltenheit: Noch im April 2001 ließ sich der Hausdichter einen launigen Reim zu Hitlers Geburtag einfallen: „Fürwahr, ein großer Tag ist heut! / Ich hab mich lang auf ihn gefreut. / Es feiert heute Gross und Klein, / zumeist daheim im Kämmerlein."





LEOPOLD NEKULA / VIENNAREPORT

Dichand-Söhne Christoph, Michael: *„Kleingeisterei, Hetze und Spießertum"*

„Der Einfluss der ‚Kronen-Zeitung' auf dieses Land ist brachial", sagt der Wiener Multimediakünstler André Heller. Auch der Chef des Wiener Stadtmagazins „Falter", Armin Thurnher, schimpft, sie bringe „Kleingeisterei, Hetze und Spießertum über Österreich".

An Dichand senior, der noch täglich in die „Krone"-Zentrale in der Muthgasse kommt und unter dem Pseudonym „Cato" selbst zur Feder greift, kommt im politischen Österreich niemand vorbei. Er sei, sagt sogar der von der WAZ inthronisierte geschäftsführende Co-Chefredakteur Michael Kuhn, „so etwas wie der amtierende Kaiser von Österreich".

Der Vergleich ist durchaus nicht übertrieben, wie eine TV-Dokumentation für Arte zeigt: Vor laufender Kamera tauscht Dichand in einer seiner Privataudienzen mit Bundespräsident Thomas Klestil (ÖVP) in der Wiener Hofburg bei einem Guglhupf Höflichkeiten aus, bis Klestil den betagten Zeitungszaren mit der so servilen wie skurrilen Formel verabschiedet: „Meine Gattin ist Ihnen stets gern zu Diensten."

Recht harmonisch lief es auch mehr als ein Jahrzehnt mit der WAZ, die 1987 für die Übernahme der Falk-Anteile 2,1 Milliarden Schilling (mehr als 150 Millionen Euro) bezahlt hatte. Immerhin brachte die „Krone" in guten Jahren bis zu 60 Millionen Euro ein und war damit für beide Seiten ein Bombengeschäft.

So kassiert Dichand laut Vertrag einen garantierten „Vorabgewinn" von rund 9 Millionen Euro pro Jahr – unabhängig von der Ertragslage des Blattes. Damit ist er der wohl bestverdienende Manager Österreichs. Sein Privatvermögen wird auf 500 Millionen Euro geschätzt. Bei der WAZ drückte man angesichts der eigenen Profite lange beide Augen zu. Viel zu lange, wie man in Essen heute selbstkritisch befindet.

Zum Krach kam es erst, als der Patriarch gegen den Widerstand der WAZ-Männer seinen Sohn Christoph, einen Juristen und „Nicht-Journalisten" (Schumann), zu seinem Nachfolger als Chefredakteur berufen wollte – mit dem Hinweis, laut Vertrag sei ausschließlich er für Personalien zuständig, die WAZ habe sie lediglich „zustimmend zur Kenntnis zu nehmen".

Ende Januar schien in der Frage kurzzeitig ein Kompromiss gefunden: Neben Christoph Dichand wurde mit dem langjährigen „Krone"-Mann Kuhn ein zweiter Chefredakteur installiert, der erstmals auch Einfluss auf die Personalpolitik und damit auch auf die publizistische Linie des Blattes garantieren sollte.

Der vermeintliche Wiener Burgfrieden währte nur wenige Tage. Die Chefredakteursverträge wurden nie unterschrieben. Seither wird mit allen Mitteln gekämpft.

So wurde erstmals die Höhe von Dichands Bezügen an die Öffentlichkeit lanciert: sagenhafte 713 346,21 Euro monatlich, sowie sein Wunsch, die Summe nach seinem Ausscheiden als Chefredakteur auf 739 000 Euro zu erhöhen. Auch die Vertragsforderungen seines Sohnes Christoph wurden bekannt: mehr als 20 000 Euro monatlich, 100 000 Euro Tantiemen im Jahr sowie nach sechs Jahren ein Pensionsanspruch auf 80 Prozent seines Gehalts.

Inakzeptabel für die WAZ, zumal deren Chef Schumann sagt: „Wir haben bis heute kein Vertrauen in Christoph Dichands Fähigkeiten als Journalist."

Alles haben die WAZ-Männer inzwischen versucht, um den Junior abzuservieren. Bei der Gesellschaftersitzung im Grand Hotel sollte es unter anderem um seine Firmenbeteiligungen am Auktionshaus Dorotheum, am Online-Anbieter OneTwoSold und an einer Wettgemeinschaftsfirma gehen, die laut WAZ allesamt im redaktionellen Teil der „Krone" abgefeiert wurden.

Die Dichands revanchieren sich nach Kräften. Im Sommer trat erstmals Michael Dichand – so etwas wie das schwarze Schaf der Familie – auf, der bislang vor allem als Biobauer im Burgenland von sich reden gemacht hatte. In einem Interview mit dem kroatischen Magazin „Nacional" des WAZ-Gegners Ivo Pukanic ging er die Essener scharf an und orakelte, deren Anteil zu erwerben, um sie – so plane es sein Vater – in einer Art Volksstiftung einzubringen.

Mit seinen aktuellen Mafia-Vorwürfen scheint nun jede Hoffnung auf eine friedliche Einigung der Kontrahenten erledigt. Am vergangenen Freitag schrieb Schumann dem „Krone"-Co-Chef Kuhn, die Zeitung werde „durch solches unverantwortliches Gerede nach innen und außen Schaden nehmen". Man bedaure, „davon ausgehen zu müssen, dass Herr Dichand senior von dem Wirken seines Sohnes wusste".

Bis Dienstag dieser Woche läuft eine von den WAZ-Anwälten gesetzte Frist, in der Dichand senior als Hauptgeschäftsführer zu den möglichen Interessenkonflikten seines Sohnes Christoph Auskunft geben soll. Noch dringlicher erwartet Schumann indes eine Stellungnahme zu den Mafia-Vorwürfen: „Wenn sich Herr Dichand nicht schnellstens von den Aussagen seines Sohnes distanziert, ist die Grundlage für jedwede weitere Partnerschaft zerstört." Und dann?

Das nächste Wiedersehen dürfte in diesem Fall in einem anderen Alpenland stattfinden: Schon bereiten WAZ-Juristen ein Schiedsgerichtsverfahren vor – es soll in Zürich vonstatten gehen, auf neutralem Schweizer Boden.

Jürgen Kremb, Marcel Rosenbach, Thomas Schulz

Werbeseite

Werbeseite


JOSÉ GIRIBAS

Manager Hahn, Chef Kirch
Wahlkampfhilfe für MV?

FUSSBALL

Ein Herz für Kinder

Der Kirch-Konzern versprach dem DFB-Präsidenten Mayer-Vorfelder 30 Millionen Mark. Sollte mit dem Geld wirklich nur der Fußball-Nachwuchs gepflegt werden?

Die Präsidentenwahl von Magdeburg erinnerte an einen Urnengang aus sozialistischen Zeiten. Als Ende April 2001 auf dem 37. Bundestag des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) der Nachfolger des langjährigen Kickerbosses Egidius Braun gekürt wurde, stand nur ein Kandidat zur Wahl: Gerhard Mayer-Vorfelder, Ex-Finanzminister Baden-Württembergs, Ex-Präsident des Fußball-Bundesligisten VfB Stuttgart und bisheriger Vize Brauns.

Mit 99,22 Prozent der Stimmen wurde der Fußball-Funktionär, den alle nur „MV“ nennen, zum DFB-Präsidenten gewählt. Ein Ergebnis, das selbst den Genossen Honecker vor Neid hätte erblassen lassen.

Offensichtlich hatte der Schwabe selbst nicht mit einer solchen Zustimmung gerechnet. Wochenlang war Mayer-Vorfelder vor der Abstimmung kreuz und quer durch die Republik gereist, um unter den Delegierten für seine Kandidatur zu trommeln. Und hatte dabei vor allem mit einem Thema gepunktet – der Talentförderung.

Großspurig erklärte MV das Thema Kickernachwuchs zur Chefsache. Im Fall seiner Wahl versprach er, bundesweit 390 Förderzentren zu errichten und dafür jährlich 20 Millionen Mark auszugeben.

Was Mayer-Vorfelder seinem Wahlvolk seinerzeit vorenthielt: Das 60-Millionen-Mark-Programm sollte, im Rahmen einer „Medienpartnerschaft“, zur Hälfte aus den Kassen des inzwischen insolventen Leo Kirch finanziert werden.

Dessen Sender Premiere sollte dem DFB für die Nachwuchskicker drei Jahre lang jeweils zehn Millionen Mark überweisen – fast so viel, wie die Victoria-Versicherungen für die Trikotwerbung bei Schalke 04 zahlen.

Ausgerechnet Kirch. Der Mann, der Bayern München mit einem geheimen 190-Millionen-Mark-Vertrag die Zustimmung zur zentralen Vermarktung der Liga abkaufte. Kirch, der im Vorfeld der WM-Vergabe 2006 nach Deutschland Millionen in die Pflege des Fifa-Exekutivkomitees investierte. Versprach sich der Medientycoon von der Zuwendung wirklich nur eine künftig bessere Ballbehandlung von Zwölfjährigen und ein spielstarkes Nationalteam für eine von Kirch übertragene WM 2006? Oder handelte es sich bei der Millionenofferte so kurz nach der Präsidentschaftswahl womöglich um „sportpolitische Landschaftspflege“, wie ein Ex-Kirch-Manager meint? Immerhin hatte MV dem Medienkonzern über Jahre allerhand direkte und indirekte Unterstützung gewährt.

In Sachen Bundesligarechte galt MV als Verfechter der zentralen Vermarktung. Was Rechteinhaber Kirch wiederum zupass kam, weil er somit alle Bundesligaspiele en bloc verwerten konnte.

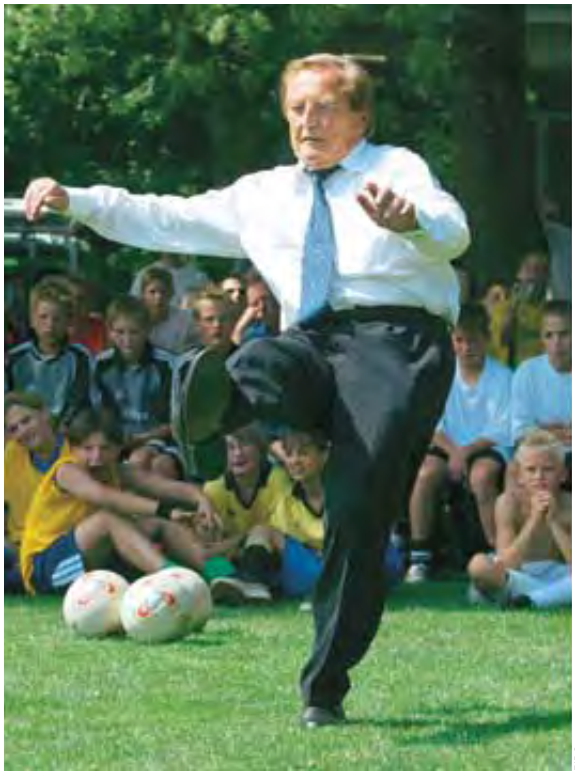
Als Kirch im Frühjahr 2000 die Rechte für rund drei Milliarden Mark für weitere vier Jahre vom DFB erwarb, hatte sich MV in der entscheidenden Sitzung des DFB-Liga-Ausschusses am 28. April ausweislich des Protokolls – trotz anderer interessanter Gebote – für Kirch stark gemacht.

Kaum 100 Tage im Amt – und nur wenige Wochen nach Kirchs Millionenzusage – rechtfertigte der neue DFB-Präsident, trotz wütender Zuschauerreaktionen, die Verlegung der Sat.1 Fußball-Show „ran“ von 18.30 auf 20.15 Uhr. In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ machte er sogar Werbung für Kirchs Pay-TV-Sender Premiere. „Zu Hause schaue ich Premiere World. Halte ich für das Beste“.

All das ist durchaus geeignet, den Eindruck zu erwecken, dass Kirch in MV einen verlässlichen Lobbyisten hatte. Was der hartnäckig bestreitet. Hintergrund der Millionenzusage sei vielmehr eine Medienpartnerschaft gewesen, bei der „der DFB die Maßnahmen des Talentförderprogramms zur redaktionellen Verarbeitung durch einzelne Sender von Kirch Media in der Erstverwertung zur Verfügung stellt“.

So oder so: Irgendwann im Frühjahr des Jahres 2001 müssen Mayer-Vorfelder und Kirch-Adlatus Dieter Hahn den Millionendeal ausgeheckt haben. In einem Brief (Absender: KirchHolding; Geschäftsführung) vom 13. Juni 2001 – also kurz nach der Wahl Mayer-Vorfelders zum DFB-Chef – kündigt Hahn die Millionen an. „Bezug nehmend auf unsere Gespräche in den letzten Wochen darf ich Ihnen bestätigen, dass Premiere World für die nächsten drei Jahre eine Sponsorship des Nachwuchsprogramms 2006 des DFB übernehmen wird. Premiere World wird diese Sponsorship mit DM 10.000.000,- pro Jahr vergüten.“

MV schrieb am 11. Juli erfreut von der „guten Nachricht“ zurück. Dank der Zuwendung sei man nun „in der Lage, die flächendeckende Konzeption in der notwendigen Intensität umzusetzen“.


FIRO

DFB-Präsident Mayer-Vorfelder: *„Gute Nachricht“*

Die Freude beim DFB währte nur kurz. Die erste Rate in Höhe von 1,278 Millionen Euro sollte am 1. März vergangenen Jahres fällig werden – doch da befand sich das Kirch-Imperium bereits in Auflösung. Der DFB hat von Hahns Millionenzusage keinen Cent erhalten.

Doch das will der Fußball-Verband nicht hinnehmen. Chefjustiziar Goetz Eilers meldete am 22. Juli 2002 bei Kirchs Insolvenzverwalter Michael Jaffé eine Forderung über die zugesagten 30 Millionen Mark an.

Der weigert sich, nur einen Euro zu zahlen. Unabhängig von der Frage, ob Hahn im Auftrag von Premiere die Millionen überhaupt hätte versprechen dürfen, ließ Jaffé am 12. Dezember 2002 den DFB wissen, bestehe für die Forderung keine Rechtsgrundlage. JÖRG SCHMITT

Werbeseite

Werbeseite

Lastesel der Nation

Der Staat drückt die Kosten seiner überforderten Wohlfahrtssysteme einseitig den Beschäftigten auf. Längst hat sich die Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Abgaben zum Konjunkturkiller entwickelt: Es lohnt sich immer weniger, zu arbeiten – und zu investieren.





BERT BOSTELMANN / BILDFOLIO

Aktienhändler (in Frankfurt am Main), Arbeitnehmer (im Stahlwerk Neue Maxhütte im bayerischen Sulzbach-Rosenberg): *Beschäftigte werden*

Es sind Geschichten wie diese, die inzwischen selbst hartnäckigste Verfechter des Wohlfahrtsstaates ins Grübeln bringen. Und die das weit verbreitete Gefühl verstärken, irgendetwas laufe schrecklich schief in diesem Land.

Früher arbeiteten Bärbel und Dieter Thomala in vermögenden Familien als Hausmeisterehepaar: Sie putzten die Wohnung, reparierten defekte Schlösser, organisierten Familienfeiern. Solche Stellen sind heute rar – die hohen Lohnnebenkosten schrecken mögliche Arbeitgeber ab. Die Arbeit gibt es zwar immer noch – aber sie wird schwarz erledigt.

Die Thomalas fanden keinen Job mehr, zuletzt bekamen sie Arbeitslosenhilfe, zusammen rund 1550 Euro im Monat.

Begeistert griff Bärbel Thomala deshalb zu, als ihr das Arbeitsamt eine ABM-Stelle in einer Sozialeinrichtung anbot. Endlich hatte sie wieder das Gefühl, „wirklich gebraucht zu werden“.

Die Begeisterung währte nur kurz – bis sie die ersten Kontoauszüge in den Händen hielt. Da musste sie erkennen, dass ihr die acht Stunden Plackerei am Tag gar nichts einbrachten. Im Gegenteil: Sie zahlte sogar drauf.

So verdiente die Frau mit ihrem Job zwar 108 Euro netto mehr als zuvor. Aber ihrem Mann wurden dafür 283,80 Euro von der Arbeitslosenhilfe abgezogen, weil es weniger Stütze gibt, wenn der Lebensgefährte ein Arbeitseinkommen bezieht. Die Thomalas hatten deshalb monatlich 176 Euro weniger auf dem Konto.

Inzwischen hat sich das zwar geändert, weil Ehemann Dieter ebenfalls eine Beschäftigung gefunden hat. Aber das Prinzip will der Frau noch immer nicht einleuchten. „Das kann man doch niemandem erklären“, schimpft sie. „Weil ich arbeite, habe ich weniger Geld als vorher.“ Wer arbeitet, wird bestraft, wer faulenzt, belohnt.

Ein Extremfall? Gewiss. Aber doch nicht weit von der Normalität im Deutschland des Jahres 2003 entfernt: von den Menschen, die von staatlicher Stütze und Sozialhilfe besser leben als von geregelter Arbeit. Von der großen Masse, die – über Gebühr mit Steuern und Abgaben belastet das Gefühl nicht loswird: Wer arbeitet, ist der Dumme.

In den vergangenen Jahren, so zeigt die jüngste Analyse des Steuerzahlerbundes, ist die Abgabenbelastung beinahe pausenlos gestiegen. So nimmt der Staat einem Arbeitnehmer in diesem Jahr durchschnittlich gut 44 Prozent seiner Brutto-Lohnkosten als Steuern und Sozialabgaben ab – fast doppelt so viel wie im Jahr 1960. Werden so genannte indirekte Steuern wie Mehrwert- oder Ökosteuer noch addiert, liegt die Belastung sogar bei über 52 Prozent.

Nur hochproduktive Jobs können die Abgaben, die auf ihnen lasten, erwirt-

schaften. Viele Arbeitsplätze entstehen erst gar nicht, bestehende werden zunehmend unwirtschaftlich für die Betriebe, die sie schließlich wegrationalisieren, oder uninteressant für die Beschäftigten, weil denen netto kaum mehr bleibt, als ihnen die Sozialhilfe bringt. Immer mehr Arbeitnehmer flüchten lieber in Schwarzarbeit oder Scheinselbständigkeit, als einen Großteil ihres Verdienstes an Fiskus und Sozialkassen abzuliefern.

Alle Experten sind sich einig: In der Belastung seiner Bürger und deren Arbeit



WERNER BACHMEIER

geschröpft, Kapitalbesitzer verschont

liegt die Ursache für das „schwache Beschäftigungswachstum“, von der die OECD in ihrem jüngsten Deutschland-Bericht spricht, und für die „Besorgnis erregende Wachstumsschwäche“, die der amerikanische Notenbankpräsident Alan Greenspan Deutschland attestiert.

Diese Einsicht teilen inzwischen auch Regierung und Opposition. Die rot-grüne Koalition will die Strukturprobleme mit der Agenda 2010 angehen. Das Vorziehen der Steuerreform soll die Bürger zudem direkt entlasten. CDU und CSU ringen noch mit sich, wie weit sie Kanzler Gerhard Schröder bei diesen Vorhaben unterstützen sollen.

Ein wochenlanges Gefeilsche und Gewürge steht dem Land bevor. Was auch immer am Ende herauskommt: Es reicht bei weitem nicht aus. Zu groß sind die Probleme, zu tief greifend die Fehlentwicklungen, die sich gegenseitig noch verstärken:

- Weil Steuern und Sozialbeiträge steigen, werden immer weniger Beschäftigte eingestellt. Das wiederum steigert die Abgabenlast der verbliebenen Arbeitnehmer, die immer mehr ihrer Ex-Kollegen alimentieren müssen. Länder wie die USA, Finnland oder Kanada schaffen dreimal so viel Jobs wie Deutschland, dafür liegen die Abgabenquoten dieser Nationen um bis zu 20 Prozentpunkte niedriger.
- Viele Bezieher von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe bekommen fast dasselbe Net-

Gefährliche Schlagseite

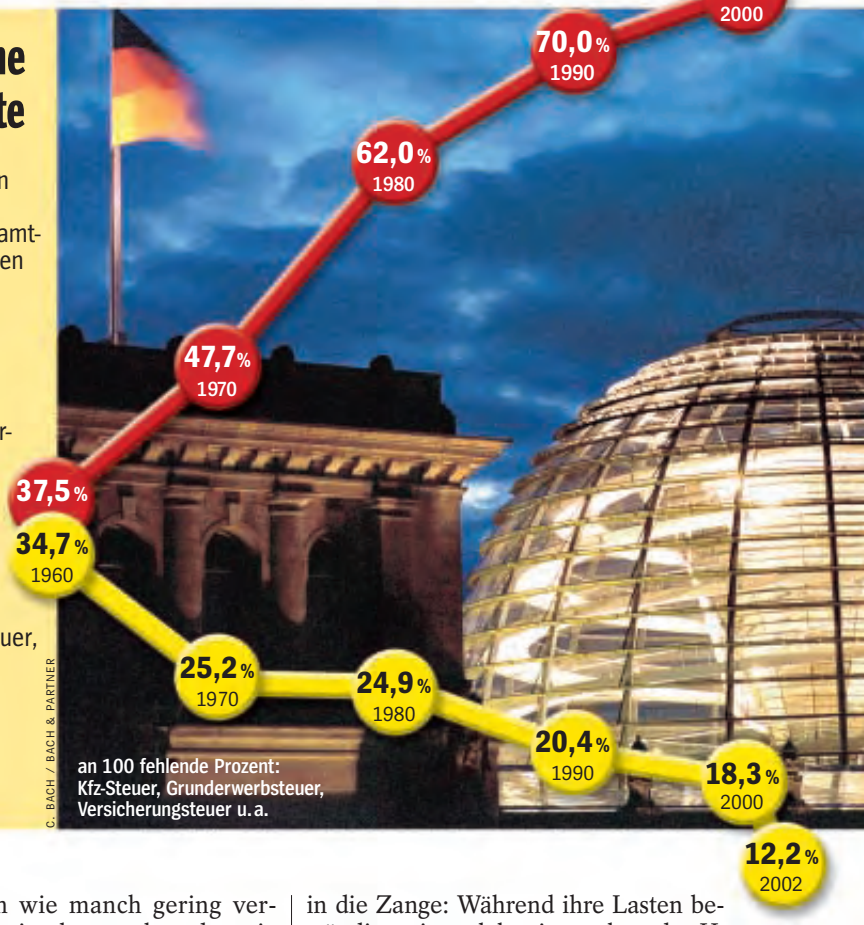
Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland, Anteile am Gesamtsteueraufkommen

STEUERN AUF ARBEIT UND VERBRAUCH
Lohnsteuer, Umsatz- und Verbrauchsteuern, Mineralölsteuer

GEWINN-STEUERN
Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Zinsabschlag

Quelle: WSI, Hans Böckler-Stiftung

DER SPIEGEL



toeinkommen wie manch gering verdienende Arbeitnehmer, ohne dass sie dafür irgendeine Gegenleistung erbringen müssten. Ein wachsender Bevölkerungsteil verabschiedet sich deshalb völlig aus dem Erwerbsleben. Allein unter den Älteren liegt die Arbeitslosenquote mittlerweile bei über 14 Prozent, dem höchsten Wert aller Industrieländer.

- Die Abgaben für die Reichen und Superreichen liegen deutlich unter dem Niveau vergleichbarer Länder. Die Steuern auf Immobilien und Erbschaften machen in der Bundesrepublik gerade mal 3,8 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus, in Frankreich und Großbritannien ist dieser Anteil knapp viermal so hoch. Den Nachteil haben die Lohnsteuerzahler, die einen wachsenden Anteil der Staatsausgaben aufbringen müssen.
- Kaum ein anderes Land finanziert seine Sozialsysteme so einseitig über den Faktor Arbeit wie Deutschland. Während der Staat hier zu Lande von jedem verdienten Euro über 51 Cent abzweigt, sind es in den übrigen Industrieländern im Schnitt nur 36 Cent. Der Abstand zu wichtigen Wettbewerbsnationen wie den USA oder Großbritannien ist sogar noch größer. Für die Unternehmen lohnt es sich deshalb wie in kaum einer anderen Nation der industrialisierten Welt, in Maschinen statt in neue Arbeitsplätze zu investieren.

Die Entwicklung nimmt die Arbeitnehmer gleich von zwei Seiten in die Zange: Während ihre Lasten beständig steigen, lebt ein wachsendes Heer von Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern auf ihre Kosten. Zugleich entziehen sich die Reichen, die Kapital- und Immobilienbesitzer, immer stärker der Finanzierung öffentlicher Aufgaben.

Was an dieser Form des Sozialstaats noch sozial sein soll, ist vielen Beschäftigten mittlerweile ein Rätsel. Von der staatlichen Fürsorge bis zur gesetzlichen Unfallversicherung – was einst erfunden wurde, um den ausgebeuteten Massen der Lohnabhängigen Schutz und Sicherheit zu schaffen, erweist sich heute als Instrument, gerade sie zu schröpfen.

Es wird noch schlimmer: Wenn die Prognosen der Ökonomen stimmen, wird die älter werdende Bevölkerung die Sozialbeiträge in den nächsten drei Jahrzehnten drastisch nach oben treiben. Ohne Strukturreformen werden die Sätze allein für die Renten-, Kranken- und Pflegeversiche-



NORBERT MICHALKE

Trotz Arbeit weniger Geld

Bärbel und Dieter Thomala waren beide ohne Job und lebten von zusammen rund 1550 Euro Arbeitslosengeld, als die Frau endlich die ersehnte ABM-Stelle erhielt. Doch dann kamen die ersten Verdienstbescheinigungen – und mit ihnen der Frust: Die Frau erhielt zwar 108 Euro mehr im Monat als zuvor. Von ihrem Lohn aber wurden ihrem Ehemann 283,80 Euro auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet – zusammen hatten sie 176 Euro weniger auf dem Konto. Frau Thomala: „Weil ich arbeite, bekomme ich weniger Geld."



NORBERT ENKER

rung bis zum Jahr 2030 auf bis zu 52 Prozent des Bruttolohns (derzeit 35,5 Prozent) steigen. Die Folgen liegen auf der Hand: Wer heute 30 ist, muss sich darauf einstellen, am Ende seines Erwerbslebens rund drei Viertel seines Einkommens an Steuern und Beiträgen zu zahlen.

Dabei lähmt die Abgabenfalle die Wirtschaft schon heute, wie sich derzeit an Tausenden Betrieben studieren lässt: Manche gehen Pleite, viele investieren nicht mehr, die meisten bauen Personal ab. Und die Stimmung ist mies, bei Arbeitgebern wie Beschäftigten.

Zum Beispiel beim Nürnberger Gebäudetechnik-Unternehmen Brochier. Der 480-Mitarbeiter-Betrieb hat seinen Sitz in einem tristen Gewerbegebiet zwischen Autowerkstätten und Squash-Centern. Ein Rolltor versperrt den Weg zur Firmenzentrale, die Teppichböden haben die Farbe eines verregneten Novembernachmittags, für Frischluft sorgen meterhohe Standventilatoren.

Eine Klimaanlage für die Büros? Nicht drin, sagt der Chef des Klimatechnik-Betriebs Alexander Brochier, „dazu gehen die Geschäfte viel zu schlecht": Die mittelständischen Betriebe der Umgebung haben schlicht kein Geld für neue Heiz- oder Lüftungstechnik. Die Industrie investiert nur noch, wenn sie damit Arbeitsplätze einsparen kann. Und die Privatkunden lassen ihre Brennkessel lieber schwarz einbauen.

Das Hauptproblem des Unternehmers aber sind die Konkurrenten aus Osteuropa. Immer häufiger heimsen Firmen mit billigen Arbeitskräften aus Polen, Tschechien oder Rumänien die Aufträge ein, beobachtet der Unternehmer. „Für deutsche Installateure wird es bald keine Jobs mehr geben."

Weniger die direkten Löhne sind dabei das Problem als vielmehr die zahlreichen



PETER MEISSNER / ACTION PRESS

Reinigungskräfte (in Berlin): *Neue Jobs hat vornehmlich die Schattenwirtschaft zu bieten*



Keinen Job angenommen

Die Düsseldorferin **Karin Schaffrin,** 36, arbeitete zuletzt als Callcenter-Agentin bei einem Telefondienstleister. Dort verdiente sie 2303,37 Euro brutto und 1449,50 netto. Im Dezember 2002 wurde ihr gekündigt. Seitdem überweist ihr das Arbeitsamt 943 Euro monatlich. Natürlich will Karin Schaffrin wieder arbeiten. Mehr als 200-mal hat sie sich beworben. Es hagelte Absagen. Der bestdotierte Job, der ihr angeboten wurde, hätte 1400 Euro brutto im Monat eingebracht – bei Vollzeit und im Schichtdienst. Abzüglich aller Steuern und Abgaben wären ihr bei diesem Angebot nur rund 800 Euro netto zuzüglich Kindergeld geblieben. „Da fängt man irgendwann schon an zu resignieren“, sagt Schaffrin. Sie hat daher keinen einzigen der offerierten Jobs angenommen.



NORBERT ENKER

Nur 13 Euro mehr

Der gelernte Einzelhandelskaufmann **Frank Neuhaus,** 30, arbeitet in einem Dortmunder Lagerbetrieb für Autozubehör, für 1478 Euro brutto im Monat. Netto bleiben ihm 1163 Euro. Als der Familienvater einmal kurzzeitig ohne Job war, bekam er 1150 Euro Arbeitslosengeld. „Es ist schon skurril, dass man für 13 Euro mehr im Monat fünf Tage die Woche von früh bis spät arbeiten geht“, sagt Neuhaus.

Zusatzkosten, mit denen der Staat die Verdienste verteuert. Zum Beispiel bei Jürgen Fleischmann, einem von Brochiers Vorarbeitern. Der gelernte Stahlbaumeister verdient samt Zulagen 2500 Euro im Monat.

Für das Unternehmen ist das jedoch nur ein Teil des Aufwands. Hinzu kommen die Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung (247 Euro), zur Pflegeversicherung (22 Euro), zur Krankenversicherung (189 Euro), zur Arbeitslosenversicherung (82 Euro) sowie zur Unfallversicherung (89 Euro). Insgesamt kostet Brochier der Einsatz seines Obermonteurs fast 3200 Euro im Monat.

Bei Fleischmann selbst kommt davon wiederum nur ein Bruchteil an. Was ihm das Unternehmen an Bruttoverdienst ausweist, schmälern Lohnsteuer (189 Euro) sowie Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung (540 Euro). Von den gesamten Arbeitskosten von 3200 Euro bleiben dem Vorarbeiter so gerade einmal 1800 Euro in der Tasche.

„Der Arbeiter ist der Depp, der alles bezahlen muss“, schimpft der Familienvater.

Es lohnt sich nicht mehr, zu arbeiten, es lohnt sich nicht mehr, zu investieren – wie Mehltau liegt diese Stimmung über dem Land und seiner Wirtschaft.

Zwar gibt es diesen so genannten Abgabenkeil nicht nur in Deutschland. Ob in Frankreich, den Niederlanden oder Großbritannien: Überall hat der Staat den Faktor Arbeit mit Steuern belegt, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Doch in kaum einem anderen Land hat die Differenz zwischen Brutto und Netto solche Ausmaße erreicht. Die Lohnnebenkosten, urteilt der Wirtschaftsweise und Regierungsberater Bert Rürup, seien zur „Achillesferse des deutschen Arbeitsmarkts“ geworden.

Nichts hat die Abgabenspirale dabei so in Gang gebracht wie der Hunger des Staates nach immer neuen Aufgaben. Noch in den fünfziger Jahren, als die Republik ihren Aufstieg aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs startete, gingen nicht einmal 30 Prozent des Bruttoinlandprodukts durch die öffentlichen Kassen.

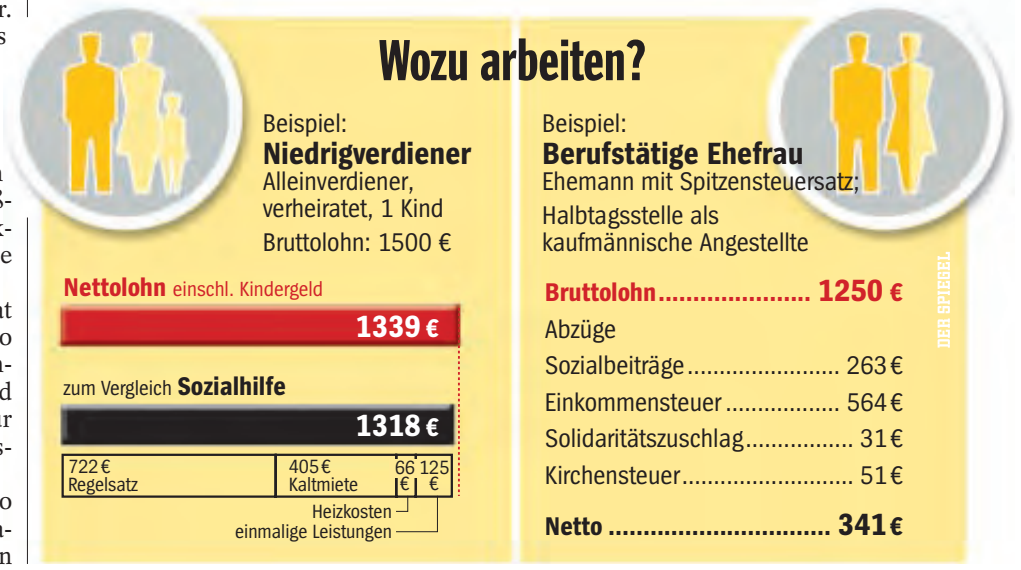
Ludwig Erhard, der Vater des Wirtschaftswunders, war sogar überzeugt, dass der Anteil langfristig abnehmen kann. „Da mit einem tendenziell steigenden Einkommen und einem immer höheren Lebensstandard zu rechnen ist“, meinte der Ökonom, sei es „unter sozialen Gesichtspunkten zumutbar“, das Individuum „stärker in die Verantwortung zu stellen“.

Wohl selten hat sich Erhard so verschätzt wie mit dieser Prognose. Kaum hatte die Ökonomie Tritt gefasst, da begann im Gegenteil der unaufhaltsame Aufstieg der öffentlichen Wirtschaft: Nicht nur Straßen, Schulen und Universitäten wurden gebaut. Bald wetteiferten die Politiker auch bei dem fragwürdigen Versuch, immer mehr Wirtschaftszweige beinahe wahllos mit Subventionen und staatlichen Hilfszahlungen zu überschütten: von der Werftindustrie bis zur Medienbranche.

Vor allem aber bauten sie parteiübergreifend die Sozialversicherungen zu umfassenden Vollkasko-Systemen aus, die vom Babyjahr in der Rente bis zum Sterbegeld in der Krankenversicherung für praktisch sämtliche Lebensrisiken aufkommen sollten.

In der Folge kletterte die so genannte Staatsquote, die den Anteil öffentlicher Ausgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung misst, auf den historischen Rekordwert von fast 50 Prozent. Die Rechnung ging an die Bürger, die das unaufhörlich anschwellende Paket staatlicher Vergünstigungen und Geschenke mit steigenden Steuern und Abgaben bezahlen mussten.

Das allein hätte die Arbeitnehmer schon kräftig belastet. Noch fataler aber wirkte, dass der Staat seinen Bedarf bevorzugt mit ihrer Hilfe deckte. Eigentlich, so sehen es



„Riesiges Potenzial“

Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, 73, über steuerliche Förderung von Haushaltsjobs

SPIEGEL: Viele Arbeitsmarktexperten wollen im Kampf gegen die Schwarzarbeit Dienstleistungen im Privathaushalt steuerlich fördern. Was halten Sie davon?

Biedenkopf: Ich habe das schon vor 15 Jahren propagiert. In den Haushalten gibt es ein riesiges Beschäftigungspotenzial. Viele Familien suchen händeringend Hilfe, weil sie entweder Kinder betreuen oder ältere Angehörige pflegen müssen. Heute wird so etwas, wenn überhaupt, schwarz erledigt. Man könnte solche Tätigkeiten aber in die Legalität führen, wenn Haushalte behandelt würden wie gewerbliche Arbeitgeber: Sie könnten die Lohnkosten von der Steuer absetzen. Dann würde es sich vielfach lohnen, die Hilfen im Haushalt regulär zu beschäftigen.

Biedenkopf: Das ist doch absurd. Der Gesetzgeber kann genau definieren, welche Tätigkeiten er freistellt und welche nicht. Das Wichtigste ist doch, dass wir nach pragmatischen Lösungen suchen, um die Leute aus der Illegalität zu holen.

SPIEGEL: Von dem Modell würden vor allem Besserverdiener profitieren, weil nur die sich eine Haushaltshilfe leisten können. Ist das gerecht?

Biedenkopf: Das Konzept käme vor allem den Arbeitslosen zugute, und das ist das Wichtigste. Wir verbauen uns in diesem Land den Weg zu vernünftigen Lösungen immer wieder durch einen geradezu paranoiden Neidkomplex. Wie ist denn die Realität? Dieselben, die den Vorschlag als Dienstmädchenprivileg verteufeln, drehen sich um und fragen: Kennen Sie eine Putzfrau, die bereit ist, für sechs Euro schwarzzuarbeiten? Der Vorschlag würde mit dieser Form der Heuchelei Schluss machen.



JOSÉ GIRIBAS

Politiker Biedenkopf: *„Mit der Heuchelei Schluss machen“*

SPIEGEL: Der Finanzminister müsste mit erheblichen Steuerausfällen rechnen.

Biedenkopf: Selbst wenn im ersten Schritt die Steuereinnahmen etwas sinken würden: Wir hätten Tausende schwarzer Jobs in legale Beschäftigungsverhältnisse verwandelt samt vollem Sozialversicherungsschutz. Der Staat gibt heute riesige Summen für Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe aus. Wenn wir die geförderten Haushaltsjobs nur zu einem geringen Teil mit Erwerbslosen besetzen, hätte sich die Maßnahme schon gelohnt – auch für den Finanzminister.

SPIEGEL: Der fürchtet einen Dammbruch: Wenn Haushaltstätigkeiten nicht versteuert werden müssen, warum soll das nicht auch für Handwerkerstunden gelten?

SPIEGEL: Was bringt das beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit?

Biedenkopf: Regierung und Opposition diskutieren derzeit über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und planen eine Art Beschäftigungsverpflichtung für alle. Dazu braucht man Jobs, die der Staat aber nur in sehr begrenztem Umfang schaffen kann. In den Haushalten dagegen gibt es einen riesigen Bedarf. Was liegt also näher, als die beiden Überlegungen zusammenzuführen? Wenn jemand eine bessere Idee hat, soll er sich doch melden.

die Grundsätze der Steuerpolitik vor, sollen alle Bürger die öffentlichen Aufgaben finanzieren, am besten entsprechend ihrer Wirtschaftskraft: die Reichen mehr, die Armen weniger.

Doch die Realität sieht anders aus. Wer die komplizierten Finanztransfers und Quersubventionierungen von Steuer- und Sozialsystemen analysiert, stellt fest: Die Zeche zahlen vor allem die Beschäftigten.

Es geht schon damit los, dass der Staat seine besonders ausgabenträchtigen Sozialsysteme organisiert hat wie internationale Fluglinien ihre Serviceleistungen, mit den Arbeitnehmern in der Holzklasse: Selbständige, Freiberufler und Spitzenverdiener dürfen sich kostengünstig privat versichern; für die Beamten kommt der Steuerzahler auf. Das Gros der Arbeitnehmer dagegen wird per Gesetz in die öffentlich-rechtlichen Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherungen gezwungen.

Das Ergebnis ist eine geradezu groteske Verzerrung des viel beschworenen Solidarprinzips. Während Großverdiener und Vermögensmillionäre vielfach gar nicht an den Kosten der sozialen Sicherung beteiligt sind, tragen die Lasten vornehmlich durchschnittlich und besser verdienende Arbeitnehmer.

Längst sind die Beschäftigten zu den Geprellten des angeblich für sie geschaffenen Wohlfahrtsstaates geworden: Der Staat schöpft einen immer größeren Anteil seiner Einnahmen aus ihren Abgaben für Rente, Pflege und Gesundheit. So wuchs der Anteil der Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen 40 Jahren von 10 auf rund 18 Prozent an. Die Steuerquote dagegen blieb im selben Zeitraum bei rund 22 Prozent konstant.

Doch die Zahlen vermitteln nur einen ersten Eindruck von der Einseitigkeit, mit der die Republik seit Jahren ihren Finanzbedarf dem Faktor Arbeit aufdrückt. In Wahrheit ist alles noch viel schlimmer: Zum einen greifen die Finanzämter einen wachsenden Anteil ihrer Steuereinnahmen ausgerechnet bei den Arbeitnehmern ab. Zum anderen hat der Staat den von Betrieben und Beschäftigten getragenen Sozialkassen jede Menge genereller Staatsaufgaben aufgebürdet, die eigentlich die Allgemeinheit tragen müsste.

Der Katalog der Fehlbuchungen hat mittlerweile einen solchen Umfang angenommen, dass nicht einmal Experten mehr den Überblick behalten. So finanzieren die Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen zur Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung nebenbei die Schulabschlüsse von Jugendlichen ohne Lehrstelle mit, bezahlen den Radwegebau in Mecklenburg-Vorpommern, alimentieren die Entlassungswellen bei Post und Telekom oder unterstützen die deutschen Wiedergutmachungsleistungen an ukrainische Juden.

Zwar zahlt der Bund den Sozialversicherungen deshalb milliardenschwere Zu-

Strafsteuer auf Arbeit

Abgaben auf 50 000 € Geldzufluss im Jahr nach Einkommensarten; Single

Arbeitseinkommen

13 786 € Lohnsteuer/ Solidaritätszuschlag

9812 € Sozialversicherungsbeiträge

23 598 €

Zinsen aus Sparguthaben

Einkommensteuer/ Solidaritätszuschlag

14 461 €

Erbschaft

Erbschaftsteuer von 17 %, (nicht verwandt)

5865 €

Kursgewinne aus Aktienverkäufen

Einkommensteuer bei einer Haltedauer unter 12 Monaten

5005 €

bei einer Haltedauer von über 12 Monaten

steuerfrei



VW-Arbeiter



Börse in Frankfurt

B. BOSTELMANN; W. SCHMIDT/NOVUM

schüsse aus Steuermitteln. Doch die Ausgleichszahlungen reichen längst nicht aus, den Katalog der Staatsaufträge an die Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung abzudecken.

Per Saldo, so hat der Bremer Ökonom Winfried Schmähl errechnet, addieren sich die so genannten versicherungsfremden Leistungen in den Sozialsystemen noch immer auf den gigantischen Betrag von rund 80 Milliarden Euro. Würden die Posten korrekt über Steuern finanziert, könnten die Beitragssätze sofort um mehrere Prozentpunkte sinken.

Doch daran haben die Entscheidungsträger der Republik nur mäßiges Interesse. So lassen die Wirtschafts- und Sozialpolitiker zwar keine ihrer Sonntagsreden verrauschen, ohne nicht wortreich sinkende Lohnnebenkosten und die Entlastung des Faktors Arbeit anzumahnen. Doch wenn es konkret wird, wälzen sie nur allzu gern staatliche Aufgaben auf die klammen gesetzlichen Versicherungssysteme ab.

Es ist einfach zu verlockend: Ständig wird Geld gebraucht, weil Interessengruppen beschenkt und Wahlversprechen eingelöst werden müssen. Doch dafür die Steuern zu erhöhen, ist denkbar unpopulär. Was also liegt näher, als die Aufgaben einfach den Sozialkassen aufzubürden, für die nicht nur die Politik, sondern auch Arbeitgeber und Gewerkschaften Verantwortung tragen. Nach dieser Logik haben nahezu alle Regierungen der vergangenen 30 Jahre die Lohnnebenkosten nach oben getrieben:

- Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, führte SPD-Arbeitsminister Walter Ahrendt 1972 die flexible Altersgrenze ein. Die Entscheidung leitete jene Frühverrentungswellen ein, die bis heute die Sozialkassen mit zweistelligen Milliardenbeträgen pro Jahr belasten.
- Mitte der achtziger Jahre verlängerte die schwarz-gelbe Regierung die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes schrittweise von bislang 12 auf 32 Monate – anscheinend eine soziale Großtat, in Wahrheit aber nur ein Kniff, um den Bundeshaushalt zu entlasten. Seitdem erhalten mehr Jobsuchende das von den Beitragszahlern getragene Arbeitslosengeld statt der steuerfinanzierten Arbeitslosenhilfe.
- Damit die Beschäftigung vor allem in Ostdeutschland anzieht, führte Ex-Arbeitsminister Walter Riester vor zwei Jahren ein Programm zur „Beschäftigung schaffenden Infrastrukturförderung“ ein. Seither können Kommunen Ortsdurchfahrten oder Bürgersteige mit Mitteln der Arbeitsämter finanzieren.

Den folgenreichsten Griff in die Sozialkassen aber organisierte Alt-Kanzler Helmut Kohl. Im Hochgefühl der Deutschen Vereinigung sicherte er den Ostbürgern die nahezu vollständige Übertragung von Währung, Arbeitsrecht und Sozialsystemen zu. Den Wessis versprach er, keine Steuern zu erhöhen.

Das Ergebnis war verheerend. Als die Wirtschaft unter den Kosten der Kohlschen Angleichungspolitik zusammenbrach, wurden Millionen erwerbsloser Ostbürger in den Vorruhestand oder unproduktive Beschäftigungsmaßnahmen abgeschoben. Die Quittung wurde vornehmlich an die Arbeitnehmer in Form steigender Sozialbeiträge weitergereicht.

Die Funktionäre von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die in den Aufsichtsgremien von Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenkassen Missbrauch verhindern sollten, sahen der Zweckentfremdung tatenlos zu. Kein Wunder: Lobbyisten wie DGB-Chef Michael Sommer oder In-


FOTO: STRAUCH

Kanzler Erhard (1966): *„Das Individuum stärker in die Verantwortung stellen“*

dustriepräsident Michael Rogowski haben selbst oft genug bewiesen, dass sie die Versicherungen nur allzu gern für eigene Interessen einsetzen.

Kaum jemand zum Beispiel kann so beredt über das Ausmaß versicherungsfremder Leistungen schimpfen wie die Funktionäre der deutschen Gewerkschaften. Doch wehe, wenn irgendwo in der Republik ein Industriezweig schwächelt oder ein Konzern mit Massenentlassungen droht. Dann sind die Arbeitnehmervertreter die Ersten, die neue Beschäftigungsprogramme oder eine verbesserte Altersteilzeit fordern. Und wenn dann die Beitragssätze angehoben werden müssen, feiern ihre Spitzenfunktionäre das Schröpfen der eigenen Klientel auch noch als „Stärkung der Solidarität“.

Nicht weniger zynisch: die Arbeitgebervertreter. Unablässig fordern sie tief greifende Einschnitte ins soziale Netz – nur um tags darauf die Fortbildungs- und Lohnsubventionstöpfe der Arbeitsämter umso beherzter anzuzapfen.

Die Folgen für die Arbeitnehmer sind stets die gleichen. Die Sozialbeiträge steigen und steigen. Halb so schlimm, rufen Politiker und Gewerkschaftsführer den Geschröpften dann gern zu: Die Arbeitgeber zahlen ja die Hälfte mit. Die so genannte paritätische Finanzierung der Sozialbeiträge, so lautet das Argument, führe zu einer fairen Teilung der Sozialkosten zwischen Kapital und Arbeit.

In Wahrheit ist das vermeintliche Gerechtigkeitsprinzip nicht mehr als ein Trugbild zur Irreführung der Beschäftigten. Tatsächlich tragen die Arbeitnehmer die Last der Sozialsysteme ganz allein: Wenn der Staat zum Beispiel die Rentenbeiträge anhebt, schlägt sich das in der Unternehmensrechnung als steigender Aufwand für die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung nieder. Will die Firma nicht auf Gewinn verzichten, müssen entweder die nächsten Lohnerhöhungen geringer ausfallen oder mehr Beschäftigte durch Maschinen ersetzt werden.

In jedem Fall wird das Unternehmen die Mehrkosten in Form niedrigerer Lohnzuwächse oder gestrichener Jobs auf die Beschäftigten abwälzen. Den Boss persönlich dagegen betreffen die steigenden Abgaben überhaupt nicht. Er ist ja privat versichert.

Um mit dem unsinnigen Märchen von der „hälftigen Finanzierung“ Schluss zu machen, empfehlen viele Ökonomen eine gleichermaßen radikale wie einfache Variante: Der Arbeitgeberbeitrag sollte als Lohnbestandteil an die Beschäftigten ausgezahlt werden.

So würden die Arbeitnehmer nicht nur mit einem Blick auf den Gehaltszettel erkennen, wie viel Rente, Pflege und Gesundheit sie tatsächlich kosten. Es würde sich auch stärker auszahlen, etwa in der Krankenversicherung zu möglichst günstigen Anbietern zu wechseln: Kassen, die ihre Kosten im Griff haben, hätten Vorteile. Weniger wirtschaftliche Versicherungen dagegen müssten sich etwas einfallen lassen.

Dass die Kosten für die aufgeblähten Etats von Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung in Wahrheit bei den Arbeitnehmern hängen bleiben, zeigen schon seit Jahren die volkswirtschaftlichen Statistiken. So sind die realen Bruttolöhne seit 1991 durchschnittlich um fast sechs Prozent gestiegen. Netto jedoch sind die Verdienste im gleichen Zeitraum um fast ein Prozent geschrumpft. Im Klartext: Die Arbeitnehmer sind ärmer geworden.

Zu der deprimierenden Bilanz haben nicht nur die steigenden Sozialabgaben beigetragen. Auch die Steuerlast, die doch alle Bürger gleichmäßig treffen soll, bleibt in Wahrheit vor allem an den Arbeitnehmern hängen.

Wie sollte es auch anders sein in einem System, in dem schon die Steuergrundsätze die Beschäftigten eindeutig benachteiligen. So müssen Arbeitnehmer je nach Verdienst bis zu 48,5 Prozent ihres Einkommens an den Fiskus abliefern. Für Erben oder Wertpapierbesitzer gelten dagegen andere Steuertarife – und die sind meist günstiger als die für Arbeitnehmer.

Wer zum Beispiel 50 000 Euro mit Aktienspekulationen an der Börse verdient, schneidet besonders gut ab. Er darf die Kursgewinne steuerfrei einstreichen, wenn er die Papiere länger als ein Jahr gehalten hat. Genauso großzügig behandelt das Finanzamt denjenigen, der 50 000 Euro von seinem Vater erbt. Er braucht gleichfalls nichts an den Fiskus abzuführen, weil in diesem Fall nach den geltenden Gesetzen Vermö-

Mehr als 50 Prozent gehen ab

Seit viereinhalb Jahren arbeitet **Christina Redmann,** 25, als Kameraassistentin für Filmproduktionen wie „Tatort“, „Bella Block“ oder „Doppelter Einsatz“. Leider verfügt sie über eine denkbar ungünstige Konstellation bei der Berechnung ihrer Steuern und Abgaben: Sie hat ein überdurchschnittlich hohes Einkommen, ist ledig, kinderlos und muss daher mit der unvorteilhaften Lohnsteuerklasse eins leben. So verdiente sie bei einer ihrer letzten Produktionen 5693,20 Euro im Monat. Davon zog die Gehaltsbuchhaltung insgesamt 2945,55 Euro für Steuern und Sozialversicherungen ab – knapp 52 Prozent. Geblieben sind ihr 2747,65 Euro. „Ich will mich nicht beschweren. Mir bleibt genug“, sagt sie. „Aber es ist schon ungerecht, dass man die Hälfte des Jahres nur für den Staat arbeiten muss. Zumal, wenn man hört, dass einige Unternehmen gar keine Steuern zahlen.“


GÖTZ SCHWAN

Werbeseite

Werbeseite

gen bis 205 000 Euro steuerfrei hinterlassen werden können. Wer als Lediger dagegen 50 000 Euro mit ehrlicher Arbeit verdient, kann von solchen Tarifen nur träumen. Er muss auf seinen Verdienst rund 14 000 Euro Lohnsteuer inklusive Solidaritätszuschlag entrichten.

Zudem kann der Fiskus bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe so lückenlos zugreifen wie bei den Beschäftigten. Als „Quellenbesteuerung“ bezeichnen Experten das Verfahren, nach dem ein Betrieb zugleich mit dem Monatsverdienst an seine Angestellten auch die Lohnsteuer ans Finanzamt abführen muss: Ohne Umwege, ohne Ausnahmen, ohne Ermessensspielräume. Weil für Fehler zudem der Unternehmer haftet, unterliegen alle Arbeitsverdienste einer „nahezu lupenreinen Überwachung“, sagt Dieter Ondracek, Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

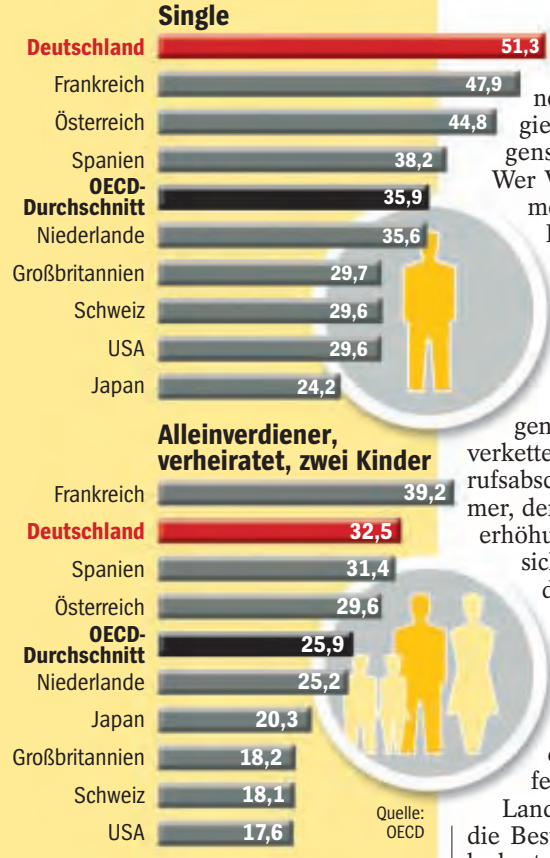
Ganz anders gehen die Finanzämter vor, wenn sie die Steuern bei Selbständigen, Kapitalbesitzern oder Rentnern eintreiben müssen. Im Grundsatz gelten natürlich dieselben Vorschriften wie bei Arbeitnehmern, doch in der Praxis bestätigt sich die alte Volksweisheit: Alle sind gleich, nur einige sind gleicher.

Freiberufler können Autos, Arbeitsräume oder Personalcomputer leicht als Betriebsausgaben absetzen. Für die meisten Arbeitnehmer dagegen ist das so gut wie ausgeschlossen. Bei Kapitalerträgen wird die so genannte Zinsabschlagsteuer fällig – aber nur mit einem Satz von 30 Prozent. Und nur, wenn das Geld bei einer deutschen Bank angelegt ist. Was in Luxemburg oder Liechtenstein im Schutz des Bankgeheimnisses geparkt wird, bleibt dem Fiskus meist verborgen.

Und auch gut situierte Rentner mit hohen Nebeneinkünften werden nur dann zur Kasse gebeten, wenn sie Mieten oder Zusatzpensionen dem Finanzamt melden. Aber wer macht das schon? Nach Expertenschätzungen führt bestenfalls die Hälfte der Rentner, die Steuern zahlen müssten, den korrekten Obolus ans Finanzamt ab.

Hohe Belastung

Steuer- und Abgabenbelastung* 2002 von **Durchschnittsverdienern** in Prozent der Bruttoarbeitskosten



*Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie persönliche Einkommensteuer abzüglich Transferzahlungen

Welche finanziellen Folgen die Schieflage zu Lasten der Arbeitnehmer hat, zeigen Hochrechnungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Allein acht Milliarden Euro könnte der Staat danach zusätzlich einnehmen, wenn er die nichtdeklarierten Kapitalerträge im In- und Ausland korrekt erfassen würde. Stattdessen finanzieren die Arbeitnehmer einen immer größer werdenden Teil der Staatsausgaben aus ihren Löhnen und Gehältern. Während der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen in den vergangenen 30 Jahren um zehn Prozentpunkte gestiegen ist, hat der Anteil der Gewinn- und Unternehmensteuern merklich abgenommen.

Die Beschäftigten sind Opfer einer Entwicklung, der auch die Regierung in Berlin nur wenig entgegensetzen kann: der Globalisierung. Wer Vermögen hat oder ein Unternehmen, kann sich heute weltweit jenes Land für seine Investitionen aussuchen, das ihm die besten Bedingungen bietet. Ein Mausklick genügt – und schon wandern gigantische Kapitalbeträge von einem Finanzplatz zum nächsten.

Die meisten Beschäftigten dagegen sind viel stärker mit ihrer Heimat verkettet. Die Familie, das Haus, der Berufsabschluss, die Sprache: Ein Arbeitnehmer, der vor einer Steuer- oder Abgabenerhöhung ins Ausland flüchten will, sieht sich vielfach unüberwindlichen Hindernissen gegenüber.

Was die Ökonomen als „unterschiedliche Mobilität der Faktoren Arbeit und Kapital“ bezeichnen, hat in der industrialisierten Welt ähnliche politische Konsequenzen ausgelöst: Um wertschaffende Investitionen möglichst im Land zu halten, haben die Regierungen die Besteuerung des Faktors Kapital gelockert. Im Gegenzug griffen die meisten Länder vor allem bei den Konsumenten zu: etwa durch eine höhere Mehrwertsteuer oder durch höhere Abgaben auf Luxusgüter wie Oberklasseautos oder Schmuck. Manche Nationen belasteten auch den Faktor Arbeit – aber kaum ein anderes Industrieland tat dies so einseitig und konsequent wie Deutschland.

Was scheinbar nur die Arbeitnehmer traf, hatte in Wahrheit verheerende Folgen für die gesamte Wirtschaft. Weil die Abga-



HERBY SACHS / VERSION



MICHAEL EBNER / MELDEPRESS

DGB-Chef Sommer, Industriepräsident Rogowski: *Der Zweckentfremdung tatenlos zugesehen*

Werbeseite

Werbeseite

ben einseitig den Faktor Arbeit belasteten, kauften die Unternehmen lieber eine neue Maschine, als zusätzliche Beschäftigte einzustellen. Und viele Arbeitnehmer fragten sich: Warum nicht lieber zu Hause bleiben, als für ein geringes Nettolohnplus sieben Stunden am Tag zu arbeiten?

Kein Wunder, dass Deutschland inzwischen eine der schwächsten Beschäftigungsbilanzen der industrialisierten Welt aufweist. Während in Ländern wie den USA, Frankreich oder den Niederlanden in den vergangenen zehn Jahren Millionen neue Jobs entstanden sind, stagnierte die Beschäftigung in Deutschland. Lediglich 65 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind derzeit erwerbstätig, deutlich weniger als in Dänemark, Großbritannien oder der Schweiz.

Neue Jobs? Die hat in Deutschland derzeit höchstens die Schattenökonomie zu bieten. Je stärker die offizielle Wirtschaft über die Last steigender Steuern und Abgaben stöhnt, desto besser geht es jenen grauen Dienstleistungsmärkten, wo das Kürzel BAT für die Zahlungsmethode „bar auf Tatze“ steht und brutto stets gleich netto ist. Mit dem gigantischen Jahresumsatz von rund 370 Milliarden Euro ist die Schwarzarbeit inzwischen zu einem der größten Wirtschaftssektoren der Republik aufgestiegen. Würden die Geschäfte legal abgewickelt, könnten auf einen Schlag sechs Millionen reguläre Arbeitsplätze entstehen. Finanzminister Hans Eichel und Sozialministerin Ulla Schmidt wären alle Sorgen los.

Doch wenn es ums Austricksen von Steuerfahndern und Sozialdetektiven geht, ist die Bundesrepublik im Konzert der Industrienationen nicht Schlusslicht, sondern ganz weit vorn. Während in fast allen Industrienationen der Anteil der Schwarzarbeit am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen fünf Jahren zurückgegangen ist, hat er in Deutschland von knapp 15 auf 17 Prozent zugelegt – so hat es jedenfalls der Linzer Ökonom Friedrich Schneider ermittelt.

Die Ursachen liegen für den Schwarzarbeitsforscher auf der Hand: Andere Länder hätten mit Sozialkürzungen oder Steueramnestien „viel mutiger gehandelt“, sagt Schneider. In Deutschland dagegen sei es „einfach nicht gelungen, die Lohnnebenkosten zu senken“.

Wie ein Computervirus durchsetzt die Schattenökonomie so immer größere Bereiche der Wirtschaft: vom Klempner, der nach Feierabend Waschbecken installiert, bis zur Erzieherin, die abends Kinder hütet, vom Lehrer, der nebenbei Nachhilfe gibt, bis zum Therapeuten, der das Honorar seiner Privatpatienten in eine separate Bar-Kasse schiebt.

War die Schattenökonomie früher eine Sache von einigen hunderttausend Feierabend-Malochern, ist sie inzwischen in ganzen Wirtschaftszweigen gängige Praxis. In Gaststätten und Hotels ist fast jeder vierte Beschäftigte nicht korrekt gemeldet, ergab jüngst eine bundesweite Razzia. Das Handwerk steuert nach Schätzung der eigenen Verbandsfunktionäre fast 15 Prozent seines Umsatzes am Fiskus vorbei. In manchen Baubranchen haben viele Betriebe sogar offiziell die Vier-Tage-Woche eingeführt – damit ihre Beschäftigten freitags unbehelligt hinzuverdienen können.

Dass sie damit gegen Recht und Gesetz verstoßen, empfinden immer weniger Deutsche als Problem. Nur die über 70-Jährigen befürworten noch mehrheitlich ein hartes Vorgehen gegen Schwarzdienstleister, bei den 14-bis 19-Jährigen sind es dagegen weniger als 30 Prozent.

Die Zahl regulärer Jobs in Deutschland entwickelt sich ebenfalls unterdurchschnittlich. So baute die deutsche Industrie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fast fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze ab. In Neuseeland, Österreich oder Schweden ging nicht einmal ein Prozent der Industriejobs verloren.

Schlimmer noch: In den Wachstumssektoren der Dienstleistungswirtschaft kamen in Deutschland kaum Arbeitsplätze hinzu. In Ländern wie den Niederlanden, Finnland oder Norwegen wuchsen die Dienstleistungsstellen mit zweistelligen Raten. In Deutschland legten sie im Vergleichszeitraum um lediglich fünf Prozent zu.

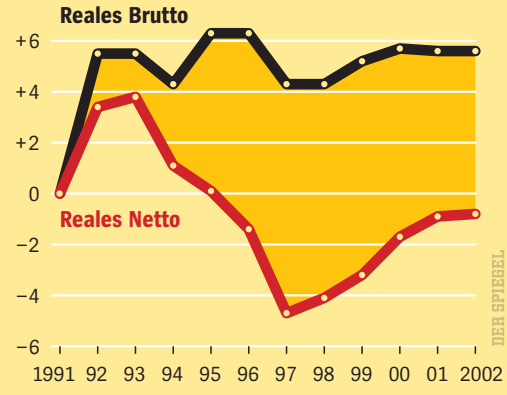
Besonders ausgeprägt ist die Beschäftigungsschwäche bei jenen, die dem Abgabendruck und der Regelungswut des Sozialstaats besonders stark ausgeliefert sind: bei Geringqualifizierten, Älteren und Frauen. In kaum einem anderen Land sind die Arbeitslosenquoten in diesen Gruppen so hoch wie in Deutschland.

Für Sozialhilfeempfänger zum Beispiel wäre es in den meisten Fällen geradezu unvernünftig, einen gering entlohnten Job anzunehmen. Nach den geltenden Gesetzen nämlich müssen sie nahezu alles wieder abliefern, was sie neben der Stütze legal hinzuverdienen. Der Anreiz, einer Arbeit nachzugehen, ist entsprechend gering.

Allerdings nicht für Frank Neuhaus: Obwohl der 30-Jährige kaum mehr verdient, als ihm und seiner Familie bei lang andauernder Arbeitslosigkeit an Sozialhilfe zustünde, ist er nicht „der Typ, der einfach

Nullrunde im Portemonnaie

Entwicklung der realen Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer gegenüber 1991 in Prozent





SVEN DÖRING / VISUM

Viel Stress für wenig Geld

Birgit Höse ist allein erziehende Mutter von vier Kindern; drei sind noch in der Ausbildung. Brutto verdient sie als Hebamme im Öffentlichen Dienst 2900 Euro im Monat, netto bleiben ihr 1800 Euro. Die Arbeit lohnt sich aber nur, weil sie im Schichtdienst arbeitet – und eine steuerfreie Nachtzulage bekommt. Ohne den Schicht-Bonus blieben ihr brutto nur 1700 Euro. Inklusive Kindergeld verfügt sie pro Monat über 2150 Euro – ohne Arbeit würde sie vom Sozialamt etwa 1900 Euro erhalten.

Werbeseite

Werbeseite



OLAF TIEDJE

Hohe Kosten, wenig netto

Der gelernte Stahlbaumeister **Jürgen Fleischmann,** 34, verdient mit Zulagen 2500 Euro im Monat, seinen Arbeitgeber Alexander Brochier (r.), Chef des Nürnberger Haustechnik-Unternehmens Brochier, kostet er jedoch inklusive Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung sowie zur Unfallversicherung fast 3200 Euro im Monat. Bei Fleischmann kommen davon netto nur etwa 1800 Euro an. „Der Arbeiter ist der Depp", schimpft er.

nur zu Hause bleibt". Der gelernte Einzelhandelskaufmann wird seit Juli dieses Jahres von der Firma Engros beschäftigt, einem Dortmunder Lagerbetrieb für Autozubehör. Im Monat verdient er 1478 Euro brutto. Davon kassiert seine Krankenkasse 110 Euro, die Pflegeversicherung 12,56 Euro, die Rentenversicherung 144 Euro und die Arbeitslosenversicherung 48 Euro. Lohnsteuer muss Neuhaus wegen seines geringen Verdienstes keine zahlen. „Ginge die auch noch ab, hätten wir tatsächlich weniger als das Sozialhilfeniveau", so Neuhaus.

Am Ende bleiben ihm netto 1163,44 Euro zuzüglich Erziehungs- und Kindergeld. Von diesem Gehalt muss er seine 25-jährige Frau und ein 14 Monate altes Baby ernähren. Für die 75 Quadratmeter große Wohnung gehen monatlich 540 Euro drauf, ein uneheliches Kind bekommt rund 100 Euro Unterhalt im Monat, und Neuhaus' 15 Jahre alter Opel Kadett verschlingt fast den gleichen Betrag. „Da bleibt nicht mehr viel übrig", klagt Neuhaus und weiß sehr wohl, dass Kosten wie Miete, Heizung oder Unterhalt, die er von seinem spärlichen Gehalt bestreiten muss, im Sozialhilfefall von den öffentlichen Kassen übernommen würden.

Einmal sogar, als er kurzzeitig arbeitslos wurde, bekam der Familienvater mit 1150 Euro fast genauso viel Arbeitslosengeld, wie er heute netto verdient. „Es ist schon skurril, dass man für 13 Euro mehr im Monat fünf Tage die Woche von früh bis spät zur Arbeit geht", sagt Neuhaus.

Auch für viele andere Beschäftigtengruppen gilt: Arbeiten lohnt sich nicht. Für Frauen zum Beispiel, deren Mann gut verdient, schreiben die Gesetze so hohe Abgaben vor, dass bis zu 78 Prozent ihres Entgelts an den Staat abgeführt werden müssen – das kommt fast einer Enteignung gleich.

Für viele verheiratete Frauen, die eine Zeit lang aus dem Job ausgestiegen sind, um Kinder zu erziehen, wird der erste Steuerbescheid nach der Babypause nicht selten zum Schockerlebnis. Denn von ihrem Bruttogehalt gehen vielfach nicht nur die üblichen Sozialbeiträge ab, sondern auch überdurchschnittlich hohe Steuerabzüge: vor allem, weil das Ehepaar durch den Zusatzverdienst in eine höhere Steuerklasse rutscht.

Vielen Berufsrückkehrerinnen bleiben deshalb von jedem verdienten Euro oft nicht mehr als 30 Cent netto übrig. Kein Wunder, dass viele von ihnen keine Vollzeitstelle mehr übernehmen. Zum Beispiel Hannelore Neumann aus dem hessischen Dieburg. 15 Jahre lang hatte sich die gelernte Industriekauffrau um den Haushalt und die drei Kinder gekümmert; ihr Mann, Dozent an einer Fachhochschule, verdiente das Geld.

Doch als sie nach der Kinderpause einen neuen Job suchte, stellte sie fest, dass sich eine „Ganztagsstelle wegen der hohen Abgaben nicht gelohnt hätte". Seitdem arbeitet sie wöchentlich ein paar Stunden in einer Verbraucherberatung, auf Minijob-Basis. „Das ist mein Taschengeld", sagt Neumann.

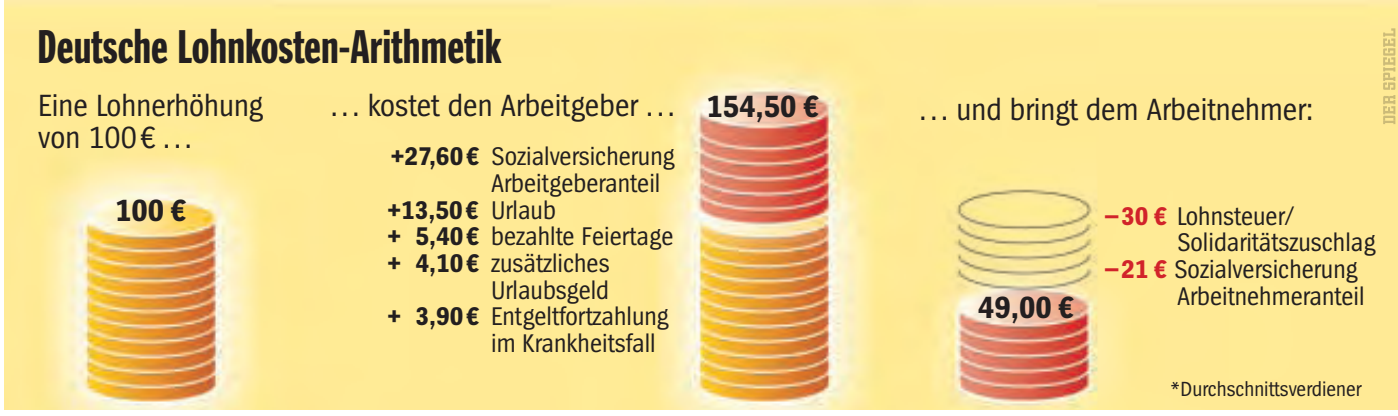
Bei älteren Arbeitnehmern, die von ihren Arbeitgebern in die Frührente abgeschoben werden sollen, ist das Weiterarbeiten meist genauso unattraktiv – wenn auch aus anderem Grund: Sie kommen mit Leistungen der Sozialkassen und Abfindungen ihrer Arbeitgeber oft genug auf Einkommen, die kaum niedriger liegen als ihre Nettoverdienste. Wozu da noch arbeiten? Warum nicht lieber gleich in Rente gehen?

So kann es nicht weitergehen – sagen auch die deutschen Politiker. Zumindest in Wahlkampfzeiten. Als im vergangenen Jahr Unions-Kandidat Edmund Stoiber und SPD-Chef Gerhard Schröder um die Stimmen der Bürger warben, überboten sich beide mit Bekenntnissen, dass es mit dem ständigen Anstieg der Sozialkosten ein Ende haben müsse. Schröder versprach, die „Lohnnebenkosten deutlich zu senken". Stoiber kündigte unter dem flotten Slogan „3 mal 40" gar historische Tiefstände von Steuer- und Beitragssätzen an.

Doch als die Wahl vorüber war, wollten die Kandidaten von ihren Versprechen nichts mehr wissen. Stoiber hielt größere Steuersenkungen plötzlich für unfinanzierbar. Und die neue rot-grüne Regierung erhöhte die staatlichen Abgaben. Allein die steigenden Beitragssätze und Bemessungsgrenzen in der Sozialversicherung belasteten Arbeitnehmer und Betriebe zur Jahreswende mit zehn Milliarden Euro.

Auch der anschließende Schwenk der Regierung zu zaghaften Reformen brachte bislang nur wenig durchschlagende Ergebnisse. So senkte die Minijob-Reform zwar die Sozialabgabenlast von Kleinverdienern unterhalb eines monatlichen Ein-

Deutsche Lohnkosten-Arithmetik



Werbeseite

Werbeseite



FRANK ROGNER / NETZHAUT

Jobsuche (im Bochumer Arbeitsamt): *Warum nicht lieber zu Hause bleiben, als sieben Stunden am Tag zu arbeiten?*

kommens von 800 Euro. Doch zugleich zahlen alle übrigen Arbeitnehmer drauf, wenn die Betriebe, wie zu erwarten, reguläre in staatlich geförderte Jobs umwandeln.

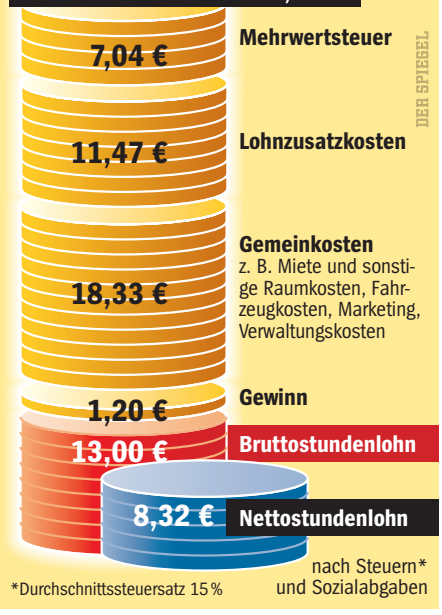
Und die umstrittenen Sozialkürzungen der Agenda 2010 bedeuten bestenfalls einen ersten Schritt in die richtige Richtung. So reduziert die geplante Privatisierung des Krankengeldes zwar die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber. Aber dafür zahlen die Beschäftigten umso mehr. Und die vorgesehenen Kürzungen beim Arbeitslosengeld, so räumt die Regierung ein, wirken frühestens im Jahr 2007. Bis dahin kann von Sparen also keine Rede sein.

Was nötig wäre, um den Faktor Arbeit tatsächlich zu entlasten, ist unter Ökonomen weitgehend unumstritten. Die Bürger müssen für einen Teil der Gesundheits- oder Altersvorsorge verstärkt selbst aufkommen. Und zugleich muss die Finanzierung des Staates auf eine breitere Grundlage gestellt werden:

- Damit die Lohnnebenkosten sinken, sollten die Sozialkassen vom Faktor Arbeit weitgehend abgekoppelt werden. Entsprechende Konzepte haben jüngst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (SPIEGEL 11/2003) sowie die Rürup-Kommission mit ihrem so genannten Kopfpauschalen-Modell vorgelegt.
- Um niedrig entlohnte Jobs attraktiver zu machen, müssen Sozial- und Arbeitslosenhilfe konsequent auf das Prinzip „Fördern und fordern“ umgestellt werden – nach Modellen, wie sie etwa der Münchner Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn entwickelt hat: Wer angebotene Jobs ablehnt, muss Kürzungen in Kauf nehmen. Im Gegenzug erhalten Niedriglöhner Anspruch auf staatliche Lohnzuschüsse.
- Um den Faktor Arbeit zu entlasten, müssen die Steuersätze gesenkt und zum Ausgleich Schlupflöcher und Vergünstigungen abgebaut werden. Ein solches Modell hat schon vor Jahren der Hohenheimer Steuerprofessor Peter Bareis erarbeitet.
- Versicherungsfremde Leistungen in den Sozialkassen sollten eigens ausgewiesen und konsequent über Steuern finanziert werden. In der Arbeitslosenversicherung zum Beispiel tragen die Beitragszahler einen Großteil der Ausgaben für die Arbeitsmarktpolitik, von der Weiterbildung bis zur Beschäftigungsförderung. Doch der Rat vieler Ökonomen, die Maßnahmen stärker über Steuern zu finanzieren, hatte bislang keine Chance.

Teures Handwerk

Wie sich der Preis einer Handwerksstunde zusammensetzt; Beispielrechnung



Nicht zuletzt empfehlen viele Experten eine Maßnahme, mit der andere Länder schon seit Jahren ihren Dienstleistungssektor ankurbeln: Steuervorteile für Arbeitskräfte im Haushalt. Könnten Privatleute die Löhne für Putzhilfen, Gärtner oder Pflegekräfte wie Gewerbebetriebe vollständig von der Steuer absetzen, würde es sich vielfach lohnen, die Arbeitskräfte legal statt schwarz zu beschäftigen.

Der frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf brachte die Idee bereits vor Jahren in die Debatte. Heute hält er sie für aktueller denn je. „In den Haushalten gibt es ein riesiges Beschäftigungspotenzial“, sagt er (siehe Seite 102).

Nur solch durchgreifende Reformen, da sind sich die Experten einig, können die Probleme der deutschen Wirtschaft lösen: Arbeit muss sich wieder lohnen.

„Der geringe Einsatz des Faktors Arbeit“, heißt es in einer Studie der Deutschen Bank, „ist der Engpassfaktor für das deutsche Wirtschaftswachstum.“

Erst wenn dieser Engpass beseitigt ist, kann das Land wieder jene Wachstumskräfte entfalten, die nötig sind, um die Arbeitslosigkeit spürbar abzubauen.

MICHAEL SAUGA; ANDRÉ ANWAR, JAN BERG, JANKO TIETZ

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



FRANK DARCHINGER

Ackermann

MANNESMANN-PROZESS

Konsequenzen für Ackermann?

Trotz Rückendeckung durch die Deutsche Bank wird der Vorstandschef des Instituts, Josef Ackermann, seinen Job während des Mannesmann-Prozesses möglicherweise ruhen lassen müssen. Am Donnerstag vergangener Woche hatte das Landgericht Düsseldorf die Anklage wegen Untreue gegen ihn und fünf weitere Beteiligte der Mannesmann-Affäre zugelassen. Laut Anklage sollen die Manager, zu denen auch Ex-Mannesmann-Chef Klaus Esser und der frühere IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel gehören, den Düsseldorfer Konzern um rund 110 Millionen Mark geschädigt haben. Schon vor Monaten hatte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) prüfen lassen, ob Ackermann im Falle der Prozesseröffnung seine Aufgaben noch mit der notwendigen Sorgfalt ausüben kann. Die von Jochen Sanio geleitete Behörde ging von mindestens zwei Verhandlungstagen pro Woche aus und kam zu der Überzeugung, dass Ackermann seinen Posten für die Prozessdauer nicht wahrnehmen kann. Insider rechnen damit, dass sich Sanio für diese Entscheidung politische Rückendeckung holen wird. Letztendlich entscheidet damit das Bundesfinanzministerium, ob Ackermann während des Prozesses im Amt bleibt. Der will dagegen den Prozess ohne Amtsniederlegung durchstehen und hat sich bereits ein Büro in Düsseldorf gemietet. Von dort aus will er die Geschäfte führen, wenn er nicht auf der Anklagebank sitzt. Sollte er rechtskräftig verurteilt werden, würde er in jedem Fall seine Banklizenz verlieren. Der Prozess wird im Spätherbst, vielleicht auch erst Anfang 2004 beginnen.

VERKEHRSPOLITIK

Kein Geld für Stolpe

Die Gespräche zwischen Verkehrsminister Manfred Stolpe und Toll Collect, dem Betreiberkonsortium des Maut-Systems, über Schadensersatzzahlungen sind völlig festgefahren. Während das Ministerium wegen des verspäteten Starts einen Ausgleich fordert, lehnt das Konsortium dies strikt ab. Die Haupteigentümer DaimlerChrysler und Deutsche Telekom sind sicher, dass sie dazu nicht verpflichtet sind. Der gültige Vertrag vom September 2002 sieht vor, dass für die ersten drei Monate des offiziellen Betriebs bei Ausfällen keine Zahlungen der Industrie fällig sind. In den folgenden drei Monaten wären lediglich 250 000 Euro pro Tag zu zahlen und dann nochmals drei Monate lang 500 000 Euro pro Tag. Im Anschluss an diese lange Übergangszeit gilt laut Bürgerlichem Gesetzbuch (BGB) eine unbeschränkte Haftung. Dann wären für den Ausfall des Systems während eines kompletten Jahres mehr als zwei Milliarden Euro zu zahlen. Wegen dieses Risikos könnte der Börsenkurs von DaimlerChrysler und Telekom unter Druck geraten. Doch DaimlerChrysler schätzt diese Gefahr als gering ein. Schließlich könnte das Maut-System kaum ein komplettes Jahr ausfallen.



BEN BEHNKE

Elektronische Maut-Station an der A7

VOLKSWAGEN

Große Pläne mit Ferrari

Aus der zwischen dem VW-Konzern und Ferrari vereinbarten Zusammenarbeit könnte durchaus mehr werden – eine Beteiligung des Wolfsburger Konzerns an dem italienischen Sportwagenbauer, zu dem auch Maserati gehört. Bislang ist Ferrari eine Tochter des angeschlagenen Fiat-Konzerns. Sollte der noch stärker in die Krise steuern und frisches Kapital benötigen, wären die Wolfsburger – bei angemessenem Preis – zu einer Übernahme von Ferrari bereit. Fest vereinbart ist zwischen VW-Boss Bernd Pischetsrieder und Ferrari-Chef Luca di Montezemolo bereits, dass Volkswagen Komponenten seiner Geländewagenplattform Touareg an Maserati liefert und Maserati darauf einen eigenen Geländewagen konstruiert. Die VW-Tochter Audi unterstützt Maserati mit Technik und Know-how für den Einsatz von Aluminium. Im Gegenzug will der VW-Konzern von Maserati die Plattform des Modells Quattroporte beziehen, auf der sich möglicherweise einmal ein Nachfolger für den Phaeton bauen lässt. Von dieser Zusammenarbeit können beide Unternehmen profitieren. Und sollte Ferrari einmal zum Verkauf stehen, dann führt kaum noch ein Weg an VW vorbei.



ULRICH SONNTAG / AUTO BILD

Montezemolo, Pischetsrieder



STEFAN HUSCH / TERZ

Reif



RUPERT OBERHÄUSER / DAS FOTOARCHIV

Getränkedosen

DOSENPFAND

Geschäft mit Zetteln

Der massive Einsatz des Landes Hessen, auch nach dem 1. Oktober ein Rückgabesystem für Einwegdosen mit Pfandcoupon übergangsweise zuzulassen, nutzt vor allem einem hessischen CDU-Landtagsabgeordneten. Angeboten wird die Zettelwirtschaft, die eigentlich auslaufen sollte, weiterhin von dem Kölner Unternehmen Vfw. Vorstandsvorsitzender und nach eigenen Angaben größter Aktionär ist Clemens Reif, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Wiesbadener Landtag. Reif will sein Unternehmen an den Logistikdienstleister Tibbet & Britten verkaufen. Die Briten bieten für das Unternehmen 31,7 Millionen Euro, obwohl der Umsatz 2002 nur bei 29,5 Millionen Euro lag. Das Angebot ist befristet bis zum 7. Oktober, eine Woche nach Inkrafttreten des Bund-Länder-Kompromisses. Vergangenen Mittwoch hatten sich die Umweltminister von Bund und Ländern geeinigt, neben pfandbonfreien Rücknahmesystemen auch das der Vfw zuzulassen. Eine Ländermehrheit unter Führung Hessens hatte gedroht, andernfalls den Starttermin für die flächendeckende Rücknahme platzen zu lassen. Per Brief an Bundesumweltminister Jürgen Trittin beklagte sich Hessens Umweltminister Wilhelm Dietzel (CDU), der Aufbau weiterer Rücknahmesysteme dürfe „nicht willkürlich behindert werden“. Trittin gab schließlich nach. Reif selbst sieht auf Anfrage keinen Zusammenhang zwischen der Entscheidung und seinen Verkaufsabsichten. Auch habe er keine besonderen Wünsche an die hessische Landesregierung herangetragen. „Wir haben jedem Umweltministerium und jedem Staatskanzleichef geschrieben.“

RENTE

Beitrag steigt stärker

In der Bundesregierung rechnet man mit einem stärkeren Anstieg der Rentenbeiträge als bislang bekannt. Danach könnte der Beitragssatz 2004 auf bis zu 20,3 Prozent der Bruttolöhne steigen, schätzen Experten des Sozialministeriums. Bislang wurde nur mit einem Zuwachs von 19,5 auf 19,9 Prozent kalkuliert. Ursache der verschlechterten Prognose sind die Sparpläne von Finanzminister Hans Eichel sowie die wirtschaftliche Entwicklung. So schrumpften die Beitragseingänge in der Rentenversicherung von Angestellten und Arbeitern im August um rund 100 Millionen Euro. Die Regierung hat aber für dieses Jahr ein deutliches Plus eingeplant. Hält der negative Trend an, muss der Beitragssatz im nächsten Jahr um etwa 0,2 Prozentpunkte steigen. Ein ähnlicher Zuschlag ist fällig, wenn die Rentenversicherung wie geplant zwei Milliarden Euro an Eichel abführen muss. Bei einem Krisentreffen mit Vertretern der Rentenversicherung kündigte die Regierung deshalb vergangene Woche ein Sparprogramm an. Danach soll die Rentenerhöhung im nächsten Jahr verschoben, das Altersgeld an Neurentner erst am Monatsende ausgezahlt sowie die eiserne Reserve der Rentenkasse weiter abgeschmolzen werden.



MATTHIAS RIETSCHEL / AP

LUFTFAHRT

Kuscheln statt kämpfen

Auf dem Billigflugmarkt zwingt der harte Wettbewerb die deutschen Anbieter Germanwings und Hapag-Lloyd Express (HLX) zur Zusammenarbeit. Statt sich zu bekriegen, wollen die Ableger von Lufthansa und TUI vom Herbst an ihr Streckennetz entzerren. Damit haben sie das Bundeskartellamt auf den Plan gerufen. Vorsichtshalber warnte vorige Woche Kartellamtspräsident Ulf Böge Touristikunternehmen davor, verbotene Absprachen zu treffen. Als die Rivalen vor einem Jahr starteten, deckten sich fast zwei Drittel der Routen. Ab Ende Oktober reduziert sich die Quote auf gut 30 Prozent. So überlässt HLX die Strecken von Köln/Bonn nach London oder Mailand dem Konkurrenten. Von Stuttgart aus werden beide Carrier zusammen mehr als ein Dutzend Ziele bedienen, aber nur eine einzige Route parallel, die Rennstrecke nach Rom. Ob die neue Politik endlich Gewinne beschert, ist fraglich. Der Chef ihres Heimatflughafens Köln/Bonn verhandelt bereits mit Ryanair und Easyjet, die auch von dort aus starten wollen.

Billigflieger (in Köln/Bonn)



HERBY SACHS / VERSION-FOTO.DE

Werbeseite

Werbeseite





FIRO

Borussen-Spieler*: *Rechtlich ist den Steuertricksern vom Westfalenstadion nicht beizukommen*

STEUERN

Stille auf der Südtribüne

Nachtarbeitszulage für Fußballmillionäre: Mit seiner kreativen Steuergestaltung hat Borussia Dortmund demonstriert, wie simpel sich der Sozialstaat ausbeuten lässt. Die Bundesregierung will die Trickser jetzt stoppen, bevor ihr Beispiel Schule macht.

Wie im richtigen Leben ist Gerhard Schröder auch als Fußballfan bekennender Pragmatiker. In der heimischen Rüstkammer für Stadionbesuche hortet der Bundeskanzler Schals von drei Fußballvereinen: Energie Cottbus, Hannover 96 und Borussia Dortmund.

Ausgerechnet der ehemalige Arbeiterverein aus dem Ruhrgebiet bereitet dem Kanzler derzeit einiges Unbehagen. Die Borussia verfehlte nicht nur die Qualifikation zur Champions League, sondern fiel auch als Steuertrickser auf.

Um Geld zu sparen, kürzte der Verein seinen Spielern Anfang des Jahres die Gehälter. Für Einsätze am Abend und an Sonntagen zahlt er ihnen stattdessen ein Handgeld aus, das zu großen Teilen von der Steuer befreit ist. Der Spieler kassiert netto so viel wie vorher, der Verein streicht die Steuerersparnis ein. Einen Teil der Millionengagen für seine Star-Kicker finanziert der BVB also mit dem Griff in die Staatskasse. Der virtuose Umgang mit den Steuergesetzen bescherte der Erregungsrepublik eine veritable Neiddebatte. Der Zorneseifer erfasste die Fußballfans parteiübergreifend. „Das ist ein eklatanter Missbrauch einer Regelung, die für hart arbeitende Bürgerinnen und Bürger geschaffen wurde“, schimpfte Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber. Er sitzt im Verwaltungsbeirat von Bayern München und ist schon von Amts wegen gegen alle Finessen, die sich die Konkurrenz ausdenkt.

„Dieses Verhalten ist nicht illegal, aber unanständig“, wetterte SPD-Fraktionsvize Joachim Poß, als Abgeordneter aus Gelsenkirchen naturgemäß Anhänger von Dortmunds Erzrivalen Schalke 04.

Erbost waren auch die Medien: „Steuer-Geschenke für Fußball-Millionäre“, kritisierte „Bild am Sonntag“, und die „Süddeutsche Zeitung“ beklagte Foulspiel: „Steuertricks im Strafraum“.

Leidenschaftlich debattiert die Republik, ob Einkommensmillionäre für sich in Anspruch nehmen dürfen, was ursprünglich für Krankenschwestern, Straßenbahnfahrer oder Drucker gedacht war. Das Steuerprivileg sollte ihnen die Maloche am Abend und am Wochenende schmackhaft machen.

Es geht dabei vor allem um Fragen der Moral. Denn rechtlich ist den Tricksern vom Westfalenstadion nicht beizukommen. „Aus steuerfachlicher Sicht erscheint die steuerfreie Gehaltszahlung zulässig“, schrieben Experten im Finanzministerium ihrem Chef Hans Eichel in einen Vermerk. Solange die gesetzlichen Voraussetzungen wie im Fall Dortmund erfüllt sind, „kann die Steuerfreiheit nach Paragraf 3b Einkommensteuergesetz nicht versagt werden.“ Auf Deutsch: Das Vorgehen des Clubs verstößt nicht gegen die Buchstaben des Gesetzes, allenfalls gegen dessen Geist.

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen offenbarte der Sozialstaat Deutschland, wie leicht er sich von findigen Schmarotzern ausbeuten lässt. Zuerst demonstrierte ein Ex-Banker („Florida-Rolf“), wie komfortabel man mit Sozialhilfe im Ausland überwintern kann. Jetzt also die gut dotierten Ledertreter von der Ruhr.

Nach anfänglichem Zögern reagierte die Politik mit hektischen Reparaturarbeiten. Zunächst versuchte es das Finanzministerium mit Appellen. Jetzt müssten die Fans in den Stadien darüber richten, ob sie ihren

* Während des nächtlichen Elfmeterschießens beim Champions-League-Qualifikationsspiel gegen den FC Brügge am 27. August.



TIM WEGNER / LAIF

STEUERFREIE ZUSCHLÄGE

in Prozent des Grundlohns

Nachtarbeit (20.00 bis 24.00 Uhr und 4.00 bis 6.00 Uhr) ..	**25 %**
Nachtarbeit (0.00 bis 4.00 Uhr)	**40 %**
Sonntagsarbeit	**50 %**
Feiertage* und Silvester*	**125 %**
Weihnachten*, Heiligabend* und 1. Mai	**150 %**

* ab 14.00 Uhr

REGELUNGEN

- Lohnzuschläge müssen vertraglich vereinbart sein.
- Die tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit muss in der Regel einzeln belegt werden.
- Die Zuschläge können auf gesetzlicher, tarifvertraglicher oder einzelvertraglicher Basis festgelegt werden.



UWE ERNST / ARD / DDP

Nachtarbeit im Fernsehen*: *Alles brav versteuern*



DRAMA

Nachtarbeit im Theater*: *Furcht vor neuen Löchern*

Idolen zugestehen, was eigentlich für sie selbst reserviert sei, streuten Mitarbeiter Eichels. Im Kanzleramt dagegen war es still wie auf der Südtribüne des Westfalenstadions bei einer Heimniederlage.

Bis Ende vergangener Woche. Da merkten der Kanzler und sein Kassenwart, dass der Gleichmut nicht lange durchzuhalten sein würde. Sie beschlossen, der Sache einen Riegel vorzuschieben. „Wir wollen das Gesetz ändern, so kann es nicht bleiben“, sagt Finanzminister Eichel im SPIEGEL-Interview (siehe Seite 126).

Die beiden treibt die Angst, dass das Beispiel Schule machen könnte. Schon erwägen Werder Bremen und Hertha BSC Berlin, dem Dortmunder Vorbild zu folgen.

Richtig bedrohlich für die Staatsfinanzen würde das Schlupfloch aber erst, wenn andere Branchen im großen Stil das steuerfreie Zuschlagwesen einführten. Warum sollten Rechtsanwaltskanzleien oder Banken, deren Bedienstete häufig nach Sonnenuntergang oder am Wochenende werkeln, sich größere Zurückhaltung auferlegen als Fußballclubs? Und was ist mit den Fernsehmoderatoren und Theaterschauspielern, die am Abend vors Publikum treten und bisher alles brav versteuern?

„Sobald es solche Ausnahmeregelungen gibt, werden sie früher oder später auch ausgenutzt“, sagt Stefan Homburg, Finanzprofessor an der Universität Hannover.

* Oben: „Tagesthemen“-Moderatorin Anne Will; unten: „Nora“-Inszenierung der Berliner Schaubühne mit Anne Tismer und Jörg Hartmann.

Krankenschwester auf Intensivstation
Anreiz für Maloche am Abend

Aus Furcht vor neuen Steuerlöchern, aber auch vor Volkes Stimmung erging deshalb am vergangenen Donnerstag an die Experten im Finanzministerium die Weisung, übers Wochenende eine Möglichkeit zu finden, wie die Steuerflucht im Stadion bekämpft werden kann. Der Arbeitsauftrag kostet den Fiskus nichts. Beamte im Bundesfinanzministerium bekommen keine steuerfreien Zuschläge.

Zwei Varianten stehen zur Debatte:

- Zum einen könnte die Höhe der steuerfreien Zuschläge begrenzt werden.
- Als Alternative bietet sich eine Höchstgrenze für das Einkommen an, bis zu der steuerfreie Zuschläge in Anspruch genommen werden dürfen. Verdient ein Arbeitnehmer mehr, muss er seine Einkünfte komplett versteuern.

Wie so viele vermeintliche Errungenschaften des Sozialstaats ist auch die Steuerfreiheit für Nacht- und Feiertagsarbeit ein Überbleibsel aus dem Dritten Reich. 1940 führten die Nazis das Privileg ein, um Leistung und Moral der Rüstungsarbeiter zu steigern.

Nun soll es Borussia Dortmund aus der Klemme helfen. Wie das zuständige Finanzamt Dortmund-West bestätigte, sind die Spieler des börsennotierten Kick-Unternehmens überwiegend mit Vertragsvereinbarungen über Nettogehälter ausgestattet. Wenn ein Teil der Bezüge in steuerbegünstigte Zuschläge umgewandelt wird, ändert sich an den Überweisungsbeträgen an die Profis also nichts. Den Steuervorteil hat der Club.

Als der BVB zu Beginn des Jahres die Spielerverträge entsprechend modifizierte, konnte er also seine Gehaltszahlungen senken, ohne die Nettoeinkünfte der Spieler zu ändern. Fachleute taxieren das Sparpotenzial nach dem Dortmunder Modell auf 10 bis 15 Prozent der Steuern auf Personalkosten.

In diesem Kalenderjahr bestritt die Mannschaft allerdings erst drei Pflichtspiele am Sonntag, für die steuerfreie Zuschläge in Höhe von 50 Prozent der Grundlöhne berechnet werden. Fünfmal wurde nach 20 Uhr gespielt – „Nachtarbeit“ also, bei der 25 Prozent des Grundlohns steuerfrei sind. Bei einem Teamkader von 18 Mann und einem Durchschnittsgehalt von rund zwei Millionen Euro hätte der Club geschätzte 110 000 Euro an Steuern für die Sonntage gespart und höchstens noch einmal die gleiche Summe für die

Nächte. „Minimale Beträge“, wiegelt Meier ab.

Selbstverständlich, versichert der Manager, habe der Vorstand die Zuschlagspraxis mit dem Finanzamt abgestimmt. Die Beamten bestätigten, dass nach dem Gesetzestext Berufsfußballspieler nicht anders zu bewerten seien als Krankenschwestern. Jedoch sehen Steuerexperten, im Gegensatz zum Bundesfinanzministerium, in der nachträglichen Etikettierung von Grundgehalt als „Zuschlag“ einen womöglich fragwürdigen Vorgang. In einschlägigen Gesetzeskommentaren heißt es nämlich, ein Zuschlag sei „ein besonderes Entgelt, das – für die im Gesetz geregelten Erschwernisse – zusätzlich gezahlt wird“. Es müsse also zumindest wirklich gezahlt werden. Dortmund aber zieht die Zuschläge gleichzeitig vom Grundlohn ab.

Solche Bedenken motivierten den Berater eines Borussia-Profis, dem Club-Vorstand nach der Umstellung auf die Zuschlagsregel einen Brief zu schreiben: Die neue Praxis der Gehaltsabrechnung akzeptiere sein Klient nur unter Vorbehalt. Sie dürfe sich für den Profi „nicht steuerlich nachteilig“ auswirken. Etwaige Nachzahlungen, sollte das bedeuten, habe der Arbeitgeber zu tragen.

In anderen Sportarten ist das Steuersparmodell längst gängige Praxis. In der Deutschen Eishockey Liga zum Beispiel, deren Mitglieder meist am Freitagabend und Sonntagnachmittag spielen, werden auch Trainingseinheiten und Reisestunden im Bus zu den zuschlagsfähigen Arbeitszeiten gezählt. Die Kölner Haie zum Beispiel verfahren so seit 1997 mit ihrem Personal – darunter auch Zeugwart, Masseur und die Ticketverkäuferin. Gut fünf Prozent an Lohnkosten werden so gespart.

Auch die deutschen Basketball-Proficlubs nutzen ihr Sparpotenzial weitgehend aus: Trainiert wird oft abends, der Arbeitstag endet um 23 Uhr. Michael Mronz, Geschäftsführer bei RheinEnergy Cologne, begründet den Anspruch unter anderem mit der „sozialen Bedeutung“ der Clubs in den Städten.

Nur der Fußballsport wird wieder von einer Welle der Empörung erfasst wie zuletzt im vergangenen Jahr, als die von der Kirch-Krise gebeutelte Bundesliga um Staatsbürgschaften nachsuchte. Die allgemeine Aufwallung ist auch mit der langen Geschichte von Steuersünden zu erklären. Schon in den siebziger Jahren erörterte der Deutsche Bundestag die Steuerschuld Franz Beckenbauers, der später 680 000 Mark nachzahlen musste.

1994 musste der ehemalige Schatzmeister des 1. FC Nürnberg ins Gefängnis, weil er eine schwarze Kasse geführt hatte. Weil der 1. FC Kaiserslautern Gehaltszahlungen als Ausgaben für Werberechte an den Spielern deklariert hatte, wurde der Club – nach einer Selbstanzeige – zur Nachzahlung von 12,9 Millionen Euro verpflichtet.

Der Gipfel der Unverfrorenheit kickender Steuervermeider schien allerdings Mitte der neunziger Jahre erreicht, als Fahnder auf das „Modell Eupen“ stießen. In der damaligen Steueroase Belgien hatten an ein und derselben Adresse gleich 17 Profis des 1. FC Köln und von Borussia Mönchengladbach ihren Wohnsitz angemeldet.

Der frühere Finanzminister Theo Waigel nahm der Steuerfluchtburg mit einer Gesetzesänderung ihre Attraktivität. Fortan kamen angestellte Sportler mit Lebensmittelpunkt in Ländern wie Belgien nicht mehr mit einem Pauschalsatz von 15 Prozent davon. Sie unterliegen seither der deutschen Lohnsteuer. Die Gesetzesnovelle löste laut Waigel eine „Rückreisewelle“ aus.

Nun versucht Eichel eine ähnliche Notoperation. Steuerexperte Homburg plädiert stattdessen für eine Radikalkur. Das bisherige, durch unzählige Sonderregelungen und Reparaturmaßnahmen völlig verlotterte Steuersystem sollte durch ein neues ersetzt werden, mit höchstens 20 Paragrafen. „Das“, meint Homburg, „wäre einfach, verständlich und gerecht.“

Jörg Kramer, Christian Reiermann

„Wir wollen das nicht!“

Bundesfinanzminister Hans Eichel über den Missbrauch von steuerlichen Regelungen durch Fußballmillionäre



ACTION PRESS

Minister Eichel: *„Wir wollen das Gesetz ändern“*

SPIEGEL: Herr Eichel, was haben Sie gedacht, als Sie gelesen haben, dass die Fußballprofis von Borussia Dortmund nun steuerfreie Zuschläge in Millionenhöhe für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit kassieren?

Eichel: Mein erster Gedanke war: Das kann nicht sein, das können wir nicht hinnehmen.

SPIEGEL: Obwohl die Spielerverträge, nach Auskunft Ihres Hauses, rechtlich wohl nicht angreifbar sind?

Eichel: Das ist leider so. Aber jedem ist klar, dass die steuerfreien Zuschläge nicht für Millionäre gedacht waren. Das wollen wir nicht.

SPIEGEL: Was haben Sie vor?

Eichel: Wir wollen das Gesetz ändern, so kann es nicht bleiben.

SPIEGEL: Planen Sie, die steuerliche Subvention – denn darum handelt es sich ja eigentlich – ganz abzuschaffen?

Eichel: Nein. Das hat die FDP schon einmal vorgeschlagen, aber das ist mit uns nicht zu machen. Es kann ja nicht sein, dass ein paar Fußballmillionäre eine Regelung ausnutzen, die nie für sie gedacht war – und die Krankenschwestern sowie andere Normalverdiener müssen das ausbaden. Wir müssen – und werden – natürlich die sozialen Auswirkungen berücksichtigen.

SPIEGEL: Wie soll das Gesetz denn aussehen?

Eichel: Dazu möchte ich noch nichts sagen. Sie können so etwas nicht in drei oder vier Tagen zusammenschustern.

SPIEGEL: Genau betrachtet, gibt es ja eigentlich nur zwei Wege: Sie können entweder die steuerfreien Zulagen deckeln – oder eine Einkommensgrenze einführen, oberhalb deren die Steuerbefreiung nicht mehr gilt.

Eichel: Das sind zwei Möglichkeiten. Aber wir haben uns noch nicht entschieden und noch keine Details ausgearbeitet.

SPIEGEL: Haben Sie für die Gesetzesänderung die Rückendeckung des Kanzlers und Ihrer Kabinettskollegen?

Eichel: Der Kanzler ist mit mir völlig einer Meinung, dass dieser Zustand nicht haltbar ist – dass aber auch die Geringverdiener, für die das Gesetz ursprünglich geschaffen wurde, nicht darunter leiden dürfen.

SPIEGEL: Gibt es noch andere Steuerschlupflöcher, die nun vermehrt missbräuchlich von Bürgern in Anspruch genommen werden?

Eichel: Dieses Gesetz ist kein Steuerschlupfloch, denn das hieße ja, die Inanspruchnahme der Regelung wäre illegal. Das ist sie nicht.

Interview: Wolfgang Reuter

HANDEL

Autos aus dem Katalog

Das Versandhaus Quelle will künftig auch das VW-Modell Golf anbieten – sehr zum Ärger von Volkswagen. Fraglich aber ist, ob der Handelskonzern die Autos wirklich beschaffen kann.

In ihren ersten Reaktionen gaben sich VW-Manager ganz kühl und gelassen. Gerade erst hatten sie auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt den Golf der fünften Generation präsentiert, da bot das Versandhaus Quelle einen deutlich erhöhten Beitrag zum Gewinn liefern. Sollte die Kundschaft den Golf nur noch mit Preisnachlässen kaufen wollen, geraten zuerst die Händler und dann der Hersteller unter Druck. Deshalb kämpft kaum einer so vehement gegen die



Autoangebot im Internet
„Sie sparen bis zu 2182 Euro“

das Auto schon mit zehn Prozent Preisnachlass an. Na und? Sollen sie doch, alles nur „eine große PR-Blase“, höhnte VW-Sprecher Dirk Große-Leege.

Einige Seitenhiebe auf den Eindringling ins Autogeschäft verrieten allerdings eine gewisse Nervosität. „Bei Quelle bestellt man vielleicht Unterhosen“, so ein VW-Manager, „aber keine Autos.“

Tatsächlich wird die Bedrohung in Wolfsburg durchaus ernst genommen. Nicht weil die Automobilbauer dem Versandhaus große Absatzerfolge zutrauen. Sondern weil das Schnäppchen-Angebot („Sie sparen bis zu 2182 Euro“) als Aufforderung an alle Interessenten verstanden werden kann, beim Kauf eines Golf einen ordentlichen Rabatt zu fordern.

Dies könnte den Volkswagen-Konzern an seiner empfindlichsten Stelle treffen. Der Golf ist, gemessen an den Absatzzahlen und am Umsatz, das wichtigste Modell, und er soll in der neuen Generation auch



FABRIZIO BENSCH / REUTERS / E-LANCE MEDIA

VW-Chef Pischetsrieder: *„Rabatte sind letztendlich Betrug am Kunden“*

Billigangebote wie VW-Chef Bernd Pischetsrieder. „Rabatte“, wettert er, „sind letztendlich Betrug am Kunden.“ Tatsächlich spare der Käufer keinen Euro. Er zahle zwar weniger für den Neuwagen, bekomme beim späteren Weiterverkauf aber auch entsprechend weniger.

In Wolfsburg wird bezweifelt, dass Quelle sein Versprechen, den Golf mit zehn Prozent Preisnachlass abzugeben, überhaupt einlösen kann. Es dürfte für das Versandhaus äußerst schwer werden, die Autos zu beschaffen. In Europa geben Autohersteller ihre Fahrzeuge nicht an jeden ab, der sie anschließend weiterverkaufen möchte. Sie beschränken den Verkauf ihrer Fahrzeuge exklusiv auf Markenhändler. Diese wiederum haben in ihren Verträgen einen Passus, nach dem sie die Fahrzeuge nicht an Wiederverkäufer wie Quelle abgeben dürfen.

Bislang umfuhren die Fürther, die bereits mit Modellen von Nissan, Renault, Ford, VW und Smart in den Autohandel einstiegen, das Hindernis trickreich. Sie sind nicht der Verkäufer, sondern nur der Vermittler des Autokaufs. Abgewickelt wird er dann von Carplus, einem Partnerunternehmen.

Carplus kommt auf drei Wegen zu seinen Autos. Entweder die Firma importiert die Fahrzeuge aus europäischen Ländern, in denen die Neuwagenpreise niedriger sind. Oder Carplus verkauft Autos mit so genannten Tageszulassungen, die ein Händler für einen Tag angemeldet und dann mit Rabatt weitergereicht hat. Nachteil für den Käufer: Er ist im Fahrzeugbrief als Zweitbesitzer eingetragen, was den Wert des Autos beim Wiederverkauf senkt. Als dritte Möglichkeit kann Carplus dem Kunden einen Kaufvertrag mit einem Händler vermitteln.

Auf welch abenteuerliche Weise sich Carplus mitunter Fahrzeuge beschafft, ließ Smart-Chef Andreas Renschler einmal recherchieren. Er forderte alle Smart-Händler auf, sich zu melden, falls sie bei einer Bestellung den Verdacht hegten, es wolle ein Unternehmen Smart kaufen, um sie dann weiterzuveräußern.

Beim Smart-Center in Amsterdam war ein solcher Auftrag eingegangen. Eine

„Gebo Immobilien“ aus Nürnberg hatte gleich 25 Smart Cabrios geordert. Laut Auskunft von Creditreform beschäftigt diese Firma, die Grundstücke und Gebäude vermittelt sowie in der Unternehmensberatung aktiv ist, aber gerade mal drei Mitarbeiter. Das Smart-Center stellte die Fahrzeuge dennoch bereit und übermittelte die Fahrzeugnummern an die Gebo.

Zwei Studenten, die bei Smart ein Praktikum absolvierten, hatten zuvor bei Quelle/Carplus jeweils ein Smart Cabrio bestellt. Auf den Rechnungen wurden ihnen die Fahrgestellnummern der Fahrzeuge, die sie bekommen sollten, mitgeteilt. Ein Vergleich ergab: Die beiden Käufer sollten von Quelle/Carplus zwei der Autos erhalten, die die Firma Gebo Immobilien beim Smart-Center in Amsterdam bestellt hatte.



FRANK MÄCHLER / DPA

Auslieferung eines Quelle-Smart: *„Wir meinen es ernst“*

Die beiden Praktikanten fuhren nach Amsterdam, um den Weg der Fahrzeuge zu verfolgen. Eine Spedition holte die Smart ab und fuhr sie über Dinslaken, Pforzheim und Fürth nach Bayreuth, um sie in der Bürgereutherstraße 12 abzustellen. Dort konnte sich einer der beiden Käufer dann wenige Tage später sein neues Auto von Carplus abholen. Der Carplus-Mitarbeiter überreichte als kleines Präsent noch eine Flasche Sekt. Die enthielt fast mehr Flüssigkeit als der Fahrzeugtank. In dem war, wie der Testkäufer notierte, gerade mal ein Liter Benzin.

Smart-Chef Renschler reichte mittlerweile Klage gegen Carplus und Quelle ein. Er wirft beiden Unternehmen Verstöße gegen Paragraf 1 und 3 des Gesetzes gegen den Unlauteren Wettbewerb (UWG) vor. Zum einen hätten sie die Autos über eine Strohfirma besorgt, was verboten ist. Zum anderen mit einem Preisnachlass von zehn Prozent geworben, tatsächlich aber einen deutlich niedrigeren Rabatt gewährt.

Carplus und Quelle wollen zu dem Fall keine Stellung nehmen, da es sich um ein schwebendes Verfahren handelt.

Einfacher als mit juristischen Mitteln könnten Automobilhersteller neue Wettbewerber wie Quelle aber mit einer geänderten Preispolitik ausbremsen. Bislang profitieren Quelle und Carplus auch davon, dass Autos in anderen europäischen Ländern mitunter billiger verkauft werden. Die Hersteller wollen in Ländern, die den Neuwagenkauf deutlich höher besteuern, dennoch genügend Fahrzeuge verkaufen und liefern damit erst die Geschäftsgrundlage für die so genannten Re-Importeure.

Der VW-Konzern hat die Preisunterschiede bereits verringert. Vergangene Woche forderte Konzernchef Pischetsrieder seine Vertriebsexperten auf, die Preise noch stärker anzugleichen, auch wenn dann in den Niederlanden beispielsweise weniger Autos verkauft werden könnten. Smart bietet seinen Roadster in Europa bereits zum Einheitspreis an.

Für Quelle wird das Geschäft damit immer schwieriger. Michael Badke, Vorstand des Versandhauses, beteuert zwar: „Wir meinen es ernst, wir wollen eine größere Nummer im deutschen Autohandel werden.“ Aber bislang generierte Quelle mehr Schlagzeilen als Umsatz. Gemessen an dem PR-Rummel, den die Fürther entfacht haben, müssten sie bereits mehrere tausend oder zehntausend Autos verkauft haben. Tatsächlich gingen seit Beginn des Autohandels per Katalog erst 150 Bestellungen ein, ausgeliefert wurden gerade mal 90 Autos – 2 davon an die beiden Smart-Praktikanten.

Die nutzten, kurz nachdem sie ihre Fahrzeuge übernommen hatten, eine juristische Feinheit des Versandhandels, um ihre Autos wieder loszuwerden. Nach Paragraf 312 folgende des Bürgerlichen Gesetzbuches („Vorschriften über Fernabsatzgeschäfte“) kann eine beim Versandhaus bestellte Ware bei Nichtgefallen in den ersten zwei Wochen zurückgegeben werden.

Die Studenten brachten die Autos zurück nach Bayreuth. Die Mitarbeiter von Carplus waren überrascht, weil sie einen solchen Fall noch nicht kannten. Sie nahmen die Autos aber an. Der Kaufpreis, abzüglich einer möglichen Wertminderung durch die bis dahin gefahrenen Kilometer, muss den Studenten ersetzt werden.

Auf Quelle könnten wegen dieser Rechtslage noch gewaltige Probleme zukommen. Wenn VW, um den unerwünschten Eindringling ins Autogeschäft zu ärgern, von Mitarbeitern tausend neue Golf bei Quelle bestellen lässt und die Fahrzeuge nach wenigen Tagen wieder zurückgegeben werden, dann muss der Versandhändler plötzlich tausend gebrauchte Golf verkaufen.

Der Handel mit Unterhosen eignet sich zwar nicht so gut für PR-Aktionen wie das Autogeschäft – aber er ist wahrscheinlich profitabler. DIETMAR HAWRANEK

Werbeseite

Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich werde enteignet“

Molkerei-König Theo Müller über seinen Plan, vor der deutschen Erbschaftsteuer in die Schweiz zu fliehen, seinen rüden Umgang mit den Kleinaktionären der Sachsenmilch AG, provokante Werbung und das eigene Buhmann-Image

SPIEGEL: Herr Müller, Ihr Molkerei-Imperium fährt Renditen ein wie kaum ein anderes in der Branche. Nun wollen Sie wegen der Erbschaftsteuer in die Schweiz ziehen. Kriegen Sie den Hals nicht voll genug?

Müller: Das Thema beschäftigt mich schon rund drei Jahre und hat mit dem aktuellen Berliner Hickhack nichts zu tun. Fakt ist: Der Übergang meines Unternehmens an meine Kinder wird schon genug Stress bedeuten. Die wollen und werden das auch stemmen. Aber eine 30-prozentige Erbschaftsteuer wäre nicht mehr hinnehmbar. Die würde mein Unternehmen existenziell gefährden. Ich werde enteignet, beraubt, nennen Sie es, wie Sie wollen. Um das zu verhindern, werde ich wegziehen.

SPIEGEL: Die Steuerbelastung für Unternehmen wie Ihres ist in den vergangenen Jahren doch eher gesunken. Worüber regen Sie sich eigentlich auf?

Müller: Wenn einer mit 42 Grad Fieber im Bett liegt und plötzlich sind es nur noch 41, kann er nicht aufspringen und schreien: super, alles wieder in Ordnung. Okay, die Vermögensteuer wurde bereits liquidiert. Eichels Steuerreform ist auf einem Weg, mit dem ich sogar leben könnte. Mein Tod aber würde das Unternehmen um Jahre zurückwerfen, weil auf das Betriebsvermögen dann rund 200 Millionen Euro Erbschaftsteuer fällig wären. Meine Nachfolger müssten sich verschulden. Das geplante Investitionsprogramm von 600 Millionen für die nächsten fünf Jahre könnten die sich abschminken. Das ist schon deshalb unfair, weil eine derartige Belastung auf Konkurrenten wie Nestlé, Danone oder die Molkereigenossenschaften nie zukommen wird. Diese Steuer schadet also in erster Linie dem ohnehin gebeutelten Mittelstand.

SPIEGEL: Zum einen trifft die Erbschaftsteuer auch andere Familienfirmen wie Ihre Konkurrenten Ehrmann, Bauer oder Meggle. Zum anderen ist nicht jeder in der Lage, einfach seinen Wohnsitz zu verlegen.

Müller: Erstens passiert da schon jetzt viel, aber eben still und leise: Die einen gehen nach Österreich, die anderen machen in Immobilien oder steigen bei Filmfonds ein. Zweitens haben andere auch nicht wie wir gerade die historische Chance, hinter Danone zur Nummer zwei in Europa aufzusteigen.

SPIEGEL: Wieso soll die Bundesregierung indirekt Ihre Expansionslust finanzieren?

Müller: Muss sie ja nicht. Aber sie soll die Expansion auch nicht behindern. Ansonsten bin ich eben weg.

SPIEGEL: Sie tricksen den Fiskus mit Ansage aus.

Müller: Ich würde doch sofort wieder zurückkommen. Es ist ja nicht so, dass ich aus Jux und Tollerei in die Schweiz auswandere. Ich bin durchaus Patriot. Aber so, wie es jetzt läuft, läuft es falsch.

SPIEGEL: Was ist daran falsch, wenn auch Reiche zur Kasse gebeten werden?

Müller: Es trifft ja nicht mal die Reichen.

SPIEGEL: Sie sind nicht reich?

Müller: Ich habe keine Yacht und keine protzigen Schlösser. Ich habe keine Hobbys und komme mit einem Prozent meines Einkommens privat hervorragend über die Runden. Alles andere wird wieder in die Firma gesteckt. Ich schaffe Werte und Jobs. Das muss doch mal zählen. Konzerne wie VW oder Siemens sind reich. Die werden nicht zur Kasse gebeten. Und



FOTOS: PETER SCHINZLER

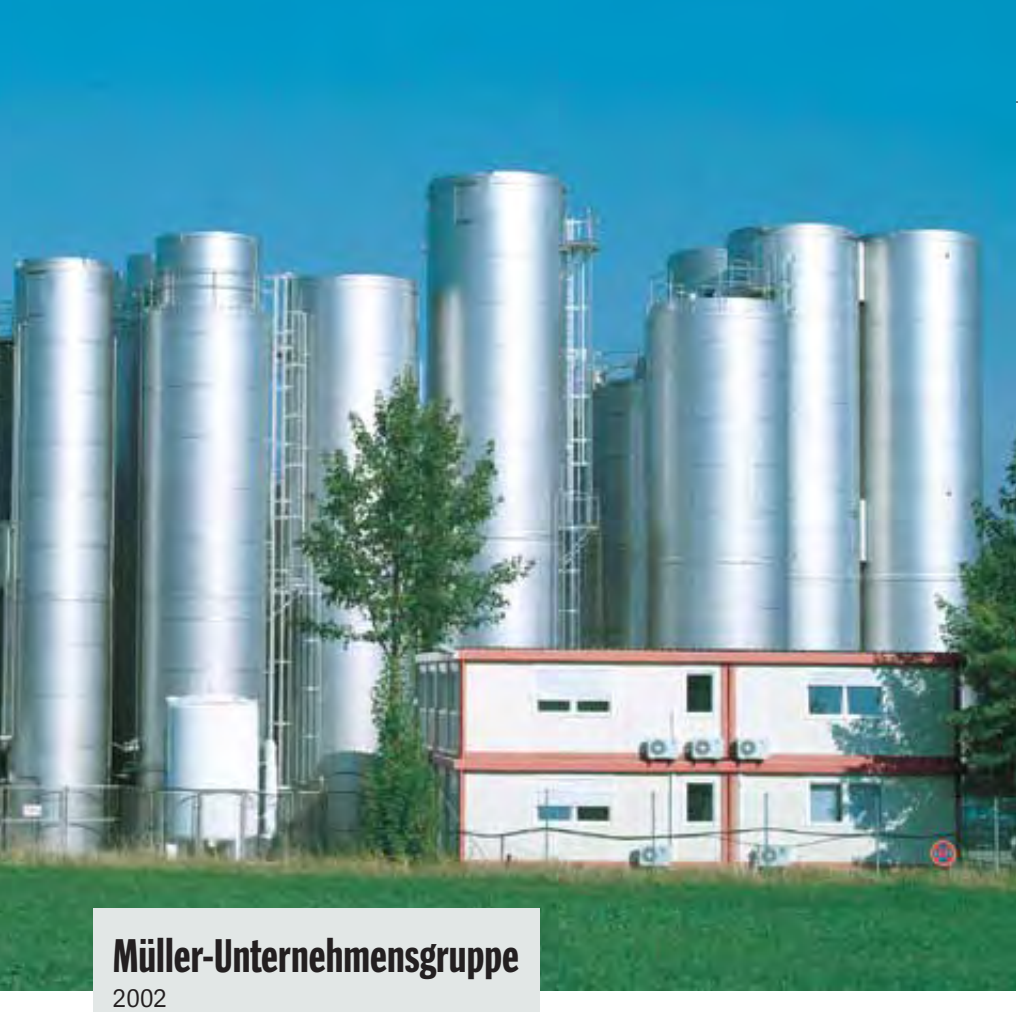
Müller-Zentrale in Aretsried



Theo Müller

übernahm 1971 die kleine Molkerei seines Vaters mit vier Mitarbeitern in Aretsried bei Augsburg. Nach der Realschule hatte der Junior dort mit 16 als Lehrling begonnen. Innerhalb weniger Jahre krempelte er den Betrieb komplett um und konzentrierte das Geschäft auf Milchprodukte in Plastikbechern. Mit frecher Werbung, aber auch Umweltaffären und Zivilprozessen geriet Müller, 63, immer wieder in die Schlagzeilen. Heute ist die Firmengruppe, zu der auch die Sachsenmilch AG und die Molkerei Weihenstephan gehören, mit einem Umsatz von rund 1,8 Milliarden Euro Marktführer in Deutschland und England. Drei von Müllers neun Kindern arbeiten bereits im Unternehmen.

Das Gespräch führten die Redakteure Klaus-Peter Kerbusk und Thomas Tuma.



Müller-Unternehmensgruppe

2002

Umsatz	**1,78** Mrd. €
Mitarbeiter	**4156**

Wichtige Tochterfirmen

Staatliche Molkerei Weihenstephan

Sachsen-Milch AG

Käserei August Loose

Die größten deutschen Milchverarbeiter

Umsatz* 2002 in Mrd. Euro

Humana	**2,53**
Nordmilch	**2,31**
Müller-Gruppe	**1,33**
Campina Deutschland	**1,19**
Hochwald-Gruppe	**0,64**

*nur Deutschland

DER SPIEGEL

die kleinen Leute haben ohnehin ihre Freibeträge.

SPIEGEL: Ihre Erben können sich über ein enormes Vermögen freuen, das ihnen einfach in den Schoß fallen wird. Was spricht dagegen, dass davon zunächst auch die Allgemeinheit profitiert?

Müller: Die volkswirtschaftlichen Schäden der Erbschaftsteuer auf das Betriebsvermögen sind gewaltig. Die gesamte Erbschaftsteuer bringt dem Bundesfinanzminister allenfalls drei Milliarden Euro pro Jahr. Dafür wird aber ein Vielfaches an Kapital einfach abwandern.

SPIEGEL: Ihr eigenes Steuersparmodell greift nur, wenn Ihre Kinder mit in die Schweiz ziehen. Machen alle mit?

Müller: Meine Kinder müssen mit, klar. Wir ziehen in die Nähe von Zürich. Mitte November kommen die Möbelpacker. Ich will ja nicht irgendwo in die Prärie, sondern dorthin, wo's auch a bisserl schön ist.

SPIEGEL: Der deutsche Fiskus ist in manchen Fällen pingelig, was die tatsächliche Aufenthaltsdauer im Ausland angeht.

Müller: Wir kennen alle den Prozess von Boris Becker. So etwas wird mir nicht passieren – keine Angst.

SPIEGEL: Soll Ihr persönlicher Vorstoß eine Art Ein-Mann-Demonstration sein getreu dem Motto: Wenn jeder an sich selbst denkt, ist für alle gesorgt?

Müller: Ich will in erster Linie mein Unternehmen erhalten, das ich seit über 30 Jahren aufgebaut habe. Aber ich will auch den enormen Kollateralschaden thematisieren, den dieser Steuerirrsinn mit sich bringt.

SPIEGEL: Dass viele Familienbetriebe leiden, wenn es ans Vererben geht, hat oft weniger mit dem Fiskus zu tun als damit, dass sich der Nachwuchs nicht einigen kann. Wie wollen Sie die üblichen Zwistigkeiten in Ihrem Fall verhindern?

Müller: Garantie dafür gibt es keine. Ich habe mein erstes Testament schon mit 40 gemacht. Da sollte sogar noch ein fünfköpfiges Gremium meinen Nachfolger bestimmen. Heute habe ich neun Kinder zwischen dreieinhalb und 36 Jahren. Drei davon streben zurzeit ins Unternehmen. Alle sind sich aber einig, dass am Ende einer das Sagen haben soll. Es gibt einen Gesellschaftsvertrag, der auch das Problem der Pflichtteile löst und obendrein regelt, dass nie zu viel Geld entnommen wird.

SPIEGEL: Gegen staatliche Subventionen haben Sie sich auch nie gewehrt. Klingt, als wollten Sie erst abschöpfen, dann abhauen.

Müller: Quatsch. Natürlich bekommen wir Subventionen – vor allem für den Aufbau unseres Milchwerks in Leppersdorf bei Dresden, das zum größten und modernsten der Welt werden soll. Ja und? All unsere deutschen Werke werden nach wie vor ihre Gewinne hier versteuern. Die Steuern werde ich auch immer ohne Murren bezahlen.

SPIEGEL: Solange es die Hilfen gibt …

Müller: … muss ich sie mitnehmen, solange sie jeder bekommt. Ist doch klar. Aber ehrlich gesagt: Auf Dauer kann das hiesige Subventionssystem nicht funktionieren. Das sage ich, auch wenn ich bis jetzt selbst davon profitiere.

SPIEGEL: Bei Ihren Fluchtplänen schwingt immer die Drohung mit, dass Sie auch die Produktion mal ins Ausland verlagern könnten.

Müller: Meine Heimat ist Deutschland. Mein Englisch ist schlecht. Die nächste Müller-Generation, das werden international ausgebildete Weltbürger sein. Wo die ihr Kapital investieren, ist dann deren Sache. Und was mich angeht: Ich habe große Hoffnung, dass ich in zwei, drei Jahren wieder da bin. Gegen die Erbschaftsteuer werde ich von Pontius zu Pilatus ziehen. Drei Tage nach dem Beschluss, sie abzuschaffen, wäre ich wieder hier. Es kann ja nicht wahr sein, dass man jemanden wie mich verjagt und aus einer deutschen Gesellschaft allmählich eine Schweizer macht.



Müllermilch-Werbestar Bohlen
„Wir sind beide ziemlich authentisch"

SPIEGEL: Ihre Sorge um die hiesige Volkswirtschaft in allen Ehren, aber bei der Sachsenmilch AG kann man Ihre wahre Strategie ganz gut ablesen. 1994 kauften Sie 85 Prozent des Pleite-Unternehmens, brachten es wieder auf Kurs, tun aber seither alles, um die Gewinne klein zu halten.
Müller: Wir machen nur von den gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch …
SPIEGEL: … und kämpfen mit allen Tricks dagegen an, Ihren verbliebenen Kleinaktionären eine Dividende ausschütten zu müssen.
Müller: Die Deutsche Bank hat denen 1993 das Angebot unterbreitet, ihre Aktien zum Einstiegspreis zurückzukaufen. Die Kleinanleger ließen sie abblitzen und vertrauten lieber auf mein unternehmerisches Geschick. Die haben gepokert und verdienen von niemandem Mitleid.
SPIEGEL: Sie missbrauchen den Grundgedanken der Börse – und die Aktionäre als nützliche Idioten Ihres Steuersparmodells.
Müller: Moment! Wir halten bei der Sachsenmilch AG alle Transparenzregeln ein und sind offen wie eine Sandale. Aber ich bin mit Leidenschaft Chef eines Familienunternehmens. Und da lasse ich mir die langfristige Strategie nicht von Kleinaktionären oder atemlosen Analysten dirigieren.
SPIEGEL: Mittlerweile scheint Ihnen der Machtkampf sogar Spaß zu machen.
Müller: Stimmt. Durchaus. Schauen S': Ich bin gelernter Molkereimeister. Mir gefällt es, wie Gesetzgeber und Aktienrecht seit über hundert Jahren Gerechtigkeit walten lassen. Wir tun ja nichts Illegales.
SPIEGEL: Das müssen die Gerichte erst noch klären. Ihr Image als Trickser und Buhmann stört Sie nicht?
Müller: Nicht im Geringsten. Wir glauben uns ja im Recht. Das ist überhaupt das Problem in diesem Land: Jeder hat Angst vor öffentlichen Verurteilungen und tut nur das, was er für opportun hält. Alle verkriechen sich hinter den Verbänden. Die Marke Müller und ich stehen für Nonkonformismus und Innovation. Das ist wahre Souveränität. Ich gehe meinen geraden Weg.
SPIEGEL: 1995 wurde versucht, Sie zu entführen. Sie warfen sich aus dem Auto und saßen noch am selben Nachmittag wieder im Büro. Hat die Tat Spuren hinterlassen?
Müller: Ein Jahr lang schleppte ich diese leise Angst mit mir herum, dass es wieder passieren könnte. Ich habe da auch mit einigen geredet, denen das schon passiert war. Immerhin hielten die mir damals eine Pistole und einen Elektroschocker an den Kopf. Aber 100-prozentigen Schutz werde ich nie bekommen.
SPIEGEL: Einer der Entführer soll als Beweggrund für die Tat genannt haben, dass Sie ein machtversessener Kapitalist seien.
Müller: Ach was! Die wollten Geld. Das war deren einziges Motiv.
SPIEGEL: Was ist Ihnen im Zweifel wichtiger: als Unternehmer geliebt oder gefürchtet zu werden?

Müller: Letzteres, das ist doch ganz klar. Was habe ich davon, wenn mich die Konkurrenz lieb hat?

SPIEGEL: Jahrzehntelang galt Ihnen der Konzernsitz im beschaulichen Aretsried bei Augsburg als ideal …

Müller: … weil ich hier angeblich machen kann, was ich will, ja, ja. Das wurde ja immer wieder gern beim SPIEGEL abgeschrieben.

SPIEGEL: Dann wurden Sie für verbotene Grundwasserentnahme im großen Stil bestraft. Einen Grünen-Politiker, der Sie „Öko-Sau“ nannte, hetzten Sie durch etliche Prozesse. Für mehrere Schwarzbauten zahlten Sie Bußgeld. Im vergangenen Jahr demonstrierten Hunderte Milchbauern gegen Ihre Preispolitik. Ist nicht auch der hiesige Widerstand gegen Ihre Hemdsärmeligkeit gewachsen?

Müller: Das war eine Kampagne, die mich bis 1993 verfolgte. Seither ist das alles erledigt. Alte Kamellen. Man wird ja auch ruhiger.

SPIEGEL: Der Bürgermeister des Nachbarorts sagte einst, Sie gingen über Leichen.

Müller: Ich grüße ihn immer noch. So was sagt man schon mal in der Hitze des Gefechts. Das muss man aushalten.

SPIEGEL: Und dann drohten Sie auch noch das Hilfswerk Misereor zu verklagen, das Ihren Werbespruch variierte in „Alles Müll, oder was“.

Müller: Heute sehe ich das nicht mehr so eng. Aber eigentlich finde ich, dass ich mir derlei nicht bieten lassen muss, egal wer dahinter steckt.

SPIEGEL: Berliner Politiker wollen neuerdings sogar Sie verklagen, weil Ihre Werbekampagne mit Dieter Bohlen Mitglieder des Bundestags als Lügner verunglimpfe.

Müller: Die Herren haben ja nun gar keinen Humor mehr. Aber ich gebe zu, dass wir solche Reaktionen durchaus mit einkalkulieren. Wir stecken jedes Jahr rund hundert Millionen Euro in die Werbung. Und letztlich sagen wir damit immer nur: Schaut her, wir haben was Neues, probiert es bitte!

SPIEGEL: Ist Ihnen Ihre neue Werbe-Ikone Bohlen, die nun für die „Müller-Partei“ trommelt, wesensverwandt?

Müller: Ich hatte noch nicht mal Gelegenheit, ihm die Hand zu schütteln. Aber wir sind wahrscheinlich beide ziemlich authentisch in dem, was wir tun.

SPIEGEL: Sie könnten als Nächstes mit Bohlen vor dem Reichstag in Berlin gegen Finanzminister Hans Eichel demonstrieren.

Müller: Um Gottes willen! Aber unsere Politiker sollten aufhören, nach Mehrheiten zu schielen, und stattdessen endlich mal das machen, was für unser Land gut ist.

SPIEGEL: Wie sähe Ihr eigenes Parteiprogramm aus?

Müller: Auch unsere Politiker sind nur ein Spiegelbild dieser Gesellschaft. Was wir brauchen, ist eine andere Verfassung, die der Regierung wieder Macht zubilligt. Der Kanzler muss sich wegen jeder Kleinigkeit mit Partei, Präsidium, Fraktion, Koalition, Opposition und dann auch noch mit dem Bundesrat auseinander setzen. Das ist einfach zu viel für einen Staat, der vor dem Bankrott steht. Deshalb: Abschaffung des Bundesrats, dafür weniger Länder mit mehr Kompetenz, Schuldenverbot, eine Staatsquote von maximal 40 Prozent – Ende der Durchsage. Das wäre ein Anfang.

SPIEGEL: Wenn Sie als CSU-Mitglied in die Politik gingen, würde alles Becher, oder was?

Müller: Ich hätte natürlich keine Chance. Kompromissbereitschaft, Konsensfähigkeit um jeden Preis, Talent zur Spezl-Wirtschaft – das ist nicht meine Sache.

SPIEGEL: Herr Müller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



MARCUS MERK

Anti-Müller-Protest*: *„Ich gehe meinen geraden Weg“*

* Bauerndemonstration im April 2002 am Konzernsitz in Aretsried.

Werbeseite

Werbeseite



JEROME DELAY / AP



SUHAIB SALEM / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Getöteter Hamas-Anhänger, zerstörtes Haus im Gaza-Streifen

NAHOST

Geheime Todesliste

Ungeachtet der Tatsache, dass ihre Funktionäre bis zum Wochenende mit der palästinensischen Autonomiebehörde über einen neuen Waffenstillstand verhandelten, hat die militante Islamistenorganisation Hamas insgeheim eine neue Eskalation der Auseinandersetzung vorbereitet. Nach israelischem Vorbild erstellten die Extremisten vergangene Woche eine Todesliste, auf der die Namen jener israelischen Armee-Angehörigen und Mitglieder von Spezialeinheiten der Sicherheitsdienste aufgeführt sind, die nach Hamas-Erkenntnissen für die Planung und Durchführung politischer Liquidierungen in den Palästinenser-Gebieten verantwortlich sind. Zu den Personen, die auf der Abschussliste stehen, zählen auch israelische Politiker, die sich offen für die gewaltsame Abschiebung der Palästinenser aus dem Westjordanland und die Annektierung der besetzten Gebiete ausgesprochen haben. Auch die Namen, Berufsbezeichnungen und Privatanschriften von „Folterern“ und „Zerstörern von Wohnhäusern“ werden genannt. Das Verzeichnis wurde ausschließlich Sondereinheiten ausgehändigt, welche die „Strafaktion“ umsetzen sollen. Ob die Racheaktion anlaufen wird, steht indes noch nicht fest. Die Liste könnte aber bereits nach der nächsten spektakulären Tötung eines Hamas-Aktivisten angewendet werden. Die Aktion provoziert nicht nur den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon: Der mit der Bildung einer neuen palästinensischen Autonomieregierung beauftragte Parlamentssprecher Ahmed Kurei fürchtet ebenfalls, in die Schusslinie der Radikalen zu geraten. Diese werfen Jassir Arafat und seinen Mitarbeitern vor, die Konten der Hamas-Führer auf Druck der „amerikanischen Feinde“ eingefroren zu haben.

GROSSBRITANNIEN

Neustart für Blair

Angesichts der Schwäche der regierenden Labour-Partei werden die britischen Liberaldemokraten zum neuen Zugpferd der Opposition. Bei der Unterhaus-Nachwahl im Londoner Bezirk Brent, eigentlich eine traditionelle Labour-Hochburg, gewann die 29-jährige Kandidatin der Liberalen, Sarah Teather, und ist damit jetzt die jüngste Abgeordnete des Unterhauses. Obwohl der aus der Partei ausgeschlossene Londoner Bürgermeister und Publikumsliebling Ken Livingstone kräftig für seine alten Genossen warb, verlor Labour 29,4 Prozent der Stimmen. Nach ihrem fulminanten Wahlsieg wittern die Liberalen nun ihre große Chance, die ebenfalls oppositionellen Konservativen zu überflügeln. In jüngsten Umfragen bedachten die Briten Liberalenchef Charles Kennedy mit auffallend guten Noten – ganz anders als Premier Tony Blair. Der steht nun vor der äußerst schwierigen Aufgabe, auf dem jährlichen Parteitag Ende dieses Monats die Labour-Basis sowie ihre Stammwähler zurückzugewinnen. In der Kritik steht Blair schon seit Wochen: Die Untersuchung von Lord Hutton im Gefolge des unpopulären Irak-Kriegs beschert der Regierung täglich schädliche Schlagzeilen. Labour-Abgeordnete und Gewerkschafter rebellieren gegen viele Blair-Projekte, darunter auch gegen die geplante Erhöhung der Studiengebühren. Berater drängen nun den Premier, einen Kompromiss anzusteuern, und entwickeln traditionell sozialdemokratische Gesetzesinitiativen, welche die Queen Ende November bei der Eröffnung des Parlaments verkünden soll. Blair sah sich allerdings bereits gezwungen, die Rede Ihrer Majestät um zwei Wochen verschieben zu lassen – damit sein Neustart zeitlich nicht mit dem vermutlich peinlichen Abschlussbericht von Lord Hutton über die Hintergründe zum Selbstmord des Waffenexperten David Kelly zusammenfällt.



RUSSELL BOYCE / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Liberale Teather

KOLUMBIEN

Faustpfand der Rebellen



Staatschef Uribe (3. v. r.), ELN-Guerilla-Kämpfer beim Training

Kämpfer der zweitgrößten kolumbianischen Guerilla ELN sind nach neuesten Erkenntnissen der kolumbianischen Behörden für die Entführung von acht ausländischen Touristen im Norden des Landes verantwortlich. Darauf deuten Gespräche, die von der Polizei abgehört wurden. „Wir unternehmen allergrößte Anstrengungen, die Geiseln zu befreien, wer immer die Entführer sind“, sagte Staatspräsident Alvaro Uribe dem SPIEGEL. Vor zehn Tagen hatten bewaffnete Uniformierte insgesamt 14 Rucksacktouristen überfallen. Die Urlauber waren auf dem Rückweg von einem Ausflug in die Ciudad Perdida, eine präkolumbianische Ruinenstadt. Sechs Touristen ließen die Entführer frei, weil sie kein festes Schuhwerk hatten, die anderen verschleppten sie in die Berge. Unter den Geiseln ist eine Frau aus Süddeutschland, die anderen stammen aus Israel, England und Spanien. Die ELN versucht normalerweise, Lösegeld zu erpressen. Auch die Farc, die größte kolumbianische Guerilla, hat seit Weihnachten insgesamt vier Deutsche oder Deutschstämmige entführt. Zwei der Geiseln wurden bei einem Befreiungsversuch des Militärs erschossen, eine konnte entkommen. Einen weiteren Deutschstämmigen halten die Rebellen seit über zwei Jahren in Gefangenschaft. Die Ausländer dienen der Farc als zusätzliches Faustpfand für einen Austausch. Zwar wollen sie mehrere hundert gefangene Soldaten und einige entführte Politiker im Rahmen eines humanitären Abkommens gegen inhaftierte Guerilleros einwechseln, nicht aber Hunderte von Ranchern, Geschäftsleuten und einheimischen Rei-



FERNANDO VERGARA / AP

SPANIEN

Dokument der Gewalt

Das Filmfestival in San Sebastián wird von einer erbitterten politischen Kontroverse überschattet. Lokale Vertreter der in Spanien regierenden Volkspartei versuchten bereits im Vorfeld des traditionellen Kinotreffens, die Vorführung eines Dokumentarfilms über den Konflikt im Baskenland verbieten zu lassen. Dem Regisseur Julio Medem, 46, gebürtig aus San Sebastián, werfen konservative Politiker wie Kulturministerin Pilar del Castillo vor, der Film „Pelota, baskisches Ballspiel“ sei einseitig und beleidige die Opfer des Eta-Terrorismus. Der Filmemacher hatte für seine unkommentierte Dokumentation über hundert Politiker, Intellektuelle und Anschlagopfer unterschiedlichster Couleur interviewt. Die Parteifreunde und Anhänger von Regierungschef José María Aznar, der jegliche Debatte über baskische Autonomiebestrebungen ablehnt, verweigerten allerdings eine Beteiligung – ebenso wie das Umfeld der gewalttätigen Eta-Separatisten. Vergangene Woche forderten schließlich zwei Befragte den baskischen Filmemacher unter Androhung einer Klage auf, ihre Beiträge aus dem Streifen zu entfernen. Er sei „ein ästhetisches Hohelied der Gewalt“. Medem beteuerte dagegen, sein Film verstehe sich als Einladung zum Dialog. Er vermisse diejenigen, die sich selbst von der Mitwirkung ausgeschlossen hatten.



AP

Eta-Sprecher (im baskischen Fernsehen)



DPA

Deutscher Einmarsch in Minsk (1941)

WEISSRUSSLAND

Heikle Trauerarbeit

Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende klären sich jetzt die Schicksale von bis zu 29 000 auf weißrussischem Territorium gestorbenen deutschen Gefangenen: Minsk will Mittwoch dieser Woche entsprechende Datensammlungen an die deutsche Seite übergeben. Die Angaben hat der ehemalige Dessauer Polizeipräsident Franz Masser über Jahre hinweg mit weißrussischen Helfern zwischen Brest



COVER / LAIF

senden, die sie in ihrer Gewalt haben. Präsident Uribe fordert dagegen die Freilassung aller Geiseln. Die Familienangehörigen der Verschleppten hoffen jetzt, dass die Rebellen bei einem Treffen mit Uno-Vertretern in Brasilien Mitte Oktober Zugeständnisse machen. Uno-Diplomaten erwarten, dass die Guerilleros als Zeichen ihres guten Willens mehrere Geiseln freilassen, vor allem alte und kranke. Auch die vor mehr als einem Jahr entführte Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt wollen sie angeblich in den kommenden Wochen entlassen.

und Mogiljow zusammengetragen. Ausgewertet wurden vor allem frühere Erfassungslisten des Innenministeriums. Das hatte die ersten Kriegsgefangenenlager für Deutsche nach der Sommeroffensive der Roten Armee 1944 angelegt – in nur wenigen Wochen zerschlugen die Sowjets damals Hitlers gesamte Heeresgruppe Mitte sowie weitere Großverbände. Über 80 000 Wehrmachtsangehörige mussten anschließend in mindestens neun großen Lagern ausharren, viele von ihnen starben. Nachweise über die Toten aber gab es kaum; die deutsche Seite war bislang von rund 15 000 verstorbenen Gefangenen ausgegangen. Trotz der neuen Daten bleibt Weißrussland bei der Aufarbeitung der Kriegsfolgen weiter ein schwieriger Partner: Zehntausende Soldatengräber sind nicht mehr auffindbar. Im Gegensatz zum Nachbarn Russland hat das Parlament in Minsk das bereits 1996 mit Deutschland unterzeichnete Kriegsgräberabkommen nie ratifiziert, die Suche nach den Gefallenen und ihre Umbettung auf Sammelfriedhöfe wird dadurch stark behindert. Grund ist der hartnäckige Widerstand einheimischer Kriegsveteranen: Weißrussland war vom Krieg gleich zweimal überrollt worden: 9000 Dörfer wurden zerstört, mindestens 2,2 Millionen Menschen starben.

SCHWEIZ

Verteilter Lärm

Was bei internationalen Flughäfen gang und gäbe ist – Anflüge auf die Landebahnen aus beiden Richtungen –, soll bald auch in Zürich so sein. Die weitaus meisten Verkehrsmaschinen steuern den Flughafen Kloten bisher von Norden über Südbaden und den Hochrhein an – den Lärm mussten das deutsche Waldshut und die nahen Grenzgemeinden ertragen. Von Ende Oktober an soll der Krach gerechter verteilt und auch Zürich stärker beschallt werden. Flugzeuge würden dann auch von Süden anfliegen, über bisher ruhige Vororte. Obwohl das Schweizer Parlament einen schon ausgehandelten Luftfahrt-Staatsvertrag verwarf und Deutschland daraufhin die Anflüge über südbadischem Gebiet einschränkte, wünscht Kanzler Schröder eine „politische Lösung“ – allerdings auf der Basis des alten Staatsvertrags. Das verkündete er vorigen Freitag bei einem Besuch in Bern. Vergebens hatten zum Beispiel die kränkelnde Fluggesellschaft Swiss und der Klotener Flughafen beim baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof versucht, die deutschen Lärmpläne zu stoppen. Auch eine Beschwerde bei der EU-Kommission in Brüssel hat kaum Chancen auf Erfolg. Dort herrscht die Ansicht, dass die Schweiz in diesem Jahr schon einmal gut davongekommen sei: Nach langen Verhandlungen war ihr von den EU-Finanzministern zugestanden worden, auch weiterhin das umstrittene Bankgeheimnis zu wahren.



MARTIN RUETSCHI / KEYSTONE ZÜRICH / AP

Flughafen-Tower Zürich-Kloten

BURMA

Wie krank ist die „Lady“?

Der Gesundheitszustand von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bringt Burmas Junta inner- und außerhalb des Landes in neue Schwierigkeiten. Falls der populären Regierungskritikerin in Haft etwas zustoßen sollte, ist mit heftigen Unruhen zu rechnen. Deshalb erlaubten die Militärs der 58-jährigen Friedensnobelpreisträgerin, sich für eine gynäkologische Behandlung vorige Woche Klinik und Chirurg auszusuchen. Im „Asia Royal Cardiac and Medical“-Krankenhaus musste sie sich am Freitag einer dreistündigen Operation unterziehen, unter Leitung ihres Leibarztes Tin Myo Win. Das Hospital gilt als eines der besten in Burma, erreicht allerdings nicht internationalen Standard. Suu Kyi, genannt die „Lady“, sitzt seit Mai in so genannter Schutzhaft, vermutlich im berüchtigten Inseln-Gefängnis. Sie war von den Machthabern festgesetzt worden, nachdem regierungsnahe Schläger sie und ihre Anhänger angegriffen hatten. Trotz starker internationaler Proteste weigern sich die Generäle bislang, sie auf freien Fuß zu setzen. Gleichwohl dürften die Rufe nach ihrer Entlassung nun noch lauter werden und auch die Diskussion aufflammen lassen, Rangun vom Gipfel der Gemeinschaft der Südostasiatischen Staaten im Oktober auszuschließen. Einige der Länder haben die Politik der Nicht-Einmischung gegenüber Mitgliedern aufgegeben und Rangun aufgefordert, einen weicheren Kurs gegenüber der Opposition zu fahren.



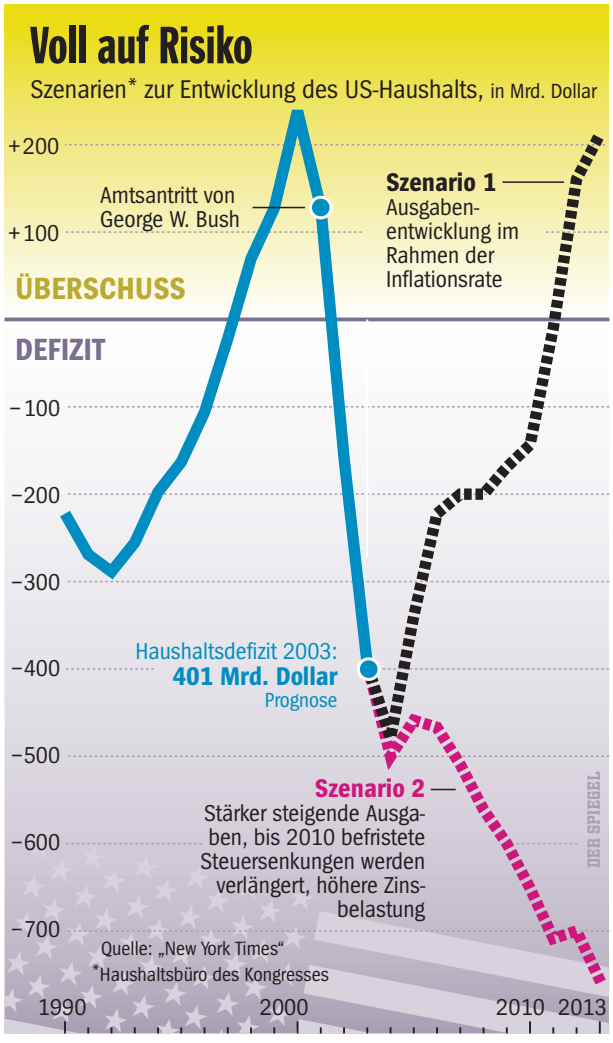
RAVEENDRAN / AFP

Burmesische Oppositionelle in Neu-Delhi



Anschlag auf US-Militär in Bagdad (am 3. Juli)

FALEH KHEIBER / REUTERS / E-LANCE MEDIA



USA

Die Schuldenfalle

In beispiellosem Tempo treibt US-Präsident George W. Bush die Staatsschulden in die Höhe. Ein riskantes Spiel: Wenn es gut geht, stoßen die Milliarden die Konjunktur an. Wenn nicht, würgen steigende Zinsen die Wirtschaft ab. Und dann ist Bushs Wiederwahl in Gefahr.

Mit Zahlen nahm es Seymour Durst zeit seines Lebens immer sehr genau. Und weil der New Yorker Immobilienunternehmer und Millionenerbe gleichzeitig ein großer Patriot war, ließ er an der Hauswand eines seiner Gebäude nahe dem Times Square eine Leuchttafel anbringen, die von Sekunde zu Sekunde das Schuldenwachstum des Landes zählte, auf den Dollar genau.

Das war 1989, der US-Präsident hieß George Bush Sr., und die „nationale Schuldenuhr“ wurde bald so etwas wie eine Institution. Das amerikanische Staatsdefizit wuchs in den darauf folgenden Jahren mitunter so schnell, dass die letzten Ziffern auf dem Leuchtschild nur noch verschwommen zu sehen waren. Einmal fiel es ganz aus, weil der angeschlossene Computer das Tempo nicht mehr halten konnte und einfach zusammenbrach.

Dann passierte etwas, was viele Passanten irritierte und womit auch Durst nicht ernsthaft gerechnet hatte: Die Uhr begann plötzlich rückwärts zu zählen. Das war im Sommer 2000, im Weißen Haus saß nun der Demokrat Bill Clinton, und zum ersten Mal machte sich eine Regierung ernsthaft daran, die Schulden abzutragen, die andere aufgehäuft hatten. Wenige Wochen später, am 7. September 2000, gingen die Lichter aus an der Avenue of the Americas, Ecke 43. Straße. Über das grüne Schild wurde ein Tuch in den Farben der amerikanischen Flagge gezogen, und der Präsident schickte einen Abschiedsgruß.

Es war wohl so etwas wie weise Voraussicht, die die Durst-Familie davon abhielt, die Leuchttafel abzumontieren. Die Schuldenuhr ist wieder in Betrieb, und sie läuft schneller denn je. „Unsere nationalen Schulden: $ 6 913 377 817 326“, stand dort am Freitag vergangener Woche, Punkt zwölf Uhr. „Ihr persönlicher Anteil: $ 74 374.“

Noch nie zuvor hat eine Regierung in so kurzer Zeit die Staatsfinanzen in solche Unordnung gebracht. Nach jetzigem Stand wird der Republikaner George W. Bush

nicht nur als der Präsident in die Geschichtsbücher eingehen, der den irakischen Diktator Saddam Hussein aus Bagdad vertrieb, sondern auch als derjenige, der einen Haushaltsüberschuss von 237 Milliarden Dollar binnen zweieinhalb Jahren in ein Minus von 400 Milliarden verwandelte.

Erstmals scheint damit nicht nur gläubigen Demokraten möglich, dass Bushs erste Amtszeit auch seine letzte sein könnte. Die meisten Meinungsforscher stimmen darin überein, dass bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2004 für die Amerikaner vor allem eines zählt: wie sie den Zustand der Wirtschaft einschätzen und die eigenen Chancen, ihren Wohlstand zu mehren. Schon gibt es Umfragen, nach denen die Zahl der US-Bürger, die finden, ihr Präsident habe eine zweite Amtszeit verdient, nur noch bei 40 Prozent liegt. Solch schlechten Wert hatte Bush noch nie.

Sicher, die Demokraten haben noch nicht einmal einen Kandidaten, auf den sich die Mehrheit der eigenen Anhänger verständigen kann. Doch zumindest haben die Demokraten nun ein Thema, das alle eint.

Die Minuszahlen sind natürlich auch ziemlich spektakulär. Nächstes Jahr wird die Neuverschuldung voraussichtlich sogar bei 480 Milliarden Dollar liegen; das sind dann fünf Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, eine auch für konservative Ökonomen bedenkliche Größenordnung. Und das sind nur die offiziellen Zahlen. Wer sich die Mühe macht, all die Ausgaben zusammenzurechnen, für die es noch keine Haushaltsnummer gibt, kommt noch auf weit höhere Defizitsummen.

Da sind zum einen die Kosten für das Irak-Engagement, die bislang in jedem Haushaltsplan fehlen. Es ist gerade mal zwei Wochen her, dass Bush eine Art Notnachschlag in Höhe von 87 Milliarden Dollar ankündigte, zusätzlich zu den 79 Milliarden, die bereits außerplanmäßig für den Unterhalt der US-Truppen am Golf und den Aufbau des Landes bewilligt wurden. Kaum jemand erwartet, dass dies die letzte Nachforderung war.

Dann ist da die Vielzahl von Gesetzen und Programmen, die das Weiße Haus auf den Weg gebracht hat – die 15 Milliarden für die Aidshilfe in Afrika beispielsweise, die üppigen Hilfen für die amerikanische Landwirtschaft oder das Geld, mit dem die ehrgeizige Bildungsreform finanziert werden soll, die Bush den Amerikanern versprochen hat. Weil es sich keine der beiden großen Parteien mit den Rentnern verscherzen will, bereitet der Kongress gerade in seltener Eintracht ein Gesetz vor, das den Alten Zuschüsse zur Krankenversicherung garantieren soll und das allein über die nächsten zehn Jahre noch einmal mit 400 Milliarden Dollar zu Buche schlagen wird, optimistisch gerechnet.

Der größte Kostenblock freilich, der in keiner der offiziellen Berechnungen auftaucht, sind die Rentenansprüche der so genannten Babyboomer, also der Generation der nach 1945 geborenen Amerikaner. Viele Ökonomen glauben, dass die USA nur unzureichend auf den Moment vorbereitet sind, wenn die ersten Jahrgänge in Rente gehen. Sogar das sonst eher nüchterne New Yorker „Wall Street Journal“ warnte neulich in einem Kommentar vor einer „nuklearen Zeitbombe“.

Und als ob die nicht Furcht erregend genug sei, hat das Finanzministerium in Washington auch noch damit begonnen, die Sozialkassen zu beleihen, um das Haushaltsloch wenigstens teilweise aufzufüllen. Rund 2,4 Billionen Dollar, die ursprünglich für die Altersicherung weggeschlossen waren, dienen nun dazu, laufende Kosten zu decken, den Bau einer neuen Autobahn zum Beispiel oder die Finanzierung weiterer Militärprojekte.



JOE MARQUETTE / DPA

Währungshüter Greenspan
Prekäres Gleichgewicht

Die große Mehrheit der Amerikaner hat der Staatsverschuldung lange Zeit wenig Beachtung geschenkt. Warum sollte sie auch? Die US-Bürger sind ja selbst gewöhnt, auf Pump zu leben, die Sparquote der Privathaushalte sinkt seit Jahren, und für viele waren die Schecks mit den Steuerrückzahlungen, die sie im August in der Post fanden, eine angenehme Überraschung.

Das Interesse scheint nun geweckt. War im April noch jeder zweite Amerikaner der Ansicht, dass ihr Präsident den Staatsschulden genug Aufmerksamkeit schenkte, teilte im August nur noch gut jeder dritte diese Meinung.

Selbst treue Republikaner fragen sich mittlerweile, ob es eine gute Idee war, ausgerechnet in Kriegs- und Krisenzeiten Steuererleichterungen von 1,6 Billionen Dollar durch den Kongress zu peitschen. Während die Staatsausgaben inzwischen gut 20 Prozent vom Inlandsprodukt ausmachen, was nicht einmal den Demokraten unter Clinton gelang, sind die Staatseinnahmen auf 16 Prozent gesunken, den niedrigsten Stand in 50 Jahren.

Die Antwort auf die Frage, wie gefährlich die Milliardenschulden für die amerikanische Volkswirtschaft sind, hängt von der Betrachtungsweise ab – und der Nähe zur Regierung Bush. Im glücklichsten Fall werden die Steuersenkungen der Wirtschaft einen kräftigen Stoß geben: Die Unternehmen beginnen wieder stärker zu investieren und neu einzustellen.

Mehr Beschäftigung und steigende Unternehmensgewinne bedeuten wiederum höhere Steuereinnahmen, was schließlich dazu führt, dass sich die Steuerkürzungen zum Teil selbst finanzieren. Das ist jedenfalls die Annahme, die den Budgetplanungen des Weißen Hauses zu Grunde liegt. Dort gehen die Experten davon aus, dass das Defizit schon 2005 wieder schrumpft.

Man muss kein ausgesprochener Pessimist sein, um zu weniger freundlichen Einschätzungen zu kommen. So sinnvoll Schulden sein können, um einer kränkelnden Wirtschaft auf die Beine zu helfen, so gefährlich sind sie, wenn sie über Jahre anhalten und schließlich außer Kontrolle geraten. Dann stimulieren sie nicht Wachstum, sondern behindern das, was jede Volkswirtschaft am dringendsten zum



LARRY DOWNING / REUTERS / E-LANCE MEDIA

US-Präsident Bush: *So schlechte Umfragewerte wie noch nie*

Wachsen braucht: den Zugang zu billigem Geld.

Grundsätzlich gilt ja, dass mit steigender Kreditnachfrage auch die Zinssätze anziehen. Das trifft erst recht für staatliche Schuldverschreibungen zu, bei denen die Investoren immer fürchten müssen, dass eine Regierung irgendwann die Inflation anheizt, um die Schuldenlast zu mindern.

Steigen aber die Zinsen für Staatsanleihen, werden in der Regel auch alle anderen langfristigen Kredite teurer: Schuldverschreibungen von Unternehmen ebenso wie Hypotheken. Die Vorgaben der Zentralbank unter Alan Greenspan helfen da relativ wenig; sie legt die Tageszinsen fest, zu denen sich Banken Geld ausleihen.

Tatsächlich ist der Finanzbedarf der USA schon heute enorm, es ist das mit Abstand kapitalhungrigste Land der Welt. Pro Tag nehmen die Amerikaner 1,4 Milliarden Dollar im Ausland auf, denn neben dem tiefroten Haushalt gibt es ja noch die tiefrote Leistungsbilanz. Seit Jahren erwerben die Amerikaner mehr Waren und Dienstleistungen, als sie sich eigentlich leisten können – und auch selbst produzieren.

Bislang ging das gut, auch weil nie ernste Zweifel an der Leistungskraft der US-Ökonomie bestanden. Doch nun könnte das „Doppeldefizit“, wie es EU-Notenbankchef Wim Duisenberg nennt, das prekäre Gleichgewicht zerstören, mit verheerenden Folgen für die gesamte Weltwirtschaft. Auf dem Treffen der G-7-Finanzminister in Dubai, das vergangenen Freitag begann, stand das Thema deshalb ganz oben.

Ob „das Wachstumsspiel“ („Business Week“) aufgeht, hängt entscheidend davon ab, was schneller steigt: die Zinsen oder die Zahl der neuen Jobs. Im Augenblick sieht es für die Regierung gar nicht mal so schlecht aus. Glaubt man den Prognosen der Wirtschaftsforscher, dann stehen die USA vor einem Boom mit Wachstumsraten von über vier Prozent. Und auch für den Fall, dass es anders kommt, haben die Strategen im Weißen Haus ein tröstliches Vorbild zur Hand: den republikanischen Parteihelden Ronald Reagan.

Wie Bush, so erwischte auch Reagan, kaum im Amt, eine Rezession, die dann in einen blutarmen, kraftlosen Aufschwung überging. Auch Reagan trieb die Militärausgaben in die Höhe und kürzte gleichzeitig in Schwindel erregendem Tempo Steuern. Und als sich die nächste Wahl näherte, präsentierte er statt eines ausgeglichenen Haushalts, wie bei Amtsantritt versprochen, das größte Haushaltsdefizit, das die USA bis dahin gesehen hatte.

Am 6. November 1984 wurde Ronald Reagan mit großer Mehrheit als 40. Präsident im Amt bestätigt. Die Amerikaner hatten ihm sogar verziehen, dass er zuvor die Benzin- und die Tabaksteuer erhöht hatte, um die Schuldenlast zu lindern.

JAN FLEISCHHAUER



ANNA-MARIA ROMANELLI / EUP-IMAGES.COM

EU-Kommissionspräsident Prodi: *Peinliche Fragen im Straßburger Parlament*

EUROPÄISCHE UNION

Um Kopf und Kragen

EU-Abgeordnete werfen der Kommission Versagen im Kampf gegen die Korruption vor. Wussten die Kommissare nichts, oder wollten sie nichts wissen?

In Brüssel gilt die Generaldirektion Informationsgesellschaft als Zukunftsschmiede der Europäischen Union. In der Behörde brüten Experten über Projekten, die beispielsweise eine Überwachung von Patienten mit Hilfe von Computern oder das Regieren per Mausklick ermöglichen sollen.

Doch alle hochfliegenden Konzepte schützen offenbar nicht vor den Anfechtungen des Alltags: Gleich zwei hohe Beamte gerieten jetzt unter Korruptionsverdacht. Der Disziplinarausschuss ist eingeschaltet, bei den Ermittlern der EU-eigenen Antibetrugspolizei „Olaf“ stapeln sich einschlägige Anzeigen. Mit „allergrößtem Ernst“ werde die Angelegenheit behandelt, sagt der Chef der betroffenen Behörde, Generaldirektor Fabio Colasanti, „wir brauchen rasche Aufklärung“.

Die abgegriffene Formulierung hat wieder Konjunktur, seit sich die EU-Kommission, die Behördenspitze der rund 21000 EU-Beamten in den Generaldirektionen, auf eine regelrechte Affärensaison vorbereiten muss. Sie erwartet eine ganze Serie von Anhörungen, an deren Ende, das können hohe Mitarbeiter der Kommission nicht mehr ausschließen, auch peinliche Rücktritte stehen könnten.

Im Zentrum steht die seit langem schwelende Affäre um das europäische Statistikamt Eurostat, jener Generaldirektion, die unter anderem die politisch brisante Prüfung der Maastricht-Kriterien vorbereitet. Dort wurde bereits eine ganze Direktorenriege suspendiert, weil offenbar über Jahre hinweg mit Schwarzkonten und Scheinverträgen hantiert wurde. Die verantwortlichen Kommissare sorgten weder für Aufklärung noch für Ahndung der Delikte.

Just in dem historischen Augenblick, in dem die EU zum Sprung ansetzt, sich als Großmacht von bald 25 Staaten und 450 Millionen Einwohnern zu etablieren, muss sich die Brüsseler Spitzenbehörde wieder mit der peinlichen Frage beschäftigen, warum alle Verantwortlichen wegblickten, als sich unter ihren Augen ein EU-Amt in einen Selbstbedienungsladen verwandelte.

„Wenn Kommissionspräsident Romano Prodi bis Weihnachten nicht einen Schlussstrich unter die Affäre ziehen kann“, warnt der Chef der Liberalenfraktion im Europaparlament, der Brite Graham Watson, „sehe ich ernste Schäden auf die Union zukommen.“ Im engsten Umkreis Prodis wird bereits fleißig an Verteidigungsstrategien gewerkelt. Damit nicht das gesamte

hochkarätige Kollegium zurücktreten muss, wird derzeit ausgeheckt, wer als passendes Bauernopfer herhalten könnte.

Währungskommissar Pedro Solbes, der direkt für die Eurostat-Behörde zuständig ist, dürfte wohl davonkommen, denn er wird von der Kommission benötigt als Lordsiegelbewahrer des Euro-Stabilitätspaktes. Die Haushaltskommissarin Michaele Schreyer, auch für Betrugsbekämpfung verantwortlich, kann sich wohl damit retten, dass sie die neue Finanzplanung für die EU angehen muss.

Bliebe nur noch Verwaltungskommissar Neil Kinnock, der rücksichtslos unter oberen Diensträngen aufräumen sollte und viel zu spät durchgriff. Erst im Juli dieses Jahres begann er unter öffentlichem Druck, gegen die Eurostat-Führungsriege vorzugehen. Als Bauernopfer taugt freilich auch Kinnock nicht – er wird noch gebraucht: Die Kommission hat nur noch 13 Monate bis zum Ende ihrer Amtszeit. Bis dahin sollten die Verwaltungsreformen abgeschlossen sein.

Nun sieht die Kommissionsspitze mit Bangen diesem Donnerstag entgegen, an dem Behördenchef Prodi erstmals einem kleinen Kreis von Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden des Europaparlaments erklären soll, wer letztlich der Schuldige ist.

Es wird voraussichtlich nicht sein einziger Auftritt vor dem Parlament bleiben, denn den ganzen Herbst über werden weitere Untersuchungsberichte zu Eurostat und das Ermittlungsergebnis der Pariser Justiz erwartet. Französische Untersuchungsrichter haben Anfang September mit Vernehmungen in der Pariser Niederlassung der dubiosen Eurostat-Partnerfirma Planistat begonnen, angeblich einer der Schnittstellen für Geldtransfers und überhöhte Rechnungen.

Bisher belegen die Erkenntnisse der EU-Ermittler, dass Eurostat-Beamte zusammen mit Managern von insgesamt 15 solcher Vertragspartnergesellschaften über Jahre hinweg ein Geflecht an Ausschreibungsmanipulationen und Phantomverträgen aufrecht erhalten haben, mit dessen Hilfe bis zu 50 Prozent der Einnahmen an den offiziellen Büchern vorbei auf schwarze Konten gelenkt wurden. Ein weit gespanntes System solcher Verträge „zur Ausplünderung der EU-Kassen“ sei da auf die Beine gestellt worden, schrieben die Brüsseler Olaf-Ermittler in ihre Anzeige an die französischen Untersuchungsrichter.

Offiziell streitet die heutige Kommission einstweilen noch jegliche Verantwortung für diesen Skandal ab. Das Gros der Delikte sei bereits vor ihrem Amtsantritt Ende 1999 begangen worden.

Im Übrigen habe sich niemand persönlich bereichert, so versicherte Verwaltungskommissar Neil Kinnock seinen Kollegen. Die knapp eine Million Euro sollen auf dem einzigen bisher gefundenen Schwarzgeldkonto größtenteils für administrative Zwecke verwendet worden sein. Im Klartext: Die notorische Brüsseler Praxis, zur Umgehung des eigenen schwerfälligen Apparats Gelder für den raschen Zugriff auf einem Nebenkonto in Luxemburg zu parken, sei auch von Eurostat befolgt worden.



HONK-PRESS / ACTION PRESS

Die Eurostat-Zentrale

mit über 700 Beamten und Sitz in Luxemburg ist das Statistische Amt der EU und eine der wichtigsten Schaltstellen der Brüsseler Verwaltung. Jetzt steht die Behörde im Zentrum von Betrugsermittlungen: Eurostat-Mitarbeiter sollen Verträge mit Privatfirmen fingiert und Gelder auf Schwarzkonten umgeleitet haben – Anfang Juli wurden die Behördenleiter entlassen, ihre Diensträume versiegelt.

Kinnocks beruhigendes Zwischenresümee ist indes reichlich voreilig: Immerhin kam ans Licht, dass neben administrativen Ausgaben auch Sportclubs der Statistiker gesponsert wurden, dass sich Abteilungsleiter schon mal das eine oder andere Wochenende mit der Sekretärin gegönnt hatten oder dass ein Arbeitsvertrag für die Frau Gemahlin bei einer der Vertragsfirmen heraussprang.

Und: Der bislang unveröffentlichte Zwischenbericht der kommissionseigenen Innenrevision führt aus, dass die Schwarzkontenpraxis 1999 nur „mündlich“ gestoppt worden sei. Niemals habe es eine systematische Folgeprüfung gegeben. „Es scheint, dass einige dieser Bankkonten noch existieren“, schreiben die Revisoren. Überdies sind noch in den Jahren 2001 und 2002 weitere Aufträge in Millionenhöhe an besonders dubiose Eurostat-Vertragspartner gegangen.



REPORTERS / LAIF

Reformkommissar Kinnock
Schwarzgeld für administrative Zwecke

Auffällig vor allem ist ein Antrag des Außenkommissars Chris Patten und des Entwicklungskommissars Poul Nielson vom 20. Dezember 2001. Darin werden bei der Kommission für die Beobachtung der Volkszählung in Mazedonien 999 780 Euro beantragt, zahlbar an den privaten Auftragnehmer CESD, der den lukrativen Job ohne Ausschreibung erhalten hatte.

Laut vertraulichen Unterlagen, die dem SPIEGEL vorliegen, waren die Antragsteller der beiden Kommissare informiert über die Verstrickung der CESD in den Eurostat-Skandal. Schon im Vorweg räumten sie ein, dass es „in der Kommission Vorbehalte“ gegen die Firma gebe. Gleichwohl empfahlen sie das Unternehmen wegen seiner großen Erfahrung.

An der Aufklärung der Vorgänge war die Kommission lange Zeit nicht interessiert. Währungskommissar Solbes will erst im Frühjahr von Vorwürfen erfahren haben, als die Affäre im Europaparlament zur Sprache kam.

Doch schon am 10. April 2000 erhielt sein engster Beraterstab eine Aktennotiz, in welcher auf die Mauscheleien mit den Eurostat-Vertragspartnern Bezug genommen wurde. „Der hat sich um Kopf und Kragen geredet“, findet nun ein Straßburger Parlamentarier.

Auch Verwaltungskommissar Neil Kinnock, der schon der vorigen skandalbelasteten Kommission angehörte, konnte bislang nicht überzeugend darlegen, warum er ausgerechnet bei Eurostat auf die neue Job-Rotation in der obersten Leitungsebene verzichtete, die in anderen EU-Behörden planmäßig praktiziert wurde.

Der Fraktionschef der Christdemokraten im Europaparlament, Hans-Gert Pöttering, zeigt sich dagegen entsetzt über die „haarsträubende Ahnungslosigkeit“ der Haushaltskommissarin Michaele Schreyer. Erst im Mai 2003 will sie den ersten internen Prüfbericht aus dem Jahr 1999 auf ihren Tisch bekommen haben. Allerdings hatte sie bereits im Juni 2000 eine genaue Aufstellung über Untersuchungen gegen einzelne Dienststellen erhalten. Auch Eurostat war verzeichnet.

Angesichts solch geballter Unkenntnis trauert die Vorsitzende des Straßburger Haushaltskontrollausschusses, die deutsche Christdemokratin Diemut Theato, verpassten Chancen nach: „Wenn wir im Frühjahr gewusst hätten, was wir heute wissen, dann hätten wir dieser Kommission die Entlastung nicht erteilt.“

SYLVIA SCHREIBER

POLEN

Handfeste Drohung

Lautstark entrüsten sich viele Polen über das geplante Vertriebenenzentrum in Berlin. Sie fürchten deutsche Entschädigungsforderungen.



ULLSTEIN BILDERDIENST

Vertriebene Deutsche (1945): *Enteignungen waren völkerrechtlich Unrecht*

Es war eine leichtfertige Idee von Steffen Möller, dem deutschen Kabarettisten in Warschau, der sich mit spitzen Witzen über die Teutonen in die Herzen der Polen gealbert hat. Er wollte, als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) verkleidet, im polnischen Fernsehen auftreten und das Volk fragen, was es von dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin halte.

Aber Möller hat die Idee schnell wieder fallen gelassen. Sie war nicht nur leichtfertig, sondern geradezu gefährlich. „Tu’s nicht“, warnten seine Freunde. „Sonst kriegst du was auf die Mütze.“ Seitdem BdV-Chefin Erika Steinbach, 60, am Dienstag bei einer Fernsehdiskussion in der Redaktion der Zeitung „Rzeczpospolita“ ihre Vorstellungen von dem Projekt erläutert hat, sind deutsche Vertriebenenpolitiker eine gefährdete Spezies in Polen.

Auch ganz normale Deutsche bekommen die Empörung zu spüren. Seit kommunistischen Zeiten hatte Deutschland in Warschau nicht mehr so eine schlechte Presse. Das Nachrichtenmagazin „Wprost“ druckte vorige Woche auf der Titelseite eine bösartige Fotomontage, auf der Steinbach in SS-Kluft einen schafsköpfigen Kanzler Schröder zureitet. Dazu die Zeile: „Die Deutschen schulden Polen für den Zweiten Weltkrieg eine Billion Dollar.“

Und das Boulevardblatt „Super Express“ ulkte: „Tochter eines Besatzers verzeiht uns!?“ Das war eine unverhohlene Anspielung auf die Tatsache, dass Erika Steinbach als Spross eines Wehrmachtsoffiziers im Alter von kaum zwei Jahren aus der Provinz Westpreußen vertrieben worden war, die deutsche Truppen 1939 für Hitler erobert hatten. Steinbach hatte in dem „Rzeczpospolita“-Kolloquium gönnerhaft ihre Bereitschaft erklärt, den Polen zu verzeihen.

Seit die Verbandschefin damit gedroht hat, den Polen könne der Zutritt zur EU

verwehrt werden, wenn sie nicht von ihrer vertriebenenfeindlichen Politik abließen, ist das CDU-Vorstandsmitglied in Polen wesentlich prominenter als in Deutschland.

Viele Polen, vor allem in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, werteten das als handfeste Drohung. Sie fürchten, dass die deutschen Alteigentümer ihren Besitz zurückfordern könnten. Auch die Regierung in Warschau hat Angst, dass das Vertriebenenzentrum unter anderem dazu genutzt werden könne, solche Forderungen moralisch zu unterstützen. Versöhnung hin, Versöhnung her, hier solle Geschichte umgeschrieben werden, vermuten daher viele Nachbarn.

Die Regierung des Postkommunisten Leszek Miller sieht in der Sache zwar „keine offenen Rechtsfragen“. Aber die rotgrüne Koalition in Berlin bleibt bei dem Standpunkt, den alle ihre Vorgängerinnen ebenfalls vertreten haben: Vertreibung und Enteignung waren völkerrechtlich Unrecht. Restitutionsansprüche unterstützt sie dagegen nicht.

Allerdings: Wenn Polen mit dem Beitritt zur EU deren Rechtsnormen übernimmt, kann mit Prozessen gerechnet werden. Der Umfang der amtlich registrierten Forderungen nach Rückerstattung von Immobilien in Ostpreußen und in Polens Westen summiert sich schon heute auf sechs Milliarden Euro.

Dabei sind die Polen nicht so parteiisch, wie der BdV meint. Zwei Drittel glauben nach einer Umfrage, dass den vertriebenen Deutschen Unrecht geschehen ist. Und jeder Vierte gesteht ihnen sogar ein Recht auf Entschädigung zu.

Bundeskanzler Schröder und Ministerpräsident Miller sind denn auch nicht grundsätzlich gegen eine würdige Erinnerungsstätte. Sie wollen das Vertreibungszentrum aber europäisieren und damit vermeiden, dass „allzu einseitig das Unrecht, das Deutschen widerfahren ist“ (Schröder) in den Mittelpunkt gestellt werde.

Daher auch die von dem SPD-Politiker Markus Meckel und dem Warschauer Publizisten Adam Michnik favorisierte Idee, das Projekt nicht in Berlin, sondern in Wroclaw, dem ehemaligen Breslau, zu verwirklichen. Denn dort könne sowohl das Schicksal der deutschen als auch das der polnischen Vertriebenen aus dem sowjetisch okkupierten Ostpolen überzeugender thematisiert werden.



EK PICTURES

Polnischer Magazin-Titel
Schlechte Presse für Deutsche

Die lautstarke Diskussion um die Erinnerungsstätte gefährdet inzwischen sogar den Aussöhnungsalltag. Einige Mitarbeiter der Stadtverwaltung von Wroclaw wollen von ihren bis dato noch zweisprachigen Visitenkarten das Wort „Breslau“ streichen.

Sollten die Deutschen das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin dennoch verwirklichen, müssen sie mit heftigen Trotzreaktionen rechnen. Lech Walesa etwa, der ehemalige polnische Präsident und einstige Solidarność-Patriarch, drohte gegenüber dem SPIEGEL: „Dann bauen wir in Warschau ein Zentrum, das die deutschen Gewalttätigkeiten gegen Polen dokumentiert. Ich appelliere an die Deutschen: Gebt den Plan auf.“

Janusz Reiter, erster Botschafter des demokratischen Polen in Deutschland, hatte mit Befriedigung festgestellt, man sei endlich so weit, dass nicht mehr jedes deutsch-polnische Gespräch bei Hitler beginnen müsse. Das gilt nun nicht mehr.

ERICH WIEDEMANN



JOHN MCCONNICO / AP

Trauerfeier für Anna Lindh in Stockholm*: *Suche nach weiteren Verdächtigen*

SCHWEDEN

Kamikaze im Kaufhaus

Ein ganzes Land verlangt Antworten: Was trieb den Mörder von Anna Lindh, und welche Rolle spielt der rechtsradikale Hintergrund des Hauptverdächtigen?

Die Tradition lebt: Jeder Schwede soll sich selbst ein Bild machen können; seit 1766 huldigt das Land einem beispiellosen Öffentlichkeitsprinzip. Alle Bürger haben, verfassungsrechtlich verbrieft, „das Recht auf freien Zugang zu offiziellen Dokumenten“. Und das hat schon so manchen den Kopf gekostet.

Egal ob jährliche Steuerschuld oder privates Vermögen, amtsärztliche Gutachten, Mietrückstände, Vorstrafen und sogar der etwaige Missbrauch dienstlicher Kreditkarten, über den 1995 Vize-Premierministerin Mona Sahlin stolperte – alle amtlichen Papiere stehen frei zur allgemeinen Einsicht.

Der einstige Bürgerbeauftragte der EU, Jacob Söderman aus Finnland, lobte die schwedischen Verhältnisse als „zentralen Aspekt von Demokratie“. Der Tatverdächtige im Mordfall Anna Lindh, Per Olof Svensson, sieht das gewiss anders.

Seit Mitte voriger Woche sitzt der 35-jährige Arbeitslose in der Stockholmer Haftanstalt Kronoberg. Und seither gelangen selbst winzigste Details über sein schillerndes Vorleben an die Öffentlichkeit. Sie lassen eigentlich nur eine Frage offen: Warum nur hat die Polizei den Mann erst sechs Tage nach der Bluttat im Stockholmer Kaufhaus NK festnehmen können?

An die 50 Eintragungen im Vorstrafenregister – allein 18 in den vergangenen sechs Jahren – wegen Gewalttaten, Diebstahl, Betrug oder Bedrohung hat der Verhaftete angehäuft. Seine längst geschiedenen Eltern erwirkten, jeder für sich, richterliche Besuchsverbote gegen ihren Sohn – aus Angst vor dessen Gewalttätigkeit.

Ein psychiatrisches Gutachten bescheinigte dem Tatverdächtigen schon 1991 „narzisstische Züge“ und schwere Persönlichkeitsstörungen: „Seine psychische Instabilität führt dazu, dass er mit Aggressionsausbrüchen reagiert, wenn ihm etwas gegen den Strich geht.“ Der Festgenommene soll ebenso in der rechtsradikalen Szene wie in der Schickimicki-Gesellschaft der Hauptstadt zu Hause gewesen sein. Freunde beschrieben sogar das Innenleben seines Kleiderschranks, in dem angeblich „Armani-Anzüge und Nazi-Uniformen“ hängen.

Verteidiger Gunnar Falk wehrt sich gegen jede „Vorverurteilung“ seines Mandanten. Der werde „ohne jeden Beweis“ öffentlich zum „Killer“ abgestempelt und könnte ebenso gut „vollkommen unschuldig sein“, behauptet der Advokat, wie es seine Pflicht ist.

Tatsächlich klingen die Einlassungen der Ermittlungsbehörden nicht eben optimistisch. Der Mann, der nach wie vor alle Vorwürfe bestreitet, sei „ein Hauptverdächtiger“, erklärte die Polizei, es werde noch nach „mindestens fünf“ weiteren Personen gesucht. Nahezu zeitgleich mit der offiziellen Gedenkfeier für die ehemalige Außenministerin, die vorigen Freitag im streng überwachten Stockholmer Rathaus stattfand, erwirkte die Staatsanwaltschaft immerhin Untersuchungshaft wegen „angemessenen Verdachts“. Doch das ist lediglich die schwächste Stufe im Regelwerk der Ermittler, die gerade mal eine Woche zusätzliche Haft garantiert.

Auch die ersten Ergebnisse der DNS-Analysen sind nach allem, was bis zum Wochenende bekannt wurde, nicht besonders hilfreich. Blutspuren und Kleidungsstücke, die nach der Tat im Kaufhaus sichergestellt wurden, könnten immerhin belegen, so hatten Ermittler gehofft, dass der Mann zur Tatzeit am Schauplatz des Mordes war – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

„Genau das Gleiche wie damals“, stöhnt der renommierte Jurist und Rechtsgutachter Leif Silbersky – damals, als Olof Palme am 28. Februar 1986 auf offener Straße erschossen wurde. Dem Hauptverdächtigen konnte auf Grund von Schlampereien und Pannen der Ermittler nur nachgewiesen werden, dass er sich in der Nähe des Tatortes aufgehalten hatte. Vom Vorwurf des Mordes sprach ihn das Gericht in zweiter Instanz aus Mangel an Beweisen frei.

Die Strategie der Ermittler im Fall Lindh ist ebenfalls heftig umstritten. Sie hoffen nun vor allem auf neue Zeugenaussagen und die Ergebnisse einer weiteren DNS-Analyse von Spuren auf der Tatwaffe. Das Jagdmesser hatte der Täter im Kaufhaus weggeworfen. Im kriminaltechnischen Institut der britischen Polizei in Birmingham, das als weltweit führend gilt, wird die Stichwaffe vor allem auf Fingerabdrücke untersucht. Doch das kann dauern.

Umso mehr blühen einstweilen die Spekulationen über den rechtsradikalen Hintergrund des Verdächtigen. Der wird selbst von seiner Familie als ausländerfeindlich und Rassist beschrieben. Freunde outeten den Anhänger des führenden Fußballclubs Djurgårdens Stockholm zudem als gewalttätigen Hooligan, den seinesgleichen „Kamikaze“ rufen, weil er sich stets als Erster in die Schlacht mit verfeindeten Fangruppen stürzte. Auf Grund seiner rund 4200 Mitglieder gilt Djurgårns Fina Grabbar als größter und wohl auch gewalttätigster Fanclub. Denn Djurgårdens’ „nette Jungs“ bilden den harten Kern der rechtsradikalen Fußballszene, sagt Extremismusforscher Tobias Hübinette.

Als Ende 1999 der Gewerkschafter Björn Söderberg vor seiner Haustür erschossen wurde, war einer der rechtsradikalen Täter ein „Djurgårdare“.

MANFRED ERTEL



JONAS LINDKVIST / DPA

Tatverdächtiger Svensson*
„Psychische Instabilität“

* Oben: mit Schweden-Premier Göran Persson am Freitag voriger Woche im Rathaus der Hauptstadt; unten: bei der Verhaftung am vergangenen Dienstag in Stockholm.

Werbeseite

Werbeseite

AFGHANISTAN

Die Jagd nach dem Scheich

In den Kiefernwäldern der Provinz Kunar vermuten Geheimdienste aus aller Welt Osama Bin Laden. Kaum befahrbare Straßen und die Nähe zu Pakistan machen die Gegend zu einem perfekten Versteck. Der Mann, der im Auftrag Kabuls nach dem Terrorchef fahndet, ist selbst ein Gejagter.



SIPA PRESS

Bin Laden*, Fahnder Zaman
Seelenruhig und allem Irdischen entrückt

In den Hotels von Kabul treffen sich Agenten aller Herren Länder. Jede Nation scheint ihre eigenen Geheimdienstler an den Hindukusch entsandt zu haben. Konkurrenz belebt das Geschäft. Südafrikaner fragen aus, wer immer ihnen über den Weg läuft. Australier ohne erkennbare Profession recherchieren fleißig, und es bleibt unklar, für wen.

Auch der türkische Geheimdienst Milli Istihbarat Teskilati hat seinen Mann an die unsichtbare Front im Kampf gegen den Terrorismus geschickt. Seine Tarnung ist allerdings so schlecht, dass er bald von den Bewohnern der Pension im Stadtteil Schahr-i-naw nur noch „der Türke“ genannt wird.

Die Regierung in Ankara zeigt immer noch reges Interesse an Afghanistan. Fast acht Monate lang leiteten türkische Generäle die Internationale Schutztruppe.

Der Türke hält stets seine Ohren offen, setzt sich am liebsten in die Nähe von Journalisten, die von ihren Erlebnissen in den noch immer unbefriedeten Regionen außerhalb von Kabul berichten.

Den nächsten Tag verbringt er dann am Schreibtisch – genau wie die Journalisten, die gleichfalls ihre Berichte absetzen. So lässt es sich aushalten in Kabul: Es gibt europäisches Bier, es gibt Pizza und Satellitenfernsehen – und eine ungelöste Frage, an der, von den Amerikanern ausgelobt, 25 Millionen Dollar Kopfgeld hängen: Wo ist Osama Bin Laden?

Um diese Frage zu klären, schleicht unser Mann in Kabul morgens mit einer Afghanistan-Landkarte zur Rezeption und flüstert: „Wo liegt Kunar?“

Der Hotelmanager, ein dürrer Tadschike, deutet mit dem Zeigefinger auf einen kleinen Punkt auf der äußersten rechten Kartenseite. „Dangerous?“, fragt der Türke, der Hotelmanager nickt.

Kabul wird der Kundschafter deshalb so schnell nicht verlassen. Aber die Frage nach Kunar war nicht schlecht. Dem eigentlichen Objekt seiner Neugier wäre er dort um einiges näher gewesen.

Nordöstlich der Provinzhauptstadt Jalalabad, im gebirgigen Grenzgebiet der afghanischen Provinzen Nangarhar und Kunar, sitzt ein großer korpulenter Mann auf einem Plastikstuhl und wischt sich den Schweiß von der Stirn.

Es ist zwölf Uhr mittags, ein Dutzend Pick-ups und Toyota-Geländewagen parken in der Nähe eines Gasthauses am Rand der Straße – wenn diese staubige Geröllpiste, die in die Berge führt, überhaupt den Namen verdient.

„Scheißhitze!“, flucht der dicke Mann, „außerdem habe ich Hunger.“

Sofort flitzt einer seiner Begleiter los und kommt wenige Minuten später mit einer Aluminiumschüssel voller Rosinenreis und Lammfleisch zurück. Der dicke Mann isst ohne Besteck, er löffelt den Reis mit Hilfe des Fladenbrots. Ein Dutzend bewaffneter Soldaten schaut ihm dabei zu. Die Männer sind seine Leibgarde.



KNUT MÜLLER

Zamans ewiger Hunger könnte ihm noch mal zum Verhängnis werden. Denn zum Essen muss er anhalten. Wenn Zaman aber aus seinem Toyota-Geländewagen mit den schwarzen Fensterscheiben steigt, spricht sich das viel zu schnell herum in dieser unwirtlichen Bergwelt, in der man schon für hundert Dollar einen Killer mieten kann.

Mohammed Zaman, 45, Militärkommandeur der Grenzprovinz Kunar, ist seit gut anderthalb Jahren auf der Suche nach dem „loar Scheich“, dem großen Scheich. So

* Auf einem Video, das der Fernsehsender al-Dschasira am 10. September ausgestrahlt hat.

Werbeseite

Werbeseite



KNUT MÜLLER

Grenzübergang Torkham: *„Wir holen uns unser Land zurück“*

nennen die Afghanen den Chef des Terrornetzwerks al-Qaida, Osama Bin Laden.

Irgendwo hier, im Nordosten des Landes an der Grenze zu Pakistan, soll er sich herumtreiben. Nachdem ihm im Dezember 2001 die Flucht aus den nahe gelegenen Höhlen von Tora Bora gelungen war, richtete sich Bin Laden zunächst eine Reihe geheimer Stützpunkte in den Stammesgebieten der Paschtunen in Pakistan ein.

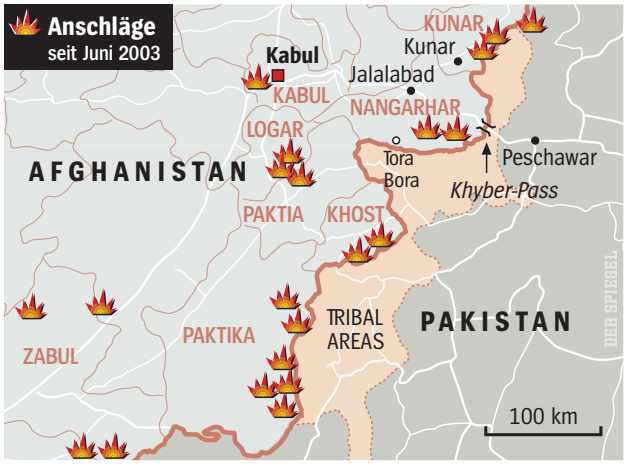
Die so genannten Tribal Areas stehen formal unter Selbstverwaltung. Doch die pakistanische Armee und der berüchtigte Geheimdienst ISI kontrollieren die undurchdringliche Region erheblich besser, als sie zugeben. „Die wissen genau, wo Bin Laden steckt“, sagt Zaman kauend, „wenn die dem Scheich nicht helfen würden, hätte ich ihn schon längst gefasst!“

Die Grenze der Provinz Kunar zu Pakistan ist praktisch unkontrollierbar. Selbst die Hochtechnologie der Amerikaner nützt hier nicht viel.

In den Bergen wuchert ein Urwald voller Eichen und immergrüner Nadelbäume. Lager und Stützpunkte sind weder per Helikopter noch per Satellit auszumachen. Hunderte Schleichpfade verbinden Afghanistan mit Pakistan, in Kunar „gibt es mehr Höhlen als Menschen“, sagt Zaman.

Die Zentralregierung im nur 150 Kilometer entfernten Kabul, von der er den Auftrag hat, den Qaida-Chef dingfest zu machen, hat hier nichts zu sagen. Stattdessen tummeln sich im Grenzland so ziemlich alle Terror- und Guerillagruppen, die Afghanistan zu bieten hat.

Da wäre beispielsweise der paschtunische Terrorpate Gulbuddin Hekmatjar, den Ermittler in Kabul für den Auftraggeber des Juni-Anschlags auf einen voll besetzten Bundeswehrbus halten. Hekmatjar hat sich in der Provinz Kunar mit arabischen



Kämpfern verbündet, die ab und zu auch auf eigene Verantwortung operieren. Doch der Wichtigste von allen, die sich im Grenzgebiet tummeln, ist Osama Bin Laden.

Drei Söhne, berichtet Zaman, kämpfen an seiner Seite. Zwei Frauen Bin Ladens, auch da ist der Kommandeur ganz sicher, leben im Dickicht der Kiefernwälder. Der Scheich besucht sie angeblich regelmäßig.

Nie benutzt er ein Telefon. Nachrichten lässt er nur auf handgeschriebenen Zetteln per Boten verbreiten – das dauert länger, ist aber abhörsicher. „Wo der Scheich genau steckt, weiß ich auch nicht“, sagt Zaman. „Vielleicht weiß er selbst manchmal nicht, wo er am nächsten Tag sein wird.“

Auf Hilfe von den Amerikanern hofft Zaman schon lange nicht mehr. Die verlassen hier im Grenzgebiet kaum ihre Stützpunkte, den Kampf gegen die Taliban „müssen wir allein führen, nicht einmal anständige Waffen geben sie uns“.

Zaman lebt gehetzter als der Mann, den er fassen will. Selbst engen Freunden kündigt er sein Kommen nicht an. „Ich versuche immer, in Bewegung zu bleiben – denn Bin Laden will mich töten.“

Schon mehrmals ist er Anschlägen nur knapp entgangen. Seine Gegner sind ihm ständig auf den Fersen. Am liebsten operieren sie mit ferngezündeten Minen, doch bislang sind lediglich Autoscheiben zu Bruch gegangen.

Pünktlich zum zweiten Jahrestag der Anschläge auf die Twin Towers und das Pentagon tauchte Bin Laden nun auf einem Video auf. Seelenruhig spaziert er mit seinem Stellvertreter, dem ägyptischen Kinderarzt Aiman al-Sawahiri, durch eine idyllische Berglandschaft.

Afghanische Geheimdienstler sind sich sicher, dass die Aufnahmen in Kunar entstanden sind. Die hohen Nadelbäume und die Berglandschaft deuten ihrer Ansicht nach auf das Grenzgebiet zu Pakistan hin.

Scheinbar allem Irdischen entrückt, schreitet der meistgesuchte Terrorist der Welt da durch unberührte Natur und lässt weitere Katastrophen ankündigen. Von Unruhe keine Spur.

Zaman dagegen ist nervös, und er will es gar nicht verbergen. Wenn er spricht, wandern seine Augen hin und her. Nähert sich ein Unbekannter, duckt er sich weg. Seine Männer gehen dann in Habachtstellung, ihre Gewehre sind immer geladen.

Die ganze Truppe reist nach Jalalabad, der Hauptstadt der Nachbarprovinz Nangarhar. Unter riesigen Zeltplanen sitzen dort mehrere hundert Männer vor einem Podium. Es sind Mudschahidin und Stammesälteste aus der Region.

Die Männer begehen den zweiten Todestag des Nordallianz-Kommandeurs Ahmed Schah Massud. Bin Laden hatte ihn zwei Tage vor dem Anschlag auf das World Trade Center ermorden lassen.

Ein zwei Meter hohes Ölgemälde Massuds hängt über dem Podium, auf dem die Provinzfürsten Platz genommen haben. Daneben hängen die Porträts der Paschtunenführer Abdul Haq und seines Bruders Abdul Qadir. Sie wurden von den Taliban ermordet. Zaman hat sie gut gekannt.

Helfer verteilen Pepsi und Poster mit dem Konterfei Massuds. Auf den Plakaten sieht der Held der Nordallianz nach einer Computerüberarbeitung aus wie eine afghanische Mischung aus Bob Marley und Ché Guevara.

Zaman nippt an seiner Cola, schüttelt vorsichtig Hände und lauscht den Worten von Hazrat Ali. Der charismatische Militärführer war ein enger Freund Massuds und hat mit ihm gegen die Sowjets und die Taliban gekämpft. Nun befehligt Zamans Kollege in Jalalabad die Truppen der Regierung. Doch viele glauben, die Soldaten

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

hörten nur noch auf sein Kommando – und nicht mehr auf Kommandos aus Kabul.

„Wir wissen genau, wer unsere Feinde sind“, ruft Ali seinen Gotteskriegern zu. „Wir müssen uns in Acht nehmen vor unserem Nachbarland, dessen Namen ich nicht nennen will.“ Zaman klatscht Beifall, bis seine schweren Hände rot sind.

Der pakistanische Präsident Pervez Musharraf gilt eigentlich als wichtiger Verbündeter der USA im Kampf gegen den Terror. Doch die Taliban-Einheiten, die in den vergangenen Monaten zu Hunderten den Kampf mit der afghanischen Nationalarmee und den Amerikanern aufgenommen haben, unterhalten ihre Basislager ganz offensichtlich in Pakistan.

Überall im Grenzgebiet schlugen die Kämpfer Mullah Omars zu – auch in der Provinz Kunar. „In den vergangenen drei Monaten haben die Anschläge und Attacken rapide zugenommen“, sagt Zaman. Doch der neue Gouverneur, klagt der Kommandeur, fahre gegenüber den Taliban in Kunar neuerdings einen Schmusekurs – auf Anordnung der Regierung in Kabul.



INDRANIL MUKHERJEE / AFP

Gedenkfeier zu Ehren Massuds: *Weinende Gotteskrieger*

Weil Präsident Hamid Karzai die Taliban nicht besiegen kann, will er sie offenbar ruhig stellen. In vielen Provinzen haben Regierungsunterhändler schon Kontakt zur islamistischen Guerilla aufgenommen.

Doch das Kalkül geht nicht auf. Die Taliban sehen in Karzai keinen Verhandlungspartner, sondern bloß den Mann, der ihnen mit Hilfe der Amerikaner die Macht genommen hat. „Das werden sie uns nie verzeihen“, sagt Zaman.

So sitzt der Bin-Laden-Jäger derzeit zwischen allen Stühlen. „Kaum nehme ich ein paar von diesen Strolchen fest, lässt der Gouverneur sie wieder laufen“, klagt er. Die generösen Gesten der Regierung legen die Taliban offenbar als Schwäche aus – und mit dieser Analyse liegen sie gar nicht mal falsch.

Gleichzeitig wird die Rolle Pakistans in dem schmutzigen Krieg im Grenzgebiet immer dubioser. „Pakistanische Soldaten dringen immer häufiger auf unser Territorium vor“, berichtet Zaman. Angeblich, um Kämpfer der Qaida zu jagen.

Doch das glaubt Zaman nicht. „In einigen unserer Dörfer geben sie bereits pakistanische Pässe aus. Und sie versorgen unsere Feinde mit Waffen und Munition.“

Als die pakistanische Armee vor kurzem 20 Kilometer weit nach Afghanistan vorrückte, drohte Hazrat Ali, die Truppen anzugreifen. Die Amerikaner verhinderten im letzten Moment einen Waffengang. Nach Protesten der USA in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad zogen sich die Pakistaner zurück.

Wie angespannt die Lage an der Grenze inzwischen ist, ist zwei Autostunden östlich von Jalalabad erkennbar, am Grenzübergang Torkham, der zum Khyber-Pass hinaufführt. Die Pakistaner nutzten die Wirren des Krieges gegen die Taliban vor zwei Jahren und rückten auf afghanisches Territorium vor.

An vielen Orten, auch bei Torkham, bauten die Soldaten ihre Posten auf afghanischen Boden. „Wir warten auf den Befehl, dann holen wir uns unser Land zurück!“, droht Zaman. Hazrat Ali, der sich inzwischen neben seinen Freund gesetzt hat, nickt.

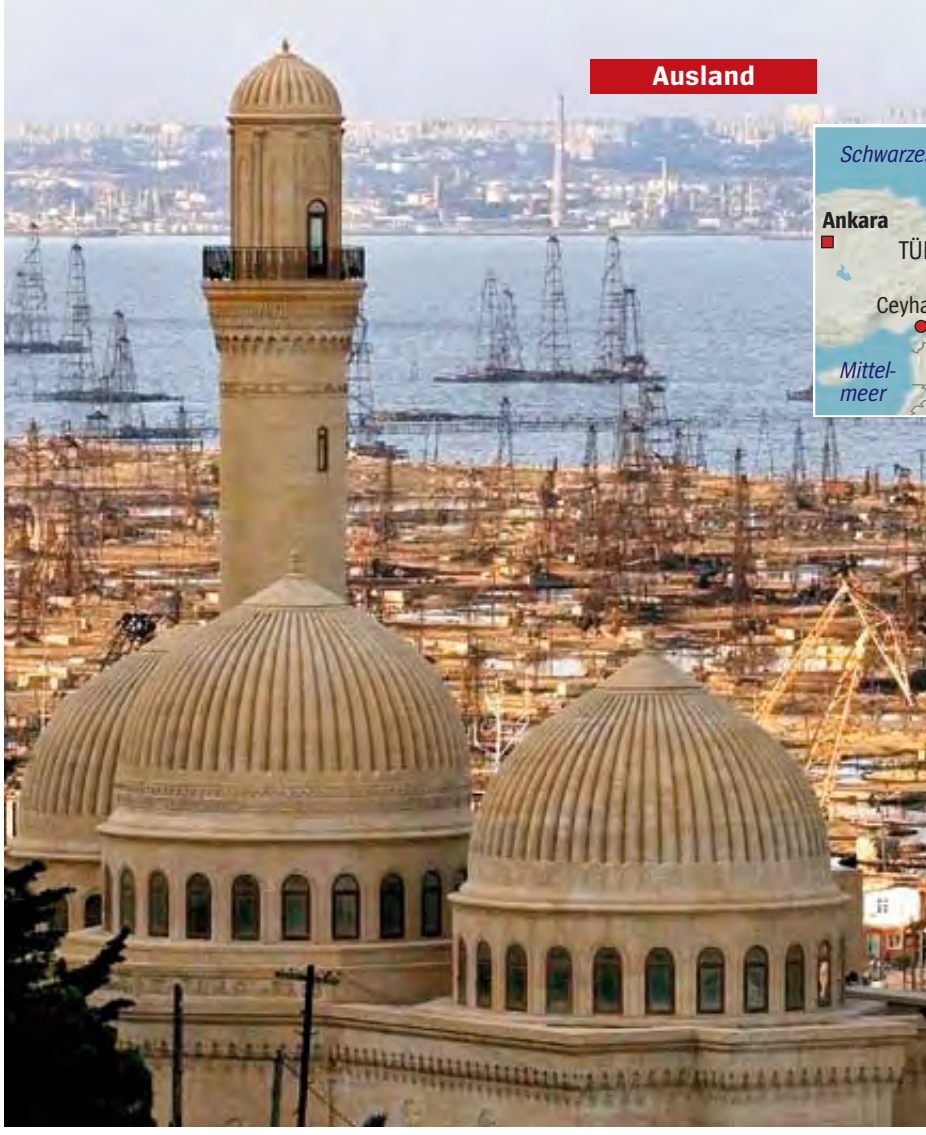
Schon jetzt kommt es zu Scharmützeln. Als vor kurzem eine Paschtunin in ihrer Burka von pakistanischen Soldaten am Grenzübergang geschlagen wurde, feuerten afghanische Soldaten auf die andere Seite. Miteinander geredet wurde erst nach dem Schusswechsel.

Der Grenzverlauf ist umstritten. Nach einer 1893 von den Engländern willkürlich festgeschriebenen Grenzbestimmung zwischen Afghanistan und Britisch-Indien, der so genannten Durand-Linie, hätten die jetzt auf pakistanischer Seite liegenden Stammesgebiete der Paschtunen bereits vor zehn Jahren zurückgegeben werden müssen.

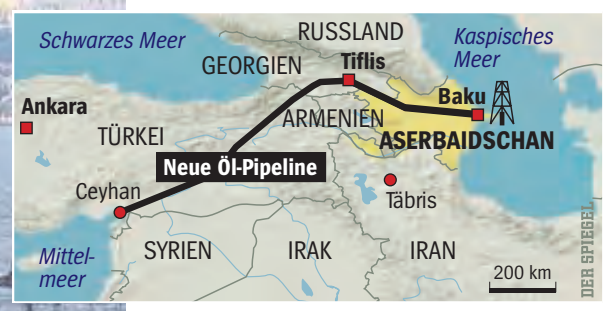
Doch keine afghanische Regierung war bisher stark genug, die umstrittenen Forderungen gegen Islamabad durchzusetzen. „Deshalb haben die Pakistaner auch kein Interesse an stabilen Verhältnissen in Afghanistan“, glaubt Zaman – dann gibt er seinen Männern ein Handzeichen.

Es dämmert, die Feier geht zu Ende. Zum Abschluss singen ein paar junge Mädchen mit hellen Stimmen ein trauriges Lied über den Tod Massuds. Alles blickt zur Bühne, manche Mudschahidin weinen.

Mohammed Zaman, der Jäger Bin Ladens, ist plötzlich verschwunden. Niemand, nicht einmal sein Freund Hazrat Ali, weiß wohin. Claus Christian Malzahn



SHAMIL ZHUMATOV / REUTERS / E-LANCE MEDIA



Moschee, Ölplattformen in Baku: *„Schlechtes Beispiel für Zentralasien“*

ASERBAIDSCHAN

Stalins Schule

Alleinherrscher Gejdar Alijew übergibt die Macht im ölreichen Polizeistaat an seinen Sohn Ilcham – mit dem Segen der USA.

Rücktritt, Rücktritt“, skandieren wütende Demonstranten bei einer Protestkundgebung von etwa 20 000 Menschen am Siegesplatz in Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans. Die Forderung von Anhängern der Mussawat, der stärksten Oppositionsbewegung des Landes, gilt dem greisen Präsidenten Gejdar Alijew. Der jedoch mag nicht auf Volkes Stimme hören, kann es wohl auch gar nicht mehr, gleichwohl hat er sich am 15. Oktober noch einmal zur Wiederwahl aufstellen lassen.

Seither ist das Antlitz des 80-Jährigen in der Hauptstadt der acht Millionen Einwohner zählenden Republik allgegenwärtig. Mal gönnerhaft, mal listig, mal finster entschlossen schaut Alijew auf Porträts aus den Schaufenstern der Geschäfte und blickt von den Mauern neugotischer Gründerzeitbauten herab auf seine Untertanen.



AP



EFREM LUKATSKY / AP

Staatschef Alijew*, Sohn Ilcham: *Fester Griff*

Mit festem Griff hält der Alleinherrscher die ölreiche frühere Sowjetrepublik seit 1967 an der Kandare. Mit nur kurzer Unterbrechung wirkte er erst als KGB-Boss, dann als KP-Chef, schließlich als Präsident. Doch seit Anfang Juli befindet er sich außer Landes – als schwerer Fall für die Intensivmedizin.

Nach einem Zwischenaufenthalt Alijews im Militärhospital Gülhane in Ankara mühen sich derzeit Ärzte in Cleveland im US-Staat Ohio ohne sichtbaren Erfolg um Herz und Nieren des Patriarchen, der es 1982 zum Mitglied des Politbüros der KPdSU gebracht hatte.

Ende April war der dienstälteste Politiker im GUS-Staatenverbund bei einer Fernsehansprache in Ohnmacht gefallen und hatte sich dabei sieben Rippen gebrochen. Danach verschwand er aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit, die er alsbald vom Krankenlager aus mit der Absicht verblüffte, das Land in eine Erbmonarchie zu verwandeln.

Anfang August ernannte er Sohn Ilcham, 42, zum Ministerpräsidenten. Nicht ohne Grund hatte Alijew senior ein Jahr zuvor die Verfassung ändern lassen: Bei Tod oder Amtsunfähigkeit des Staatschefs rückt der Regierungschef zum amtierenden Präsidenten auf. Zur Wahl haben sicherheitshalber gleich beide Alijews ihre Kandidatur angemeldet. Der Junior rechnet damit, dass der Alte im letzten Moment zu seinen Gunsten verzichtet.

Das wäre dann ein „schlechtes Beispiel, das in ganz Zentralasien schnell Nachahmer finden könnte“, fürchtet Mussawat-Chef Issa Gambar. Der Oppositionsführer, auch er ein guter Freund der Militärs im Nachbarland Türkei, sieht in Alijew einen „Mann der Stalinschen Schule“.

Dafür spricht manches. Alijew, der 1945 der KPdSU beitrat und schon 1941 für den Geheimdienst gearbeitet hatte, nutzt bis heute als Hauszeitung den „Bakinski rabotschi“ (Bakuer Arbeiter), den Berufsrevolutionäre um Josef Stalin in Baku 1906 als Untergrundblatt gegründet hatten. Außerdem lässt er seine Staatsführung mit Jubelkundgebungen im Sowjetstil feiern. Oppositionsparteien werden auf sein Geheiß von Spitzeln unterwandert, Kritiker der Regierung verhaftet, Demonstranten verprügelt.

Von den strategischen Fähigkeiten seines Vaters, der Aserbaidschan nach der Unabhängigkeit durch geschicktes außen-

* Bei seinem Zusammenbruch während einer Fernsehansprache am 21. April.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



SHAKH AIVAZOV / AP

Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Baku: *„Kampf um die Freiheit“*

politisches Finassieren aus Kriegen und Konflikten heraushielt, hat Sohn Ilcham nicht viel geerbt. Freunde wie Gegner sagen ihm nach, ein verwöhntes Herrschersöhnchen zu sein, mit ausgeprägtem Hang zu Wetten und Spielkasinos, in denen er ein Dollar-Millionenvermögen verzockt haben soll.

Als Redner erweckt der Filius dagegen keine Begeisterung. Bei der Eröffnung des Bakuer Yachtclubs an der von Öldunst umwehten Uferpromenade leiert er im Stil eines Sowjetbürokraten vor gelangweilten Offizieren der Handelsmarine eine Liste vermeintlicher Erfolge in Schifffahrt, Sport und Straßenbau herunter. Gleichwohl hofft er auf ein Ergebnis von 60 bis 65 Prozent bei der Präsidentenwahl – wenn alles so läuft, wie es die Familie plant. Oppositionspolitiker und Westdiplomaten fürchten, dass die von Mitgliedern der Staatspartei Yeni Aserbaidschan (Neues Aserbaidschan) beherrschte Wahlkommission ein solches Ergebnis auch abliefern wird.

Für diesen Fall allerdings droht die bisher zerstrittene Opposition, die von den Pantürken über prorussische Kreise bis zu iranischstämmigen Talyschen im Süden reicht, mit verschärften Protesten gegen den jungen Alijew, der im Machtapparat bislang eher wenig Rückhalt hat.

Bei Durchschnittseinkommen von 75 Dollar im Monat, das zeigen alle Umfragen, sind die Aserbaidschaner unzufrieden. In der Schattenwirtschaft des Bakuer Beamtenkapitalismus fließen die Öleinnahmen nur wenigen zu. Etwa anderthalb Millionen Aseris verdienen deshalb in Russland ihren Lebensunterhalt.

Mit wohlwollender Nachsicht dürfen die Alijews trotz ihrer rüden Regierungsmethoden jedoch in Washington rechnen. Die Amerikaner waren stets die verlässlichen Förderer der neuen Ölpipeline von Baku in den türkischen Hafen Ceyhan. Das Großprojekt soll 2005 fertig gestellt sein.

Washington geht es neben einer Option für Öllieferungen um strategische Ziele. Es hofft auf dauerhaften Einfluss in Zentralasien, wovon schon persische Könige, mongolische Khane, russische Zaren, aber auch Adolf Hitler träumten. Zudem haben zwei Jahrhunderte strenger russischer Aufsicht die Aseris als weltliche Muslime geprägt und damit reif gemacht für eine neue Rolle: als Lieblings-Schiiten der Amerikaner.

Schon nennt Alijew junior die USA nach einem Blitzbesuch in Washington Ende August seinen „strategischen Verbündeten“. Zum Beweis hat der Premier bereits 150 Soldaten als Friedenstruppe in den Irak geschickt. Bakus Stasi-Chef Namik Abassow, der starke Mann im Hintergrund, teilt sein Wissen, etwa über tschetschenische Kämpfer, mit den Kollegen der CIA.

Mit deren Hilfe hat sich in Baku der Vorposten einer „Südaserbaidschanischen Befreiungsbewegung“ formiert, die von im Exil lebenden iranischen Aseris getragen wird. Die Untergrundtruppe, in Baku straff geführt von dem jungen Soziologen Hüsseyin Türceli aus der rebellischen iranischen Universitätsstadt Täbris, ruft auf einem starken Kurzwellensender die etwa 16 Millionen in Iran lebenden Aseris zum Sturz des Mullah-Regimes auf. Seine Kameraden wollen, versichert Türceli, zum „Kampf um die Freiheit“ notfalls auch bewaffnet antreten.

Eine erste gemeinsame Anti-Terror-Übung der aserbaidschanischen und der US-Streitkräfte im August wie auch der massive Ausbau der früheren sowjetischen Luftwaffenbasis Nassosny deuten auf künftige engere Zusammenarbeit der Militärs.

Deutet es auch auf mehr?

Aserbaidschanische Regimekritiker wie der Vizechef der russischsprachigen Tageszeitung „Serkalo“, Emin Muchmadow, warnen jedenfalls eindringlich davor, an einer Destabilisierung des militärisch weit überlegenen Iran mitzuwirken. Muchmadow: „Das ist ein sehr gefährliches Spiel.“

Uwe Klussmann



Die Affären des John F. Kennedy

Nicht nur Bill Clinton ließ sich in der Washingtoner Machtzentrale mit Praktikantinnen ein. Schon John F. Kennedy hatte versucht, den Jobstress durch private Abenteuer zu mindern. Der Macho im Weißen Haus war weder gesund noch ein treuer Ehemann, aber er hielt sich für unangreifbar und baute dabei auf die Diskretion der Presse. Robert Dallek, Professor für Geschichte an der Universität Boston, hat bereits Biografien über Franklin D. Roosevelt und Lyndon B. Johnson geschrieben; nun hat er eine Lebensgeschichte des 35. US-Präsidenten vorgelegt. Der SPIEGEL druckt Auszüge*.

* Robert Dallek: „John F. Kennedy. Ein unvollendetes Leben“. Deutsche Verlags-Anstalt, München; 792 Seiten; 39,90 Euro.

ZEITGESCHICHTE

„Das Leben auskosten“

Vertuschte Skandale: Wie Kennedy sein amouröses Privatleben geheim hielt



MARK SHAW / PHOTO RESEARCHERS



AP

Ehepaar Kennedy (1959), umjubelter Präsident am Strand von Santa Monica (1962)

„Endlich weiß ich, was Leidenschaft ist“

Im Jahr 1953 entschloss sich Kennedy, wenn auch zögernd, zu heiraten. Bis dahin hatte er sich offenkundig durchaus wohl gefühlt in der Rolle des „fröhlichen Junggesellen“, wie er in einem Artikel der „Saturday Evening Post“ genannt wurde: ein gut aussehender Millionär, der in „seinem großen Kabriolett ohne Hut und mit offenem Dach durch Washington“ jagte und im Mittelpunkt des Interesses der schönsten und glanzvollsten Frauen stand.

Aber da war Jacqueline Bouvier, eine schöne 24-jährige junge Dame aus der Gesellschaft, bereits in sein Leben getreten, und auch politisch schien eine Ehe opportun. Ein enger Freund von Kennedy bezweifelt, dass er auch dann geheiratet hätte, wenn er den Senatswahlkampf 1952 verloren hätte, aber ein junger Senator, der nach höheren Weihen strebte, brauchte unbedingt eine Ehefrau.

Was nicht heißen soll, dass Kennedy allein aus politischen Gründen geheiratet hat. Er hatte sich in Jackie verliebt. 1951 bereits hatten sich die beiden bei einem festlichen Abendessen, das Charlie Bartlett, ein mit beiden befreundeter Journalist, gegeben hat, kennen gelernt und sich seither regelmäßig getroffen. Vom ersten Augenblick an schien Jackie eine ideale Partnerin für Jack zu sein; zumindest hätte sie Jacks Ideal nicht näher kommen können: Sie war attraktiv, intelligent und nachdenklich, ein wenig scheu, doch sehr charmant, und sie stammte aus einer gesellschaftlich hoch stehenden katholischen Familie. Jackie konnte die Aura, die Kennedy in der Öffentlichkeit umgab, nur fördern. Politisch sprach also nichts gegen die Ehe. Vielmehr festigte sie Kennedys Stellung als amerikanischer Aristokrat – ein

© Deutsche Verlags-Anstalt, München 2003.

Werbeseite

Werbeseite

JFK hatte die Ängste seiner nicht nur glücklichen Kindheit durch ein ausgedehntes geselliges Leben kompensiert.

Kronprinz heiratet die Angehörige einer anderen adeligen Familie.

Beide hatten sie eine nicht nur glückliche Kindheit gehabt. Jackies Eltern, John Vernou Bouvier III, ein Mitglied der New Yorker Börse, und Janet Lee Bouvier, ließen sich scheiden, als Jackie neun Jahre alt war. Das Verhältnis zu ihrer Mutter war gespannt; der Vater war abwesend, seine Trinkerei und seine Flirts entfernten ihn immer weiter von der Familie. So war Jackie Menschen gegenüber misstrauisch und zurückhaltend, worin sie sich von Jack unterschied. Denn dieser hatte die Ängste, die seine Krankheit und die Spannungen im Elternhaus in ihm ausgelöst hatten, durch ein ausgedehntes geselliges Leben kompensiert. So verschieden beide in ihrem äußeren Verhalten erschienen, im Inneren waren sie so weit nicht auseinander. „Er sah sie als verwandte Seele“, so Kennedys Schulfreund Lem Billings, „ich glaube, er spürte, dass sie einander sehr ähnlich waren.“

Aber es gab auch Reibungen, die ihre mögliche Verbindung bedrohten. Selbst sein Vater Joseph Kennedy fürchtete, dass Jack seine Freiheit nicht aufgeben wolle. „Ich habe Bedenken, dass er ruhelos wird bei dem Gedanken, sich zu verheiraten“, schrieb er sechs Wochen vor der Hochzeit an Jacks Freund Torb Macdonald.

Noch bedrohlicher für die Beziehung hätten die Gerüchte sein können, die über Kennedys Frauengeschichten in Umlauf waren. Offenbar machte ihn gerade das aber nur noch attraktiver für Jackie. Ein Freund erklärt dies damit, dass „sie sich von Männern sexuell nicht angezogen fühlte, wenn diese nicht so gefährlich waren wie der alte Black Jack (Bouvier, ihr Vater, dessen Vorliebe für Frauen seine Ehe mit ihrer Mutter zerstört hatte). Es war eine



Mafia-Braut Judith Campbell Exner



UPI / CORBIS / ULLSTEIN BILDERDIENST (L.); CORBIS (R.)

Jackies Pressesekretärin Pamela Turnure

Kennedy-Gespielinnen
Kaum verhüllte Promiskuität

von diesen berühmten Freudschen Konstellationen. Wir sprachen alle darüber – sogar Jack, der im Grunde nicht sehr viel von Freud hielt, war der Meinung, dass Jackie vatergeschädigt sei. Erstaunlich war nur, dass Jackie, die doch in anderen Dingen so klug war, davon anscheinend keine Ahnung hatte“.

Jack und Jackie heirateten am 12. September 1953 auf dem Landgut von Jackies Stiefvater in Newport, Rhode Island. Die Hochzeit der „Königin der Debütantinnen“ mit Amerikas begehrtestem Junggesellen war das gesellschaftliche Ereignis des Jahres; alles was Geld und Namen hatte, war erschienen, dazu zahlreiche Presseleute. „Endlich weiß ich, was Leidenschaft ist“, telegrafierte Jack seinen Eltern aus Acapulco, dem Ziel ihrer Hochzeitsreise, „Jackie wird für immer einen Platz in meinem Herzen haben. Ich danke euch, Mutter und Vater, dass ihr mich ihrer wert gemacht habt.“

Die Hochstimmung indes währte nicht lange. Bereits in den ersten 15 Monaten



CORBIS

Mary Pinchot Meyer (mit Ehemann Cord 1945)

Werbeseite

Werbeseite



UPI / CORBIS

Schauspielerin Marilyn Monroe

ihrer Ehe kam es zu Spannungen, weil es da „noch andere Dinge“ gab, die Jackie bewegten. Sie war unglücklich darüber, dass Jack seine Arbeit über alles stellte; selbst wenn er zu Hause war, schien er so absorbiert, dass sie „gerade so gut auch in Alaska“ hätte sein können. „Ich war fast jedes Wochenende allein, es war alles falsch. Die Politik war mein Feind, wir hatten überhaupt kein gemeinsames Leben.“ Jack wiederum beschwerte sich, dass sie Unmengen von Geld ausgab und ihre verschiedenen Wohnungen so oft umdekorierte, dass er sich „wie ein Durchgangsreisender“ vorkam.

Da sie vor ihrer Heirat nicht zusammengelebt hatten, war Jackie nicht vorbereitet auf das, was sie Jacks „aggressive“ Unabhängigkeit nannte – damit meinte sie nicht nur, dass er mit Freunden ausging, sondern vor allem seine kaum verhüllte Promiskuität. Von ihrem Denken her mochte sie durchaus Verständnis für diese Seite ihres Mannes gehabt haben, tatsächlich aber litt sie sehr. Sie hatte, so Lem Billings, „nicht mit der Demütigung gerechnet, die es für sie bedeutete, wenn sie auf einer Party plötzlich allein dastand, während Jack mit einem hübschen jungen Mädchen verschwunden war“. Jackie rationalisierte sein Verhalten mit Sätzen wie: „Ich glaube nicht, dass irgendein Mann seiner Frau treu ist. Männer sind einfach eine Mischung aus Gut und Böse.“ Doch nach einem Jahr Ehe, so einer von Jacks Freunden, sah sie aus „wie die Überlebende eines Flugzeugabsturzes“. Doch auch Jackies Unglück brachte Jack nicht dazu, sich zu zügeln.

Im Sommer 1956, während der letzten Woche einer Schwangerschaft, die mit einer Fehlgeburt endete, war Kennedy mit dem Politiker George Smathers auf einer Kreuzfahrt im Mittelmeer unterwegs. Und er genoss diesen Törn als „Bacchanal“: „In den Häfen war auf dem Boot ein ständiges Kommen und Gehen von jungen Mädchen.“ Vor allem „eine hinreißende, wenn auch nicht besonders intelligente Blondine, die … sich Pooh nannte“, hatte es ihm angetan. Selbst als er die Nachricht erhielt, dass Jackie ihr Kind verloren hatte, wollte er nicht nach Hause fahren. Doch Smathers warnte ihn, dass er sich Präsidentschaftsambitionen aus dem Kopf schlagen könne, sollte es zur Scheidung kommen. Von der Hochzeit seines Bruders Ted im Jahr 1958 existiert eine Tonbandaufnahme, man hört darauf, wie Jack seinem Bruder zuflüstert: „Verheiratet zu sein heißt nicht wirklich, dass du deiner Frau treu sein musst.“

Jacqueline Kennedy nahm ihrem Mann einige Lasten ab, sorgte aber auch für neuen Ärger. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit bat Kennedy Angier Biddle Duke, den Protokollchef des Weißen Hauses, mit Jackie über die Rolle der First Lady zu sprechen. Als Duke ihr die üblichen formellen Pflichten des Amtes erläuterte und sie fragte, was sie denn sonst noch tun wolle, erwiderte Jackie: „So wenig wie möglich. Ich bin Mutter. Ich bin Ehefrau. Ich bin keine Staatsbedienstete.“ Ein Angehöriger des Secret Service, der sich mit dem Journalisten Seymour Hersh über seine zweijährige Tätigkeit in Kennedys Amtszeit unterhielt, erinnerte sich daran, dass Jackie ihm Leid tat. „Sie war wirklich einsam. Sie wirkte traurig – einfach wie eine traurige Dame.“

Eine Reaktion auf die Schwierigkeiten, die Kennedy bedrängten, war die immer schneller werdende Abfolge seiner Frauengeschichten. Sein Wissen darum, wie nah die Welt vor einem Atomkrieg stand, bestärkte nur noch seinen Impuls, das Leben auch wirklich auszukosten – zumindest mit so viel privater Genusssucht wie möglich. Truman und Eisenhower hatten ihre Last getragen, ohne ein solches Verhalten an den Tag zu legen. Da Kennedys Frauengeschichten aber schon zu einer ausgeprägten Gewohnheit geworden waren, dürfte die Aussicht auf einen möglichen Weltuntergang wohl noch zur eigenen Rechtfertigung dessen beigetragen haben, was er wahrscheinlich so oder so getan hätte.

Seine Tändeleien waren immer eine Form von Unterhaltung gewesen; nun stell-

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

„Überraschend schön“

Eine alte Washingtoner Affäre bekommt einen neuen Dreh: Zählte die Deutsche Ellen Rometsch zu Kennedys Geliebten?

Die Schlagzeile im „Hamburger Echo“ klang kryptisch, sie bestand nur aus acht Ziffern. „87,5 – 62,5 – 85“ stand da fett gedruckt und dass dies die Chiffre für eine Staatsaffäre sei, die Washington „aus den Angeln heben“ könne.

Es war Dienstag, der 29. Oktober 1963; am selben Tag wollte sich ein Senatsausschuss mit der „außergewöhnlich heiklen und gefährlichen Angelegenheit“ befassen. Präsident John F. Kennedy hatte noch 24 Tage zu leben.

Die acht Ziffern waren kein ausgeklügelter Geheimdienst-Code, sondern die Maße einer wohl gebauten Soldatenfrau: Sie gehörten zur Deutschen Ellen Rometsch, 27, einer Dame, die wenige Monate zuvor in das Gestrüpp einer politischen Intrige geraten war.

Frau Rometsch habe zwei Jahre als „Party Girl“ in Washington gelebt, vermeldete der Senatsbericht. Sie habe einen verdächtig luxuriösen Lebenswandel gepflegt und offenbar auch „hohe Persönlichkeiten des Weißen Hauses“ gekannt. Eine „Spionin“, raunten die amerikanischen Blätter.

Sie beschrieben Ellen Rometsch als „überraschend schön“ und „außergewöhnlich apart“; schnell sei die „bezaubernde“ Deutsche zum gern gesehenen Gast auf Washingtoner Prominenten-Partys geworden. Auch im Carroll Arms Hotel soll sie verkehrt haben, in dem Bobby Baker, Sekretär der Demokraten im Senat, einen Club für Kongressmitglieder und Lobbyisten unterhielt. Einen, in dem angeblich Attraktionen „etwas außerhalb der Moral“ geboten wurden.

Gewicht bekam dies alles erst, als die Republikaner den Kollegen Baker der Korruption bezichtigten – und sich beim Aufmunitionieren auch der Dame Rometsch bedienten. Der wurde plötzlich zweierlei zum Verhängnis: dass sie Gattin eines Bundeswehr-Feldwebels war, der von April 1961 an in der Bonner Militärmission in Washington arbeitete, und – viel schlimmer – eigentlich gar keine richtige Deutsche. Frau Rometsch stammte aus der DDR, einem Dorf bei Riesa, von wo sie freilich 1955 gen Westen geflüchtet war.

Aber hatte vielleicht die Stasi den Seitenwechsel organisiert und die Ostdeutsche Herrn Rometsch nur geheiratet, um an dessen Seite amerikanische Militärgeheimnisse auszuspähen? Munter schossen in der Presse wildeste Spekulationen ins Kraut. Frau Rometsch wurde zur „Nymphomanin“ erklärt, die auf den Partys „nackt im Sekt gebadet“ habe und im Thunderbird-Kabriolett durch Washington gefahren sei.



AP / ULLSTEIN BILDERDIENST

Intrigenopfer Rometsch
Gern gesehener Partygast

Auf Druck des FBI rief die Bonner Hardthöhe im August 1963 den Feldwebel samt Gattin in die Heimat zurück – nicht ohne Ehrenerklärung: Frau Rometsch habe keine Kontakte zum Osten gehabt. „Alles Quatsch“, bekräftigte die Betroffene selbst, als die Affäre ein Jahr später im amerikanischen Wahlkampf noch einmal Wellen schlug.

Zurückgezogen lebt Frau Rometsch heute im Rheinland; reden über ihre Washingtoner Zeit mag sie nicht mehr. Auch nicht jetzt, da Autor Robert Dallek die gebürtige Sächsin als Kennedy-Geliebte und angebliche Sekretärin von SED-Chef Walter Ulbricht ausgewiesen hat.

War sie also doch eine Aufklärerin aus der DDR? Eher nicht. Wenn dem so gewesen wäre, hätte er davon wissen müssen, sagt auf SPIEGEL-Anfrage ein Mann vom Fach: Ex-Spionage-Chef Markus Wolf.

CHRISTIAN NEEF

ten sie eine Befreiung von der unvorhergesehenen Last des Tagesgeschäfts dar. Er hatte Affären mit mehreren Frauen, darunter Jackies Pressesekretärin Pamela Turnure, Mary Pinchot Meyer – Schwägerin von „Washington Post“-Redakteur Ben Bradlee –, mit zwei Sekretärinnen im Weißen Haus, die spielerisch Fiddle und Faddle genannt wurden, Judith Campbell Exner, deren Verbindungen zu Gestalten der Mafia wie Sam Giancana dafür sorgten, dass sie vom FBI beschattet wurde, und einer „groß gewachsenen, schlanken, wunderschönen“ 19-jährigen Collegestudentin, die zwei Sommer lang als Praktikantin im Pressebüro des Weißen Hauses arbeitete (Sie konnte nichts besonders gut, wie sich ein Mitglied des Pressestabs erinnerte, „tippen konnte sie auch nicht“). Dazu kamen noch Hollywood-Stars und Starlets und die Callgirls, die Dave Powers bezahlte, Kennedys Hofnarr und Vermittler all seiner Genussbefriedigung, der die Stelldicheins in Hotels und an Swimmingpools in Kalifornien, Florida und im Weißen Haus arrangierte.

Es war etwas Impulsives an Kennedys Benehmen. Während ihres Treffens auf den Bermudas im Dezember 1961 erzählte er dem britischen Premier Harold Macmillan, wenn er nicht alle drei Tage eine Frau hätte, bekäme er fürchterliche Kopfschmerzen. Manchmal ging es bei seinen Rendezvous aber auch um mehr als nur Sex. Spannungen in seiner Ehe und seine öffentliche Stellung, die eine Scheidung unmöglich machte, könnten eine mögliche Erklärung für seine Affäre mit Mary Meyer sein. Meyer war eine schöne, intelligente und gebildete Frau aus der politisch einflussreichen Familie der Pinchots. Noch wichtiger aber war der Trost, den sie ihm spendete. „Mit ihr konnte er das Leben genießen“, schrieb sein Biograf Herbert Parmet. „Er konnte mit ihr reden, und das Vertrauen beruhte auf Gegenseitigkeit … Sie war eine wichtige Stütze. Sie wusste um all die aufgeblasenen Leute, mit denen er es zu tun hatte. Wenn er bei ihr war, konnte der Rest der Welt ruhig zur Hölle fahren. Er konnte mit ihr über die Absurdität all der Dinge lachen, die er um sich herum zu sehen bekam.“ Meyer glaubte, dass Kennedy sie liebte, und wenn da nicht die Umstände gewesen wären, wären sie wohl für immer zusammengeblieben. Kennedy dachte da offenbar anders, und er sagte mehr als

Einem Angehörigen des Secret Service tat Jackie Leid: „Sie war wirklich einsam. Sie wirkte wie eine traurige Dame.“

Werbeseite

Werbeseite

nur einmal zu Ben Bradlee: „Mit Mary zu leben dürfte hart sein.“ Es bestand allerdings kein Zweifel daran, dass Mary Meyer ihm mehr bedeutete als viele der anderen Frauen.

Falls Kennedy sich Sorgen darüber machte, was Jackie darüber dachte, so half sie ihm dabei, diese möglichst gering zu halten, indem sie einem direkten Krach mit ihm über seine Liebschaften aus dem Wege ging. Sie machte sich jedenfalls keine Illusionen über das Benehmen ihres Mannes. Als der Präsident und

„Mit Mary Meyer konnte Kennedy über die Absurdität all der Dinge lachen, die er um sich herum zu sehen bekam.“

Jackie gegen Ende eines Besuchs in Kanada 1961 einer Reihe von Menschen die Hand schüttelten, zu denen auch ein „blondes Dummchen“ gehörte, wie Militärberater General Godfrey McHugh sie beschrieb, drehte sich Jackie wütend um und sagte auf Französisch zu McHugh und Dave Powers, die hinter ihr standen: „Ist es nicht schon schlimm genug, dass Sie diese Frau für meinen Mann besorgen? Müssen Sie mich jetzt auch noch dadurch beleidigen, dass Sie von mir erwarten, ihr die Hand zu geben?“

Als sie ein andermal einen Journalisten aus Paris durchs Weiße Haus führte und sie an „Fiddle“ vorbeikamen, meinte sie auf Französisch zu ihm: „Das ist das Mädchen, das angeblich mit meinem Mann schläft.“ Jackie hatte wohl angenommen, dass ihre Bemerkung einen Franzosen nicht schockieren würde, doch er fragte einen der Berater von Kennedys Pressesekretär Pierre Salinger: „Was ist hier eigentlich los?“

Jackies Verhaltensmuster glich dem von Rose, die stets geleugnet hatte, dass Joe überhaupt Affären hatte, und sich weigerte, ihn deswegen zur Rede zu stellen. Jackie achtete sorgsam darauf, Kennedys Stab im Weißen Haus über ihre Ab- und Anwesenheitszeiten zu informieren, so dass, wie ein Berater es formulierte, der Präsident seine „Freundinnen“ aus dem Weg schaffen konnte. Das soll nicht heißen, dass Jackie die Untreue ihres Mannes guthieß. Es machte sie offenkundig wütend und unglücklich, aber sie beschloss, damit zu leben.

Stellten potenzielle Zuträger der Presse eine Gefahr für Kennedys politischen Ruf dar? Er selbst glaubte dies jedenfalls nicht. Zwar mochten kleinere Zeitungen und Magazine die Gerüchte um sein Sexualleben aufgreifen, doch nahm er noch 1962 an, dass die große Presse sich an die traditionellen Schranken hielt, wenn es um das Privatleben eines Präsidenten ging. Eine gewisse Bestätigung seiner Annahme fand



AP

Kennedy-Beisetzung*: *Verwandte Seelen*

er bei einem Fall, bei dem es um einen seiner Hauptberater ging, einen verheirateten Mann, dessen Freundin schwanger geworden war. Das Pressebüro bekam Wind davon, dass ein Reporter bei einer Pressekonferenz Kennedy nach dieser Affäre fragen wollte. Kennedy achtete streng darauf, dass er an jenem Tag nur vertrauenswürdigen Journalisten das Wort erteilte, und die Drohung bewahrheitete sich nicht. Außerdem, so schloss die Salinger-Mitarbeiterin Barbara Gamarekian, hurten derart viele Leute von der Presse selber herum, dass es schon ein Akt peinlicher Scheinheiligkeit gewesen wäre, wenn sie sich auf Kennedy gestürzt hätten.

Nach der breit in den Medien dargestellten Feier zum 45. Geburtstag von Kennedy im Mai 1962 im Madison Square Garden, während der die Schauspielerin Marilyn Monroe in einem hautengen, mit Silberpailletten bestickten Kleid dem Präsidenten eine hingehauchte Version von „Happy Birthday“ zum Besten gab, drohten die Gerüchte um eine Affäre zwischen Kennedy und Monroe das Weiße Haus in eine peinliche Lage zu bringen. Kennedy bestellte einen ehemaligen New Yorker Journalisten zu sich, der nun Mitglied der Regierung war, und beauftragte ihn damit, eine Kampagne zu starten, mit der das Gerede unterbunden werden sollte. Er bat seinen Mitarbeiter, den Herausgebern zu sagen, er spreche im Namen des Präsidenten, und die Geschichten um ihn und Marilyn seien einfach nicht wahr. Kennedy glaubte zudem, dass die Reporter ihn mochten und deshalb zögern würden, ihn in eine peinliche Lage zu bringen, wenn sie Geschichten über sein Liebesleben veröffentlichten.

Bald zeichnete sich ein weiterer potenzieller Skandal ab, der für die politische Zukunft des Präsidenten noch bedrohlicher zu sein schien. Am 3. Juli 1963 wies FBI-Chef J. Edgar Hoover auf Anschuldigungen hin, dass Kennedy sich mit einem in Deutschland geborenen 27-jährigen Callgirl namens Ellen Rometsch eingelassen habe, das möglicherweise eine ostdeutsche Spionin sei. Rometsch war in der Sowjetzone aufgewachsen, wo sie kommunistischen Jugendgruppen angehört und angeblich als Walter Ulbrichts Sekretärin gearbeitet hatte, bevor sie in den Westen floh. Rometsch, eine dunkelhaarige Schönheit, die Elizabeth Taylor täuschend ähnlich sah, war Kennedy von Bobby Baker vermittelt worden, der schon seit längerem damit beschäftigt war, Senatoren und anderen hohen Regierungsbeamten Callgirls zuzuführen. Im Frühling und Sommer 1963 stattete Rometsch dem Weißen Haus offenbar mehrmals Besuche ab, nahm an FKK-Poolpartys teil und hatte Sex mit Kennedy.

Kennedys Bruder, Justizminister Bobby Kennedy, war sich durchaus der Gefahr einer etwaigen Enthüllung der Affäre des Präsidenten mit Rometsch bewusst. Zwar sagte er zu Courtney Evans, einem Assistenten Hoovers, der Bobby über die Gerüchte informierte, dass unbegründete Anschuldigungen bei berühmten Personen ganz normal seien, doch Evans hielt fest, dass der Justizminister „sich den Namen Rometsch extra notierte“. Während das FBI die Anschuldigungen untersuchte, sorgte Bobby dafür, dass Rometsch den Präsidenten nicht in eine peinliche Lage brachte und mit der Presse über ihre Rendezvous plauderte. Er gab Anweisung, dass sie am 21. August nach Westdeutschland ausgeflogen wurde. Ihr Aufpasser

* Witwe Jacqueline mit den Kindern Caroline und John F. junior sowie den Kennedy-Brüdern Edward und Robert in Washington am 25. November 1963.

Werbeseite

Werbeseite

während des Fluges nach Europa war ein alter Bekannter von Bobby, LaVern Duffy, der seit Monaten ein Verhältnis mit Rometsch hatte und nun das Geld überbrachte, mit dem die Kennedys ihr Schweigen erkauften.

Diese Distanz zwischen Rometsch und den möglicherweise herumschnüffelnden amerikanischen Reportern und die Übereinkunft, nicht über ihre Beziehung zu Kennedy zu sprechen, beseitigte noch nicht die Gefahr eines öffentlichen Skandals. Im September 1963 begannen Republikaner im Senate Rules Committee, Nachforschungen zu den Vorwürfen anzustellen, Bobby Baker sei in Stimmenschacher und andere berufsethische Vergehen verwickelt. Am 7. Oktober legte Baker sein Amt im Senat nieder und konzentrierte sich ganz auf den Kampf gegen diese Untersuchung.

Dann brachte eine Story im „Des Moines Register“, die der angesehene Journalist Clark Mollenhoff verfasst hatte, am 26. Oktober den Rometsch-Skandal an die Öffentlichkeit. Mollenhoff wunderte sich über Rometschs Ausweisung und zitierte Vorwürfe, es gebe Verbindungen zwischen der „Partymieze“ und „mehreren hochrangigen Regierungsbeamten“, die beschrieben wurden als „prominente Ver-

Jeder Mitarbeiter im Weißen Haus musste versichern, nichts mit den Callgirls zu tun gehabt zu haben.

treter des New Frontier auf der Exekutivebene der Regierung“.

Die Geschichte elektrisierte Kennedy. „Der Präsident kam herein und war ganz aufgeregt über die Zeitungsmeldungen wegen der Deutschen und anderer Prostituierter, die sich mit Regierungsbeamten, Kongressabgeordneten usw. eingelassen hätten“, notierte die Kennedy-Sekretärin Evelyn Lincoln am Montag, dem 28. Oktober, in ihrem Tagebuch. „Er rief Senator Mike Mansfield in sein Büro, um darüber zu sprechen, wie man diese Meldung herunterspielen könnte.“ Mollenhoffs Story erwähnte die möglichen Verbindungen Rometschs nach Ostdeutschland, die seine Enthüllungen wohl ebenso sensationell hätten werden lassen wie jene über den britischen Kriegsminister John Profumo, der sich auf eine Affäre mit dem Callgirl Christine Keeler eingelassen hatte, das wiederum eine Beziehung zum russischen Militärattaché Jewgenij Iwanow pflegte. Der Präsident instruierte Berater Kenneth O’Donnell, sich von jedem Mitarbeiter im Weißen Haus eine schriftliche Versicherung geben zu lassen, nichts mit irgend-

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers SPIEGEL ONLINE

einem der von Baker vermittelten Callgirls zu tun gehabt zu haben.

Bobby Kennedy wurde der entscheidende Mann, als es darum ging, mögliche Gefahren von seinem Bruder und den anderen im Weißen Haus abzuwenden. Er bat Hoover darum, etwaige Untersuchungen des Senats im Fall Rometsch nicht zu

Kennedy war klar, dass sein politisches Glück sich wenden und ein unerwartetes Ereignis ihn die Wiederwahl kosten konnte.

unterstützen. Er sei „sehr besorgt, und der Präsident ebenfalls, über den möglichen Schaden, den die Vereinigten Staaten nehmen könnten, falls es auf dem Capitol Hill zu unverantwortlichen Schritten in Verbindung mit den Anschuldigungen im Fall Ellen Rometsch kommt“. Hoover schlug vor, Rometsch ein Visum für die Einreise in die Vereinigten Staaten zu verweigern, was es dem Senat erschweren würde, sie nach ihren Machenschaften im Weißen Haus zu befragen. Bobby, der im Namen des Präsidenten sprach, bat Hoover, sich mit den Senatsführern zu treffen, was dieser auch tat. Bei einem Gespräch mit Mansfield und dessen Kollegen Everett Dirksen in Mansfields Wohnung in Washington versicherte Hoover ihnen, eine FBI-Untersuchung habe keinerlei Beweise erbracht, dass Rometsch eine Spionin oder jemals Gast im Weißen Haus gewesen sei.

Anders als bei Presse und Öffentlichkeit war sich Kennedy keineswegs sicher, ob er das FBI kontrollieren könne. Nachdem Hoover Kennedy im März 1962 deutlich gemacht hatte, dass er über Informationen verfügte, die Judith Campbell Exners Verbindungen zu Köpfen des organisierten Verbrechens bewiesen, traf sich Kennedy nicht mehr mit ihr. Anscheinend nahm er auch keine Telefonate mehr von ihr entgegen. Hoover hatte Kennedy nicht, wie Johnson es einigen Reportern gegenüber formulierte, „an den Eiern“. Hoover war schon jenseits der Pensionsgrenze, und sein Verbleiben im Amt war ganz von Kennedys gutem Willen abhängig. Dennoch nahm Kennedy wohl an, dass Hoover ihn vor seinem Ausscheiden aus dem Amt noch „abschießen“ wollte.

1963 hatte Kennedy nur geringe Zweifel an seiner Befähigung für das Amt. Allerdings erlag er in seiner Selbstsicherheit nicht dem Trugschluss, er sei politisch unverwundbar. Ihm war durchaus klar, dass sein politisches Glück sich über Nacht wenden, dass unerwartete Ereignisse plötzlich seine Popularität unterhöhlen und ihn 1964 die Wiederwahl kosten konnten. Quelle eines solchen Abstiegs konnten sowohl Enthüllungen aus seinem Privatleben sein als auch ein Niedergang der politischen Ereignisse. ◆



Rodeoreiter beim brasilianischen Meisterschaftsfinale in Barretos: *Acht Sekunden mit einer Hand festhalten*

TIAGO QUEIROZ / AGESTADO

RODEO

Aufstieg oder Abwurf

Mit Rodeo wird in Brasilien mehr Geld umgesetzt als beim Karneval von Rio de Janeiro. In der Provinz sind die Bullenreiter so populär wie Fußballstars. Für die Aussicht auf eine Karriere in Nordamerika riskieren die Cowboys ihr Leben.

Totó tänzelt und schnaubt. Der graue Bulle wirft den Kopf zurück, scheuert seinen massigen Körper am Gitter. Mit jeder Bewegung versucht er, die menschliche Last auf seinem Rücken abzustreifen. Doch die klammert sich wie eine Klette an das Tier. Der Stier ist in einer engen Box eingesperrt, er hat keine Chance, den Reiter abzuwerfen.

Noch eine Minute, signalisiert Cowboy Ananias Pereira, 24, dem Helfer an der Gittertür. Er rückt sein Korsett zurecht und setzt einen Helm mit einem vergitterten Gesichtsschutz auf. Für einige Sekunden krümmt er sich über den fleischigen Rindernacken und faltet die Hände zum Stoßgebet. Ein rasches Vaterunser, dann schlüpft er mit der linken Hand in eine Lederschlaufe und nickt seinem Helfer zu. Der reißt mit einem Ruck das Gitter zur Seite.

Wie ein übermütiges Kalb springt der fast eine Tonne schwere Stier durch die Arena, dreht Pirouetten, reißt die Hinterläufe hoch. Ananias wird durchgeschüttelt wie eine Stoffpuppe, aber er hält sich bravourös. Nach acht Sekunden ertönt die erlösende Glocke. Mit einem Satz springt der Reiter in den Sand, zwei als Clowns verkleidete Helfer lenken den Bullen ab. Der läuft noch eine Ehrenrunde durch die Arena, dann treiben ihn die Sekundanten in den Korral zurück.

Ananias hinkt benommen zum Ausgang, er hat sich das Knie geprellt. Aber er ist glücklich: 79 Punkte, verkündet der Schiedsrichter über Lautsprecher. Damit ist er der Sieger des Abends beim Rodeo von Sertãozinho, einer Provinzstadt 300 Kilometer nördlich von São Paulo. Wenn er auch an den nächsten Tagen nicht vom Stier fällt, sind die Chancen groß, dass er am Ende des fünftägigen Rodeomarathons 1500 Real Siegergeld einstreichen wird, knapp 500 Euro.

Brasiliens Cowboys verdienen nicht annähernd so viel wie ihre Fußballerkollegen Ronaldo und Konsorten. Doch sie werden ähnlich bejubelt und umschwärmt wie die Kickerstars. Horden kreischender Teenager warten vor dem Eingang zur Arena.

Vor allem auf dem Land hat Rodeo in der Popularität zum Nationalsport Fußball

aufgeschlossen. Es ist in acht Disziplinen unterteilt, darunter „Bulldogging“, das Überwältigen junger Stiere, und „Bareback“, das Reiten eines Pferds ohne Sattel. Als Königsdisziplin gilt das Bullenreiten: Der Cowboy muss sich mindestens acht Sekunden auf dem bockenden Tier halten, dabei darf er sich nur mit einer Hand festkrallen.

Tierschützer liefen vergebens Sturm, als das raue Western-Treiben vor gut zwei Jahren von Staats wegen offiziell als Sportart anerkannt wurde. Um die Stiere anzustadesinnern – begleitet von TV Globo, dem wichtigsten Fernsehsender Brasiliens. Millionen verfolgten das Spektakel jeden Sonntagmorgen vor dem Bildschirm.

Keine Sportart ist in den vergangenen Jahren so stark gewachsen. Jährlich finden in Brasilien rund 1400 Rodeos statt. Die Veranstalter setzen mehr Geld um als der Karneval von Rio de Janeiro, das größte Fest des Landes. Zum Finale der Rodeomeisterschaft in Barretos im Bundesstaat São Paulo reisen Cracks aus den USA, Kanada und Mexiko an.

brannte Gesicht, die dürren Beine stecken in engen schwarzen Wrangler-Jeans. Einmal nahm den ehemaligen Champion von Barretos ein Stier auf die Hörner, seither zieht er ein Bein leicht nach – das Tier hatte seine Lunge durchbohrt und seine Hüfte zerquetscht, die zersplitterten Knochen flickten die Ärzte mit einigen Metallstiften zusammen. Seine Gürtelschnalle ist aus Silber, nur der Colt fehlt. Dafür baumelt eine silberne Trillerpfeife um seinen Hals.

Procópio, 44, war schon dabei, als Rodeo in Brasilien noch als primitives Volksver-





ALBRECHT GERLACH (L.); TIAGO QUEIROZ / AGESTADO (R.)

Betende Reiter vor ihrem Auftritt, Fans in Barretos: *„Bitte fangen Sie keine Mädchen mit dem Lasso ein“*

cheln, werden ihre Lenden mit einem Lederseil eingeschnürt, bevor der Reiter aufsteigt. „Das schmerzt nicht, es kitzelt nur ein bisschen“, versichert Roberto Vidal, der Präsident des nationalen Rodeoverbands. 30 000 Real zahlte die Organisation für ein tierärztliches Gutachten, das die Unbedenklichkeit bescheinigt. Wenigstens erreichten die Tierschützer, dass der Gebrauch angeschärfter Metallsporen verboten wurde.

„So ein Rodeobulle hat es besser als die meisten Brasilianer“, behauptet Vidal. Tierärzte kümmern sich um das Wohl der Tiere, Pfleger begleiten sie auf jeder Reise. Ein guter Stier ist eine exzellente Wertanlage: Besonders aggressive Exemplare wie der legendäre Bandido, der keinen Cowboy länger als fünf Sekunden auf seinem Rücken duldet, kosten bis zu 50 000 Real.

Die Eigentümer großer Rinderfarmen suchen die aggressivsten Tiere ihrer Herde aus und vermieten sie als Rodeobullen. Doch nicht immer erweist sich ein Raufbold auf der Weide auch in der Arena als Kampfstier. Wenn ein Bulle das Bocken verweigert, hat der Cowboy das Recht, ein neues Tier zu wählen. Zu sanfte Rinder enden im Schlachthof.

In diesem Sommer zog erstmals das Campeato Nacional de Rodeio wie ein Wanderzirkus durch die Städte des Land-

Über eine Million Besucher strömen jedes Jahr Ende August in die Provinzstadt. Alle Hotelzimmer sind schon Monate vorher ausgebucht. Zehntausende kampieren auf den Zuckerrohrplantagen der Umgebung.

Barretos ist das Wimbledon der Rodeoreiter. Elf Tage dauert der Wettbewerb in dem 1,3 Millionen Hektar großen Parque do Peão, dem Cowboy-Park. Stararchitekt Oscar Niemeyer, der Erbauer Brasílias, entwarf die hufeisenförmige Arena, sie fasst 35 000 Besucher. Das Preisgeld für den Sieger beträgt 100 000 Real, 31 000 Euro. Doch wichtiger ist der Ruhm: Ein Sieg in Barretos bedeutet das Sprungbrett für eine internationale Karriere.

Die Champions zieht es nach Las Vegas und Calgary, den wichtigsten Rodeostädten Nordamerikas. Dort verdienen sie ein Vielfaches ihres brasilianischen Einkommens. Gute Reiter bringen es bis zum Dollar-Millionär. Adriano Moraes, ein Dauergast bei den amerikanischen Festivals, ist in den US-Hochburgen so bekannt wie Ronaldo in Europa. „In der Technik sind die Gringos kaum zu schlagen, dafür haben wir Brasilianer mehr Biss“, sagt Wertungsrichter Tião Procópio.

Der schlaksige Farmerssohn sieht aus wie eine Figur aus einem Western: Ein schwarzer Hut beschattet das braun ge-

gnügen galt. Das Macho-Gehabe der Peões, wie die Cowboys genannt werden, imponierte den Mädchen aus dem Dorf – und steigerte so das Selbstwertgefühl der schlecht bezahlten Kuhtreiber.

Mit dem Aufschwung der brasilianischen Agrarindustrie wurde Rodeo Anfang der neunziger Jahre auch bei den reichen Großbauern salonfähig. Einige Farmerssöhne des traditionsreichen Rodeoclubs Os Independentes (Die Unabhängigen) brachten mehrere große Firmen dazu, als Sponsoren einzusteigen.

Heute setzt Barretos jährlich 30 Millionen Real um. Dutzende Country-Boutiquen und Andenkengeschäfte säumen die Zufahrten zur Arena. Die einst belächelten Peões machen Mode: Unter dem Rodeo-Label „Cowboy Forever“ werden Stetson-Hüte, Hemden und amerikanische Markenjeans verkauft. Das Outfit eines stilechten Peão kostet leicht über 3000 Real.

Ebenso wichtig wie der Reiterkampf sind die Partys und Shows, die den offiziellen Wettbewerb begleiten. Kein Rodeo kommt ohne die Stars der Música Sertaneja aus, der brasilianischen Countrymusik.

Die Anmache während der Festivals ist legendär: „Bitte fangen Sie keine Mädchen mit dem Lasso ein“, warnen die Veranstalter in Barretos allen Ernstes über Laut-

sprecher. Mädchen werden ermahnt, nicht allein zwischen den Camps der liebeshungrigen Rodeofans herumzustreifen.

Die Städter von der Küste machen sich lustig über die „Caipiras“, wie die Provinzler genannt werden. Im feinen Jockeyclub von Rio blickt man auf die Rodeoreiter herab wie ein Formel-1-Pilot auf einen Stock-Car-Fahrer. Viele Cowboys, zumeist Söhne armer Landarbeiter, können kaum lesen und schreiben, Autogrammwünsche lehnen sie mit einem verlegenen Lächeln ab. Die meisten haben noch nie das Meer gesehen.

Ananias, der Champion von Sertãozinho, bestieg als 9-Jähriger den ersten Bullen. Mit 13 Jahren gewann er sein erstes Amateurrodeo in einer Kleinstadt bei São Paulo. Er reiste mit dem Omnibus an und schlief in der Nacht unter einem Lkw, weil sein Geld für ein Hotel nicht reichte.

Vor fünf Jahren siegte Ananias bei der ersten Profi-Veranstaltung. Der Preis war ein Motorrad, das er sofort verkaufte – das Geld schickte er an seine Familie. Mittlerweile hat er drei Autos und 18 Motorräder gewonnen, 2002 wurde er Champion von Barretos. Von dem Preisgeld erwarb er Land und 300 Rinder. Als Rodeoreiter will er arbeiten, bis er 28 ist, dann möchte er an die Universität. „Mit 30 sind die meisten Cowboys so kaputt“, weiß er, „dass sie aufhören müssen.“

Ananias raucht und trinkt nicht, und wie die meisten seiner Kollegen ist er zutiefst gläubig. Zu Beginn jeden Rodeos reitet ein Priester durch die Arena und erteilt den Cowboys seinen Segen. Bevor sie den Bullen besteigen, beten sie zur Nossa Senhora da Aparecida, ihrer Schutzheiligen.

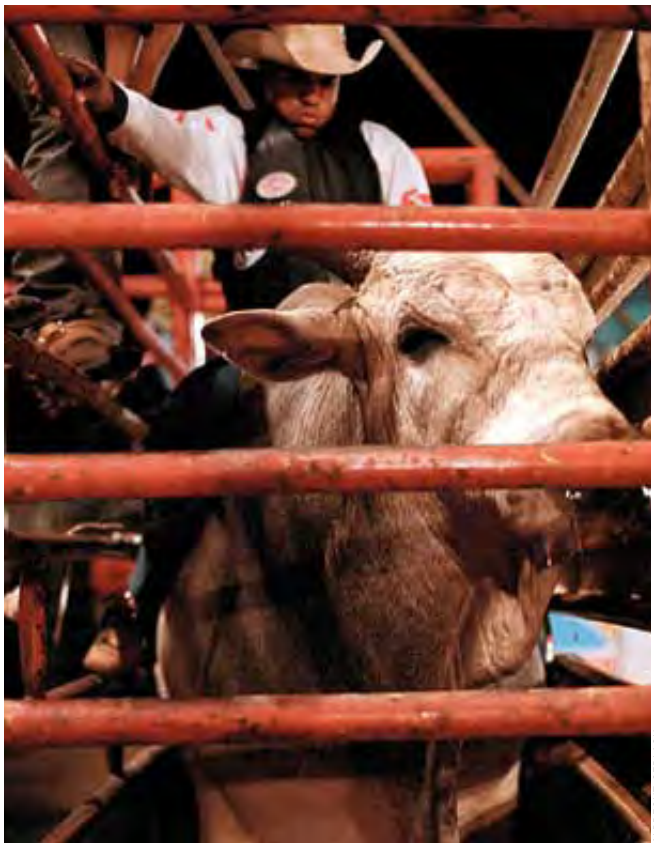
Göttlichen Beistand können die tollkühnen Bullenreiter brauchen. Obwohl viele Schutzanzüge und Helme tragen, ist Rodeo hochgefährlich. Jedes Jahr sterben Reiter in der Arena. Oft bleiben sie mit einer Hand in der Lederschlaufe am Nacken hängen, wenn der Bulle sie abwirft, das wütende Tier schleift sie dann minutenlang durch die Arena.

Ananias zeigt seine Blessuren vor wie ein Offizier seine Orden: Dreimal hat er sich die Rippen gebrochen, zweimal ist das Schlüsselbein zersplittert, das linke Bein ziert eine lange Narbe, einmal hat ein wütender Bulle fast sein linkes Auge durchbohrt.

Am gefährlichsten ist der Abwurf oder Abstieg. Zumeist hat der Bulle den Reiter auf seinem Rücken so durchgeschüttelt, dass der die Orientierung verliert. Wie in Trance torkeln die Männer einige Schritte durch die Arena, bevor sie zu Sinnen kommen. Die Bullen nutzen diesen Moment aus, um ihren Peinigern nachzusetzen. Die tonnenschweren Fleischberge sind erstaunlich behände, nur die wagemutigen Ablenkungsmanöver der als Clowns verkleideten Helfer retten den Cowboy.

Früher haben sich die Veranstalter kaum um das Schicksal der Verletzten geschert. Wenn ein Reiter ausfiel, heuerten sie einfach einen neuen an, der Andrang ist riesig. Jetzt erhalten die Invaliden zumindest eine Versehrtenrente: Seit Rodeo als Profi-Sport anerkannt ist, sind die Veranstalter verpflichtet, eine Unfallversicherung für die Cowboys abzuschließen.

Stolz zeigt Ananias seine Sozialversicherungskarte vor, die ihn als Rodeoreiter ausweist: „Endlich sind wir Cowboys vollwertige Menschen.“ JENS GLÜSING



ALBRECHT GERLACH

Rodeoreiter in der Startbox*: *Mit 30 körperlich ruiniert*

* In Sertãozinho am 4. Juli.



FRANCK FIFE / AFP

Radprofi Museeuw: *Codewörter am Telefon?*

RADRENNEN

Stich ins Wespennest

Belgische Fahnder sind der Hormonmafia auf der Spur und haben das Haus von Johan Museeuw durchsucht. Das Idol der Radsportnation gerät unter Dopingverdacht.

Mit den üblichen lokalen Scherereien kennt sich Staatsanwalt Tom Janssens bestens aus. In seinem gemütlichen Büro unter dem Dach des Gerichtsgebäudes von Kortrijk stapeln sich vielleicht hundert Aktenmappen auf dem Tisch; sie stecken voller Klageschriften, Zeugenaussagen und Gutachten über Autounfälle oder Ladendiebstähle. Auch mit Mördern hätten sie hier schon zu tun bekommen, sagt Janssens, 44, ein etwas kleiner, etwas untersetzter, unauffälliger Mann – als wollte er sich Mut zusprechen für jenen spektakulären Fall, der ihn vor zweieinhalb Wochen aus seiner Kleinstadt-Routine riss und wohl noch eine ganze Weile beschäftigen wird.

Am Morgen des 4. September hatte die Polizei die Wohnungen und Häuser von sechs Radrennfahrern durchsucht, auch beim früheren Weltmeister und Weltcupsieger Johan Museeuw, 37, schlugen sie zu. Aus dessen Haus in Gistel schleppten sie Unterlagen, einen Computer sowie Medikamente. Museeuw wurde stundenlang verhört, erst am Abend kam er wieder frei. Ein paar Tage später vernahmen ihn die Ermittler erneut, außerdem musste er sich einem Blut- und Urintest unterziehen.

Ohne Museeuw hätte kaum jemand Notiz von der ganzen Aktion genommen, glaubt Janssens. So aber gerät plötzlich ein Sportidol Belgiens unter Dopingverdacht. Auf deutsche Maßstäbe übertragen gehört Museeuw zur Liga Oliver Kahn. „Der Fall ist größer als angenommen“, sagt Janssens mit leiser, ehrfürchtig klingender Stimme.

Bringt ein kleiner Staatsanwalt den großen Museeuw, der sich in Schweigen hüllt, in Bedrängnis? Kommt ein Skandal ins Rollen, in dem bislang unbekannte Vertriebswege für illegale Schnellmacher aufgedeckt werden? Wege, die tief bis in die Organisierte Kriminalität hineinreichen?



AFP

Tierarzt Landuyt*: *Ein halbes Jahr lang überwacht*

Viele Indizien deuten darauf hin, dass Belgien tatsächlich „der Mittelpunkt des Dopinghandels ist“, wie Jacques Rogge glaubt, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees – ein Belgier.

Dabei ist Museeuw nur zufällig ins Visier der Fahnder geraten. Ihr eigentliches Interesse gilt der so genannten Hormonmafia, die Viehzüchter mit verbotenen Mastmitteln versorgt und auch vor Mord nicht zurückschreckt. Ein halbes Jahr lang war deshalb der verdächtige Tierarzt José Landuyt, 49, überwacht, sein Telefon abgehört und seine E-Mails überprüft worden. Mehrmals hatte Landuyt in dieser Zeit mit seinem Freund Museeuw gesprochen, sie redeten kryptisch über „geschnittenes Brot“, „Wespen“ und „Käfer“ – Codewörter für Wachstumshormone, das Epoähnliche Blutdopingmittel Aranesp und ein Testosteron-Präparat, davon ist die Staatsanwaltschaft mittlerweile überzeugt.

Mit der Razzia scheint sie nun in ein Wespennest gestochen zu haben: Landuyt sitzt seitdem wegen Verdunklungsgefahr in Untersuchungshaft, er soll neben Mastbetrieben und Radfahrern auch Züchter von Rennpferden und Tauben beliefert haben. An insgesamt 21 Orten lief die Razzia ab. Landuyt streitet indes die Vorwürfe ab.

Museeuws Glaubwürdigkeit ist angekratzt. Das Gästebuch auf seiner Internet-Seite ließ er schließen, weil zu viele scharfe Kritiker sich gemeldet hatten. Und als ihn vorvergangene Woche nach einem Rennen ein Fernsehreporter beiläufig fragte, was ihm die drei inkriminierenden Begriffe denn sagen würden, wischte er sich lange mit einem Handtuch durchs Gesicht und presste nach 20 Sekunden Bedenkzeit nur hervor: „Ich weiß nicht, wovon Sie sprechen.“

Es gibt noch viel aufzuklären. Erst wenn zum Beispiel die Mittel, die bei Museeuw und den anderen beschlagnahmt wurden, in den Labors analysiert worden sind, können die Fahnder darauf hoffen, neben Indizien auch Beweise zur Hand zu haben. In der düsteren Ahnung, dass die belgische Affäre in ihrer Wucht der des Dopingskandals bei der Tour de France 1998 gleichkommen könnte, will der flämische Sportminister Marino Keulen Bluttests und Kontrollen im Wintertraining einführen. Denn mehr noch als Frankreich ist der kleine nördliche Nachbar vernarrt in seine Pedaleure, die fast täglich im Sattel sitzen und sich vor Publikum abstrampeln und sei es bei den volkstümlichen Kirmesrennen.

„Der Löwe von Flandern“, wie Museeuw respektvoll betitelt wird, ist häufig in seiner Heimat am Start, Frühjahrsklassiker wie die Flandern-Rundfahrt und den

* Bei seiner Verhaftung am 4. September.

Höllenritt von Paris nach Roubaix nahe der französisch-belgischen Grenze hat er mehrmals gewonnen. Er gilt als bescheiden, nahbar und robust. Sogar nach einem schweren Motorradunfall im August 2000 und einigen Tagen auf der Intensivstation kehrte er aufs Rennrad und zur Bestform zurück. Die Stadt Anderlecht hat vorige Woche eine Metrostation nach Eddy Merckx benannt – Museeuw dürfte ebenso darauf hoffen, seinen Namen einmal groß an einer vergleichbaren Stätte geschrieben zu sehen.

Während in den vergangenen Jahren vor allem in Frankreich und Italien bei groß angelegten Razzien systematisch nach verbotenen Pharmaka gefahndet wurde, gab es bislang in Belgien kaum durchschlagende Erfolge im Kampf wider das Doping. Und wenn jemand erwischt wird wie Frank Vandenbroucke, dann eher aus Zufall: Im Februar 2002 fuhr der Franzose Bernard Sainz – der Radszene unter dem Spitznamen „Dr. Mabuse“ geläufig – mit einem unversicherten Auto zu schnell durch eine Tempokontrolle. Im Wagen fand die Polizei große Mengen von Amphetaminen – und als Sainz angab, er komme gerade von Vandenbroucke, wurde auch in dessen Haus nachgeschaut. Ergebnis: Es fanden sich Epo, Morphium und Clenbuterol.



MICHEL GOUVERNEUR / REPORTERS / SPORTIMAGE

Dopingtäter Vandenbroucke (1999): *Aus Zufall erwischt*

An Hinweisen, in dem traditionsreichen Radsportland Belgien seien die „Renners“ auch nicht sauberer als andernorts, hat es selten gemangelt. Bis Ende der neunziger Jahre galt der so genannte Pot belge als der Turbo unter den Muntermachern: ein Cocktail aus Koffein, Amphetamin, Kokain und Heroin. Wenn man mit dem Zeug „einen Ritt über 200 Kilometer hinter sich hatte, fühlte man sich, als käme man eben erst aus dem Bett“, erzählt der flämische Ex-Profi David Windels, 35, über die phänomenale Wirkung des Gebräus.

Windels hat in seiner Karriere geschluckt und gespritzt, er hat gedealt mit den Drogen, um seinen eigenen Konsum zu finanzieren. Er landete im Knast und in psychiatrischen Kliniken, „wo ich wie ein kleines Kind in Malbüchern gemalt habe. Ich habe in der Gosse gelegen“.

Und er hat jetzt das Schweigen gebrochen. Fünf Tage nachdem Landuyt verhaftet und Museeuws Haus durchstöbert worden war, berichtete er im belgischen Fernsehen, dass es Landuyt gewesen sei, der ihn während seiner Zeit als Rennfahrer versorgt habe („Er hat immer gesagt: mehr, mehr, mehr“). 1997 hatten sie beide wegen des Handels mit Amphetaminen vor Gericht gestanden. Windels entlastete damals den Mitangeklagten und wurde selbst zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er zwei saß – Landuyt dagegen sprach der Richter frei. Nicht einmal bedankt habe sich Landuyt dafür, zürnt Windels heute. Nun droht ihm der Arzt gar mit einer Verleumdungsklage wegen des TV-Interviews.

Als habe der Aufsehen erregende Fall von Kortrijk die Zungen gelöst, plaudern mehrere Rennfahrer über den Betrug in ihrem Sport. Um alles zu untersuchen, brauche das Gericht „noch fünf Jahre“,



JEAN-MICHEL CLAJOT / REPORTERS / LAIF

Staatsanwalt Janssens
„Der Fall ist größer als angenommen“

höhnt ein Amateur, der gerade zum zweiten Mal erwischt wurde.

Chris Goossens, 46, ein drahtiger Mann mit Wuschelfrisur und freundlich-knautschigem Gesicht, sitzt in seiner Arztpraxis im Antwerpener Vorort Aartselaar auf einem Kippstuhl und wippt langsam vor und zurück. Freut er sich, dass die Mauer des Vertuschens langsam zu bröckeln beginnt?

Goossens zweifelt. Er hat zu viel erlebt, als dass er daran glauben mag, dies sei ein Durchbruch. Er gehört der flämischen Antidoping-Kommission an, und neun Jahre lang, bis 1997, leitete er die Medizinische Kommission des belgischen Radsportverbands. Es war stets ein Kampf gegen die Lügner, Täuscher und Vertuscher, die sich nur selten packen ließen, weil sie den Kontrolleuren meist einen Schritt voraus waren. „Keiner weiß bislang, was bei Museeuw und den anderen gefunden worden ist“, sagt er und ahnt: „Fast unmöglich, dass Museeuw etwas zu Hause gehabt haben soll. Das wäre reichlich dumm.“

Aber der Fall Landuyt verstärkt seinen Verdacht, dass sich Rennfahrer längst neue Quellen erschlossen haben, um sich Dopingmittel zu verschaffen. Früher hätten die Teamärzte und -pfleger die Substanzen organisiert und verabreicht, „aber seit der Tour 1998 hat sich viel geändert. Sie wissen, dass sie im Fokus der Ermittler stehen, sie können nichts mehr machen, weil sie nicht für die Fahrer ins Gefängnis wandern wollen. Sie sind sauber geworden“.

Also haben sich einige Sportler offenbar andere Netzwerke aufgebaut, außerhalb der Rennställe, fein verästelt, schwer aufzudecken und zu verfolgen. Ein Veterinär wie Landuyt würde ideal als Lieferant taugen: In der Radszene kennen ihn nur wenige Insider. Kontakt ist sowieso kaum nötig, weil der Fahrer nicht selbst die heiße Ware annimmt, sondern ein Mittelsmann.

Zusammen mit Landuyt wurde ein wenig bekannter Betreuer inhaftiert, der mit Museeuw seit zehn Jahren zusammenarbeitet. Lagerte er irgendwelche Mittel, so fragt sich der Experte Goossens, damit die Fahnder bei Rennfahrern selbst keine einzige Ampulle mit Stoff finden, wenn sie zwischen Dachboden und Keller ausschwärmen?

Längst hat das Netzwerk der Medikamentendealer den ebenso attraktiven wie unscheinbaren Schwarzmarkt für sich erschlossen, nicht bloß Profis und Amateure werden versorgt: Bis hinunter zu den Hobby-Rennfahrern erstreckt sich der Kundenstamm, allein in Flandern wetteifern 60 000 Gelegenheits-Museeuws ihrem Idol wenigstens einmal jährlich bei einem der Kirmesrennen nach. Das Risiko, beim Doping ertappt zu werden, ist hier besonders gering – zu lückenhaft sind die Kontrollen.

Der Versuchung, dem Ehrgeiz mit einem Schuss in die Vene nachzuhelfen, erliegen viele. Zu viele, fürchtet Goossens: „In den nächsten Jahren wird es Tote geben.“

DETLEF HACKE

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

ASTRONOMIE

„Gewaltige Ausbeute“

Tom Boles, 59, stellvertretender Vorsitzender der britischen Astronomical Association, über seine Suche nach explodierenden Sternen (Supernovae) im Rekordsommer 2003

SPIEGEL: Herr Boles, Sie gelten als Weltrekordler im Supernova-Entdecken. Sonntag vor einer Woche ging Ihnen wieder eine ins Netz. Waren Sie überrascht?
Boles: Nun ja, so richtig überraschend kam es nicht, schließlich ist es meine 53. Supernova. Aber diese, wir haben sie „2003hy“ genannt, ist ausgesprochen schön und sehr hell.
SPIEGEL: Wie jagt man Supernovae?
Boles: Ich habe meine drei Teleskope so programmiert, dass sie im Verlauf eines Jahres immer wieder dieselben 12 000 Galaxien fotografieren. Tagsüber setze ich mich dann hin und vergleiche die Bilder. Wird ein Stern plötzlich heller, prüfe ich, ob es eine Supernova ist.
SPIEGEL: Wie oft ist das der Fall?
Boles: Im Schnitt bei jeder dreitausendsten Galaxie, also etwa einmal im Monat. Aber weil in diesem Sommer so viele Nächte sternenklar waren, habe ich 2003 eine gewaltige Ausbeute gemacht: 22 Supernovae. Im Moment freue ich mich über jede verregnete Nacht, weil mir das Zeit zum Auswerten gibt.



Astronom Boles, Teleskop





OKAPIA

Betroffene Seen (Karte), Lachsangler

UMWELT

Lachs als Sondermüll

Wandernde Lachse verseuchen ihre eigenen Laichgründe mit Industriegiften. Dieses Phänomen hat die deutsche Biologin Eva Krümmel von der University of Ottawa zusammen mit ihren Kollegen nun in acht scheinbar unberührten Seen Alaskas nachgewiesen. Die Lachse schlüpfen in diesen Seen aus dem Ei, wandern in den Pazifik und kehren nach einigen Jahren zurück an den Ort ihres Ursprungs. Dort laichen sie und sterben dann entkräftet. Von diesen Lachskadavern gehe mittlerweile eine Umweltbelastung aus „wie von einer Sondermüllverbrennungsanlage“, berichtet Krümmel. Während ihres Lebens im Pazifik verwandeln sich die Lachse nämlich in lebende Schadstofftransporter: Sie reichern in ihrem Fettgewebe polychlorierte Biphenyle und andere Industriegifte an, und zwar in Konzentrationen, die 2500fach über der Belastung des Meerwassers liegen. Diese Giftfracht wandert dann mit den Lachsen in die Seen: Dort war die Konzentration an polychlorierten Biphenylen in den Sedimenten bis zu zehnmal so groß wie in einem lachsfreien See, berichten die Forscher im Wissenschaftsmagazin „Nature“. Auch Vögel und andere Fische leiden unter dem fischigen Sondermüll. Vor allem aber belasten die Lachse, „biologischen Pumpen“ gleich, ausgerechnet den Lebensraum ihrer eigenen Brut mit Umweltgiften.

NATUR

Kettensägen im Revier der Wisente

In Polen ist die größte zusammenhängende Fläche europäischen Urwaldes in Gefahr. In den Ausläufern des Bialowieza Nationalparks an der Grenze zu Weißrussland fällen Waldarbeiter im Auftrag der Holzindustrie reihenweise über hundert Jahre alte Bäume. Umweltschützer befürchten, dass die Zahl der umgelegten Riesen in den kommenden zehn Jahren auf insgesamt 1,5 Millionen steigt. Das 62 000 Hektar große Waldgebiet, dessen Kern zum Unesco Weltnaturerbe zählt, gilt als einer der vielfältigsten Lebensräume Europas. Außer acht Spechtarten, seltenen Sperlingskäuzen und Luchsen sind dort 300 Wisente zu Hause, die sonst in Europa kaum noch in Wildnis anzutreffen sind. „Es handelt sich um die größte Ausbeutung des Waldes seit 50 Jahren“, sagt Nationalpark-Vizedirektor Bogdan Jaroszewicz, der seiner Regierung schändliches Handeln vorwirft. Erst im Mai hatte sie das jahrzehntelang gültige Abholzverbot aufgehoben, um den Kampf gegen Borkenkäfer zu erleichtern. Befallene Bäume sollten gefällt werden, damit sich die Plage nicht ausbreite – eine Maßnahme, die polnische Mitarbeiter der Naturschutzorganisation WWF als sinnlos einstufen.



K. H. VOLKMAR / WILDLIFE

Wisent in Polen



RÖHNERT / KEYSTONE

Rühmann in „Quax, der Bruchpilot“ (1941)



MARCUS BRANDT / DDP

Doppeldecker Bücker Bue 131 „Jungmann“

FLUGZEUGE

Mit dem Doppeldecker an die Spree

Das Rollfeld von Berlin-Tempelhof bereitet sich auf eine gewagte historische Flugzeugüberführung vor. Am 29. September soll der Lufthansa-Pilot Claus Cordes einen über 60 Jahre alten Doppeldecker von Mannheim aus in die Hauptstadt fliegen. Empfänger ist das Berliner Technikmuseum, das die Maschine in seine neue Ausstellung aufnehmen wird. Die Bücker vom Typ Bü 131 „Jungmann“ wurde in über 4000 Exemplaren in Deutschland, Ungarn, Spanien, Japan, der Tschechoslowakei und der Schweiz gebaut und gilt als erfolgreichstes Schulungsflugzeug der Vorkriegszeit. Im Film „Quax, der Bruchpilot“ setzte Heinz Rühmann dem Zweisitzer ein Denkmal. Mit dem für 14 Uhr angesetzten Oldtimer-Anflug wird die Landebahn von Tempelhof wohl zum letzten Mal im Glanz stehen. Der vor 80 Jahren eröffnete Flughafen, Schauplatz von Luftbrücke und Rosinenbombern, schreibt seit Jahren rote Zahlen. Für Ende Oktober 2004 plant der Senat seine endgültige Schließung.

BIOLOGIE

Erbgut unter Druck

Ohne Enzyme und Pipette kommt die sanfteste Form der „Genmanipulation“ aus – ein Fingerdruck genügt. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest Emmanuel Farge vom Institut Curie in Paris in der Fachzeitschrift „Current Biology“. Farge, der die Entwicklung der Fruchtfliege untersucht, übte auf Fliegenembryonen mit Hilfe einer winzigen Glasscheibe einem leichten Druck aus. Zu seinem Erstaunen aktivierte er damit Gene, welche die „Ventrikulation“ steuern, also das Ausbilden der Bauchorgane. Zwar ist schon seit einer Weile bekannt, dass bei anderen Organismen wie etwa Kletterpflanzen der äußere, mechanische Druck bestimmte Gene aktivieren kann, doch in der Gestalt-Entwicklung (Morphogenese) von Insekten war Ähnliches noch nie beobachtet worden. Diese „Mutation ohne Veränderung des Erbguts“ belege, so Farge, „dass es keinen absoluten Gendeterminismus gibt und dass die Zukunft eines Wesens zwar mit seinem Genom zusammenhängt, aber auch von Wechselwirkungen mit der Umwelt beeinflusst wird“.



EOS / AGENTUR FOCUS

Fruchtfliege (Drosophila melanogaster)

GESUNDHEIT

Windige Tipps

Um zu verhindern, dass sie ihre Praxisbudgets überziehen, sollten Ärzte ihre Praxen frühzeitig schließen oder Patienten auf später vertrösten. Dubiose Empfehlungen wie diese gibt die Bezirksstelle Dresden der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen ihren Mitgliedern. Ein Rundbrief gibt allerlei Tipps, wie sich Patienten und Krankenkassen ganz legal manipulieren lassen: „Sprechen medizinische Gründe nicht dagegen, ist es durchaus zulässig, Termine mit unterschiedlich langen Vorläufen zu vergeben“, heißt es etwa in dem Papier. „Dies sollte aber medizinisch und nicht mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen Kopfpauschalen oder Punktwerte begründet werden.“ Auch die rechtlichen Voraussetzungen für eine Privatabrechnung bei Kassenpatienten wird erläutert. „Teilweise grenzen die Vorschläge fast an Nötigung“, kritisiert die Hautärztin und Bundestagsabgeordnete Marlies Volkmer, SPD, „möglicherweise verstößt das auch gegen das ärztliche Standesrecht.“

Werbeseite

Werbeseite



BEN BEHNKE

Arabischer Patient in der Brandenburg Klinik, Bewegungstherapeutin Brosowski: *„Wir wussten nicht, ob wir sie anfassen dürfen“*

MEDIZIN

Petrodollar in der Klinikkasse

Deutsche Krankenhäuser und Chefärzte haben eine neue Einnahmequelle entdeckt: Zu Tausenden reisen reiche Araber ins Medizin-Wunderland Deutschland, um sich kurieren und pflegen zu lassen. Viele Gäste kehren mit neuer Niere oder neuer Leber in die Heimat zurück.

Zu Hause in Riad bringt er Kindern den Koran bei. Jetzt sitzt der 38-jährige Religionslehrer mit nacktem Oberkörper in einem Übungsraum der Brandenburg Klinik in Bernau und fischt bunte Plastikkegel aus der Luft, die ihm eine Betreuerin zureicht.

Mit der gesunden Rechten geht das Kunststück schon ganz gut. Ein stolzes Lächeln huscht über das Gesicht des schmächtigen Mannes, während der Turm mit den aufeinander gesteckten Kegeln auf dem Tisch vor ihm wächst.

Nur der linke Arm verweigert noch die Befehle aus dem Gehirn. Seit einem Schlaganfall wirken die Finger unter der Muskelanspannung hart wie Holz. Es wird noch eine Weile dauern, bis der Patient mit ihnen wieder auf Koranzeilen zeigen kann. Mit den Anstrengungen seiner medizinischen Helfer in Deutschland ist der Bärtige dennoch zufrieden: „Ich mache Fortschritte, Allah sei Dank.“

Arabische Stoßgebete sind in deutschen Krankenhäusern seit einiger Zeit häufig zu hören, für viele Ärzte und Schwestern gehören Patienten aus dem Morgenland bereits zum Klinikalltag – vorbei die Zeit, als der Umgang mit diesen Kranken den Betreuern noch unheimlich vorkam: „Anfangs wussten wir nicht, ob wir sie überhaupt anfassen dürfen“, erinnert sich Bewegungstherapeutin Kathrin Brosowski von der Brandenburg Klinik.

Die Vermittlungsbemühungen der Dolmetscher haben alle Berührungsängste vertrieben. Inzwischen packt die Ergotherapeutin den Korangelehrten kurz entschlossen unter den Achseln, wenn seine Schultern kraftlos vornüberzusinken drohen, und zieht seinen Rumpf wie Knetgummi in die Länge.

Schätzungsweise 10 000 Patienten aus den Golf-Anrainerstaaten haben im vergangenen Jahr an deutschen Kliniken und Reha-Krankenhäusern die Dienste der Mediziner in Anspruch genommen – doppelt so viele wie noch im Jahr 2001. Auch für das laufende Jahr rechnen Beobachter mit einer Verdopplung der Patientenzahlen.

Besonders begehrt sind Universitätskliniken und Transplantationszentren mit klingenden Namen wie München, Berlin, Heidelberg, Freiburg, Hamburg oder Aachen. „Deutschland ist im Bewusstsein der Araber erstarkt“, konstatiert der Hamburger Transplantationsexperte Xavier Rogiers vom Uni-Klinikum in Eppendorf (UKE). „Auf uns rollt eine gewaltige Welle zu.“

Stichtag für die Trendwende im internationalen Patiententourismus war der 11. September 2001. Nach dem Anschlag auf das World Trade Center waren die Zeiten vorüber, in denen Jahr für Jahr allein aus Saudi-Arabien 90 000 Patienten medizinische Hilfe in den USA suchten.

Der Krieg im Irak hat den Patientenstrom über den Atlantik vollends zum Erliegen gebracht. Für Kranke aus den Golfstaaten ist es schwer geworden, Einreisevisa in die USA zu erhalten. Anti-



HENGLEIN-KLOVER / LAIF

Araber beim Schmuckkauf in München: *„Die achten grundsätzlich nicht auf den Preis“*

amerikanische Ressentiments und die Angst vor Diskriminierung haben die Reiselust der Orientalen in das einstige Gastgeberland zusätzlich gebremst: „Wer jahrelang zum Gesundheitscheck in die Staaten gefahren ist, will jetzt nicht seine Fingerabdrücke abgeben oder das Profiling an der Grenze über sich ergehen lassen“, erklärt Joachim Kamrad von der Mannheimer Patientenvermittlungsfirma „Health Service International“.

In einigen teuren Privatkliniken an der amerikanischen Ostküste sind die Umsätze deshalb schon um bis zu 80 Prozent eingebrochen – nebenan mussten Luxushotels ihre Pforten schließen, weil die steinreichen Kunden vom Golf nicht mehr auftauchten.

Stattdessen werden sie nun von deutschen Kliniken willkommen geheißen. Deutsche Krankenhäuser dürfen seit einer Änderung der Bundespflegesatzverordnung ausländische Patienten auch außerhalb der mit den Kassen vereinbarten Budgets behandeln – die erwirtschafteten Petrodollar bleiben in der Klinikkasse.

Vor allem für die privat liquidierenden Chefärzte sind die Kranken aus dem Morgenland eine höchst lukrative Einnahmequelle: „Ich weiß, dass es Mediziner gibt, die den zehnfachen Gebührensatz abrechnen“, verrät Axel Hollander, Chef des Kölner Patientenvermittlers „Germedic“.

Ärzte und Klinikverwaltungen reden nicht gern über das neue Zusatzgeschäft. Sie befürchten Animositäten der einheimischen Patienten, die auf die Idee kommen könnten, die Orientalen würden ihnen Behandlungsplätze wegnehmen oder Wartelisten verlängern.

Derlei Ängste seien gänzlich unberechtigt, beteuert Karl Heinz Ebeling, Verwaltungsdirektor am UKE. Durch die Gäste aus der Golfregion würden bestehende Kapazitäten besser ausgelastet. Sogar zusätzliches Personal wurde für die Besucher schon eingestellt. „Wir tun mit der Behandlung dieser Patienten etwas für den Standort Deutschland“, versichert der Hamburger Klinikmanager.

Bei Vermittlerfirmen wie German Health in Fürth bei Nürnberg machen arabische Patienten schon 80 Prozent der Stammkundschaft aus. Den Gästen versprechen die Betreuer eine „Rundum-Komplettbetreuung“: Sie holen Kostenvoranschläge von geeigneten Kliniken ein, überwachen die Bezahlung, kümmern sich um Visa, chauffieren die Ankommenden vom Flughafen in die Klinik, bringen Angehörige in Hotels unter, vermitteln Dolmetscher, organisieren touristische Rahmenprogramme oder bringen die Kranken und ihre Angehörigen zum Freitagsgebet in die nächstgelegene Moschee.

Auch auf den eventuellen Rücktransport Verstorbener sind die Patientenschleuser bestens vorbereitet – sie haben Institute bei der Hand, die beispielsweise die vorgeschriebenen religiösen Waschungen der Toten schon in Deutschland vornehmen.

Spezielle Wünsche der reichen Gäste – etwa den Hubschrauber-Ausflug in die Umgebung oder die ausdrückliche Vorliebe für Rolls-Royce – erfahren die Betreuer meist höflich-dezent: „Wenn die Kranken Wert auf etwas Besonderes legen, sorgen Leute aus der Entourage dafür, dass wir das mitkriegen“, erklärt German-Health-Betreuerin Gudula Riemann.

Auch bei Blitzanfragen aus dem Ausland sind die Patientenlotsen gewohnt zu spuren. Ein schwer herzkranker arabischer Patient etwa wollte sich von einem Tag auf den anderen ins Hamburger UKE einfliegen lassen. Alles hatten die deutschen Helfer arrangiert: Der freie Platz auf der Privatstation des Chefarztes war gefunden, Visum und Privatjet organisiert, das Inkasso per Blitzüberweisung geregelt. Ein Oberarzt der Uni-Klinik hatte sich bereit erklärt, aufs Wochenende zu verzichten und den Flug des maladen Scheichs zu begleiten.



Arabischsprachige Medizinwerbung: *Chefärzte kassieren bis zum Zehnfachen des Normalsatzes*

„Wir haben das Unmögliche geschafft“, erzählt Riemann. Aus der Stippvisite nach Deutschland wurde trotzdem nichts: Der Zustand des Arabers verschlechterte sich über Nacht dramatisch, so dass jede Hilfe zu spät gekommen wäre.

Viele Scheichs oder Prinzessinnen aus den Herrscherfamilien verlassen die Privatjets mit 15 bis 20 Begleitern. Zum Patiententross gehören neben der Familie auch Bodyguards, Chauffeur, Lehrer für die Kinder und Bedienstete. „Manche sind es gewohnt, nur mit dem Finger zu schnippen“, berichtet Riemann.

Mitunter kommen neben den Patienten gleich auch noch die Beglei-



FOTOS: BEN BEHNKE

Arabische Gäste im Münchner Park Hilton Hotel: *Hubschrauber-Ausflüge in die Umgebung, Vorliebe für Rolls-Royce*

ter unters Messer. Ein Scheich, der mit einer seiner Ehefrauen und zwei Töchtern in einer Berliner Klinik abgestiegen war, beklagte sich beim Chirurgen über das Aussehen einer der beiden Töchter: Sie schiele und habe zudem deformierte Füße, so sei sie zu Hause nur schwer unter die Haube zu bringen. Als der Trupp nach Wochen wieder in die Heimat zurückflog, waren die ästhetischen Mängel der Heiratskandidatin behoben.

Die krankheitsbedingte Reisefreudigkeit der Scheichs beschert nicht nur den Kliniken erfreuliche Umsätze. Zur Unterbringung der Entourage werden oft ganze Etagen in Fünf-Sterne-Hotels gemietet. Die Betreiber der Nobelherbergen bemühen sich, die Wochen oder Monate bleibenden Gäste zu verwöhnen: In einem Münchner Luxushotel haben die Manager einen großen Empfangsraum in ein Beduinenzelt verwandelt. Begleiter der Kranken schmauchen in eigens eingerichteten Räumen die gewohnte Wasserpfeife. In der Küche zaubern arabische Köche landestypische Gerichte.

Vor allem im Medizin-Mekka München pumpt der Patiententourismus schon seit einiger Zeit Geld in die Kassen des Einzelhandels. „Die Araberinnen achten grundsätzlich nicht auf den Preis“, frohlockt eine Edelboutiquen-Besitzerin. Höchst zufrieden äußert sich auch der Inhaber eines exklusiven Münchner Wäschegeschäfts: „Kaum eine Kundin gibt unter tausend Euro pro Besuch aus.“ Zusätzliches Geld lassen die Kranken in der Region, weil sie nach der Klinikbehandlung oft noch kostspielige Reha-Aufenthalte in Nobelkurorten rund um die bayrischen Seen verbringen.

Das Medizin-Wunderland Deutschland hat in den arabischen Ländern einen Ruf wie Donnerhall: „Das Vertrauen der Patienten in deutsche Chefärzte ist riesig“, erklärt Salah Atamna, German-Health-Mitarbeiter in München. So riesig, dass der Leiter der Transplantationschirurgie am Münchner Klinikum Großhadern, Walter Land, im Mai seine einheimischen Patien-



German-Health-Betreuer Atamna
Zittern um die neue Geldquelle

ten Patienten sein ließ und 16 Tage unentschuldigt nach Abu Dhabi entschwebte, um dort für einen reichen Patienten zum Skalpell zu greifen – ob gegen den Mediziner deshalb ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird, wollen die Klinikverantwortlichen demnächst entscheiden.

Ganz generell steht die Kunst deutscher Transplanteure bei den Gästen aus dem Morgenland in hohem Ansehen. Zehn arabische Patienten haben bisher allein am Münchner Klinikum Großhadern eine neue Niere erhalten. Ebenso vielen Kunden aus den Golfstaaten verpflanzten die international renommierten Transplanteure des UKE erfolgreich eine Teilleber.

Ersatzorgane lassen sich für die Ankömmlinge leichter beschaffen als für deutsche Patienten. Denn die Familienbande sind in den arabischen Ländern eng. Wenn die Kranken in Deutschland aus dem Flugzeug steigen, reist der zukünftige Spender meist schon mit: „Die ältesten Söhne sehen es als große Ehre an, für den Vater ein Organ hergeben zu dürfen“, berichtet der Hamburger Nierentransplanteur Stefan Conrad.

Die Spendebereitschaft der Gäste trägt gelegentlich komische Züge: Ein als Begleiter mitgereister Sohn etwa bot deutschen Klinikmedizinern wortreich sein Gehirn als Organgabe für den nach einem Schlaganfall halbseitig gelähmten Vater an.

Für Kliniken und privat abrechnende Chefs lohnen sich die Eingriffe. 125 000 Euro kostet die Verpflanzung einer Niere, 220 000 Euro eine Lebertransplantation – stattliche Preise, die freilich noch immer um rund zwei Drittel unter jenen Gebühren liegen, die US-Kliniken jahrelang für reiche Araber berechneten.

Indessen bleibt ungewiss, ob sich die Deutschen auch langfristig der Gunst der Gäste erfreuen dürfen. Zwar geben sich Kliniken und professionelle Patientenvermittler alle Mühe, die Wünsche der verwöhnten Kranken zu erfüllen. In Dutzenden deutscher Krankenanstalten werden derzeit Satellitenschüsseln für den Emp-

Werbeseite

Werbeseite

fang arabischer Fernsehsender montiert. Die Klinikköche sind über die Ess- und Trinkgewohnheiten der neuen Gäste instruiert. Deutsche Chefärzte führen die Hand ans Herz, wenn sie die Zimmer ihrer arabischen Patienten betreten – und werden mit Komplimenten belohnt, auf die sie von ihren einheimischen Kranken kaum hoffen dürften („You are the fruit of the hospital, Doctor“).

Doch den anspruchsvollen Kunden ist all das noch nicht Service genug. Sonderwünsche bleiben ihnen zu oft in den Ablaufroutinen des Klinikbetriebs stecken: „Seit einer Woche warte ich auf den Gesundheits-Check-up, mein Bruder in Paris hat ihn sofort bekommen“, schimpft ein saudischer Patient in Großhadern. Seine zahlreich angereiste Verwandtschaft verzehrt derweil ein kleines Vermögen in einem Münchner Luxushotel.

Auch Missverständnisse und Ärger lassen sich nicht immer vermeiden. Die Kommunikation mit den fremdländischen Gästen zehrt an den Nerven: „Einer spricht, der Zweite redet dazwischen, der Dritte telefoniert mit dem Handy“, klagt der Recklinghausener Neurologe Thomas Günnewig. Noch so viele Verbotsschilder vermögen nicht zu verhindern, dass in manchen Krankenzimmern Zigarettenschwaden wabern. Selbst die Vermittler fühlen sich mitunter über Gebühr gefordert: „Mit drei oder vier der Patienten ist man vollkommen ausgelastet“, stöhnt der Kölner Betreuer Nasser Shehadeh.

Um Reibungen zwischen abend- und morgenländischer Mentalität zu vermeiden, haben die Manager an der Hamburger Uni-Klinik eine Exklusivstation für die arabischen Patienten eröffnet. Zehn Betten im ersten Stock eines altehrwürdigen Rotklinkerbaus stehen ausschließlich für die Orientalen zur Verfügung. Die Schilder an den Zimmern und im Flur sind zweisprachig, arabischsprachiges Personal wurde eigens für die Betreuung rekrutiert.

Trotzdem ist nicht auszuschließen, dass die Gäste aus Tausendundeiner Nacht eines Tages so plötzlich ausbleiben könnten, wie sie vor zwei Jahren aufgetaucht sind. Viele der zahlungskräftigen Besucher erinnern sich von früheren Gesundheitstrips, wie beflissen sie an US-Zentren verwöhnt wurden. Manche der dortigen Kliniken muteten wie Fünf-Sterne-Hotels an, das Personal las den Gästen jeden Wunsch von den Lippen ab. Deutsche Krankenhäuser können da kaum mithalten.

Zumindest die Patientenvermittler zittern deshalb schon um die neue Geldquelle. Nur wenn man noch mehr für die exklusiven Gäste tue, werde man sie halten können, mahnen sie. Die Zeit für den Lernprozess sei nicht unbegrenzt. Atamna: „Wenn in den nächsten beiden Jahren nicht alles klappt, sind die Patienten für Deutschland verloren.“ Günther Stockinger



FOTOS: NORBERT MICHALKE

HYP'OP-Probe in der Staatsoper: *„Ey, super ey, dass du das super findest"*

PSYCHOLOGIE

Eigenwillig wie die Tuba

Hyperaktive gelten als Nervensägen, die nur mit Psycho-Pillen funktionieren. In der Berliner Staatsoper führen Kinder jetzt das Chaos in ihrem Kopf auf.

Sachte setzt Max einen Fuß vor den anderen. In den Händen balanciert er ein rotes Podest – ähnlich den Hockern, auf denen im Zirkus die Löwen Platz nehmen. „Zeitlupe!", ruft eine Frau durch den Raum; ganz langsam stellt Max den Sitz auf den Boden. Mesut kümmert sich nicht um die Anweisung. „Ich bin eine Schildkröte", kichert er und schiebt den Kopf unter sein Podest. „Daran erkennt man die Hyperaktiven", sagt Dramaturgin Ilka Seifert. „Sie haben jede Sekunde einen neuen Einfall."

Die beiden Jungen gehören einer ungewöhnlichen Schauspieltruppe an: Neun Grundschüler führen eine zeitgenössische Oper auf – nicht in irgendeinem Kellertheater, sondern in der respektablen Berliner Staatsoper Unter den Linden. Am Donnerstag hat HYP'OP Premiere. Musik und Text handeln vom Vermögen und Versagen kleiner Helden. Sie ziehen aus, alles richtig zu machen, und bauen doch nur Mist.

Es ist wie im wahren Leben – zumindest für vier der Kinder. Sie gelten als Zappelphilippe; Unruhestifter wie Mesut mischen in ihrer Charlotte-Salomon-Grundschule jede Klasse auf. Gerade mal zehn Jahre alt, haben sie bereits die Diagnose „Aufmerksamkeits-Defizit- und Hyperaktivitäts-Syndrom" (ADHS). Sie können nicht still sitzen, sich nicht konzentrieren, keinen regelmäßigen Tagesablauf einhalten. Hunderttausenden in Deutschland geht es wie ihnen. Was das Leiden genau auslöst, inwieweit Gene, emotionale Vernachlässigung oder schlechte Erziehung eine Rolle spielen, weiß niemand.

Solche Kinder als Ensemble? Unmöglich, hatten Lehrer die Opernleute gewarnt. Die Regisseurin Adriana Altaras hat trotzdem ein halbes Jahr mit ihnen gearbeitet. „Das Stück besteht vor allem aus dem Chaos in ihren Köpfen", sagt sie.

Die Regisseurin wollte das Phänomen „Hyperaktivität" so wirklichkeitsnah wie möglich zeigen. Altaras hat Szenen gefunden, in denen die Kinder ihre Verhaltensauffälligkeiten auf die Bühne bringen – oft spontan, und doch wirkt es, als wäre alles sorgfältig einstudiert. Mesut, der Dauerzappler, geht im lilafarbenen Artistenkostüm zu den Klängen eines Fagotts unruhig auf den Händen, bricht ab und biegt den Körper zum Flickflack. Charly, der den Mund nicht halten kann, stolziert über den Bühnentisch und quasselt wie ein Frühstücksfernsehen-Moderator in ein tragbares Mikro.



Regisseurin Altaras
Spontan auf der Bühne

Auch die Musik ist aus den Proben heraus entstanden. Anfangs hatte die Komponistin Juliane Klein bloß CDs mit lauter Klangschnipseln dabei – gewappnet für die unterschiedlichsten Szenen. Erst als die Oper langsam Konturen bekam, schrieb sie die Partitur dazu. Nun sollen 22 Musiker, darunter zwei Sänger, das innere Chaos der Kinder transportieren. Als Soloinstrumente hat die Komponistin Tuba, Kontrabass und Akkordeon gewählt. „Die wirken auch eher eigenwillig und auffällig", sagt sie.

„Nächste Szene", ruft sie den Musikern zu, die ersten Töne schwellen, da rennen Mesut und Dennis aufs Klo, „Fruchtblase entleeren". Auf einmal macht jeder, was er will: Max ignoriert seinen Auftritt, Cemre lüftet den Petticoat, Charly kneift Luisa und wälzt sich kurz auf dem Boden. Unruhe breitet sich im Orchester aus: „Macht doch weiter." Der eingespielte Opernbetrieb ringe ganz schön mit dem Durcheinander, erzählt Intendant Peter Mussbach. Noch kurz vor der Premiere drohten einige Musiker mit Arbeitsverweigerung. Zu laut, zu unberechenbar seien die Kinder.

70 000 Euro kostet das Projekt, an dem Mussbach trotz aller Spardiskussionen um die Berliner Bühnen festhält. Oper, so meint der frühere Neurologe, müsse herunterkommen von ihrer Abgehobenheit und sich stattdessen den Problemen der Gesellschaft zuwenden. „Und die Verfassung unserer Kinder ist ein Problem", sagt er. „Viele sind orientierungslos und allein gelassen." Rund 50 000 schlucken täglich Psycho-Stimulanzien wie das Betäubungsmittel Ritalin. Der Wirkstoff Methylphenidat soll sie ruhig stellen.

Zu den Aufführungen hat Mussbach Neurologen und Kinderpsychiater als Diskussionspartner geladen. Einen Therapieansatz will er nicht begründen. Es reicht ihm, Kindern den Zugang zur Musik zu ermöglichen. So ernst war dem Intendanten sein Vorstoß, dass er vor jeder Probe einen Bus losschickte, der die HYP'OP-Darsteller abholte. Sonst wäre das Projekt am Transport gescheitert.

Was all der Aufwand den Kindern bringt? „Sie erleben hier eine Welt, in der sie wichtig sind", sagt Altaras. Instinktiv befolgt sie, was Psychologen predigen. Sie nimmt die Schüler ernst, schätzt ihre Eigenarten als besondere Gabe und hat sich entschlossen, sie trotz aller Nerverei zu mögen. „Implizite Therapie" nennt es der Intendant.

Szenen wiederholen, Regeln beachten: In den Proben schaffen die Kinder, woran sie im Alltag scheitern – auch wenn sie immer wieder ausbrechen. Ein ums andere Mal lobt Altaras ihre chaotischen Hauptdarsteller. „Ey, super ey, dass du das super findest", schreit Charly und rennt in die Theatergarderobe.

„Schule kann so etwas nicht leisten", sagt die Konrektorin Martina Luckwald. „Aber wir brauchen es dringend." Intendant Mussbach will das Projekt fortführen – und hofft auf die Lehrer. „Es darf nicht so sein, dass Kinder bei uns erst eine Heimat finden und anschließend wieder gemeckert wird, wenn sie auf Händen gehen", sagt er. „Dann bleibt der Erfolg bloß eine Illusion, die mit ihrer Welt nichts zu tun hat."

KATJA THIMM

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL

Schallgeplagte Familie Groothoff: *„Die Lärm-Tortur zermürbt Mensch und Tier“*

UMWELT

Erdbeben auf der Matratze

Wie schädlich ist das Brummen von Windrädern? Akustikforscher untersuchen, ob tiefe Schallwellen wirklich krank machen und den Schlaf rauben.

Nervenstark, ausgeglichen und robust: Die Eigenschaften, die ihre irischen Tinker-Pferde auszeichnen, trafen auch auf die fünfköpfige Familie Groothoff zu – bis zum 30. Januar dieses Jahres. In jener Nacht, so erinnert sich Andreas Groothoff, 49, holte ihn erstmals ein dumpfes Dröhnen aus dem Schlaf.

„Entweder habe ich es mit den Ohren, oder da stimmt etwas nicht“, murmelte er. Nach dem Kontrollgang durchs Haus im dörflichen Dahlem bei Lüneburg war der Reit- und Fahrlehrer ratlos. In den nächsten Wochen wurde der Spuk noch schlimmer: Groothoff und seine Frau Ingrid, 40, verspürten tagsüber Beklemmungen; im Bett hatten beide das Gefühl, „wir vibrieren uns so langsam in die Matratzen rein“.

Weil sie das seismische Geschüttel und Gebrumm nicht mehr ertragen konnte, trieb es Ingrid Groothoff oft schon morgens um fünf an ihren Schreibtisch in der Volksbank. Im Februar zog sie vorübergehend aus – mitsamt der drei Kinder, die dem Paar neuerdings ebenfalls Sorgen machten: Weinerlich, ruhelos und unausgeschlafen seien die drei geworden. Und sogar die stämmigen Pferde verhielten sich auf einmal entweder apathisch oder überreizt.

Die Ursache für ihr Unwohlsein sind nach Überzeugung der Groothoffs rot markierte Flügel auf Betonsäulen, die gut 700 Meter entfernt vom Reitstall stehen: Ein Gürtel von 24 Windkraftanlagen überzieht neuerdings das Elbtal, der letzte Rotor ging zu Jahresanfang in Betrieb. Doch nicht das laute „Wusch“ der am Mast vorbeistreichenden Flügel, sondern einen seither pulsierenden, unterschwelligen Lärm empfindet die Familie als Dauerstress: „Infraschall“ oder auch „tieffrequente Geräuschemission“, gegen die keine Ohrstöpsel oder Thermopanefenster helfen und die sich kilometerweit ungehindert ausbreitet, zermürbe Mensch und Tier.



MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL

Frequenzmessung an Belüftungssystem*
Enttarnung des Brummton-Gespenstes

Schon bei Frequenzen unter 200 Hertz (also mit weniger als 200 Schwingungen pro Sekunde) nimmt die Empfindlichkeit des menschlichen Gehörs ab. Frequenzen unterhalb von 20 Hertz werden dann im Innenohr gar nicht mehr in elektrische Signale umgewandelt. Dieser Infraschall gilt deshalb als für Menschen weitgehend unhörbar.

Doch immer wieder klagen Hörempfindliche über Lärm-Torturen, die sie auf solche niederfrequenten Schwingungen zurückführen: Von einer regelrechten „Brummton“-Epidemie sahen sich 2001 in Baden-Württemberg Hunderte von Bürgern heimgesucht. Die behördlichen Messbeauftragten konnten das Übel jedoch nicht dingfest machen. Indessen kämpft eine Interessengemeinschaft weiter für die Aufklärung des mysteriösen Brummtons.

Wer dauernd hört, was er nicht hören will, ist bald mit den Nerven am Ende, klagt eine durchaus bodenständige Hamburger Pharmaforscherin. Auf der Flucht vor dem schlafraubenden Übel in ihrer Altbauwohnung kriecht sie über Nacht schon ständig bei Freunden unter.

Ihr HNO-Arzt tippte auf Schizophrenie, nachdem er das Gehör für tadellos befunden hatte. Eine Abfuhr erteilte auch der vom Hamburger Umweltamt geschickte Ingenieur: Er fand „weder Einzeltöne noch Summenpegel, die die Richtwerte überschreiten“.

„Das Einzige, was den Betroffenen dann noch hilft, ist umziehen“, sagt Rainer Guski, Lärmforscher an der Ruhr-Universität Bochum. Als Ursache des leisen Lärms, den die Betroffenen eher fühlen als hören, hat

* Forscher Møller, Persson-Waye.

Guski schon tieffrequenten Schall aus stillgelegten Grubenanlagen ausgemacht. Die „Beschwerdepersonen“ seien „sensibel, aber keineswegs Querulanten“ gewesen.

Auch Wärmepumpen und Lüftungsschächte mit ihren großen Trichtern konnten in Einzelfällen als Entstehungsort von Infraschall ausfindig gemacht werden, berichtet Thomas Przybilla vom Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen: Die Lärmquellen wurden dann „durch massive Wände gekapselt“ oder durch „gegenphasige Schallsysteme überlagert und vermindert“.

Die Belästigung durch Lärm nimmt indessen überall zu, sagt Guski – obendrein haben sich Windkraftanlagen rapide ausgebreitet. „Doch die Wirkungsforschung ist auf diesem Gebiet ausgesprochen dünn“, beklagt der Experte. Für die „im großen Maßstab installierte Windenergie“ seien Untersuchungen versäumt worden.

Seit immer neue Windparks das Land überziehen, „wird das Dröhn-Phänomen zunehmend in Zusammenhang mit diesen Anlagen gebracht“, berichtet auch Heidemarie Wende vom Berliner Umweltbundesamt. Die Akustikexpertin weiß, „wie betroffen die Einzelnen sind“. Doch zur Klärung der Erscheinung „läuft zurzeit nichts“: „Wir haben noch drängendere Lärmprobleme.“

Für eine unerträgliche Plage, die sie krank macht, hält auch Elisabeth Porter, 41, die Elbtal-Rotoren in Sichtweite ihrer Wohnung. Wie den Groothoffs schienen ihr die bis zu 100 Meter hohen Anlagen zunächst „zwar hässlich, aber verträglich“. Nun ist die ehemals stabile Person, Mutter von zwei Söhnen, „von Anspannung gepackt“. Feine Erschütterungen, „wie ein Hauch von Erdbeben“, bringen die tatkräftige Frau, die nie zuvor Schlafprobleme kannte, um ihre Nachtruhe.

Im münsterländischen Rosendahl wiederum hat Klaus Balkenhol, Dressurreiter und ehemaliger Olympiasieger, die neue Windanlage nahe seiner Trainingsstätte fürchten gelernt. „Eine eigenartige Spannung“ und Konzentrationsstörungen habe er bei seinen Pferden bemerkt, seit sich die Rotoren drehen: „Der Schall geht in den Wald“, glaubt Balkenhol, „und kommt von dort als Echo zurück.“

„Oft ist das Einzige, was den Betroffenen dann noch hilft, umziehen.“

Auf Tieftonfrequenzen führten soeben britische Forscher Beklemmungsgefühle und Schauder in Spukschlössern zurück. Doch hier zu Lande wird als Spinner abgetan, wer über Störungen durch derlei geheimnisvolle Basstöne klagt.

Was wirklich dran ist, lässt sich draußen, außerhalb von Speziallabors, kaum überprüfen: Bei den tieferen Frequenzen unterhalb von 20 Hertz kämpfen die Ingenieure „mit einem enormen Messungsproblem“, berichtet der Duisburger Akustikforscher Joachim Herbertz: „Schon ein normaler Wind ums Haus herum sorgt für Verwirbelungen, die in die Elektronik des Messgerätes hineinschlagen.“

So konnte das Infraschall-Phänomen „wissenschaftlich noch nie richtig ausgeschlossen, aber auch nie bestätigt werden“, sagt Henrik Møller, Akustikforscher an der Universität Ålborg. Bei ihren Aufnahmen finden die Behörden meist „fast gar nichts“, so Møller, der dem niederfrequenten Schall bereits in einer umfänglichen Fragebogenaktion nachgegangen ist: „Ob es sich wirklich um einen physischen Laut handelt, ist oftmals zweifelhaft.“ Subjektive Wahrnehmung wie Tinnitus, ein Sausen oder Klingeln im Innenohr, seien manchmal der Grund – aber durchaus auch ein „hochsensitives Ohr, das für Frequenzen unter 20 Hertz empfindlich sein kann“. Oft gebe es auch „Borderline-Fälle“ – an der Grenze zwischen Einbildung und echter Wahrnehmung von Geräusch.

In Familien oder Gemeinschaften höre meist nur eine Person den Laut, berichtet die schwedische Umweltmedizinerin Kerstin Persson-Waye, die an der Untersuchung



PAUL LANGROCK / ZENIT / LAIF

Infraschallquelle Transformatoren: *„Kommen die Beschwerden wirklich von außen?“*

in Ålborg teilnimmt: „Wir wissen aber, dass es sehr große Unterschiede im menschlichen Hören gibt.“

Der störende Laut werde oft mit dem Gedröhn eines Lasters im Leerlauf beschrieben. Gelöst werden konnte das Problem – eingebildet oder nicht – nur für 23 der insgesamt 203 Teilnehmer der Umfrage: durch Lärmdämmung von Heiz- oder Industrieanlagen oder durch Umzug.

Mit einem einzigartigen Laborversuch will Møller deshalb, gemeinsam mit seiner Kollegin, herausfinden, „ob die Beschwerden wirklich von außen kommen und um welche Frequenzen und Lautpegel es dann geht“. Nach dem Zufallsprinzip haben die Wissenschaftler insgesamt 20 angeblich Infraschall-Geschädigte in die Blind-Studie einbezogen, die zuvor an der Fragebogen-Aktion teilgenommen hatten.

In den Wohnungen der Probanden – dort, wo sie der quälende Laut verfolgt – steigen die beiden Forscher zurzeit auf Stühle und Leitern: Jeweils einen Tag lang nehmen sie mit ihren Spezialmikrofonen akribisch und flächendeckend auf, was schallt und schwingt. Das Aufgenommene wird dann auf CD gebrannt.

Anschließend soll im Playback-Verfahren überprüft werden, ob die Versuchsteilnehmer „ihre Laute“ wiedererkennen und hören können: In einem sieben Quadratmeter großen, luftdichten Labor, in dem alle Reflexionen ausgeschaltet sind, wird der zuvor erfasste Schall reproduziert. Deckenhohe, filzbezogene Stellwände verbergen die 40 neuartigen computergesteuerten 50-Watt-Bass-Lautsprecher, mit denen die Probanden beschallt werden sollen – ohne zu wissen, welches Geräusch woher kommt. Auch die HNO-Ärzte der Universität Ålborg sind in den Versuch einbezogen: Sie sollen gleichzeitig nach möglichen Ohrenleiden oder auch Gleichgewichtsstörungen bei den Teilnehmern fahnden.

Ende nächsten Jahres, nach der endgültigen Analyse, hofft Møller, „können wir das Niederfrequenz-Gespenst endlich enttarnen und wissen dann auch mehr über die Geheimnisse des menschlichen Gehörs“.

RENATE NIMTZ-KÖSTER

Werbeseite

Werbeseite

DATENSCHUTZ

Mixer in New York

Surfen im Netz, ohne Spuren zu hinterlassen: Die TU Dresden hat dafür mit Steuergeldern eine Software entwickelt. BKA-Ermittler versuchen nun, sie auszuschalten.

In eiligen Fällen kennen selbst Beamte kein Wochenende. Es war an einem Samstagmittag, als Ermittler des Wiesbadener Bundeskriminalamts (BKA) und des sächsischen Landeskriminalamts vor dem Haus von Hermann Härtig standen. Gleich an der Tür präsentierten die Fahnder dem verblüfften Direktor des Instituts für Systemarchitektur an der TU Dresden ihren Durchsuchungsbeschluss: Sie begehrten umgehend Einlass in Härtigs Institut.

Die Männer hatten es auf einen speziellen Datensatz abgesehen. Würde er den herausgeben, das war dem Computerexperten klar, wäre das Ziel jahrelanger Forschungsarbeit dahin: dass es nämlich dank einer an der TU Dresden entwickelten Software namens Java Anon Proxy (Jap) möglich ist, im Internet zu surfen, ohne Spuren zu hinterlassen.

Doch Widerstand schien selbst aus Sicht von Juristen zwecklos, die Ermittler waren schließlich einem Ring von Pädophilen auf der Spur, die ihre Bilder im Netz tauschen. Der überrumpelte Professor händigte die Daten aus. So erlitt Jap, der weltweit innovativste und angeblich sicherste Internet-Anonymisierdienst, sein erstes Leck – das Bürgerrecht auf Datenschutz war einmal mehr mit der Staatspflicht Verbrechensbekämpfung kollidiert.

Seit jenem Samstag Ende August ist in der Internet-Gemeinde nichts mehr, wie es einmal war: Die Surfer sind erschüttert. In einschlägigen Foren werden wütend Polizeistaatsmethoden beklagt, Vergleiche mit dem Dritten Reich und der Stasi gezogen.

Dabei hatte das Projekt vor vier Jahren für die Dresdner Forscher noch so hoffnungsvoll begonnen: Das Wirtschaftsministerium in Berlin spendierte 600 000 Euro an Steuergeld, der Deutschen Forschungsgemeinschaft war es 260 000 Euro wert, dass Surfer sich künftig über eine kostenlose Software völlig anonym im Netz bewegen können. Niemand sollte mehr anhand von Daten Profile von Menschen erstellen können, die davon nichts ahnten.

Seit zweieinhalb Jahren ist das Tarnsystem online, schon 20 000 Surfer täglich vertrauen auf den Schutz vor Überwachung. Im Gegensatz zu anderen Anbietern wie Anonymizer, Rewebber oder Steganos bleibt der Nutzer von Jap selbst gegenüber dem Tarndienst unerkannt.



SVEN DÖRING / VISUM

Institutschef Härtig: *Datenwust im Rührwerk*

Das Konzept ist so revolutionär wie simpel: Normalerweise hinterlässt die IP-Adresse, die jedem Surfer bei der Einwahl zugeteilt wird, Spuren im Netz, die später verfolgt werden können. So ist leicht zu ermitteln, welche Internet-Seiten der Benutzer aufgerufen und welche Informationen er abgerufen hat.

Jap hingegen anonymisiert diese Daten zuverlässig. Sie werden über so genannte Mixe geleitet, die den Datenwust aller Nutzer gleichsam wie in einem Rührwerk verwirbeln (siehe Grafik). Am Ende weiß kein außen Stehender mehr, wer auf welche Homepage zugegriffen hat. Auch nicht die Jap-Leute.

Die Datenschützer jubelten über die geniale Lösung, die Surfer feierten – allein das BKA meuterte: Die Ermittler sahen sich in ihrer Arbeit behindert.

Seit 2002 jagen die Fahnder unter dem Decknamen „Twins“ einen internationalen Ring von Kinderporno-Betrachtern, die ihr Material in geschlossenen Internet-Foren tauschen. BKA, FBI, Europol und die Londoner National Hi-Tech Crime Unit machten zahlreiche Tauschpartner ausfindig, von denen sich einige im vergangenen Jahr auf einer Farm in Missouri zu einem so genannten Teddybär-Picknick trafen. 40 Pädophile haben die Fahnder allein in Deutschland inzwischen identifiziert.

Doch Programme wie Jap machen den Kriminalisten die Enttarnung schwer, also sannen die Wiesbadener auf Arbeitserleichterung: Sie erwirkten Anfang Juli einen Beschluss des Amtsgerichts Frankfurt am Main, der die Jap-Betreiber verpflichtet, die Software so umzuschreiben, dass Zugriffe auf eine bestimmte IP-Adresse gespeichert werden können.

Der BKA-Erfolg war nicht von Dauer. Schon acht Tage später setzte die nächsthöhere Instanz, das Landgericht Frankfurt, den Vollzug der Aufzeichnung wieder aus. Den Dresdnern übermittelte das freilich keiner: Durch ein „Büroversehen“ kam die Nachricht erst nach 46 Tagen an der Elbe an – so lange hatten die Jap-Leute die IP-Adresse brav überwacht.

Das BKA reagierte nun umgehend: Sofort wurde wiederum beim Amtsgericht Frankfurt ein Durchsuchungsbeschluss für die Geschäfts- und Nebenräume sämtlicher Jap-Beteiligten erwirkt. Der aufgezeichnete Datensatz sollte umgehend beschlagnahmt werden.

Was Institutschef Härtig den Fahndern aushändigte, dürfte dem BKA wenig Freude bereiten: In der ganzen Zeit hatte ein einziger Jap-Nutzer die fragliche Adresse angewählt. Und ob die Strafverfolger dessen Daten je verwerten dürfen, ist fraglich: Das Landgericht Frankfurt hob vergangene Woche den Aufzeichnungsbeschluss des Amtsgerichts gänzlich auf. Er sei rechtswidrig.

Ob die Beschlagnahme rechtmäßig war, ist auch zweifelhaft. Die Entscheidung über eine Beschwerde der Jap-Aktivisten steht bisher aus.

Auch ohne juristischen Beistand sind die Jap-Macher längst weiter. Einer ihrer Mixer steht nun in New York. Der Beschluss eines deutschen Gerichts löst dort nur Schulterzucken aus.

STEFFEN WINTER

Getarnt in der Masse

Prinzip der anonymen Internet-Nutzung mit Jap



DER SPIEGEL

1 Ein Internet-Nutzer möchte anonym die Internet-Seite X öffnen. Seine Jap-Software verbindet ihn mit einer Zwischenstation, einem so genannten Mix.

2 Der Mix versteckt den Kontakt zur Seite X unter den Verbindungen von vielen weiteren Jap-Nutzern. Wer von ihnen die Seite X nutzt, kann kaum mehr zugeordnet werden.

3 Mehrere Mixe an verschiedenen Orten kodieren die Daten weitere Male um, damit die Rückverfolgung gänzlich auszuschließen ist.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

GENUSS

Schaumkost aus dem Süden

Die Pils-Front bröckelt. Das Weizenbier ist auf dem Vormarsch. Analysen zeigen jedoch: Das spritzige „Trendgetränk“ enthält große Mengen an Fuselöl.



DANIEL BISKUP / LAIF

Weizenbier-Genießerin*
Geschmack nach Nelken und Lakritz

Es war eine Sternstunde für das bayerische Brauereiwesen. „Scheißdreck“, hatte Rudi Völler nach dem 0:0 gegen Island in laufende ARD-Kameras gezürnt, „ich kann diesen Käse nicht mehr hören.“

Dem Moderator Waldemar Hartmann wurde ganz bang. „Ich habe doch keine Schärfe jetzt da reingebracht“, stotterte er. Doch der Teamchef tobte weiter: „Ja, du nicht, du sitzt hier locker bequem auf deinem Stuhl, hast drei Weizenbier getrunken und bist schön locker.“

Das brachte auch den gemütlichen TV-Mann in Schwung; er wagte Widerworte: „Also, in Island gibt’s kein Weizenbier.“

Der bühnenreife Streit vom 6. September hat neben der Misere des deutschen Rasensports beiläufig ein weiteres Problem offenbart: Das obergärige, mit der Hefe Saccharomyces cerevisiae erzeugte Getränk, das zuweilen bananig schmeckt, manchmal auch nach Apfel oder wie das Erdinger Kristall nach Vanille, kennt im Ausland kaum einer.

Im Freistaat, der über tausend Marken herstellt, ist fast jedes fünfte getrunkene Bier ein Weißes. Bei Bayreuth wurden 2800 Jahre alte Bieramphoren entdeckt, sie enthielten Reste von Weizenschrot. Später wetteiferten Bürgerliche und Mönche um die beste Rezeptur. 1602 riss das Herrscherhaus der Wittelsbacher das Braumonopol an sich.

Nördlich der Mainlinie jedoch konnte sich der sprudelige Alkohol nie durchsetzen. Goldenes Pils oder Export – keines dieser Biere enthält Weizen, sie werden mit untergäriger Hefe erzeugt, die im Braubottich absinkt.

Nun aber drängt die Schaumkost zunehmend aus dem weiß-blauen Stammland. Mit ihrem „Trendgetränk“ („Lebensmittelzeitung“) dringen die alpinen Braumeister in die Pils-Festungen des Nordens ein.

Trickreich geht die Firma Oettinger vor. Sie betreibt Abfüllanlagen in Schwerin, Gotha, Dessow und – seit Juli – auch in Mönchengladbach.

Die Marke „Franziskaner“, die ihr Obergäriges bis nach Südkorea und Ecuador verkauft, hat den Ausstoß auf eine Million Hektoliter pro Braujahr erhöht. Letzte Woche kündigte der belgische Konzern Interbrew die Übernahme der bayerischen Traditionsmarke an.

Frisch und locker, mit Zitrone oder ohne – statt dumpfer Bierseligkeit verspricht das Weizenbier den spritzigen Rausch. Akademiker und junge Studenten nippen in Szenekneipen an den hochwandigen Gläsern. Vor allem die Großstädte melden Rekorddurst. Berlin hat seinen Absatz im ersten Halbjahr um 26,9 Prozent gesteigert.

Der Osten der Republik hinkt dem Boom zwar hinterher. In der DDR war Weizenbier bis zur Wende unbekannt. Doch auch hier steigt die Zahl der Neueinsteiger rapide. Am stärksten nahm der Absatz in den letzten Monaten in Brandenburg zu – plus 60,8 Prozent.

Um den Bedarf zu decken, haben viele bayerische Firmen Sonderschichten eingelegt. Aber auch der Norden mischt jetzt mit. Die Flensburger Brauerei bietet Weißbier mit Bügelverschluss an. Ein Getreidesäftler aus Schleswig wirbt mythenschwanger für ein „nordisches Weizen“ namens „Asgaard“.

Mediziner sehen den Vormarsch eher mit Skepsis. Weizenbier reift traditionell in der Flasche und enthält wie der Champagner große Mengen an Kohlensäure. Dazu kommen andere Gärgase und flockige Hefe. Im untrainierten Darm erzeugt der schlammige Treibsatz gewaltige Winde.

Vor allem aber liegt das Weizenbier bei den „aliphatischen Alkoholen“ vorn, die für Kater und Kopfschmerz sorgen. Siegrun Mohring von der Fachhochschule Münster hat jüngst 70 Biersorten nach den Fusel-Stoffen Propanol, Isobutanol und Isoamylalkohol abgesucht. Resultat: Weißbiere enthalten pro Liter bis zu 160 Milligramm. Beim Pils liegt der Wert bei nur etwa 75 Milligramm.

Die Gemeinde der Hefetrinker (43 Prozent sind Frauen) wird solche Zahlen kaum schrecken. Manche Sorten schmecken nach Gewürznelken oder Lakritz.

Und auch das Rülpsen lässt sich bekämpfen. Moderne Brautechnik macht es möglich, Obergäriges auch im Fass herzustellen. Dabei wird das aufsteigende CO_2 ständig abgefiltert, von Schwefelgasen gereinigt und in geringem Maße dem Endprodukt wieder zugesetzt.

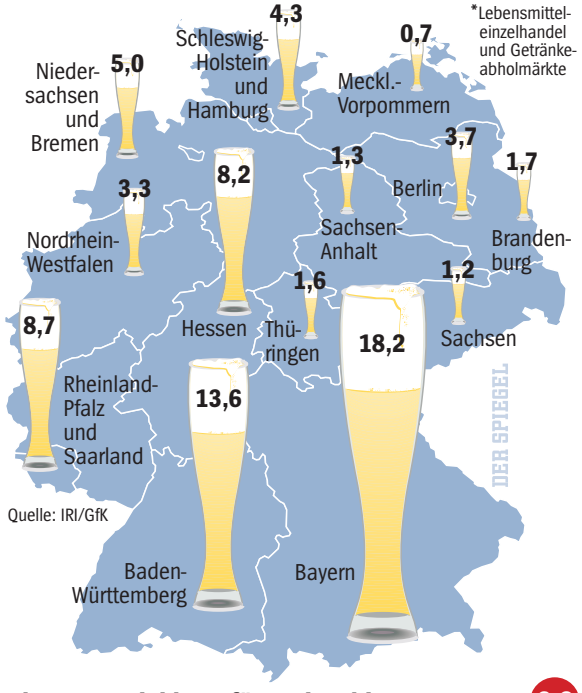
In dieser Variante, gleichsam mit gebremstem Schaum, kommt das Getränk seit letztem Samstag auf dem Münchner Oktoberfest zum Einsatz. Das Festzelt von Käfer bietet Weißes aus dem Zapfhahn. Der durstige Islandfahrer Waldemar Hartmann wird sich freuen, wieder daheim zu sein.

Auch sonst fühlt sich der TV-Sportsmann blendend. Nach seinem Wortgefecht mit Teamchef Völler hat ihn die Paulaner-Brauerei unter Vertrag genommen. In großen Anzeigen sitzt der Journalist grinsend im Biergarten und hebt das Glas. Überschrift: „Prost Rudi!“

MATTHIAS SCHULZ

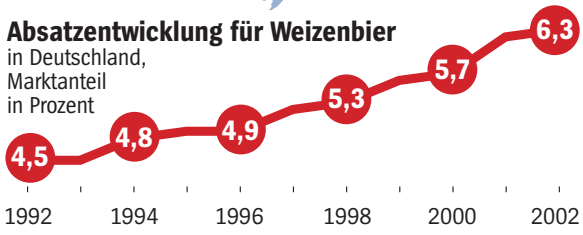
Beliebtes Gebräu

Anteil des Weizenbieres am Bierabsatz*, Marktanteil 1. Halbjahr 2003 in Prozent



Absatzentwicklung für Weizenbier

in Deutschland, Marktanteil in Prozent



* Auf dem Münchner Oktoberfest.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite



SOLO FILM

Szene aus „Till Eulenspiegel“

ZEICHENTRICKFILM

Frechdachs mit Swing

Der junge Bursche packt die Hand des hübschen Mädchens – und verpasst sich damit selbst eine Ohrfeige. Was das solle, fragt die Angebetete verwirrt. Der Kerl aber grinst und gibt ihr einen Kuss. So tritt Till Eulenspiegel nun im gleichnamigen Zeichentrickfilm an: als phantasievoller Frechdachs, der schon mal die Strafe vorwegnimmt, um die Tat danach umso mehr genießen zu können.

„Er ist anarchistisch, jugendlich und mobil“, beschreibt Produzent und Regisseur Eberhard Junkersdorf, 59, den quirligen Rotschopf – ein idealer Kinoheld also. Dennoch kostete es Junkersdorf Mühe, das Budget von 15 Millionen Euro zusammenzubekommen, das sein neues Werk zum bislang aufwendigsten deutschen Animationsfilm macht. „Dabei haben deutsche Zeichentrickfilme in den letzten Jahren hier zu Lande im Schnitt über eine Million Zuschauer gefunden.“ Gäbe es beim gewöhnlichen Kinospielfilm die gleichen Zahlen, „hätten wir vielleicht wieder eine Filmindustrie“, so Junkersdorf.

Er will nun jene Erfolgsstory fortsetzen, die 1997 mit „Die furchtlosen Vier“ begann, einer pfiffigen Adaption der Bremer Stadtmusikanten.

Für seinen neuen Film, eine schwungvolle Version der Abenteuer des berühmten Schelms, verpflichtete er über 500 Künstler aus verschiedenen Ländern. „Die kamen nach München in unser Studio und arbeiteten dort zusammen – und zwar lange. Jeder Animator, der für eine Figur zuständig ist, schafft mit seinem Team im Monat 17 Sekunden Film. Man braucht eine kleine Armee, um abendfüllend zu werden.“

Der Konkurrenz aus Hollywood, die immer mehr auf Computeranimationen setzt, bietet Junkersdorf trotzig die Stirn – wie sein Held den vermeintlich übermächtigen Gegnern: „Die Amerikaner sind auf der Suche nach Stoffen für ihre Zeichentrickfilme immer wieder in der europäischen Sagen- und Märchenwelt fündig geworden. Die haben das Geld, aber wir haben Stoffe.“



CINETEXT

Junkersdorf



ARSENAL

„Secretary“-Darstellerin Gyllenhaal

Kino in Kürze

„Secretary“ zeigt die Sekretärin Lee (Maggie Gyllenhaal), die auf allen vieren durchs Büro kriecht und die Post im Mund apportiert. Was aussieht wie ein klarer Fall für den Betriebsrat, ist der Beginn einer sadomasochistischen Leidenschaft: Lee verliebt sich in ihren erst verklemmten, dann enthemmten Chef, einen von James Spader gespielten Rechtsanwalt, der sie am Ende ewig bindet. Regisseur Steven Shainberg macht aus dieser verqueren Liebesgeschichte eine sehr sympathische skurrile Komödie, die davon ausgeht, dass unter der Gürtellinie alles erlaubt ist, was Spaß macht.



Unterhose aus Warhol-„Zeitkapsel“



FOTOS: COURTESY OF THE ANDY WARHOL MUSEUM PITTSBURGH

Warhol-Utensilien

AUSSTELLUNGEN

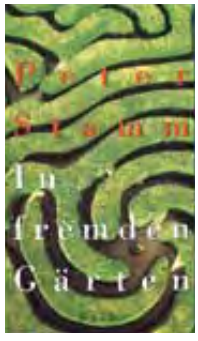
Warhols Flaschenpost

Andere Menschen führen Tagebücher – der Kunstproduzent Andy Warhol (1928 bis 1987) füllte Pappkartons. In ihnen verstaute er seit Beginn der sechziger Jahre, was ihm in seinem Alltag so unterkam: ein Samtkleid von der Schauspieldiva Jean Harlow, eine bestickte Unterhose (angefertigt von der Frau seines Pop-Art-Kollegen Claes Oldenburg), Schuhe von Clark Gable, Warhols Kinderbücher, das Gesangbuch seiner Mutter sowie jede Menge Fotos, Zeichnungen, Schallplatten und Korrespondenzen (etwa mit Truman Capote). Heute gelten seine 600 „Time Capsules“ – Zeitkapseln – als legendärer Nachlass; schon deshalb, weil die meisten Schachteln noch immer nicht geöffnet wurden. Eine Auswahl der bereits geborgenen Souvenirs aus Warhols Leben wird vom kommenden Wochenende an im Frankfurter Museum für Moderne Kunst präsentiert – schon jetzt angepriesen als „Schatz, der noch nie gezeigt wurde“ (bis 29. Februar). Kein Wunder, beansprucht das kuriose Erbe, von Warhol womöglich als arbeitsaufwendige Flaschenpost für seine künftigen Interpreten gedacht, doch erstaunlich viel Platz: sieben Säle auf drei Etagen.

LITERATUR

So schnell vorbei

Über Peter Stamms Roman „Ungefähre Landschaft“ jubelte 2001 die Literaturkritik: So suggestiv, so melancholisch und leise, gleichzeitig mit einer derart kargen Sprache habe lange keiner mehr von scheuem Glück und der Unerheblichkeit des Lebens erzählt. „Es wurde Herbst und Winter. Es wurde Sommer. Es wurde dunkel, und es wurde hell.“ Die letzten Sätze dieses Romans hallten auf eindrucksvolle Weise nach. Mit seinem neuen Erzählband „In fremden Gärten“ setzt der Schweizer nun seinen Stil konsequent fort. Wieder zeigt Stamm, 40, sich als unaufgeregter Wortökonom und hoch sensibler, brillanter Erzähler. Wieder existieren die Menschen seltsam am Leben vorbei wie die Witwe Regina in einer der Geschichten. Reginas Haus ist zu groß geworden, nachdem auch noch die Kinder ausgezogen waren. Erst als ihre Enkelin Martina zusammen mit ihrem australischen Freund zu Besuch ist, bekommt sie eine Ahnung über das Leben da draußen zurück. Gegen den Willen ihrer Tochter lässt sie die beiden sogar eine Nacht im gleichen Bett verbringen. Warum auch nicht? „Das waren keine Dummheiten. Alles ging so schnell vorbei.“ Mehr Rechtfertigung braucht es nicht. Das Provinzmauerblümchen Manuela und der heimatlose Möchtegern-Stuntman Henry sind die Helden in einer anderen Story des Buchs. Beide verabreden sich nach der Vorstellung seiner armseligen Artistengruppe. „Ist ja egal. War ja nichts. Wäre ja sowieso nichts geworden“, resümiert Manuela, als Henry abends nicht auftaucht. Was sie nicht ahnt: Noch im Moment seines Todes an der Flammenwand wollte der seine „Augen offen lassen“, nur für sie. Dennoch ist auch bei Peter Stamm Glück möglich, wenn dessen Dauerhaftigkeit auch stets fragwürdig bleibt – in einer Erzählung dieses Buchs singt er sogar ein ehrfurchtsvolles Hohelied der Liebe, dann wieder schildert er das gelungene Psychogramm einer Vater-Tochter-Beziehung. Die Wehmut in Stamms Geschichten ist geblieben, und das ist auch gut so – gewonnen hat sein Erzählen an Wagemut und Witz.



Peter Stamm: „In fremden Gärten“. Arche Verlag, Zürich; 160 Seiten; 18 Euro.

VOLKSSÄNGER

Hamburgs erste Rapper

Es ist ein Ohrwurm, den man nie mehr loswird, eine simple Melodie und ein schlichter Text: „An de Eck steiht 'n Jung mit 'n Tüdelband“, einem Metallreifen, der mit einem kurzen Stock über das Pflaster gejagt wird. Fast jeder Hamburger kennt das Lied, aber kaum einer weiß, wer es in die Welt gesetzt hat: Ludwig Wolf, im Jahre 1911. Der Sohn eines jüdischen Schlachters gründete mit seinen Brüdern Leopold und James 1895 das „Wolf-Trio“. Nach dem Ausstieg von James 1906 machten die „Gebrüder Wolf“ als Duo weiter und wurden weit über Hamburg hinaus mit „Döntjes und Couplets“ berühmt. „Eine Pellkartoffel liebte einen Häring / und dies Verhältnis dauert schon drei Jahr / Doch nun wollt die Pellkartoffel auch den Eh'ring / drum schleppte sie den Häring zum Altar.“ Die Wolfs waren für den Norden das, was Karl Valentin und Liesl Karlstadt für den Süden waren: Revuestars und Volkskünstler. Sie nahmen über 60 Platten auf und spielten in einem Stummfilm („Die Glückspilze“) die Hauptrollen. Mit den Nazis kam das Arbeitsverbot, ein Wolf-Bruder wurde nach Theresienstadt deportiert, zwei Wolf-Kinder wanderten über Shanghai in die USA aus und spielten am „deutschen Broadway“ in New York Kleinkunst für Exilanten. Jetzt hat der Hamburger Filmemacher Jens Huckeriede, 54, die wechselvolle Geschichte der Familie Wolf ausgegraben: In der 80-minütigen Dokumentation „Return of the Tüdelband“ ist die Hauptfigur der 28 Jahre alte Urenkel der Wolfs, Dan Wolf, ein HipHop-Musiker aus San Francisco, der von seinem musikalischen Erbe erst durch Huckeriede erfuhr – und der sagt: „Die Wolfs waren die ersten Rapper des 20. Jahrhunderts. Heute würden sie schräge Songs machen.“ So lässt Huckeriede in seinem Film Hamburger Bands die alten Wolf-Lieder neu interpretieren. Weil er das Schicksal der Wolfs in Musik verpackt hat, verweigerte ihm die Filmbewertungsstelle ihr Prädikat. „Für die habe ich das Thema verfehlt“, sagt der Regisseur, „aber die jungen Leute kapieren, worum es geht: deutsche Geschichte.“ Diese Woche hat „Tüdelband“ Premiere beim Hamburger Filmfest.



CD-Cover

TV-KULTUR

„Der ganze Abend ist ein Gesamtkunstwerk“



STEFAN BRAUN / ARD

Tann

ARD-Chefredakteur Hartmann von der Tann, 60, über die Verschiebung der Sonntags-Kultursendungen in die Nacht

SPIEGEL: Herr von der Tann, was machen die Kultursendungen des Ersten falsch, dass sie ab Mitte November statt wie bisher nach „Christiansen“ um 22.45 Uhr noch später beginnen müssen, weil die „Tagesthemen“ künftig zu dieser Zeit gesendet werden?
Tann: Sie machen nichts falsch. Sie sind inhaltlich hoch respektiert. Die Beiträge von sechs ARD-Anstalten bemühen sich erfolgreich um einen sehr weit gefassten Kulturbegriff.
SPIEGEL: Trotzdem geben Sie und Ihre Intendantenkollegen den „Tagesthemen“ zeitlich die Vorfahrt. Warum?
Tann: Wir wollen die „Tagesthemen“ in die Nähe ihres wöchentlichen Sendetermins bekommen, um Kontinuität herzustellen. Der derzeitige Termin 23.15 Uhr ist dafür zu spät. Das war eine schwere Entscheidung, weil die Kultur-Kollegen darüber nicht glücklich sein können.
SPIEGEL: Also ist Kultur unwichtiger als die Nachrichten?
Tann: Tatsache ist, dass wir von der ARD an unseren Informationsleistungen gemessen werden.
SPIEGEL: Da akzeptieren Sie, dass die Kultur Zuschauer verliert?
Tann: Das ist natürlich nicht auszuschließen. Aber man muss auch sehen, dass der gesamte Fernsehabend ein Gesamtkunstwerk ist, und da gibt es gute Argumente, den Ablauf zu verändern.
SPIEGEL: Im ZDF bringt die Büchersendung von Elke Heidenreich zu einem frühen Sendetermin schöne Quoten. Haben jene Verleger Recht, die der ARD vorwerfen, sie tue viel zu wenig für die Literatur?
Tann: Nein. Es gibt Denis Scheck und seine Sendung „Druckfrisch“. Aber ich gebe zu: Wir sind da noch nicht zufrieden. Wir basteln daran.

AUSSTELLUNGEN

Nackt für Stalin

Die Retro-Mode, die eben noch die DDR-Ostalgie feierte, rückt nun den finsteren Reiz des Sowjetreichs ins Rampenlicht: Gleich mehrere deutsche Museen widmen sich mit irritierender Begeisterung der Bilderwelt des Stalinismus.

Wenn er Geld brauchte, überfiel der junge Revolutionär aus dem Kaukasus schon mal Postkutschen, um seine bolschewistischen Mitkämpfer zu unterstützen. So verrucht, ungekämmt und unrasiert, wie Josef Stalin auf den Fahndungsplakaten der zaristischen Geheimpolizei um 1910 aussah, hätte er gut in Amerikas Wilden Westen gepasst. Stattdessen spielte er im Osten auf furchtbare Weise den wilden Mann.

Stalin (1879 bis 1953) war von 1924 an Herrscher über die Sowjetunion – und unter seiner totalitären Stirntolle ein gnadenloser Selbstdarsteller. Als einer der meistporträtierten Männer seiner Zeit legte er allergrößten Wert darauf, dass seine Haare (und sein Schnurrbart) stets frisch glänzten.

Nun, im Jahr seines 50. Todestages, entdecken erstaunlich viele deutsche Museen den finsteren Reiz von Stalins Propaganda-Orgien neu: Nicht der üble Tyrann weckt das Interesse, sondern ein früher, wenngleich schwer durchgedrehter Showstar wird präsentiert.

Gerade noch hat man, animiert vom Erfolgsfilm „Good Bye, Lenin!“, Trabbis, das Sandmännchen und nebenbei die DDR-Staatskunst als Symbole einer Ostalgie-Welle abgefeiert, schon basteln die Museumsmacher am nächsten Retro-Trend: Mit irritierender Leidenschaft widmen sie sich den Geschmacksverirrungen und dem Personenkult eines größenwahnsinnigen Machtmenschen.

So nennt die Stiftung Schloss Neuhardenberg ihre aktuelle Ausstellung, in der es um die „Stationen einer Schreckensherrschaft“ geht, kurz und knackig „Genosse Gott – Stalin“. Die Sonderschau, die in dieser Woche in der Frankfurter Kunsthalle Schirn eröffnet wird, heißt: „Traumfabrik Kommunismus“, was ein wenig nach Ost-Hollywood klingt. Gemeint ist aber „die visuelle Kultur der Stalin-Zeit“.

Die Kommunale Galerie in Frankfurt dagegen beschränkt ihr Erkenntnisinteresse auf das fotografierte Körperbild in der frühen Sowjetunion: Der Titel der nächsten Schau, auf den deren Leiter Klaus Klemp „besonders stolz“ ist, lautet „Nackt für Stalin“.

Der Slogan ist historisch reichlich schief, weil es Stalins Vorgänger Lenin war, der künstlerische Nacktaufnahmen noch herzlich gern erlaubte. Unter Stalin galten diese „Bilder des Begehrens“ bald als verpönt. Der proletarische Körper musste mindestens in Sporttrikots gehüllt werden, und so mancher früher gefeierte Aktfotograf wurde der Pornografie beschuldigt und ins Arbeitslager geschickt.

Was soll's? Der Name der Reizfigur Stalin macht als Aufreger offenbar mehr her. Klemp und seine Mitarbeiter versprechen „umfangreiches Material aus bislang ver-



Wassilij-Jakowlew-Bild „Marschall Georgij Schukow“ (1946): *Exotischer Agit-Pop*



Alexander-Deineka-Gemälde „Zukünftige Flieger“ (1938)



Tatjana-Jablonskaja-Gemälde „Brot“ (1949)



JEWGENI CHALDEJ / VOLLER ERNST

Jewgeni-Chaldej-Fotografie „Hymne auf Stalin“ (1951)

Werke der sowjetischen Propagandakunst: *Willkommen in der Traumfabrik der roten Zaren*

schlossenen oder unbekannten russischen Archiven“ – alles der prickelnden Frage wegen: „Wie steht es eigentlich um das Verhältnis zwischen Kommunismus und Erotik?“

Ausstellungen im Berliner Gropius-Bau und im Bonner Haus der Geschichte wollen in Kürze ebenfalls obsessive Vergangenheitsbewältigung betreiben – das aber in nicht ganz so heiter gestimmtem Grundton. Beide Häuser machen die deutsch-russischen Beziehungen zum Thema, die „von Furcht und Faszination, von großer Nähe und tiefen Verletzungen“ geprägt seien (so heißt es in Bonn), außerdem von „Traumata“ und der „Erfahrung totalitärer Systeme“ auf beiden Seiten (Berlin).

Warum erwärmt sich ausgerechnet der Ausstellungsbetrieb plötzlich so für die Genossen im Osten, insbesondere für Stalin – während etwa die Frankfurter Buchmesse sich Anfang Oktober mit ihrem diesjährigen Länderschwerpunkt Russland vor allem der Gegenwart zuwendet?

Der Philosoph und Kunsttheoretiker Boris Groys meint, nach Stalins Tod habe sofort eine „allumfassende Langeweile“ eingesetzt. Nur die Jahrzehnte seiner Gewaltherrschaft und dann erst wieder die Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion könnten als „Epochen der Ekstase“ gelten – die erste Ekstase sei eine der Produktion, der Kriege und Siege gewesen, die zweite eine des Konsums.

Groys, renommierter Denker mit Lehrstuhl in Karlsruhe und gebürtiger Russe, ist an etlichen der aktuellen Ausstellungsprojekte beteiligt – und schon früher mit der schillernden These vom Stalinismus als Gesamtkunstwerk aufgefallen.

Tatsächlich hat Stalin wie kaum ein anderer die Macht der Bilder erkannt. Weggenossen, die ihm unliebsam geworden waren, ließ er nicht nur ermorden, sondern auch aus Gruppenfotos tilgen. Viele Aufnahmen wurden Jahre nach ihrer Entstehung retuschiert und aus acht Männern mal eben vier gemacht. Bei anderen fotografischen Dokumenten achtete der Polizeiapparat darauf, dass sie nicht an die Öffentlichkeit gelangten. Dazu gehörten Porträts solcher Kinder, die unter dem Druck ihrer Lehrer ihre Eltern denunziert hatten.



Fotografie von Georgij Zimin (Ende der zwanziger Jahre) *Riskante Erotik*

Doch nicht nur durch eine Atmosphäre der Angst schüchterte Stalin seine Untertanen ein, sondern auch durch megalomane Inszenierungen. Anlässlich seines 70. Geburtstags 1949 marschierten Menschenmassen über den Roten Platz in Moskau, hielten Bilder wie Reliquien empor und ließen Luftballons mit seinem Konterfei in den Himmel steigen: eine Art Apotheose des Heilsbringers Stalin.

Dabei hatte die bolschewistische Revolution 1917 zunächst die künstlerische Avantgarde beflügelt. Kühne Konstruktivis-

ten stellten sich in den Dienst des Regimes und lieferten selbst für Tapetenmuster Vorlagen, um die Bevölkerung kulturell zu verfeinern. Stalin aber entschied sich für eine andere Kulturrevolution – für die der Verkitschung.

Er verordnete den Sozialistischen Realismus, ließ folkloristische Kunst produzieren – die der im Nazi-Deutschland nicht unähnlich war – und sich darin selbst als Übervater stilisieren. Als Pendant musste „Mutter Heimat“ herhalten. Zuckerbrot und Peitsche wandelte er ab zu: Zuckerbäckerarchitektur und Arbeitslager.

Auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs dagegen wurde „die abstrakte Kunst schon bald an die Front des Kalten Krieges geschickt“, wie es, rückblickend, der Kunsthistoriker Beat Wyss formuliert. Der Westen stritt leidenschaftlich gegen alles Figürliche und für die Abstraktion. Realismus und Totalitarismus gehörten zusammen, warnte zum Beispiel 1953 der berühmte amerikanische Kunstexperte Alfred Barr.

So war es nur konsequent, dass sich in den vergangenen Jahren viele Museen im Westen allenfalls für die tragische Geschichte der einst so euphorischen, dann zwangserstarrten russischen Moderne begeistern konnten.

Doch nun folgt der Gegenschlag: Der einst angefeindete und dann ignorierte Kitsch-Realismus made in USSR scheint plötzlich als exotischer Agit-Pop etabliert: Willkommen im gemalten Kino der roten Zaren – dessen Pathos und Verführungskraft tatsächlich an die der Happy-End-Schnulzen Hollywoods erinnern.

Die Frankfurter Kunsthalle Schirn und ihre Schau über die rote Traum- und Heldenfabrik will Gemälde zeigen, auf denen Frauen mit Kopftüchern ebenso tapfer wie fröhlich schuften, auf denen blonde Jungen davon träumen, „Zukünftige Flieger“ (so der Titel eines Bildes) zu werden, und auf denen ein Sowjetmarschall wie ein archaischer Terminator über die Trümmer von Berlin reitet.

Im Schloss Neuhardenberg darf „Genosse Gott“ ebenfalls auf früher unerreichbare Zielgruppen herablächeln. Auf einem der Plakate lässt er sich als onkelhafter Beschützer in weißer Uniform von hübschen Kindern umringen – eine Szene wie aus der Wahlkampfwerbung von heute, stünde nicht der Kitschsatz darunter: „Dank dem geliebten Stalin für eine glückliche Kindheit“.

Die Veranstalter in Neuhardenberg haben sich brav vorgenommen, vor allem den Opfern einer brutalen Willkür „ihr Angesicht und damit einen Teil ihrer Würde zurückzuerstatten“. Zeigen sie aus diesem Grund auch ein Polizeifoto des toten, noch blutbefleckten Dichters Wladimir Majakowski aus dem Jahr 1930 – dessen angeblicher Selbstmord heute angezweifelt wird?



VOLLER ERNST

Sowjetisches Propagandaplakat (1953)
Kulturrevolution der Verkitschung

Tatsache ist: Der Galgen-Glamour der noch gar nicht lang vergangenen roten Diktaturen ist längst Teil der popkulturellen Vermarktungsmaschinerie. Vom Chic des Dämonischen zeugen beispielsweise Poster mit dem grinsenden Mao Zedong, die für den deutschen Buchmarkt in bunten Bildbänden reproduziert werden – mit dem Werbemotto: „Der kommunistische Superheld“.

Junge deutsche Maler zeigen Hitler im Smoking – als hätte er die Weltbühne als stilsicherer Dandy und nicht als blutrünstiger Tyrann beherrscht. Mit dem faschistischen Flair lässt sich gut provozieren.

Nicht jedem dürfte das plötzliche Revival der Sowjetkunst gefallen – weshalb einige der Ausstellungsmacher die Kontroverse schlauerweise gleich selbst vorwegnehmen. Ihn irritiere die aktuelle Bezugnahme auf den Sozialistischen Realismus, bekennt der russische Kunsthistoriker Alexander Morosow im Katalog zur Schau in der Frankfurter Schirn. Die Interpretation dieser Kunst – unter anderem als eine Art modisches Label – erscheine ihm höchst dubios. „Niemand stört sich daran, dass auch Werke in Umlauf kommen, für die sich anständige Menschen zur Zeit ihrer Entstehung geschämt haben.“

„Es kann nicht falsch sein zu zeigen, mit welchen Mitteln Millionen von Menschen umerzogen werden sollten“, meint dagegen Philosoph Groys. Die Strategien der massenwirksamen Beeinflussung hätten schließlich überlebt; die bloße Inszenierung von Politik in verklärenden Bildern sei heute mehr denn je weltweit gängige Praxis. Stalin als Spindoctor?

„Für ehrliche Arbeit wartet der Lohn: Wohlstand, Ruhm und Ehrungen!“ lautet der Spruch eines der in Neuhardenberg gezeigten Stalin-Propagandaposters. Zumindest das erzählen gerissene Politiker fast in denselben Worten. ULRIKE KNÖFEL

Werbeseite

Werbeseite

POP

„Glückliche Liebe stumpft ab“

Die französische Schauspielerin Julie Delpy, 33, über ihr Debüt als Popsängerin, zerbrochene Liebschaften und das Hippie-Erbe ihrer Eltern

SPIEGEL: Mademoiselle Delpy, seit Ihrem 15. Lebensjahr haben Sie als Schauspielerin in Filmen von Jean-Luc Godard, Volker Schlöndorff und Krzysztof Kieslowski für viel Aufsehen gesorgt – und als Sie vor zehn Jahren nach Los Angeles umzogen, erwarteten viele eine tolle Hollywood-Karriere. Haben Sie nun eine CD mit Folk-Songs aufgenommen, weil es mit dem großen Durchbruch nicht geklappt hat?

Delpy: Nein, Unsinn. Ist es nicht seltsam, dass man von Schauspielern immer denkt, maximaler Ruhm sei ihr wichtigstes Ziel? Ich habe in Frankreich erste Erfahrungen mit dem Ruhm gemacht – und die haben mir nicht besonders gefallen. Der Hauptgrund für den Umzug in die USA aber war, dass ich meinen Eltern entkommen wollte.

SPIEGEL: Was haben Sie gegen Ihre Eltern?

Delpy: Gar nichts, ich liebe sie sehr. Aber ich hätte zum Beispiel nicht ein einziges Lied schreiben können, wenn meine Eltern in der Nähe gewesen wären.

SPIEGEL: Was hätte Sie gehindert?

Delpy: Verstehen Sie mich nicht falsch, meine Eltern sind die nettesten Menschen, die man sich vorstellen kann. Beide sind Schauspieler, totale Hippies, die Lou Reed und Janis Joplin hören. Aber sie sind auch eine Art emotionaler Schwamm, sie saugen einen aus. Meine Mutter hätte mir dauernd erklärt, dass ich mit Musik mein Leben verplempere. Ich bin eine erwachsene Frau, aber gegenüber meiner Mutter fühle ich mich bis heute, als sei ich vier Jahre alt.

SPIEGEL: Wie kamen Sie dazu, für Ihre in Deutschland Ende Oktober erscheinende, schlicht „Julie Delpy“ betitelte CD Songs in englischer Sprache zu schreiben und auf der Gitarre zu spielen?

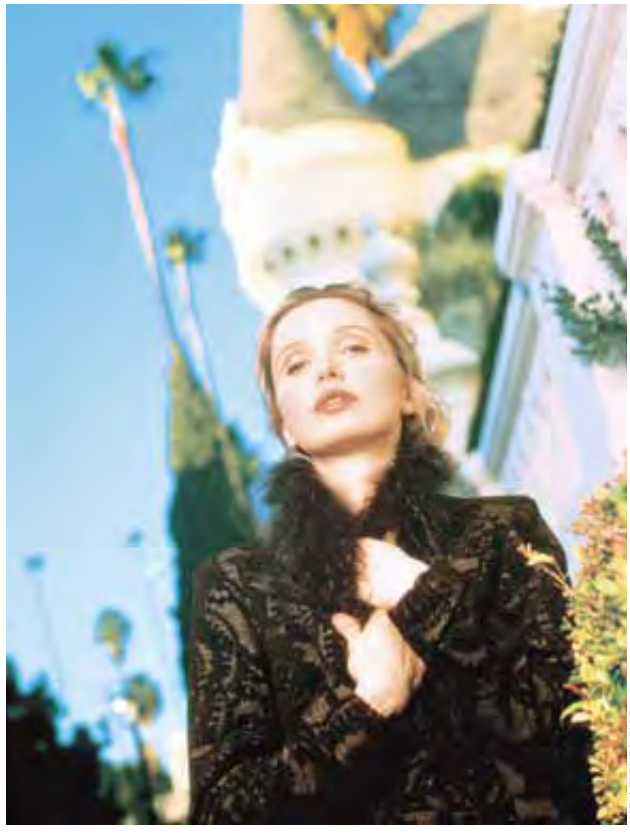
Delpy: Die meisten Stücke habe ich für ganz bestimmte Menschen geschrieben, die wie ich in den USA leben. Weil es mir oft schwer fällt, mich in Briefen oder Gesprächen mitzuteilen, habe ich entdeckt, dass ein Lied ein guter Weg ist, meine Gefühle auszudrücken. Ich werde beim Schreiben meine Dämonen los. Mein Vater meinte erst kürzlich: „Du machst ein Geschäft mit deinen gescheiterten Beziehungen. Andere werden depressiv, du machst Lieder darüber.“

SPIEGEL: Hat er Recht?

Delpy: Im Grunde ja. Aber letzten Endes ist es aufregend, in der Liebe auch Schmerz zu fühlen. Das hält dich lebendig. Wenn es in Beziehungen zu gut läuft, droht man abzustumpfen.

SPIEGEL: Endet in Ihren Liedern deshalb die Liebe immer tragisch?

Delpy: Ich habe kein Talent für glückliche Beziehungen. Jedenfalls nicht auf Dauer. Auch wenn ich spürte, dass ich geliebt werde, hatte ich immer das Gefühl: Etwas fehlt, etwas ist falsch. Und so endet die Liebe für mich meistens im Desaster.



JME / FACE TO FACE

Sängerin Delpy: *„Ich fühle mich wie eine Katze auf Kokain“*

SPIEGEL: Was genau läuft schief?

Delpy: Die meisten Menschen haben eine Mauer aufgebaut, die das schützt, was sie sind und fühlen. Sie entscheiden selbst, wie viel sie davon preisgeben. Diese Mauer fehlt mir. Es gibt keinen Schutz zwischen mir und der Welt. Das macht mich häufig sehr nervös. Ich fühle mich manchmal wie eine Katze auf Kokain.

SPIEGEL: Warum fehlen dann in Ihren Liedern alle wilden Ausbrüche, wieso klingen sie da melancholisch-gelassen?

Delpy: Die Verwandlung meiner Gefühle in Musik verhilft mir zur Distanz. Ich kann die Dinge, die mir sonst zu schaffen machen, mit Humor sehen. Meine Besessenheit mit dem Tod zum Beispiel, meine Angst, eines Tages verrückt zu werden. Gerade wenn ich nicht arbeite, denke ich ständig an den Tod. Ich quäle mich damit, dass jeder Atemzug ein Schritt in Richtung Grab ist.

SPIEGEL: Dann sollten Sie besser Ihre Zigarette ausdrücken und aufhören zu rauchen.

Delpy: Sie haben Recht. Ich habe sechs Jahre nicht geraucht und erst vor kurzem wieder angefangen. Ich bin ein Hypochonder und ein wandelndes medizinisches Lexikon. Ständig suche ich nach Krankheitssymptomen an mir. Das ist gar nicht gut.

SPIEGEL: Sie haben gerade mit dem Independent-Regisseur Richard Linklater die Fortsetzung Ihres Films „Before Sunrise“ aus dem Jahr 1995 abgedreht. Warum arbeiten Sie mit ihm besonders gern?

Delpy: Er lässt mich meine Rollen fast völlig selbst gestalten. Anders als viele Schauspielerinnen vor allem in Frankreich hatte ich nie einen Pygmalion-Komplex. Ich wollte nie das Geschöpf eines anderen sein. Bei Richard Linklater habe ich alle Freiheiten.

SPIEGEL: Sie haben mal gesagt, Sie seien vermutlich die einzige französische Schauspielerin, die nie mit Regisseuren schläft.

Delpy: Das war als Scherz gedacht, kommt der Wahrheit aber ziemlich nah. Ich hatte noch nie Sex mit einem Regisseur, und das ist eher die Ausnahme in der Branche. Eigentlich ist es ein Wunder, dass ich überhaupt noch Arbeit habe.

SPIEGEL: Immerhin erzählt eine der schönsten Legenden über Sie, Sie hätten auf einer feinen Party völlig unvermittelt ihren Busen entblößt, um die Gäste zu schocken. Ist das das Hippie-Erbe ihrer Eltern?

Delpy: Ich bin keine Hobby-Exhibitionistin. Aber ab und zu sage oder tue ich ganz gern Dinge, um die Leute zu schockieren. Kann sein, dass ich weniger Hemmungen habe als andere. Ich habe meine Eltern schon nackt auf der Bühne gesehen, als ich vier Jahre alt war. Sie haben dort völlig verrückte Dinge getan.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Delpy: Ich erinnere mich noch genau, dass mein Vater einmal eine Frau gespielt hat, die auf der Bühne den Tampon wechselt und ins Publikum wirft. Dieses Bild hat sich in mein Gedächtnis eingebrannt und hat mich ungeheuer stark beeindruckt. Aber keine Angst, ich verspreche: Ich werde bei meinen Konzertauftritten weder meine Brüste zeigen noch Tampons ins Publikum werfen.

INTERVIEW: JÖRG BÖCKEM, WOLFGANG HÖBEL

Werbeseite

Werbeseite



SEBASTIAN HARTZ / LAIF

Times Square in Manhattan: *Gier, Sex-Abenteuer und Mord im Herzen der Welt*

AUTOREN

Das Auge New Yorks

Seine Fans verehren Don DeLillo als Propheten des Schreckens. In seinem neuen Buch „Cosmopolis“ schickt er einen reichen Mann auf Höllenfahrt durch Manhattan. *Von Alexander Osang*

In der weißen Stretchlimousine, mit der Eric Packer durch Manhattan fährt, gibt es einen Marmorboden, ein Bad und eine elektronische Kamera, die Dinge abbildet, bevor sie passieren. In Don DeLillos Büro aber gibt es noch nicht einmal eine Klimaanlage. Er hat das Fenster zu der schmalen, vernieselten Upper-East-Side-Straße ein bisschen geöffnet, so dass ein leichter Luftzug über seinen Schreibtisch weht. Es riecht nach alten Büchern, es ist halbdunkel und feuchtwarm.

DeLillo wartet. Er trägt ein gräulich-grünes Cordhemd, graue Jeans, sein Haar ist grau, sein Gesicht blass, seine Stimme leise. Er scheint in dieser langsamen, unscheinbaren Welt zu zerlaufen.

Don DeLillo, 66, schreibt auf einer mechanischen Schreibmaschine, Eric Packer ist 28 und findet schon das Wort Computer altmodisch. Sie haben nicht viel gemein. Packer ist der Held von DeLillos jüngstem Buch „Cosmopolis“*.

Packer wohnt in einem dreistöckigen Penthouse am East River, in 48 Zimmern, zusammen mit teuren Gemälden, Windhunden und einem Haifisch. Er liest zum Einschlafen Einsteins spezielle Relativitätstheorie in Deutsch und Englisch, er ist mit einer der reichsten Frauen der Welt verheiratet, spricht ein bisschen Tschechisch und hat zwei Fahrstühle, die er je nach Stimmung benutzt. In einem läuft Klassik, im anderen Rap.

An einem Apriltag im Jahr 2000 fährt Eric Packer mit einer weißen Limousine auf der 47. Straße quer durch Manhattan, um sich die Haare schneiden zu lassen. Die Fahrt dauert einen ganzen Tag, denn der amerikanische Präsident ist in New York, ein Rap-Star wird beerdigt, und es gibt eine Demonstration von Globalisierungsgegnern. Auf seiner Fahrt nach Westen philosophiert Packer mit seinen Beratern, betrügt seine Frau, lässt sich die Prostata untersuchen und verspielt an der Börse sein gesamtes Vermögen. Er wettet auf den Yen und verliert. Als die Sonne untergeht, wird er in einem leer stehenden Haus am Hudson River von einem Mann erschossen, der so etwas ist wie sein Gegenbild.

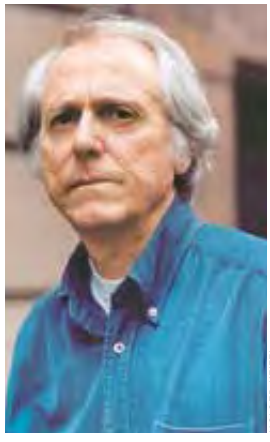
Es ist ein schmales, kaltes Buch, in dem nichts unmöglich erscheint. Der Apriltag im Herzen der Welt ist mit allem voll gepackt, was einem an Katastrophen so einfallen würde. Es ist fast ein Wunder, dass es keinen Stromausfall gibt, als Packer den Times Square passiert. Man hat kein Mitleid mit Eric Packer, man weiß nicht, was ihn antreibt. Er rollt wie eine glatte, kühle Kugel durch das Buch. DeLillo mag Packer nicht mehr als den Mann, der ihn erschießt, sagt er. Aber auch nicht weniger.

Es wird viel über Zeit und Geld geredet in „Cosmopolis“. „Geld ist Zeit. Früher war das mal andersherum“, sagt jemand. Und einmal heißt es: „Früher kannten wir die Vergangenheit, aber nicht die Zukunft. Das ändert sich gerade.“ Der letzte Satz des Buchs lautet: „Im Glas seiner Uhr ist er tot, aber im realen Raum lebt er immer noch und wartet darauf, dass der Schuss fällt.“

Don DeLillo bewegt sich nicht, er blinzelt ein bisschen. Auch er wartet.

Der Angriff aufs World Trade Center liegt jetzt zwei Jahre zurück. Am zweiten Jahrestag schienen sich die Journalisten schon im Kreis zu drehen, sie traten auf der Stelle, als sei aus ihrer Sicht alles gesagt, als wären alle Gefühle ausgelöst. Vielleicht hat DeLillo mit diesem kühlen New-York-Buch auf den Septembertag 2001 reagieren wollen.

„O nein, keineswegs. Das Buch war eigentlich im Wesentlichen fertig, als es passierte“, sagt DeLillo. „Es bezieht sich vielmehr auf die Zeit zuvor. Die neunziger Jahre, mit all ihrer Gier. Eine Zeit, in der Unternehmen plötzlich wichtiger waren als Regierungen. Menschen haben Tag und Nacht vor ihren Computern gesessen und ihr Geld beobachtet. Zeit verlor jede Bedeutung, Wirtschaftsbosse wurden globale Popstars. Im Frühjahr 2000 ging das zu Ende. Die Blase platzte. ‚Cosmopolis‘ spielt an einem Tag im April 2000. Also vor dem 11. September. Ich habe danach nur noch Kleinigkeiten an dem Manuskript geändert. Wenn man so will, beschreibt das Buch die Phase zwischen dem Ende des Kalten Krieges und dem Beginn des Terrorismus.“



HOLGER KEIFEL

Schriftsteller DeLillo
„Ich erfinde nichts“

Aber konnte er denn das Buch nach dem 11. September und den Kriegen, die ihm folgten, wirklich unbeeindruckt zu Ende schreiben? Gibt es ein unschuldiges New-York-Buch im Jahr 2003?

„O ja. Wissen Sie, es braucht eine ganze Zeit, bis ein Romanstoff im Kopf eines Schreibers reift. Wir müssen wohl noch ein bisschen warten, bis sich zeigt, was der 11. September für den amerikanischen Roman bedeutet. Ich traue Literatur nicht, die direkt auf ein Großereignis reagiert. Die Ermordung John F. Kennedys hat mich

* Don DeLillo: „Cosmopolis“. Aus dem Englischen von Frank Heibert. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 208 Seiten; 16,90 Euro.

auch sehr getroffen. Aber ich habe zwanzig Jahre gebraucht, um mir auch nur vorstellen zu können, ein Buch darüber zu schreiben. Es ist dann 1988 erschienen. Man muss sehen, ob der 11. September etwas in mir auslöst."

DeLillo saß in seinem Haus in Westchester, als die Flugzeuge ins World Trade Center flogen. Er hat seinen Neffen angerufen, der nur zwei Straßen vom World Trade Center entfernt wohnte. Er hat zwei Monate lang völlig vergessen, was er mit seinem Neffen besprach. Es kam erst später wieder. Er glaubt, dass im Strudel solcher Großereignisse Legenden entstehen.



AP

Baseballspiel Giants gegen Dodgers (1951): *Geheimer Zauber*

„Leute, die nicht mal in der Nähe waren, werden behaupten, dabei gewesen zu sein. Und sie werden es immer mehr glauben. So was passiert. In meinem Roman ‚Unterwelt' habe ich über ein berühmtes New Yorker Baseballspiel zwischen den Giants und den Dodgers geschrieben. Es ist mehr als 50 Jahre her, und es gibt einen Haufen Leute, die nie dabei waren, aber heute felsenfest behaupten, dabei gewesen zu sein. Und ich bin sicher, sie glauben das auch oder zumindest fast."

DeLillo führt das Gespräch geschickt auf sicheren, festen Boden, weg vom 11. September, zurück in die amerikanische Vergangenheit. Die Zeit dort draußen läuft immer schneller. Sein Land zog in den letzten zwei Jahren in zwei Kriege, die nicht enden wollen, es brachte die Welt gegen sich auf, aber DeLillo will eigentlich nicht darüber reden. Er redet lieber über Baseball. Er hat es als Junge in der Bronx kennen gelernt, wo er aufwuchs. Sie spielten es damals mit Besenstielen und Gummibällen auf der Straße, so lange, bis die Polizei kam. Er ging zu den Spielen, weil die Polo Grounds gleich um die Ecke waren, und die Baseballszene am Beginn von „Unterwelt" ist vielleicht das erfolgreichste, meistgelesene Stück Literatur, das er bislang schuf.

„Baseball ist ein Spiel der Erinnerung. Deswegen ist es so mit dem amerikanischen Geist verwoben. Man kann fast sagen, es gibt eine zweite, parallele Geschichte. Die Menschen laufen mit all den Erinnerungen an bestimmte Spiele durch die Gegend. Das ist der Zauber. Es gibt keine Zeitbegrenzung, keine Uhr. Ein Spiel kann zwei Stunden dauern oder vier. Es ist sehr intim, fast geheimnisvoll. Denn Werfer und Fänger verständigen sich in Geheimsprache miteinander. Einer wirft den Ball, einer fängt ihn, aber dann öffnet sich das Spiel plötzlich, wenn der Schläger den Ball trifft. Und dann der Ball selbst: Kein Mensch würde zum Beispiel um einen Basketball kämpfen, der in die Ränge fliegt. Aber so ein Baseball scheint das Spiel in sich zu tragen. Er nimmt die Geschichte auf. Und er sieht auch gut aus, handgemacht irgendwie. Niemand weiß, was mit dem berühmten Ball passierte, aus dem Spiel, das ich beschreibe", sagt DeLillo. Er ist jetzt viel munterer.

Zu Lesungen bringen ihm Menschen Basebälle mit, die er signieren soll. Er macht das gern, sagt er. Salman Rushdie hat mal gesagt, dass es eine Freude ist, mit DeLillo zu den Yankees zu gehen. DeLillo hat immer den Handschuh dabei, um einen Ball zu

fangen, eine Trophäe. Er springt nach jedem Ball, sagt Rushdie. DeLillo lächelt.

Es regnet jetzt ein bisschen heftiger. Es wird noch dunkler in dem hemdgroßen Zimmer in der Upper East Side.

DeLillo wohnt in Westchester County, vor der Stadt. Er spielt dort ein bisschen Softball. Das ist ungefährlicher in seinem Alter. Er kommt so oft wie möglich in die Stadt, „weil hier alles passiert“, wie er sagt. Er beobachtet die Stadt. Das tut er schon sein Leben lang. Er ist der Sohn italienischer Einwanderer. Er hat spät angefangen, Bücher zu lesen, und noch viel später, welche zu schreiben. Er hat lange Zeit in einer Werbeagentur gearbeitet.

Irgendwann hat er aufgehört, weil er eigentlich nicht mehr wollte als rauchen, Kaffee trinken und auf die Welt schauen, sagt er. Es ging. Die Zigaretten waren billig und sein kleines Apartment in Midtown auch. Für DeLillo war die Zeit immer wichtiger als das Geld, so banal das klingt. Er konnte sich später leisten, nach Westchester zu ziehen, aber das hat nichts geändert. Er kommt zurück, um die Stadt zu beobachten.

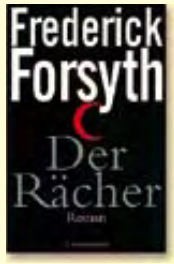
Er ist durch Manhattan gewandert wie ein Detektiv, ein unscheinbarer grauhaariger Mann mit ein bisschen zu langen Haaren, immer wieder, bis er die Straße gefunden hat, die er Eric Packer mit dessen weißer Limousine hinaufschicken würde.

„Die 47. Straße erfasst das gesamte Spektrum der Stadt. Im Osten fängt es mit der Uno an, der internationale Abschnitt, dann kommen Banken, Brokerfirmen in der Nähe der Park Avenue, dann der Diamond District zwischen 5th und 6th Avenue. Dazwischen ein wunderbarer alter Buchladen, dann folgt der Times Square, der Theaterbezirk und schließlich Hell’s Kitchen, eine Wohngegend zunächst, und ganz zum Schluss Werkstätten, leer stehende Häuser, Garagen für Limousinen. Das alles war perfekt für mich.“

Wer die Straße abläuft, wird feststellen, dass er Recht hat. Die 47th beginnt mit Kofi Annan im Osten und endet im Westen mit einem Strip-Club. Allerdings braucht man zu Fuß nicht viel mehr als zwei Stunden, hin und zurück. Packer aber benötigt für einen Weg den ganzen Tag. Warum?

„Verkehr“, sagt DeLillo und lacht.

„Es ist ein sehr ereignisreicher Tag. In gewisser Weise lebt mein Held sein gesamtes Leben an diesem einen Tag. Er verändert sich. Er war bislang in einem fast klinischen Maß nur mit sich selbst beschäftigt. Er nimmt am Ende immerhin seinen Mörder wahr. In einem Leben hätte es 40 Jahre gebraucht, bevor ein Mann sich ändert. Hier ist es ein Tag. So ist das Buch angelegt. Ein Mann, eine Straße, ein Tag.“



Jagd auf einen serbischen Schlächter, der die Hinrichtung eines jungen Amerikaners auf dem Gewissen hat

Ein Buch wie eine mathematische Aufgabe. Es gibt Kritiker, die Don DeLillo vorwerfen, er sei eher ein Wissenschaftler als ein Schriftsteller. Viele sagen, er könne keinen Plot schreiben, manche sagen, er habe Schwierigkeiten mit dem

Bestseller

Belletristik

1	(1)	**Paulo Coelho**	Elf Minuten Diogenes; 19,90 Euro
2	(2)	**Henning Mankell**	Vor dem Frost Zsolnay; 24,90 Euro
3	(3)	**Ken Follett**	Mitternachtsfalken Lübbe; 24 Euro
4	(7)	**Charlotte Link**	Am Ende des Schweigens Blanvalet; 23,90 Euro
5	(4)	**Joanne K. Rowling**	Harry Potter and the Order of the Phoenix Bloomsbury; 24,80 Euro (unverbindl. Preisempfehlung)
6	(6)	**Nicholas Sparks**	Du bist nie allein Heyne; 19 Euro
7	(5)	**Eric-Emmanuel Schmitt**	Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran Ammann; 12 Euro
8	(8)	**Paulo Coelho**	Der Alchimist Diogenes; 17,90 Euro
9	(9)	**Wladimir Kaminer**	Mein deutsches Dschungelbuch Manhattan; 18 Euro
10	(13)	**Wolfgang Joop**	Im Wolfspelz Eichborn; 19,90 Euro
11	(10)	**Siegfried Lenz**	Fundbüro Hoffmann und Campe; 21,90 Euro
12	(14)	**Frederick Forsyth**	Der Rächer C. Bertelsmann; 21,90 Euro
13	(12)	**Eric-Emmanuel Schmitt**	Oskar und die Dame in Rosa Ammann; 13,80 Euro
14	(16)	**Terry Pratchett**	Die Nachtwächter Manhattan; 19,90 Euro
15	(11)	**Donna Leon**	Die dunkle Stunde der Serenissima Diogenes; 19,90 Euro
16	(15)	**Barbara Wood**	Kristall der Träume W. Krüger; 24,90 Euro
17	(19)	**Michel Faber**	Das karmesinrote Blütenblatt List; 24,90 Euro
18	(–)	**Martha Grimes**	Die Trauer trägt Schwarz Goldmann; 22,90 Euro
19	(18)	**Ildikó von Kürthy**	Freizeichen Wunderlich; 17,90 Euro
20	(20)	**Nuala O’Faolain**	Ein alter Traum von Liebe Claassen; 22,90 Euro

Ende, einige sagen, er schreibe nur für Männer.

Er lese keine Kritiken, sagt DeLillo. Er glaubt auch nicht daran, dass ein Roman Antworten geben kann. In den Tagen nach dem 11. September, als sich alle Schriftsteller äußerten, schwieg DeLillo. Im Dezember veröffentlichte er einen Essay, in dem Sätze vorkamen wie „Die Bush-Regierung verspürte eine gewisse Sehnsucht nach dem Kalten Krieg. Das ist jetzt vorbei. Vieles ist jetzt vorbei."

Das kann viel heißen, aber mehr möchte er auch heute nicht sagen. Vielleicht spürt er, dass einem in solchen Zeiten jeder kritische Satz sofort weggenommen wird. Er glaubt, dass der Irak-Krieg eine viel archaischere Sache ist, als sie im Fernsehen dargestellt wird. „Er ist nicht mit dieser Hochtechnologie zu führen, wie sie uns am Anfang weismachen wollten", sagt er leise und schüttelt den Kopf, als ärgere er sich über sich selbst. „Wahrscheinlich wissen Sie mehr darüber als ich", sagt DeLillo.

Er will nicht klingen wie die Schriftsteller, die sich als Politiker aufführen. Nicht so selbstgewiss. Er sagt, dass er die Veränderungen in der Stadt spüre. Es gebe eine Aura der Katastrophe. Einer seiner berühmtesten Sätze stammt aus seinem Roman „Libra": „Geschichte ist die Gesamtsumme all der Dinge, die sie uns nicht sagen."

Es wird interessant sein, welche Prophezeiungen seine Leser einmal in diesem neuen Roman „Cosmopolis" finden werden. Im Internet feiern ihn seine Jünger als einen Propheten des Schreckens. Auf dem Umschlag von „Underworld", das 1997 erschien, sieht man die Türme des World Trade Center, ein dunkler Vogel fliegt vor ihnen. Und auch die „Washington Snipers" des vorigen Jahres scheint er schon in „Underworld" zu beschreiben. Dort treibt ein „Texas Highway Killer" sein Unwesen. Man sagt, er beschreibe die Zukunft.

DeLillo lächelt müde.

„Die Welt, die ich beschreibe, konstruiere ich nicht. Es ist eine Welt, die es gibt. Viele Menschen erkennen sie nur nicht. Ich erfinde nichts, es gibt all diese Menschen. Flugzeugentführer, Giftmischer, Amokläufer. Man kann sie sehen, wenn man hinschaut. Ich hab sie gesehen", sagt er.

Was sieht er dort draußen in dieser Welt jetzt, im Moment?

„Oh. Ich möchte das eigentlich nicht sagen. Wenn ich einen Roman schriebe, könnte ich das beantworten. Dann sehe ich Dinge. Aber ich schreibe im Moment keinen Roman."

Am Ende seines letzten Romans wartet ein Mann auf einen Schuss, der längst gefallen ist.

Es klingelt. DeLillo geht zur Tür, wo ein Postbote mit einem Paket wartet. DeLillo unterschreibt dafür, nimmt es in die Hand, tritt ein paar langsame Schritte auf die Straße und schaut interessiert in den grauen New Yorker Himmel. ◆



Wenn Frauen zu sehr lieben: Zickenkriege, Schlammschlachten, Sektverstecke – hinter den Türen von Tötensen

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport"; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Sachbücher

1	(1)	**Michael Moore**	Stupid White Men Piper; 12 Euro
2	(2)	**Michael Moore**	Querschüsse Piper; 12,90 Euro
3	(4)	**Andreas von Bülow**	Die CIA und der 11. September Piper; 13 Euro
4	(–)	**Nadja Abd El Farrag**	Ungelogen Herbig; 19,90 Euro
5	(3)	**Willy Peter Reese**	Mir selber seltsam fremd Claassen; 21 Euro
6	(8)	**Werner Tiki Küstenmacher/ Lothar J. Seiwert**	Simplify your life Campus; 19,90 Euro
7	(9)	**Hillary Rodham Clinton**	Gelebte Geschichte Econ; 24 Euro
8	(6)	**Florian Illies**	Generation Golf zwei Blessing; 16,90 Euro
9	(7)	**Dalai Lama**	Ratschläge des Herzens Diogenes; 12,90 Euro
10	(14)	**Corinne Hofmann**	Zurück aus Afrika A1; 19,80 Euro
11	(5)	**Allan Pease/Barbara Pease**	Warum Männer lügen und Frauen immer Schuhe kaufen Ullstein; 16,95 Euro
12	(10)	**Loki Schmidt/Dieter Buhl**	Loki – Hannelore Schmidt erzählt aus ihrem Leben Hoffmann und Campe; 21,90 Euro
13	(–)	**Manfred Krug**	Mein schönes Leben Econ; 24 Euro
14	(11)	**Uwe Seeler**	Danke, Fußball! – Mein Leben Rowohlt; 19,90 Euro
15	(13)	**Emmanuel Todd**	Weltmacht USA – Ein Nachruf Piper; 13 Euro
16	(16)	**Ulrich Janßen/Ulla Steuernagel**	Die Kinder-Uni – Forscher erklären die Rätsel der Welt DVA; 19,90 Euro
17	(15)	**Claudia Rusch**	Meine freie deutsche Jugend S. Fischer; 14,90 Euro
18	(12)	**Inge Jens/Walter Jens**	Frau Thomas Mann – Das Leben der Katharina Pringsheim Rowohlt; 19,90 Euro
19	(–)	**Erika Riemann**	Die Schleife an Stalins Bart Hoffmann und Campe; 19,90 Euro
20	(17)	**Wolfgang Büscher**	Berlin – Moskau Eine Reise zu Fuß Rowohlt; 17,90 Euro



OZKOK / SIPA PRESS



ULLSTEIN BILDERDIENST

Autor Beckett (1966), Beckett-Thema Hamburger Binnenalster (1934): *„Large Löwenbräu in Alster Pavillon“*

LITERATUR

Stilles Glück auf dem Süllberg

Samuel Beckett reiste 1936/37 durch Nazi-Deutschland: Im jetzt erstmals publizierten Hamburg-Kapitel seines Tagebuchs staunt er über lokale Attraktionen und verulkt das Gebrüll Hitlers.

Schon um fünf Uhr in der Früh wird der Passagier an Bord des Dampfers „Washington“ geweckt. Doch es dauert dann noch zwei Stunden, bis er das Schiff verlassen und in Hamburg an Land gehen kann: am Morgen des 2. Oktober 1936. Drei Tage zuvor ist der 30 Jahre alte Dichter im Süden Irlands zugestiegen – nun will er für einige Wochen in Deutschland bleiben und herumreisen.

Samuel Beckett, der hagere Mann, ist damals auch in Literatenkreisen fast völlig unbekannt; er hat nur Weniges veröffentlicht, darunter eine Studie über den bewunderten Kollegen Marcel Proust. Daheim in einem Vorort von Dublin wohnt er wieder bei der Mutter. Sie drängt ihn, sich endlich eine vernünftige Arbeit zu suchen.

Ihren Ansprüchen versucht er mit dieser Reise zu entfliehen, auch lästigen Nachfragen, die sie sich nicht verkneifen kann, wenn wieder einmal ein Umschlag mit Becketts Romanmanuskript „Murphy“ von einem Verlag zurückkommt (bis 1938, als das Werk einen Verleger findet, wird er 42 Absagen gesammelt haben).

Immerhin hat die Mutter ihm Geld mit auf die Reise gegeben, sie wird ihm auch regelmäßig etwas nach Deutschland schicken: Er hat ihr weisgemacht, er benötige diese Studienreise durch die deutschen Museen, um seine Chancen für eine Anstellung bei der Dubliner National Gallery zu steigern.

Beckett macht sich, kaum dass er ein kleines Hotelzimmer gefunden hat, auf den Weg zum Postamt („Went to Brieflagernd & Paketlagernd“), ohne dort schon etwas vorzufinden – dann ein Rundgang: „Wandered round by Binnenalster, Lombardsbrücke, Jungfernstieg, Adolf Hitler Platz (once Rathausmarkt) and section bounded by Alsterdamm, Glockengiesserwall, Steintorwall (where hotel is) & Mönckebergstrasse.“ Genau werden auch die Speisen mit Preisen notiert, am ersten Tag: „1.50 for Graupensuppe, Nirenragoût, cheese & beer“.

Auf das Geld muss er achten. Bald schon zieht er in eine billigere Unterkunft (in den Colonnaden): „No fliessendes Wasser, no Zentral Heizung, nothing.“ Ein Antiquariat betritt er gar nicht erst – aus Angst, er könnte anfangen, Bücher zu kaufen. Er fährt mit der S-Bahn nach Blankenese, oben auf dem Süllberg genießt er das Alleinsein („the absurd beauty of being alone“), wandert dann tapfer rund zehn Kilometer zurück bis zum Altonaer Rathaus, wo er in die Straßenbahn steigt, Richtung Jungfernstieg: „Large Löwenbräu in Alster Pavillon“ – das hat er sich verdient.

In diesem wunderbaren Kauderwelsch aus Englisch und Deutsch notierte sich Samuel Beckett (1906 bis 1989) Einzelheiten seiner Deutschland-Reise in sechs Tagebuchheften, den „German Diaries“, die erst nach seinem Tod wieder auftauchen sollten und bisher nur der Beckett-Forschung zugänglich waren.

Nun, fast 70 Jahre nach der Entstehung, soll erstmals ein zusammenhängender Teil, das Hamburg-Kapitel, in begrenzter Auflage publiziert werden – zur diesjährigen Buchmesse will die Buchkünstlerin und Schriftstellerin Roswitha Quadflieg, 54, die seit 30 Jahren am Rande von Hamburg ihren Kleinverlag Raamin-Presse betreibt,







MANFRED WITT

Autor Beckett (um 1932), Beckett-Brief (Ausriss), Empfänger Albrecht (1939): *Auf freundliche Weise einsam*

Werbeseite

Werbeseite

einen bibliophilen Pressendruck – Auflage: 150 Stück, Preis: 1000 Euro – herausbringen*. Zusammen mit der Beckett-Übersetzerin Erika Tophoven hat sie es geschafft, vom Beckett-Erben und Nachlassverwalter Edward Beckett, der in London lebt, die Genehmigung zu erhalten.

Eine Reise durch Deutschland im Jahr 1936: Bevor der Beckett-Biograf James Knowlson 1996 als Erster stolz aus den „German Diaries“ zitieren durfte, war unklar, wie der Dichter damals die Nazis einschätzte. „Man wusste bisher wenig über Becketts Haltung zu den politischen Ereignissen im damaligen Deutschland“, schrieb Knowlson – und stellte klar, dass der Besucher mit äußerst wachen Augen das Land und die Leute betrachtete.

Das Hamburg-Kapitel bestätigt das – und überraschend zeigt es auch, wie schnell der angeblich so menschenscheue Beckett Kontakt suchte und fand: Sein Besuch in der Hansestadt stellt sich als eine einzige Kette von Bekanntschaften, Einladungen, Besuchen und gemeinsamen Spaziergängen dar. Ein geselliges Leben, in dessen Zentrum Kunstsammlungen, Museen und Buchhandlungen standen.

Einer der neuen Bekannten war der Buchhändler Günter Albrecht (1916 bis 1941), der in der Buchhandlung Saucke arbeitete. Beckett notierte über ihn in seinem Tagebuch, er sei alles andere als „a Hitler Jüngling“. Albrecht wiederum schrieb über „Mr Beckett“ in einem Brief: „Ein ausgesprochen intellektueller Mensch“, der für nichts anderes als „Bauten, Bücher und Bilder“ Interesse habe.

Ganz so war es nicht: Da gab es auch ein Fräulein, das Beckett als „charming & extremely good looking“ im Tagebuch verewigte (ihren Bruder dagegen kennzeichnete er als den „miesepetrig son“ des Hauses) – und die Reeperbahn fand er „extraordinary“.



MANFRED WITT

Verlegerin Quadflieg
Genehmigung vom Beckett-Erben

Besonders beeindruckte ihn der Friedhof Ohlsdorf, den er mit der Straßenbahn Linie 6 erreichte. Fasziniert notierte er, dass dort reger Autoverkehr zu beobachten ist: „Cars & buses circulate freely through the cemetery.“ Außerdem hielt er fest: „One Liebespaar“, und: „a Leidtragender Trostsuchend- und findender“. Vergeblich versuchte er sich an einem Gedicht über den Friedhof – viel später sollte Ohlsdorf in der Beckett-Erzählung „Erste Liebe“ (1970) wieder auftauchen.

Und das Treiben der Nazis? Im „Deutschlandhaus“ (gegenüber dem Gänsemarkt) hört er am 6. Oktober „loudspeaker blaring A. H. & Goebbels opening Winterhilfswerk in Berlin – Apoplexy“. Die Berliner Schreihälse Hitler und Goebbels, ulkt er, seien wohl einem Schlaganfall nahe. Und hellsichtig fügt er hinzu, sie würden bald Krieg führen oder platzen: „They must fight soon (or burst).“

Einige Tage später macht er sich über eine „SS Blasekapelle“ und ihr Geschmetter lustig – beim Horst-Wessel-Lied streckte er aus Spaß den falschen Arm aus. Häufig besuchte Beckett die ehemalige „Stadtschänke“ an der Dammtorstraße, im Tagebuch kürzte er sie oft mit „SS“ ab, „Stadtschänke, not Saalschutz“, wie er anmerkt.

Doch der Ernst der Lage wurde ihm spätestens deutlich, als er immer mehr Hamburger Künstler persönlich kennen lernte, die zum Teil schon mit Berufsverbot belegt waren: Einen Brief der Obrigkeit („als nicht Arier … nicht geeignet, deutsches Kulturgut zu verwalten“) zitiert er ausführlich im Tagebuch.

Die Kunsthalle besuchte Beckett bis Anfang Dezember, als er Hamburg wieder verließ, insgesamt elfmal, zu rund 150 einzelnen Bildern machte er sich Notizen. Da in die Zeit seiner Hamburger Tage auch die Anweisung aus Berlin fiel (am 5. November), Werke der „entarteten Kunst“ aus den Ausstellungsräumen zu entfernen, suchte er um Genehmigung nach, sich im Magazin umsehen zu dürfen.

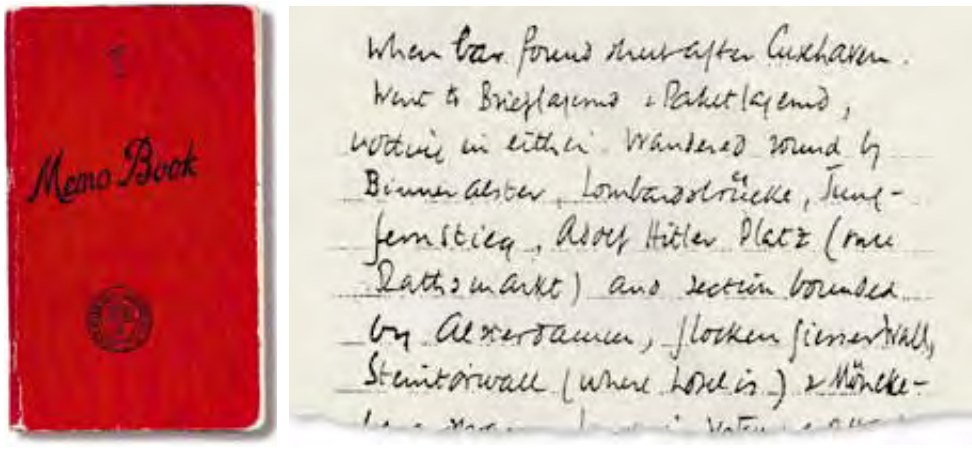
Einer der Angestellten ermöglichte ihm das am 19. November und trug den Besuch Becketts (unter dem Stichwort: „Besichtigung der Kunsthalle durch Ausländer. Einzelfälle“) auch brav in die Liste ein: Ein „junger, englischer Literaturhistoriker“ habe die Bitte geäußert, nicht öffentlich gezeigte Bilder zu sehen. Die Erlaubnis trug dem Museumsmann prompt eine Rüge ein, die ebenfalls in den Akten der Kunsthalle vermerkt wurde.

Solchen Details ist die Verlegerin Quadflieg nachgegangen, die zu dem im englisch-deutschen Original („talk the usual Quatsch“, Beckett über Beckett) gedruckten Tagebuchtext hilfreiche Anmerkungen gestellt hat – auch dem Buchhändler Albrecht hat sie nachgespürt: Er ist im Krieg gefallen, doch eine Kiste mit seinem Nachlass überstand den Hamburger Feuersturm im Sommer 1943 und auch die Neugier von Plünderern.

Jetzt wurden darin unbekannte Briefe und Karten Becketts entdeckt, darunter ein auf Deutsch verfasstes Schreiben aus Berlin vom 31. Dezember 1936, in dem sich der Besucher der in Hamburg erfahrenen „Freundlichkeit“ erinnert (siehe Ausriss Seite 212): „Es ist einsam gewesen, seit ich fort von Hamburg bin, aber auf so eine freundliche Weise, dass es mir nicht einmal eingefallen ist, nach dem zu suchen, was man ‚Anschluss‘ nennt.“

Am 4. Dezember verließ Samuel Beckett Hamburg, die erste Station auf jener Deutschland-Reise, die sich bis Anfang April 1937 hinzog. Einen Tag vor der Abreise schrieb er – ebenfalls in deutscher Sprache – in seinem Tagebuch: „Ich weiss ungefähr was ich tue, was ich bin weiss ich gar nicht.“ Die unerbittliche Suche nach einer Antwort machte ihn viele Jahre später zum weltberühmten Dichter.

VOLKER HAGE



Beckett-Tagebuchheft, Tagebuchseite (Ausschnitt): *„Went to Brieflagernd“*

* Samuel Beckett: „Alles kommt auf so viel an. Das Hamburg-Kapitel aus den ‚German Diaries‘“. In der Originalfassung transkribiert von Erika Tophoven. Raamin-Presse, Schenefeld bei Hamburg; 72 Seiten; 1000 Euro. Nur direkt bei Raamin-Presse zu beziehen.

Werbeseite

Werbeseite

JOURNALISTEN

Torero und Weltenschlürfer

Fritz J. Raddatz, langjähriger Feuilletonchef der „Zeit“, beleidigt in seinen Memoiren allerlei Weggefährten. Mehr noch als sie aber hat an ihm gesündigt: Deutschland.

An einem Juni-Abend des Jahres 1993 genießt er im Fernsehen einen seiner „geliebten Tierfilme“ und ist, „wie immer“, schockiert von den Parallelen zwischen Tier- und Menschenreich: „Kampf ums Fressen, Ficken, Fortpflanzen, Sterben“. Und die eigene Profession, das „Bücher-Schreiben“? Es ist, wie „Malen, Komponieren, Dome bauen“, nichts als „das Gefiederputzen“.

Der Hahn, der sich hier putzt, hat ein Gefieder von tropischer Buntheit und heißt Fritz J. Raddatz. Der so streitlustige wie umstrittene Autor von Romanen und Biografien war in den fünfziger Jahren Lektor beim Ost-Berliner Verlag Volk und Welt, in den Sechzigern Vize-Leiter des Reinbeker Rowohlt Verlags und von 1977 bis 1985 Feuilletonchef der „Zeit“. Soeben hat er sein 20. Buch publiziert: die, glaubt man der Verlagswerbung, „lange erwarteten“ Memoiren mit dem Raddatz-typischen Gockeltitel: „Unruhestifter“**.

Damit stellt sich Literaturfex Raddatz, 72, laut Selbsteinschätzung „Torero und Stier zugleich“, an seinen Lieblingsort: in die politische Arena. Er sieht sich als „Revoluzzer im Maßanzug“, und eine schillernde Mischung aus aufregendem Dandy und anregendem Krachmacher ist er ja wirklich. Doch er ist auch der Prototyp des „engagierten Literaten“, der alles Ästhetische an der politischen Moral und Wirkung misst – eine Art von Lichtgestalt, die spätestens seit 1990, als die blamable Verkennung des sozialistischen Menschenversuchs durch etliche „engagierte“ Autoren offensichtlich wurde, arg verschattet ist. Warum wohl schreibt der intelligenteste Repräsentant dieser Art, Hans Magnus Enzensberger, heute Gedichte über Wolken?

„Ach, hieße man doch Hans Magnus und nicht Fritz…“, seufzt Raddatz in einem Bericht über ein internationales Autorentreffen in den sechziger Jahren. Da ahnt er wohl schon, was der ganze Erinnerungsband offenkundig macht: Die politische Omnikompetenz der Literatur ist ein auslaufendes Modell. Enzensberger hat daraus längst die Konsequenz gezogen. Raddatz weiß nicht so recht – und ist verbiestert.

Entsprechend wüst und wild gibt der Torero seinem Kampfross die Sporen und sticht in den Stier, heiße er nun Siegfried Unseld („patziger Stiesel“), Gerd Bucerius („kein eleganter Kopf“), Gräfin Dönhoff („kalte Frau … die ja wahrlich nicht schreiben kann“, keine Heldin im Widerstand gegen Hitler), Henri Nannen („Kleinbürger mit großem Portemonnaie“), Rudolf Augstein („hat Erfolg und Ruhm nicht verkraftet“) oder Helmut Schmidt („pampigeisig“). In Wahrheit verletzt er, der die jetzt Gescholtenen alle einst umworben hat, sich dabei nur selbst.

Dass er dies ahnt und immer wieder auch das eigene Ego geißelt („Fühle mich unbegabt“), spricht für ihn – und für dieses in jeder Hinsicht unverschämte, zuweilen hoch amüsante Bekenntnisbuch: siehe etwa die schräge Kultur-Rallye mit der „mondänen“ Gabriele Henkel durch New York. Es ist ohne Zweifel das Beste, was dieser Autor je geschrieben hat.



MARION LOSSE

Autor Raddatz, ehemaliger „Zeit“-Kollege Sommer*
Wilde Stichelei

Aber auch das Peinlichste. Etwa wenn Raddatz bekennen muss, sein Vater habe den zwölfjährigen Fritz zum Beischlaf mit der „überall rothaarigen“ Stiefmutter gezwungen; wenn er sich an eine Bett-Nacht mit dem Tänzer Rudolf Nurejew erinnert („makelloser Körper“, „Sex pur“); wenn er die langjährige Beziehung zu einem holsteinischen Bauernsohn als „eine von Wahnglimmern überflackerte Liebe“ bedichtet; wenn er mehr oder weniger lustvolle Puffbesuche und Champagnersausen mit Autoren und Verlegern schildert oder gar die eigene Opferrolle – kein Lehrstuhl, Rausschmiss bei Rowohlt, Degradierung bei der „Zeit“ – mit der angeblich von Wolf Biermann stammenden Bemerkung veredelt, diese Rolle belege „Antisemitismus ohne einen Juden“.

Gewiss fällt für ihn unter diese Rubrik auch sein schlimmster „beruflicher Infarkt“: jener „Zeit“-Artikel zur Buchmesse 1985, in dem er Goethe vom Frankfurter Bahnhof reden ließ (die erste deutsche Eisenbahn fuhr erst drei Jahre nach Goethes Tod) und dem Dichter auch noch das Habermas-Wort von der „neuen Unübersichtlichkeit“ in den Mund schob.

Damals wurde er, der aus einer Satire der „Neuen Zürcher Zeitung“ abgeschrieben hatte, zum „Pausenclown“ (R. über R.) der deutschen Feuilletons. Er betrachtet diese Panne als „Lappalie“, die „jedem passieren“ könne. Die „Zeit“ habe sie – und andere, frühere Schludrigkeiten – zum Anlass seiner Entthronung genommen, der wahre Grund aber habe tiefer gelegen.

Wie tief? Letzten Endes, so unterstellt er allen Ernstes, ist der Fall Raddatz ein Fall Deutschland. Die Bundesrepublik, schwadroniert er, ist zwar „als Staatsform eine Republik“, aber nicht „ihrer inneren Verfasstheit“ nach; sie habe die Nazi-Zeit „so wenig ‚bewältigt‘ wie die Weimarer Republik die Kaiserzeit“. Und darum gelte: „Radikal-demokratische Inhalte sind hier nicht oder schwer zu leben.“ Und deshalb eben sei einer wie er bei Rowohlt ebenso gescheitert wie bei der „Zeit“.

Da spricht kein anderer als der sattsam berüchtigte „Hochmutstrottel“ (R. über R.). Auch das weltbekannte Faktenluder Raddatz schlägt wieder zu: Der Literaturnobelpreisträger Kenzaburo Oe heißt bei ihm „Öe“, der Journalist Harald Wieser tritt als „Wiesner“ auf, die Monroe wird mit der Taylor verwechselt, und nicht Gräfin Dönhoff, sondern die „Zeit“-Chefredaktion sprach, wenn ein Redakteur zu trösten war, von „Gesindepflege“ – so stellte es „Zeit“-Zeuge Theo Sommer, Ex-Chef von Raddatz, vorletzte Woche in der Zeitung richtig.

Ein halbes Jahrhundert Literatenleben in Deutschland, jede Menge Autoren-, Verleger- und Kritikerklatsch lässt Raddatz Revue passieren – nur den alten Rivalen Marcel Reich-Ranicki findet er, der mit rund tausend Prominenten-Namen um sich wirft, nicht erwähnenswert, verpasst dem Anonymisierten aber den Tiefschlag „Literaturstalinist“. Am Ende fragt er fast erschrocken: „Wer spricht hier? Wann ist Ich ein Ich?“ Die Antwort gibt der vorletzte Satz: „Ein Weltenschlürfer des ungestillten Durstes“. Na denn prost!

MATHIAS SCHREIBER

* Am vergangenen Donnerstag im Hamburger Literaturhaus; Raddatz überreichte dem Ex-Chef einen Kaktus.
** Fritz J. Raddatz: „Unruhestifter – Erinnerungen“. Propyläen Verlag, München; 496 Seiten; 24 Euro.

Werbeseite

Werbeseite

KINO

Wahre Pferdestärke

In seinem Film „Seabiscuit“ erzählt der US-Regisseur Gary Ross die bewegende Erfolgsgeschichte eines legendären Galoppers.

Wenn sich der Star seinen Fans zeigte, mussten jene, die ein Autogramm haben wollten, vor ihm auf die Knie gehen – und ein Stück Papier hinlegen: Auf das drückte er dann einen seiner Vorderhufe.

Der Hengst Seabiscuit, dem Hollywood nun einen Spielfilm gewidmet hat, war das wohl populärste Pferd der amerikanischen Renngeschichte. Mitte der dreißiger Jahre, als die Vereinigten Staaten noch unter den Folgen der wirtschaftlichen Depression litten, zogen die Menschen selig von dannen, wenn sie ein Autogramm von Seabiscuit ergattert hatten. Sie waren überzeugt: Der Abdruck eines seiner Hufeisen bringt Glück. Für ein paar Jahre gab das Pferd einer gebeutelten Nation wieder Vertrauen in ihre Stärke.

Eindringlich und schillernd beschreibt die Journalistin Laura Hillenbrand in ihrem vor zwei Jahren erschienenen Bestseller „Der Hufschlag des Siegers“ den Triumph des Hengstes Seabiscuit und die Gründe für seine Popularität. Das Buch diente dem Drehbuchautor und Regisseur Gary Ross nun als Grundlage für seinen Film.

Eigentlich war Seabiscuit ein fauler Gaul. Gefräßig, schläfrig, aufsässig und überdies kleinwüchsig, schien er dem harten Konkurrenzkampf nicht gewachsen. Doch der scheinbar geborene Verlierer galoppierte am Ende als Sieger durchs Ziel: ein idealer Beleg für die schöne Mär, dass man sich mit Willensstärke jeden Erfolg erarbeiten kann. Klar konnte sich der kleine Mann von der Straße in dieser Kreatur wiedererkennen.

In einer Szene des Films tingelt Seabiscuits Besitzer, der Millionär Charles Howard (Jeff Bridges), mit der Eisenbahn durch die Lande, um für sein Pferd, das gegen den besten Galopper des Landes antreten soll, Werbung zu machen. Das sind Bilder, wie man sie von den Präsidentschaftswahlkämpfen jener Zeit kennt.

Zu spüren ist die landesweite Begeisterung, die dem Pferd damals mehr Medienpräsenz verschaffte als Franklin D. Roosevelt, dem Mann im höchsten Amt.

Der Film nimmt einen längeren Anlauf, bevor er den vierbeinigen Helden seinen Siegeszug durch die Dreißiger antreten lässt: Im Eiltempo durchmisst „Seabiscuit“ die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, zeigt Männer, die in einer düsteren Fabrikhalle Autoteile fertigen, und prescht dann mit einer Herde Pferde durch die Prärie. In wenigen Bildern charakterisiert der Film eine Nation zwischen Fortschrittswahn und Freiheitsdrang, zwischen Moderne und Wildnis.

Und so trifft der Autohändler Howard, der dazu beitrug, den Westen der USA mobil zu machen und das Pferd mehr und mehr aus dem Leben der Menschen zu verdrängen, auf den Zureiter Tom Smith (Chris Cooper), der gegenüber all dem blitzenden Chrom etwas abgehalftert wirkt. Doch als Howard seinen Sohn bei einem Unfall verliert, hört er auf, Autorennen zu veranstalten, und entdeckt, dass das Glück dieser Erde in Rennen bestehen könnte, bei denen es auf nur eine Pferdestärke ankommt – er engagiert Smith und kauft Seabiscuit.

Die erste Stunde des Films, in der die Lebenswege der zwei Männer und ihres jungen Jockeys Red Pollard (Tobey Maguire) geschildert werden, gehört zum Stärksten, was das amerikanische Kino in den letzten Jahren hervorgebracht hat. Da verdichtet der Regisseur ein Maximum an erzählter Zeit auf ein Minimum an Erzählzeit, setzt höchstes Glück und tiefste Trauer mit selten gewordener Lakonie ins Bild.

Gary Ross vermittelt hier in der filmischen Form das Zeitgefühl einer Epoche. „Seabiscuit“ nimmt das hohe Tempo der Filme aus den dreißiger Jahren wieder auf, die noch von der Rasanz der Roaring Twenties beschwingt waren. Das schlug sich in einer Dramaturgie nieder, in der sich das Schicksal der Figuren von einer auf die nächste Sekunde völlig verändern konnte.

Keine Worte werden benötigt, um zu zeigen, dass das zu kleine Pferd und der zu große Jockey füreinander bestimmt sind. Der Film blickt einfach nur von dem Hengst, der von mehreren Männern nicht zu bändigen ist, zu Pollard, der sich einige Meter entfernt prügelt; leider wiederholt Gary Ross diesen Blickwechsel noch einmal, und da deutet sich schon an, dass der Film in der zweiten Hälfte gelegentlich auf der Stelle treten wird.

Trotz der mitreißend gefilmten Renn-Szenen, die den Zuschauer mitten ins Geschehen hineinziehen, verliert der Film, sobald sein Held gewinnt. Die Erfolgsspur ist gebahnt, und das Gefühl der Siegessicherheit macht sich zu sehr breit. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Pferdebesitzer von der Ostküste, der seinen Hengst zunächst nicht gegen Seabiscuit antreten lassen will, zum arroganten Schnösel degradiert wird und kaum als würdiger Gegner erscheint.

Das Duell der Pferde aber sorgt dann noch mal für neuen Schwung. Lange Zeit zeigt Ross nicht das Rennen selbst, sondern richtet den Blick auf ein paar jener 40 Millionen Amerikaner, die es 1938 wie gebannt an ihren Radiogeräten verfolgten.

So erteilt der Regisseur dem Zuschauer eine eindringliche Lektion: Der Mythos von Seabiscuit wurde zwar auch durch Zeitungs- und Illustriertenfotos genährt, wirklich entstanden aber ist er vor dem geistigen Auge der Radiohörer – ein Triumph der Vorstellungskraft vor dem Siegeszug des Fernsehens.

LARS-OLAV BEIER



UNIVERSAL PICTURES



AP

Szene aus dem Film „Seabiscuit“, historisches Rennfoto von 1938: *Vierbeiniges Vorbild für den Mann von der Straße*

Werbeseite

Werbeseite

KRIMIS

„Das Böse korrumpiert uns“

Der US-Bestsellerautor Scott Turow, 54, über die Faszination des Verbrechens, den Sinn der Todesstrafe und sein neues Werk „Das Gift der Gewissheit“

SPIEGEL: Mr. Turow, Sie sind nicht nur Schriftsteller, sondern auch Anwalt – und lassen gleich zu Beginn Ihres neuen Romans „Das Gift der Gewissheit“ einen Pflichtverteidiger auf einen dreifachen Mörder treffen, der in 33 Tagen hingerichtet werden soll und seine Unschuld beteuert*. Haben Sie den Fall der Wirklichkeit entlehnt?

Turow: Ja, die Handlung beruht auf einem Fall, mit dem ich jahrelang befasst war. Der erste Satz des Romans, „Der Mandant beteuerte, wie die meisten Mandanten, er sei unschuldig“, schien mir angemessen, weil ich zu Beginn meiner Karriere als Staatsanwalt gearbeitet habe und damals deren Motto „Alle sind schuldig“ übernommen hatte. Für mich war es eine erhebliche Ernüchterung, als ich herausfand, wie oft die Justiz irrt, vor allem in Mordfällen.

SPIEGEL: Im Zusammenhang mit den Morden fällt im Roman der Satz: „Das Böse korrumpierte.“ Was soll uns das sagen?

Turow: Das Böse korrumpiert uns, weil es uns unmöglich ist, leidenschaftslos mit ihm umzugehen.

SPIEGEL: Ist es das Böse, das Sie so fasziniert an der Schlacht um die Wahrheit?

Turow: Mehr als Wahrheit interessiert mich Macht. Wer über Macht verfügt, der hat es in der Hand, seine Version der Wahrheit durchzusetzen. Ein Strafprozess ist im Grunde eine Übung in Geschichtsschreibung. Vor Gericht wird Geschichte – und Wahrheit – von jener Stimme geschrieben, der die Geschworenen glauben. Mich fasziniert bis heute, wie schwer es dem Rechtswesen fällt, die Wahrheit herauszufinden.

* Scott Turow: „Das Gift der Gewissheit“. Aus dem Englischen von Ulrike Wasel und Klaus Timmermann. Blessing Verlag, München; 544 Seiten; 24,90 Euro.



RALF-FINN HESTOFT

Schriftsteller Turow
„Vor Gericht wird Geschichte geschrieben“

SPIEGEL: In Amerika heißt Ihr Buch „Reversible Error“, zu Deutsch: Revisionsgrund – ursprünglich ein juristischer Begriff, aber es kann auch bedeuten: den Menschen zu vergeben. Sind Sie mit fortschreitendem Alter sentimental geworden?

Turow: Nein, aber ich glaube, dass Leben für uns alle ein Kampf ist, in dem wir uns bemühen, uns zu bessern – und uns zum Beispiel vornehmen: „Heute werde ich dem Hund keinen Tritt versetzen.“

SPIEGEL: Das ist die Moral der Mittelschicht, würden Soziologen sagen. In welchem Milieu sind Sie selber aufgewachsen?

Turow: Mein Vater war Arzt. Meine Mutter, eine ehemalige Lehrerin, wollte, dass meine Schwester und ich es in die gehobene Mittelschicht schaffen, hinein in eine ethnisch ungebundene Welt – wir waren Juden. Sie nahm zu Recht an, dass Bildung einem zum sozialen Aufstieg verhilft. Ich ging in ein College im Osten. Dort schloss ich Freundschaften fürs Leben, mit Leuten, die heute Chefs von Anwaltskanzleien oder Fluglinien oder Ärzte sind.

SPIEGEL: Sie haben bisher sechs Romane geschrieben und weltweit 25 Millionen Bücher verkauft. „Aus Mangel an Beweisen" ist mit Harrison Ford verfilmt worden, Dustin Hoffman erwarb die Rechte für „Personal Injuries", aus „Gift der Gewissheit" macht CBS im Herbst einen TV-Zweiteiler. Warum arbeiten Sie dennoch weiter als Anwalt?

Turow: In diesem Sommer habe ich zum Beispiel Freunde vertreten, und diese Fälle erwiesen sich als komplizierter als erwartet. Ich habe als Anwalt mehr zu tun, als mir lieb ist. Scheint so, als hätte ich ein wenig die Kontrolle über mein Leben verloren.

SPIEGEL: Ihre Leser erfahren ziemlich viel über das US-Rechtssystem. Trotz aller Fehlurteile lassen Sie nie einen Zweifel daran, welche Achtung Sie vor dem Recht als Band der Gesellschaft haben. Ist das Ihre eigentliche Botschaft?

Turow: Der berühmte, sehr konservative Richter Richard Posner sagt, wenn Leute ihm vorwerfen, er wolle mit dem Recht die Welt verändern: „Das Recht ist ein flüchtiges Wesen." Für jeden Rechtsfall gibt es viele unterschiedliche Lösungen. Und im Lauf der Zeit werden fast alle ausprobiert. Je älter ich werde, desto mehr sehe ich ein, dass Posners Weisheit stimmt.



CINETEXT

Turow-Verfilmung „Aus Mangel an Beweisen"*
„Das Leben ist ein Kampf um Besserung"

SPIEGEL: Wie stehen Sie zur Todesstrafe?

Turow: Ich habe, wie Anwälte das so machen, ein pragmatisches Urteil gefällt: Was wir mit der Todesstrafe wollen, geht nicht. Ich weiß, dass viele Europäer die Todesstrafe für unmoralisch halten – ich nicht. Ich verstehe die Rache-Impulse aus tiefem Zorn, die Amerikaner nach dem Tod für abscheuliche Verbrechen verlangen lässt. Aber ich kann nicht erkennen, was die Todesstrafe bewirkt: Sie kostet mehr, als es kosten würde, die Leute am Leben zu lassen. Sie schreckt niemanden ab. Sie kann nicht, wie wir es gern wollen, die moralische Ordnung wiederherstellen. Wozu nützt sie dann aber? Sie ist eine Farce. Deshalb ist mein Roman auch eine Liebesgeschichte im Umkreis der Todesstrafe. Denn nicht das Recht sorgt für menschliche Verbundenheit, sondern das, was zwischen Menschen vorgeht.

SPIEGEL: Stimmt es, dass Sie sich in Ihrem nächsten Roman einen historischen Stoff vornehmen?

Turow: Ja, das Buch dreht sich um einen amerikanischen Soldaten, der im Zweiten Weltkrieg vors Kriegsgericht gestellt wird. Der größte Teil der Handlung spielt auf dem europäischen Kontinent zwischen 1939 und 1945. Ich kam auf den Fall durch die Kriegserzählungen meines Vaters.

SPIEGEL: Stand er vor dem Kriegsgericht?

Turow: Nein, er war Militärarzt. In meiner Kindheit haben mich seine Erzählungen so beeindruckt, dass ich immer vorhatte, sie eines Tages in einem Buch zu verarbeiten.

INTERVIEW: GERHARD SPÖRL

* Mit Harrison Ford, Greta Scacchi (1990).

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 53057650

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

DER SPIEGEL auf CD-Rom und DVD
Telefon: (040) 3007-3016 Fax: (040) 3007-3180
E-Mail: service@spiegel.de
www.spiegel.de/shop

Abonnenten-Service
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 zum Ortstarif
Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04
E-Mail: spiegel@leserservice.ch

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt
Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 145,60
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 465,40
Studenten Inland: zwölf Monate € 101,92 inkl.
6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,–
Europa: zwölf Monate € 200,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 278,20
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 2,80 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 8,95 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße oder Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug ($^1/_4$-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP03-008

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Hans-Joachim Noack, Dietmar Pieper (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Per Hinrichs, Dr. Hans Michael Kloth, Bernd Kühnl, Norbert F. Pötzl, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter*: Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Hartmut Palmer, Michael Schmidt-Klingenberg

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Gabor Steingart, Konstantin von Hammerstein (stellv.), Dirk Kurbjuweit (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Martina Hildebrandt, Horand Knaup, Roland Nelles, Alexander Neubacher, Ralf Neukirch, Dr. Gerd Rosenkranz, Christoph Schult, Harald Schumann, Alexander Szandar. *Reporter:* Matthias Geyer; *Redaktion Wirtschaft:* Markus Dettmer, Frank Hornig, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter, Michael Sauga
Autor: Jürgen Leinemann

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Georg Mascolo, Alexander Jung (stellv.). *Redaktion:* Dominik Cziesche, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Cordula Meyer, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter*: Jochen Bölsche, Klaus Brinkbäumer, Jürgen Dahlkamp, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO *Leitung:* Heiner Schimmöller. *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Susanne Koelbl, Irina Repke, Sven Röbel, Holger Stark, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Beat Balzli, Dietmar Hawranek, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klawitter, Marcel Rosenbach, Jörg Schmitt, Thomas Schulz, Janko Tietz

AUSLAND *Leitung:* Dr. Olaf Ihlau, Hans Hoyng (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Dr. Carolin Emcke, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Siegesmund von Ilsemann, Marion Kraske, Dr. Christian Neef, Jan Puhl, Dr. Stefan Simons. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Claus Christian Malzahn, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Julia Koch, Beate Lakotta, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Katja Thimm, Gerald Traufetter, Christian Wüst. *Autor*: Dr. Hans Halter

KULTUR *Leitung:* Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber. *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Reinhard Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Elke Schmitter, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autor*: Urs Jenny

GESELLSCHAFT *Leitung:* Lothar Gorris, Cordt Schnibben. *Redaktion:* Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. *Reporter*: Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Thomas Hüetlin, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN *Leitung:* Stephan Burgdorff. *Redaktion:* Karen Andresen, Horst Beckmann, Wolfram Bickerich, Christian Habbe, Joachim Mohr, Manfred Schniedenharn, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau, Katharina Stegelmann

HAUSMITTEILUNG, INFORMATION Hans-Ulrich Stoldt

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs-Schneider, Dieter Gellrich, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Katharina Lüken, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Christiane Gehner, Claudia Jeczawitz, Michael König, Matthias Krug, Anke Wellnitz; Josef Csallos, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Peter Hendricks, Andrea Huss, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Monika Rick, Sabine Sauer, Claus-Dieter Schmidt, Gershom Schwalfenberg, Karin Weinberg. *E-Mail*: bildred@spiegel.de

GRAFIK Martin Brinker, Gernot Matzke; Cornelia Baumermann, Renata Biendarra, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe; Christel Basilon, Katrin Bollmann, Regine Braun, Claudia Conrad, Volker Fensky, Petra Gronau, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm, Reinhilde Wurst

Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Stefan Kiefer; Antje Klein, Iris Kuhlmann, Arne Vogt, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Friedrichstraße 79, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 203875-00, Fax 203875-23; Deutschland, Kultur und Gesellschaft Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Combahnstraße 24, 53225 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 26703-20

DRESDEN Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Andreas Wassermann, Almut Hielscher, Christoph Pauly, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Heiko Martens, Conny Neumann, Lerchenfeldstraße 11, 80538 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Felix Kurz, Alexanderstraße 18, 70184 Stuttgart, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Drajzera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 2669987, Fax 3670356

BERN Joachim Hoelzgen, Gutenbergstraße 54, 3011 Bern, Tel. (004131) 3720252, Fax 3720253

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

JERUSALEM Annette Großbongardt, P.O. Box 4615, Jerusalem 91046, Tel. (009722) 561192-6 oder -7, Fax 5611928

KAIRO Volkhard Windfuhr, Bernhard Zand, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 7604944, Fax 7607655

LONDON Michael Sontheimer, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PU, Tel. (004420) 75206940, Fax 73798599

MADRID Helene Zuber, Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (003491) 391 05 75, Fax 319 29 68

MOSKAU Walter Mayr, Uwe Klußmann. *Autor*: Jörg R. Mettke, 3. Choroschewskij Projesd 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NAIROBI Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi, Fax 00254-2581518

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Jan Fleischhauer, Alexander Osang, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Romain Leick, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-32, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Matthias Matussek, Jens Glüsing, Rua Antonio Mendes Campos, 57-1003, Glória Rio de Janeiro Cep 22211-140, Tel. (005521) 38267610, Fax 22450006

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Marco Evers, 761 Tehama Street, Apt 7, San Francisco, Ca 94103, Tel. (001415) 8612172, Fax 358 4522

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5-103, Tzuzuki-ku, Yokohama 224-0037, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSCHAU P.O.Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Dr. Gerhard Spörl, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Jürgen Kremb, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Hartmut Heidler, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Hannes Lamp, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Thomas Riedel, Constanze Sanders, Petra Santos, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Jörg Keimer

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 1. Januar 2003
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007 – 2475

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Verantwortlich für Vertrieb: Lars-Henning Patzke

Druck: Gruner Druck, Itzehoe
Dresdner Druck- und Verlagshaus

MARKETINGLEITUNG Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $310 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443. E-mail: info@glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 13. 9.

IDEEN Der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine fordert die PDS auf, mit der SPD zu fusionieren. Doch außer ihm will niemand in beiden Parteien etwas davon wissen.

SONNTAG, 14. 9.

WELTHANDEL Die WTO-Konferenz im mexikanischen Cancún ist gescheitert: Die Industrienationen weigern sich, Agrarsubventionen abzubauen und Importe aus Entwicklungsländern zu erleichtern.

ALLEINGANG Die Schweden lehnen die Euro-Einführung in einem Referendum mit 56,1 Prozent klar ab. Wahlforscher hatten nach dem Mord an Außenministerin Anna Lindh eine knappe Mehrheit für den Euro vorhergesagt.

MONTAG, 15. 9.

KRITIK Nach SPD und Opposition stellen sich auch die Wirtschaftsverbände gegen Joschka Fischers Idee zur Gesundheitsreform. Statt einer Bürgerversicherung fordern sie pauschale Gesundheitsprämien.

DIENSTAG, 16. 9.

NAHOST Die USA blockieren im Uno-Sicherheitsrat eine Resolution, die eine Ausweisung von Palästinenser-Präsident Jassir Arafat aus Ramallah verhindern soll. Begründung: Der Entwurf distanziere sich nicht genug von der radikal-islamischen Vereinigung Hamas. Deutschland und Großbritannien enthielten sich ihrer Stimme.

ENTHÜLLUNG Yoko Ono lässt sich im Pariser Theater Ranelagh von Fremden die Kleider vom Leib schneiden. Anschließend posiert die 70-jährige Witwe John Lennons in Unterwäsche für den Weltfrieden.

MITTWOCH, 17. 9.

LKW-MAUT Der Betreiber Toll Collect hat sich nach eigener Einschätzung mit dem Auftrag übernommen. Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe drängt auf Schadensersatz für die entgangenen Gebühren.

USA Der ehemalige Nato-Oberbefehlshaber für Europa, Wesley Clark, zieht in den Wahlkampf und will 2004 Präsident werden. Der Vier-Sterne-General gilt als aussichtsreicher Bewerber für die Kandidatur der Demokraten.

DONNERSTAG, 18. 9.

KLIMASCHUTZ Nach dem Energiegipfel beim Kanzler will Umweltminister Jürgen Trittin eine Behörde installieren, die den Handel mit Emissionsrechten überwachen soll. Das Gutscheinsystem für das Recht auf Luftverschmutzung soll 2005 in Kraft treten, ab 2008 wird es in allen Ländern Europas Vorschrift sein.

STURM Mit heftigen Böen und strömendem Regen erreichen die ersten Ausläufer des Hurrikans Isabel die Ostküste der USA. Etwa 3,5 Millionen Bewohner sind ohne Strom, mindestens 14 Menschen kommen zu Tode.

FREITAG, 19. 9.

ATTENTAT Im Stockholmer Stadthaus gedenken 1300 Trauergäste der ermordeten Außenministerin Anna Lindh. Die Staatsanwaltschaft beantragt derweil, den 35-jährigen Tatverdächtigen eine Woche in Untersuchungshaft zu nehmen.

FUSSBALL Nationaltorwart Oliver Kahn leidet an einer mysteriösen Augenkrankheit. Er könne die Bälle nur noch verschwommen sehen, wenn sie auf das Tor zufliegen, erklärte der Mannschaftskapitän des FC Bayern München.



PAUL VREEKER / REUTERS / E-LANCE MEDIA

Reiter der königlichen Garde Hollands trainieren in Scheveningen mit Rauchbomben für ihren Auftritt anlässlich der traditionellen Thronrede der Königin. Die Pferde sollen so Stressfestigkeit üben.

SPIEGEL TV

MONTAG, 22. 9.
22.45 – 23.15 UHR SAT.1

SPIEGEL TV REPORTAGE

Einsatz in Ostfriesland, Teil 4
Mit der Dorfpolizei unterwegs
Eine Idylle ist der Ort an der Nordseeküste zumindest für Oberkommissar Joachim Albers nicht: Er muss Ehe- und Nachbarschaftsstreitigkeiten schlichten, Diebe und Betrüger überführen, Haftbefehle vollstrecken. Nicht immer leicht,



SPIEGEL TV

Oberkommissar Albers

wenn man fast jeden Einwohner persönlich kennt.

DONNERSTAG, 25. 9.
22.25 – 23.20 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Countdown im Baustaub, Teil 2
Cluberöffnung mit Hindernissen
Wenige Stunden bevor die ersten Gäste eintreffen, ist in der südspanischen Ferienanlage Alcaidesa die Hölle los. Viele Sport- und Beauty-Einrichtungen sind nicht fertig geworden. Doch der „Point of no return" ist längst überschritten, die Urlauber stehen praktisch schon vor der Tür.

FREITAG, 26. 9.
22.00 – 0.05 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMENABEND

Vorsicht, Pfusch! Über die Träume und Alpträume von Bauherren und Mietern
Zunächst ein Traum, später oft eine Katastrophe: Schimmelpilz im Schlafzimmer und Risse in den Wänden. Bauherren am Rande des Ruins und Mieter am Ende ihrer Geduld.

SONNTAG, 28. 9.
22.55 – 23.35 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Aufgelauert und abgeschossen – die weltweite Jagd nach Erlkönigen; O'zapft is – Notärzte an der Promille-Front; Von Eminem bis „Matrix Reloaded" – über den großen Klau im Internet.

Register

GESTORBEN

Josef Hiršal, 83. Sein Gespür für Witz, Wirkung und Wahrheit der Sprache war legendär. Der kongeniale tschechische Übersetzer von Ernst Jandl und Christian Morgenstern, Franz Kafka, Wolfgang Hildesheimer und Hans Magnus Enzensberger war erst mit Mitte 40 Berufsschriftsteller geworden, musste er sich doch, durch die politischen Wirrnisse des letzten Jahrhunderts bedingt, mit einer Vielzahl anderer Jobs über Wasser halten. Später wurde er selbst zu einem der bedeutendsten Autoren experimenteller Poesie in Böhmen („Böhmische Bohème"). Mit seiner Lebensgefährtin, der Dichterin Bohumila Grögerová, führte er ein literarisches Doppelleben: Sie schrieben Bücher wie „Die Mühle" (1991) und die Autobiografie „Im Flug der Jahre" (1994) in so enger Co-Autorenschaft, dass ihr jeweils individueller schöpferischer Anteil daran kaum mehr feststellbar ist. Josef Hiršal starb am 15. September an den Folgen eines Verkehrsunfalls in Prag.


P/F/H

Slim Dusty, 76. Er belebte mit seinem ureigenen Stil der Country-Musik das Kulturleben der Outbacks und war Australiens erfolgreichster Künstler mit über hundert veröffentlichten Alben und mehr als fünf Millionen verkauften Platten. Dusty, der mit richtigem Namen David Gordon Kirkpatrick hieß und stets einen Cowboyhut trug, wurde 1958 mit dem Hit „A Pub With No Beer" berühmt. Der „Historian of the Bush", der Geschichtsschreiber des Buschs, reflektierte in seinen Songs aber auch das sich ändernde Gesicht der Städte. Seinen größten Auftritt hatte Dusty 2000 bei der Abschlusszeremonie der Olympischen Spiele in Sydney, wo er die australische Ballade „Waltzing Matilda" sang, die die Geschichte eines Landstreichers erzählt, der ein Schaf stiehlt. Slim Dusty, dem in Australien ein Staatsbegräbnis zuteil wird, starb am 19. September an Krebs.


CHRIS HYDE / AP

Sheb Wooley, 82. Der Filmschauspieler, Country-Sänger und Song-Schreiber galt in Hollywood als echter Cowboy, hatte er doch als Sohn eines Ranchers aus Oklahoma schon früh an Rodeos teilgenommen. In seiner langen Karriere spielte er in mehr als 60 Filmen („Zwölf Uhr mittags", „Der Texaner", „Giganten", „Das Tor zur Hölle") und 50 Fernsehproduktionen mit. In den fünfziger Jahren war er vor allem durch seine Rolle als Scout Pete Nolan in der erfolgreichen Westernserie „Rawhide" („Tausend Meilen Staub") bekannt. Später konzentrierte sich der auch für sein komödiantisches Talent bekannte Wooley wieder mehr auf die Musik, mit der er seine Karriere begonnen hatte. Seinen größten Erfolg hatte er mit „Purple People Eater", einem Song über unbekannte Flugobjekte, der sich mehr als drei Millionen Mal verkaufte. Sheb Wooley, der zwei Tage zuvor noch an der Beerdigung von Johnny Cash teilgenommen hatte, starb am 16. September in Nashville (Tennessee) an Leukämie.

Emil Fackenheim, 87. Er war 1938 der letzte jüdische Student der Philosophischen Fakultät der Martin-Luther-Universität in Halle. Aus der KZ-Haft in Sachsenhausen kam er nach einigen Wochen wieder frei, wurde von seinem Lehrer Leo Baeck an der Jüdischen Theologischen Hochschule in Berlin noch zum Rabbiner ernannt, bevor er über Großbritannien nach Kanada emigrierte, wo er später in Toronto Philosophie lehrte. Nach seiner Emeritierung siedelte er 1983 nach Israel über. Den Schüler von Martin Buber interessierten vor allem philosophische Antworten auf den Holocaust („Was ist Judentum?"). Er sah die Shoah als Grundereignis des Lebens Israels und plädierte seit dem Sechstagekrieg 1967 für eine starke Verteidigung: Juden dürften nach Hitler nie wieder Opfer werden. Emil Fackenheim starb am 18. September in Jerusalem.


HERLINDE KOELBL

EHRUNG

Ralph Giordano, 80, Journalist und Schriftsteller („Die Bertinis"), hat vergangenen Mittwoch in Berlin den Leo-Baeck-Preis 2003 erhalten. Die höchste Auszeichnung, die der Zentralrat der Juden in Deutschland zu vergeben hat, wurde ihm als „unermüdlichem Mahner und Wächter" und für sein „Bekenntnis zur jüdischen Gemeinschaft im Land der Täter" (Zentralratspräsident Paul Spiegel) zuerkannt. Der Preis, benannt nach dem Religionsphilosophen und Berliner Oberrabbiner Leo Baeck, der das Konzentrationslager Theresienstadt überlebt hatte und den Ralph Giordano noch persönlich kannte, ist mit 10 000 Euro dotiert.

Werbeseite

Werbeseite



Christensen

Helena Christensen, 34, in die Jahre gekommenes dänisches Supermodel, hat sich ein neues Betätigungsfeld gesucht und überrascht mit koketten Sprüchen. Einst ständiges Objekt der Fotografen, knipst sie jetzt selbst. Ihre erste Ausstellung (Titel: „People and Portraits“) ist dieser Tage, bestückt mit Fotos von Prominenten, in der Londoner Proud Central Gallery eröffnet worden. Gleichzeitig durfte sie in der Zeitschrift „Attitude“ dem Vorurteil entgegentreten, sie sei eine hirnlose Langweilerin. Am Anfang habe ihr dieser Anwurf doch „ein wenig zu schaffen“ gemacht, sagt die Schöne. „Doch dann machst du den Mund auf und sprichst sechs Sprachen.“ Sechs? „Aber erzählen Sie es niemand. Ich soll ja doof sein.“

THIERRY ORBAN / DEADLINE / POLARIS

Helmut Kohl, 73, früherer Bundeskanzler und Historiker, muss Spott aus den Reihen der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten ertragen. Amüsiert registrierten die Ossis, dass dem Altkanzler und seinen Anwälten im Rechtsstreit um die Herausgabe seiner Stasi-Akten ein peinlicher Fehler unterlaufen ist. Die Anwälte wurden vergangene Woche mit einem Aktenordner fotografiert, der die Aufschrift „Helmut Kohl / BRD“ trägt. Dabei hatte besonders die Union das in der DDR übliche Kürzel BRD für Westdeutschland bekämpft. Die ideologische Schlacht wurde sogar auf dem Amtsweg ausgetragen. 1974 beschlossen Bund und Länder, dass es grundsätzlich wünschenswert sei, die volle Staatsbezeichnung zu verwenden. 1978 ließ die Bundesregierung verlauten, die Abkürzung BRD sei keine zulässige Wiedergabe des Staatsnamens Bundesrepublik Deutschland. Selbst aus Schulbüchern wurde das ostzonal geprägte Kürzel getilgt. Die Kultusministerkonferenz beschloss 1978 nur noch Schulbücher zuzulassen, die BRD-frei sind.



JAN BAUER / AP

Kohl-Anwälte, Kohl-Akte

Gerhard Schröder, 57, Bundeskanzler, störte bei einem Schweiz-Besuch am vergangenen Freitag die Menüplanung von Christian Henzen, Koch des Fafleralp-Hotels im Walliser Lötschental. Henzen hatte Schröder, der mit dem Schweizer Bundespräsidenten Pascal Couchepin, 61, auf der 1800 Meter hohen Alp spazieren ging, unter anderem landesübliches Raclette auftragen wollen, bekam aber aus Berlin den Hinweis, der Gast möge keinen warmen Käse. Und desgleichen auch nicht klare Suppe, Spargel sowie Broccoli. Henzen blieb mit Kalbskarreebraten, Kartoffelstock und Herbstgemüse deshalb auf der sicheren Seite. Damit Schröder und Couchepin in Ruhe wandern konnten, mussten im hintersten Lötschental auch die Jäger fern bleiben, die dort gegenwärtig Steinböcken und Gämsen nachstellen.

Arnold Schwarzenegger, 56, Schauspieler und Bodybuilder sowie Bewerber um das Amt des Gouverneurs von Kalifornien, der trotz eines die Wahl aufschiebenden Gerichtsurteils seine „Kampagne mit aller Kraft fortsetzen“ will, versuchte, die weibliche Wählerschaft über seine Sexualmoral zu beruhigen. In der Talkrunde mit **Oprah Winfrey,** 48, vergangenen Montag sagte er, neben ihm Ehefrau **Maria Shriver,** 47, seine frühere Behauptung, dass er in den siebziger Jahren an Gruppensex teilgenommen habe, sei nur ein Gag gewesen, um Bodybuilding besser zu verkaufen. „Wir versuchten Aufmerksamkeit zu erregen“, wiegelte er ab in dem 20-Minuten-Gespräch. „Zu dieser Zeit dachte ich nicht daran, mich um den Gouverneursposten zu bewerben“, juxte „Arnie“. In dem Interview mit dem US-Männermagazin „Oui“ 1977 klingt die Geschichte weniger gefällig. „Mädchen sind eine Unterbrechung des intensiven Trainings. Sie verschaffen dir Erleichterung, und dann geht’s zurück zur ernsthaften Arbeit.“ Freilich nehme an solchen Gangbang-Partys nicht jeder teil, so Schwarzenegger damals, nur „die Burschen, denen es nichts ausmacht, vor anderen zu ficken“.



DPA

Schwarzenegger, Shriver, Winfrey

Cherie Blair, 48, Rechtsanwältin, und ihr Ehemann, Briten-Premier Tony Blair, dürfen aufatmen. Vergangene Woche ging der weibliche Lifestyle-Guru **Carole Caplin,** 40, eine enge Vertraute von Mrs. Blair, mit der Nachricht an die Öffentlichkeit, sie werde niemals irgendwelche Geheimnisse des Paares verraten. Per Anwalt ließ sie



NIGEL HOWARD

Caplin, Blair

verkünden, sie plane keineswegs, ein Buch über die Blair-Familie zu schreiben, zu der sie einen privilegierten Zugang hat. Das, so sagte sie, wäre „der schlimmste Vertrauensbruch, den man sich vorstellen könnte". Das ehemalige Topless-Model erfreut sich einer intimen Bekanntschaft mit den Blairs seit Tony Blairs Antritt als Labour-Chef. Sie wurde Vertrauensperson für Cherie und Ratgeberin in Modeangelegenheiten für Tony Blair. Das Verhältnis war lange Zeit ungetrübt, bis ruchbar wurde, dass ihr Freund, ein australischer Hochstapler, den Blairs beim Kauf von Apartments für deren Söhne behilflich gewesen war. Plötzlich gab es eine „Cheriegate"-Affäre. Angeblich wurde Caplins Sicherheitsausweis für Downing Street eingezogen. Ihr Loyalitätsgelöbnis war von der Boulevardzeitung „Daily Mail" provoziert worden. Die hatte spekuliert, Caplin wolle „eine Bombe platzen" lassen und prüfe Angebote in Höhe von einer Million Pfund für ein Buch über ihr Leben mit den Blairs.

Manfred Stolpe, 67, Bundesbauminister, begab sich am vergangenen Montag in Nordrhein-Westfalen auf eine ungewöhnliche Sightseeing-Tour. Der SPD-Politiker musste die Hinterhöfe des Ruhrgebiets besichtigen: baufällige Häuserreihen, löchrige Straßen, abrissreife öffentliche Gebäude. NRW-Bauminister Michael Vesper von den Grünen hatte die Reise organisiert, um seiner Forderung nach einem Ende der Bevorzugung der neuen Bundesländer bei der Städtebauförderung Nachdruck zu verleihen (SPIEGEL 34/03). Aus dem Osten sei er viel Schlimmes gewohnt, aber das hier sei wirklich beeindruckend, gestand Stolpe auf dem Gelsenkirchener Hauptbahnhof – einem der hässlichsten seiner Art, wie der dortige CDU-Oberbürgermeister Oliver Wittke beklagt. Der OB hatte für den Berliner Gast auch ein besonderes Geschenk vorbereiten lassen – eine Fotosammlung der schlimmsten Ecken seiner Stadt.

Gernot Mittler, 63, SPD-Finanzminister in Rheinland-Pfalz, begrüßte vergangenen Dienstag zur Kabinettssitzung die drei weiblichen Kabinettsmitglieder ausgesprochen charmant mit Küsschen. Zum Schluss der Sitzung ließ es der Minister aber krachen: „Wir haben ab heute Haushaltssperre", verkündete er. „Das heißt, alles Geld, das nicht zwingend ausgegeben werden muss, geht sofort an mich." Damit überraschte er nun besonders die Ministerinnen, die sich beim Hinausgehen so unterhielten: „Hast du den Gernot gesehen, zuerst denkste, du wirst vom Prinzen geküsst, am Ende der Sitzung aber wird ein Froschkönig daraus."

Lionel Jospin, 66, französischer Ex-Premier, übte sich in der Erziehung von Autobahnrasern. Der Sozialist hatte letztes Jahr die Präsidentschaftswahlen katastrophal verloren, nicht zuletzt deswegen, weil sein Hang zur politischen Schulmeisterei seinen lockeren Landsleuten auf die Nerven ging. Jetzt wurde der gelernte Dozent, der sich nach der Pleite aus der Politik verabschiedet hatte, rückfällig. Auf der Autobahn Paris–Poitiers blockierte der Linke durch beharrliches Tempo 130 auf der linken Überholspur alle Automobilisten, die schneller fahren wollten als diese gesetzlich zulässige Höchstgeschwindigkeit, an die sich die Franzosen kaum halten. Als Jospin schließlich doch den Dränglern und Lichthupern freie Fahrt ließ, tippte er bei jedem Überholer mit weit ausholender Geste auf den Tacho: Du fährst zu schnell, Genosse. Belehrte, die sich telefonisch in der Pariser



FLORIAN LAUNETTE / ELANCE MEDIA

Jospin

Sozialisten-Zentrale über den Fahrlehrer beschwerten, erhielten von der Pressestelle wahlweise zwei Auskünfte: Schneller als 130 zu fahren sei für den rigiden Linken „einfach unmoralisch" – oder launiger: „Wenn der Ex im letzten Wahlkampf mal voll durchgetreten hätte, dann hätten wir nicht verloren."

Eleonora Pedron, 21, Miss Italy 2002, ist seit zwei Wochen die Wetterfee des Berlusconi-Senders Rete 4, was einer kleinen Revolution in der TV-Geschichte Italiens gleichkommt. Obwohl italienische Sender berüchtigt sind für ihre ausdauernden Präsentationen leicht geschürzter Mädchen auf dem Bildschirm, wurde bislang die Wettervorhersage fast stets von Uniform tragenden Offizieren des militärischen Wetterdienstes vorgetragen. Bei Rete 4 stieg die Zahl der wetterinteressierten Zuschauer angeblich um 200 000 seit Signorina Pedrons Auftritten. Jetzt ziehen andere Sender nach mit Unterhaltungsprogrammen rund ums Wetter und mit Schönheiten, unter denen auch eine einstige Miss Europa sein soll. Man habe schon lange die Offiziere durch einen freundlicheren Anblick ersetzen wollen, sagt der Programmdirektor von Rete, sie seien einfach zu ernst gewesen. Dem Vizechef des Wetterdienstes ist die Wendung zum Sex-Appeal egal: „Wenn das Wetter zu irgendeinem Spektakel verkommt, ist das nicht unser Problem. Wir liefern weiter unsere Informationen."



LAMALFA FOTO / TEAM

Militär-Meteorologe



SCHITO RICCARDO / OLYMPIA

Pedron

Aus der Zeitschrift „Frau von Heute“: „Denn ein CD-Brenner findet sich inzwischen in fast jedem Haushalt (Tipp: Fragen Sie Ihren Mann oder Sohn, wie es funktioniert).“



Aus der Fachzeitung für den Gartenbau „TASPO“

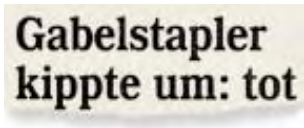
Aus dem „Mannheimer Morgen“: „Dieses Modell lässt die Augen vieler Autofans höher schlagen.“

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“: „Die Beteuerung des Konzerns, man wolle keinesfalls bei Discountern wie Aldi einsteigen, hat die Buchpreisbindung auf dem Sterbebett mit einem Röcheln quittiert.“


Er sagt Ade: Johannes Rau, hier mit seiner Ehefrau Christina vor dem Schloss Bellevue, strebt keine zweite Amtszeit an. dpa-Bild

Aus der „Westdeutschen Allgemeinen“

Aus der TV-Zeitschrift „Gong“: „In der nördlichen Namib-Wüste scheint kein Leben möglich. Und doch ziehen große Säugetiere wie der Strauß (Foto), Antilopen, Nashörner, Giraffen und sogar Elefanten durch diese Einöde.“



Aus der „Rheinischen Post“

Aus der „Frankfurter Allgemeinen“ über den Mercedes CLS: „Weil der Radstand dennoch 2,85 Meter misst, wirkt das Auto wie hingegossen, wie Seide auf der Hüfte eines Weibes, das im rechten Moment zu schweigen weiß.“

Zitat

Der Branchendienst „kress.de“ zur Reichweite des SPIEGEL nach der Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse (AWA):

Die Oberschicht der Zeitschriften- und Zeitungsleser greift häufig zum SPIEGEL. Spitzenreiter der AWA first class ist wie im Vorjahr das Hamburger Nachrichten-Magazin mit einer Reichweite von 25,5% (entspricht 1,6 Mio. Lesern) in der Top-Zielgruppe der vermögenden und gut gebildeten Leser. „Focus“ (18,8%) hält seine Reichweite, während auch der „stern“ (22,6%) seine Leserschaft in dieser Bevölkerungsgruppe ausbaut.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 38/2003 „Hessen – Oase Frankfurt“ über eine heimliche Amnestie für Steuerhinterzieher in Hessen und interne Dokumente der Finanzbehörden, die den Verdacht nahe legen, dass Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar vor dem Wiesbadener Landtag die Unwahrheit gesagt hat.

Am vorigen Mittwoch beschloss der Hessische Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das Gremium soll nun klären, ob durch eine Verfügung des Finanzamtes Frankfurt V die strafrechtliche Verfolgung von Steuersündern vereitelt wurde, die Gelder ins Ausland verschoben haben. Außerdem soll eruiert werden, ob Weimar vor dem Landtag zu der Causa die Wahrheit gesagt hat. Die CDU-Regierungsfraktion sprach von einer „billigen Skandalisierungspolitik von SPD und Grünen“. Der Minister selbst schwieg zu den Vorwürfen.

... in Nr. 37/2003 „Verschwörung 11. September – Wie Konspirationsfanatiker die Wirklichkeit auf den Kopf stellen“ über Verschwörungstheorien zu den Anschlägen des 11. September. Dabei ging es auch um die fragwürdigen Methoden des WDR-Autors Gerhard Wisnewski. Verschwörungstheoretiker Wisnewski und sein Co-Autor Willy Brunner hatten für den Westdeutschen Rundfunk eine entsprechende Dokumentation gedreht („Aktenzeichen 11.9. ungelöst“).

Die Autoren Gerhard Wisnewski und Willy Brunner dürfen nicht mehr für den Sender arbeiten. Das wurde vergangene Woche in der Sitzung des Rundfunkrats bekannt. Der WDR fühlt sich von ihnen „getäuscht“. Intendant Fritz Pleitgen distanzierte sich nach Beschwerden von Rundfunkräten von dem Beitrag; der sei kein Ruhmesblatt.